

AUFTRAG



HEFT 252/253 – JANUAR 2004

43. JAHRGANG

- **GKS-Akademie:**
»Soldat+ Ehe+ Familie
– Partnerschaft«
- **ÖKT Berlin:**
»Ihr sollt ein Segen sein«
- **25 Jahre ThF**
- **43. Woche der Begegnung:**
»Kooperative Pastoral«
und »Pacem in Terris«
- **48. Gesamtkonferenz**
»Christsein im Europa der Zukunft«
»Perspektiven der Inneren Führung«

Kirche
unter den
Soldaten

auf dem ÖKT in Berlin
»Ihr sollt ein Segen sein«



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS (FGKS e.V.), Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.

INHALT

editorial 3

TEIL 1: DOKUMENTATIONEN ZUR KIRCHE UNTER SOLDATEN

9. GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN 4

- Wertekonsens – Wertedifferenz in unserer
Gesellschaft: Produktive Ungleichzeitigkeiten
(Paul M. Zulehner/PS) 7
- Pluralität der Lebensformen: Ist das Bewährte und
Verbindliche am Ende? (Udo Schmälzle/PS) 8
- Was tut die Politik für die Familien (Peter Wendt) .. 9
- Thesen zur Seelsorge an Soldatenfamilien
(Militärbischof Walter Mixa/PS) 11
- Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft
Die Position des Dienstherrn (Winfried Gräber/PS) 13
- Familie und Frieden (Teil II u. III)
(Johannes Michael Schnarrer/bt) 15

ÖKUMENISCHER KIRCHENTAG BERLIN

- „Kirche unter Soldaten“ auf dem ÖKT (PS) 18
- Agora – Soldaten auf der „Leistungsschau“ des
Christenseins (Michael Rother) 19
- Standgemeinschaft CoV-GKS-EAS-KAS:
Gut Präsentiert (KAS) 21
- „Ein langjähriges Engagement von Christen unter
den Soldaten hat sich bewährt“ (Gerhard Keiser) 22
- Garnisonskirche Berlin (Helmut Jermer) 23
- Ökumene unter den Soldaten (Helmut Jermer) ... 24
- ÖKT diskutiert Krieg und Frieden – allerdings
nicht immer friedlich (Heiko Rothmann) 25

25 JAHRE INSTITUT FÜR THEOLOGIE UND FRIEDEN (ITHF)

- Ein Ort friedensethischen Forschens und
Lehrens (bt) 27

43. WOCHE DER BEGEGNUNG

ZENTRALE VERSAMMLUNG (ZV)

- „Ihr sollt meine Zeugen sein! Katholische Soldaten
vor Herausforderungen“ (PS) 30
- Das Interview: Oberstleutnant Richard Schmitt,
Vorsitzender der ZV (PS) 34
- Kooperative Pastoral zwischen Vision und Wirk-
lichkeit – Kurzfassung (Manfred Belok/PS) 36
- Thesen zur „Kooperative Pastoral und ihrer
Umsetzung in der Katholischen Militärseelsorge“
(Georg Kestel) 38

BUNDESKONFERENZ DER GKS

- Bundeskonzferenz der GKS 16.-19.09.2003 40

PACEM IN TERRIS

- Utopie oder Wirklichkeit? (Helmut Jermer) 45
- GKS Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ 46

- Zu den Elementen einer christlichen
Friedensethik – Kurzfassung
(Ursula Nothelle-Wildfeuer/bt) 46
- Förderkreis der GKS (FGKS e.V.) 48

48. GESAMTKONFERENZ DER MILITÄR- SEELSORGER

- Militärseelsorge: Vielfältige Belastungen (PS) ... 50

TEIL 2:

SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSETHIK

- 20 Jahre Friedenswort der Deutschen Bischöfe:
„Gerechtigkeit schafft Frieden“ 1983-2003
(Andreas Martin Rauch) 52
- „... und nichts als die Wahrheit!“
(Volker W. Böhler) 56
- Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“:
Erkenntnisse aus dem Irak-Krieg
(SA „Sicherheit u. Frieden“) 59
- Die Zukunft der europäischen Politik im
Nahen Osten nach dem Irakkrieg (Felix Neugart) .. 61
- „Leuchttürme für Afghanistan“ (Klaus Liebetanz) . 62
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF):
Positive Bilanz (KNA) 65
- Interkulturelle Kompetenz – eine Forderung für
den Auslandseinsatz (Klaus Liebetanz) 66
- Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismus-
bekämpfung aufklären (DIMR) 70
- „Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der
Weltpolitik im 21. Jh.“ von Samuel P. Huntington
(Klaus Liebetanz) 71

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Folter ist immer rechtswidrig (Benjamin Schulz) .. 76
- „Jahresbericht 2003“ von Kirche in Not über die
Religionsfreiheit in der Welt 77
- Katholiken im Kosovo (KNA) 78
- Christen im Irak: Zwischen allen Stühlen oder
Vermittler zwischen islamischer und westlich-
moderner Welt (PS/KNA) 79
- Polen: Jagd auf Eiserne Kreuze
(Joachim G. Görlich) 80
- Die russische Bevölkerung über den Krieg in
Tschetschenien (Paul Roth) 81

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- RENOVABIS-Kongress: Suche nach Heimat –
Migration in Europa (Heinrich Dorndorf) 83
- Christen und Muslime in Deutschland (PS/KNA) .. 84
- Gregorios III. Laham – „Wächter“ der Griechisch-
Katholisch-Melkitischen Kirche
(Volker W. Böhler) 85

Die Rechtsstellung der Räte in Deutschland (Hans Joachim Meyer)	86
Kirchliche Soziallehre im Internet	88
Vatikanische Museen als virtuelle Galerien	88

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Nova Militia Christi Hierosolymitana (Ritterschaft Christi) (Bernhard Sorhage)	89
---	----

KIRCHE UNTER SOLDATEN

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN – GKS

Zum Jahreswechsel – Aspekte der GKS-Arbeit 2004 (Bundesvorsitzender Karl-Jürgen Klein)	94
Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS (Klaus Achmann)	97
Aus der Arbeit der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Klaus Achmann)	97
„Soldaten und Christen“ – Die GKS mischt sich ein Religion als Konfliktursache? Das Fallbeispiel „Islam“ (Klaus Achmann)	99
Seminar für Funktionsträger der GKS	101
GKS Bereich NRW	102
GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler	104
Militärgemeinde und GKS-Kreis Hammelburg ...	104
GKS Bereich Hessen/Rhld-Pfalz/Saarland	106

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

AMI: Aufbruch zu neuen Ufern? (Reinhard Kloss) ..	107
Jakobuswallfahrt 2004	108
Russische Generale im KMBA	109

KAS

MdB Christa Reichard neue Vorsitzende der KAS e.V., Bonn	110
Erkundung OASE Kabul	111

PERSONALIA

Lebenswege: Walter Hütten zum Priester geweiht (Brigitte Mathias / Helmut Fettweis)	112
Präsident des Päpstlichen Laienrates	113
In den Ruhestand verabschiedet:	
Militärdekan Walter Theis	114
Militärdekan Peter Rafoth	115
Militärdekan P. Johann Müller SAC	117
Neuer Evangelischer Militärbischof	115
Allgemeine Personalia	116
DBK – Personalentscheidungen	116
Personalia in der Militärseelsorge	117
In die Ewigkeit abberufen	119
Jahrgedächtnis für MGv a.D. Martin Gritz	120
GenLt a.D. W. Weick Ritter des Silvesterordens ...	120

BUCHBESPRECHUNGEN	121
-------------------------	-----

AUTOREN	122
---------------	-----

TERMINE	39 / 122
---------------	----------

ZUM GEBRAUCH DER HEFT-CD	123
--------------------------------	-----

editorial



eider gehört es fast schon zur Redaktionsroutine, dass es alljährlich mit dem vierten AUFTRAG finanzielle Probleme gibt, weshalb das Heft dann erst im ersten Quartal des neuen Jahres herausgegeben werden kann. Für das abgelaufene Jahr 2003 hatte dies besondere Auswirkungen, weil mit dem Sonderdruck Nr. 251/ Juli 2003 „Die Welt des Islam aus westlich demokratischer Sicht“ eine Berichtslücke von neun Monaten entstanden ist. Somit enthält der nun vorliegende AUFTRAG Dokumentationen schon fast historischer Ereignisse wie die GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ (28.04.–02.05.2003) oder des Ersten Ökumenischen Kirchentages Berlin (28.05.–01.06.2003), doch daneben auch aktuelle Entwicklungen aus der „Kirche unter Soldaten“ und insbesondere aus der Verbandsarbeit der GKS.

Um den Heftumfang nicht ins Uferlose anschwellen zu lassen, hat nach einer Diskussion bei der Bundeskonferenz im September die Redaktion sich entschlossen, lange Berichte (i.d.R. über 3 Seiten) nur noch in Kurzform im AUFTRAG abzudrucken und die Vollversion, auch von Vorträgen, anderen Dokumenten und ergänzendem Hintergrundmaterial, digitalisiert auf einer „Heft-CD“ zu speichern. Absicht ist es, dass sich der/die Leser(in) nicht durch vielseitige und wenig aufgelockerte Beiträge quälen muss oder das Heft gleich mutlos beiseite legt. Trotzdem sollen ihm/ihr aber erforderliches Hintergrundmaterialien zur Verfügung stehen. Zugegeben, diese gute Absicht konnte im vorliegenden Heft noch nicht in allen Fällen durchgehalten werden – aber ein Anfang ist gemacht. Mehr zum Gebrauch der „Heft-CD“ finden Sie auf der 3. Umschlagseite (Seite 123).

Trotz dieser Zielsetzung und des Anlegens eines strengen Maßstabes hat der aktuelle AUFTRAG einen Umfang von 124 Seiten, weshalb er auch zur Doppelnummer erklärt wurde. Von den Kosten her (Druck und Versand) ist dies wesentlich günstiger als die Herausgabe von zwei dünneren Heften.

Die Redaktion ist an der Meinung der Leser über dieses neue Konzept interessiert. Beachten Sie aber bitte, dass der AUFTRAG kein kurzweiliges Unterhaltungsmagazin ist, sondern Verbandsarbeit dokumentiert sowie Informationen und Wissen zu ethischen Fragen des Soldatenberufes erörtert.

*Für das gerade begonnene Neue Jahr 2004
wünscht Ihnen, verehrte Leserschaft,
alles erdenklich Gute, Glück und Frieden
– vor allem aber Gottes reichen Segen –
für die vor Ihnen liegende Zeit
Ihre Redaktion AUFTRAG*

GEMEINSCHAFT
KATHOLISCHER
SOLDATEN

„Es kamen auch
Soldaten
und fragten,“

SOLDAT
EHE – FAMILIE
PARTNERSCHAFT

9. Seminar
GKS-AKADEMIE
OBERST HELMUT KORN
zum Selbstverständnis
katholischer Soldaten

BONIFATIUS
HAUS

Haus der Weiterbildung
der Diözese Fulda



PAUL SCHULZ

1. Einführung

Eine besondere Belastung tragen Soldaten der Bundeswehr, wenn sie von ihren Angehörigen – bedingt durch Versetzungen, Lehrgänge, Auslandseinsätze – getrennt leben. Müssen sie doch auf ihr vertrautes Umfeld, wo sie Entspannung finden und Kraft schöpfen können, verzichten und sich in Zelten, Baracken oder Containern ohne jede Privatsphäre einrichten. Nicht selten kommt es zu Krisen, die von den Soldaten und deren Angehörigen bewältigt werden müssen, obwohl sie ihre ganze Kraft ihrem „Auftrag vor Ort“ widmen sollten. Nicht jeder hält die dadurch bedingten Spannungen aus. Und es ist wenig hilfreich, wenn Menschen, die solches nie durchmachen, sich den hämischen Kommentar: „Das wussten die doch vorher“, nicht verkneifen können.

Der Dienstherr hat die sich daraus ergebenden Probleme längst erkannt und reagiert dankenswerter Weise mit Fürsorge und Betreuung. Die GKS hat diesem Problemfeld ein Seminar unter dem Dach der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn gewidmet. Vom 28. April bis zum 2. Mai trafen sich mehr als 80 interessierte Teilnehmer im Bonifatiushaus in Fulda, um sich mit Fragen zu Ehe, Familie, Partnerschaft, wie sie sich Soldaten heute stellen, auseinander zu setzen.

Eigentlich gilt ja die Familie als *die* Keimzelle des Staates, als wichtigste „Sozialisationsagentur“, als älteste und beständigste Form des menschlichen Zusammenlebens; und nach dem Gesetz genießt sie besonderen Schutz (Art. 6 GG). Allerdings scheint das herkömmliche bürgerliche Familienbild in letzter Zeit an Bedeutung zu verlieren. Die klassische Vater-Mutter-Kind-Familie ist in Deutschland nicht mehr die häufigste und dominierende Lebensform. Gesellschaftliche Entwicklungen in den letzten Jahr(zehnt)-en zeigen neue Erscheinungsformen mit unterschiedlichen Beziehungsgeflechten: Ein-Eltern-Familien, Fortsetzungsfamilien, Lebensabschnittspartnerschaften, nicht-eheleiche Lebensgemeinschaften, Patchwork-Familien, Zweitfamilien, Zwei-Kern-Familien ... Die Auswirkungen solcher Lebensformen auf

ÜBERSICHT ZUR DOKUMENTARION DES 9. SEMINARS DER GKS-AKADEMIE 2003

Thema	Referent/Verfasser	Seite	Textdokument auf Heft-CD Ordner <AKK 2003\...>	Tondokument auf Heft-CD Ordner <AKK3002\Tondoku\...>
Einführung und Auswertung	Paul Schulz	4 - 6		
Wertekonsens - Wertedifferenz in unserer Gesellschaft	Prof. Dr. Paul M. Zulehner, Wien	7	Präsentation: <...\Vorträge\Zulehner-3.ppt>	Vortrag: <...\Zulehner-1.dss> Aussprache: <...\Zulehner-2.dss>
Pluralität der Lebensformen: Ist das Bewährte und Verbindliche am Ende?	Prof. Dr. Friedrich Udo Schmälzle, ofm, Münster	8	Grundelemente Vortrag: <...\Vorträge\Schmälzle.pdf>	Vortrag: <...\Schmälzle-1.dss> und <...\Schmälzle-2.dss>
Was tut die Politik für die Familie? - Arbeitsgruppen	Prof. Dr. André Habisch und Mitarbeiter des ZFG, Eichstätt	9 - 10		
Thesen zur Seelsorge an Soldatenfamilien	Kath. Militärbischof Dr. Walter Mixa, Eichstätt	11 - 12		Vortrag: <...\MilBischof-1.dss> und Aussprache: <...\MilBischof-2.dss>
Soldat - Ehe - Familie - Partnerschaft: Die Position des Dienstherrn	BrigGen Winfried Gräber, STAL Fü S I im BMVg, Bonn	11 - 12	Vortrag: <...\Vorträge\STAL I-Skript.doc> Präsentation: <...\Vorträge\STAL I-4.ppt>	Vortrag: <...\STAL I-1.dss> u. <...\STAL I-2.dss> Aussprache: <...\STAL I-3.dss>
Anhang: - Familie und Friede, Kurzfassung - Ehe und Familie in guter Gesellschaft - Familienseelsorge als Schwerpunkt Ehe und Familie als Anliegen der Kath. Militärseelsorge Studie zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Soldaten – Möglichkeiten und Grenzen einer familienorientierten Personalpolitik in der Bundeswehr „Wir sind zurück: Reintegrationsseminar - Veteranen-/Familientreffen“	Prof. Dr. Joh. Michael Schnarrer, Wort der Deutschen Bischöfe Nr. 61 MD Msgr. Georg Kestel Institut für Personal- und Organisationsforschung der Universität der Bw München, Neubiberg Jan. 2003 ZInFü, Arbeitshilfe für KdRe Nr. 02/98, Stand April 2000	15 - 17	vollständiger Beitrag (Teil I - III) <...\Anhang\Familie und Frieden.pdf> <...\Anhang\ DBK-61 Ehe-Familie.doc> <...\Anhang\Kestel ZMS 2003. doc> <...\UniBw-Mü_Studie Beruf-Familie.pdf> <...\ZInFü-ArbPapier 02-1998	

die Kinder und deren Sozialisation sind noch nicht absehbar. Dass Beziehungen scheitern können, liegt in der Natur des Menschen und ist in jedem Fall bedauerlich, dass mancher dieser Erscheinungsformen jedoch ideologisch Vorschub geleistet wird, ist nach Auffassung der Kirche und auch der GKS verhängnisvoll.

Soldaten, die äußerstenfalls ihr Leben einsetzen und ihre Motivation von Werten ableiten, zu denen auch und gerade die dichteste Beziehung von Menschen, nämlich Ehe und Familie, gehören, setzen sich gerade dann nachhaltig für ihr Land ein, indem wie betont, Ehe und Familie „unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stehen, wenn sie Gewissheit haben, dass „zu Hause“ alles in Ordnung ist.

Die Vorträge und Diskussionsrunden thematisierten die angesprochenen Problemfelder und gingen den Fragen nach: Ist das Bewährte und Verbindliche am Ende? – Was tut die Politik für die Familie? – Wie ist die Position des Dienstherrn?

2. Die Idee der Akademie

Das Ziel dieser GKS-Akademie ist es, Soldaten vor allem in Führungsverantwortung – in einer ungezwungenen und von den täglichen Dienstpflichten unbelasteten Atmosphäre – Raum und Zeit für eine an christlich-abendländischen Werten orientierte Selbstreflexion zu geben. Angestrebt wird, dass jeweils Wissenschaftler, Politiker, Militärs und Geistliche Wege durch die Spannungsfelder Beruf und Politik – Religion und Ethik – Führungsverantwortung und Individualisierung aufzeigen. Dem soll auch der Wechsel zwischen Impulsvorträgen, Diskussionen, Gruppenarbeit und Geselligkeit und nicht zuletzt auch geistliche Anregungen durch Gottesdienste dienen.

Mit dem diesjährigen Seminarthema „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft“ stellte sich die GKS den Fragen, die sich vor allem aus den militärischen Einsatzaufträgen im Ausland und den dadurch bedingten mehrmonatigen und wiederholten Abwesenheiten für die Soldaten, ihre Familien und die Partnerschaften in Ehe und Freundschaften

ergeben. Das Seminar sollte vor allem Trends aufzeigen und nur in zweiter Linie praktische Verhaltensregeln für die Überwindung von Krisen geben. Allerdings wurde angestrebt, auch Hinweise auf konkrete Hilfen zu geben, die vom Dienstherrn, von der Militärseelsorge und anderen Organisationen angeboten werden. Bestehende Regelungen sollten hinterfragt und ggf. neue Anregungen erarbeitet werden. Eingebunden in das Seminar war die Feier eines Friedensgottesdienstes im Fuldaer Dom mit dem Katholischen Militärbischof und Truppenteilen aus dem weiteren Umfeld von Fulda.

3. Verlauf

Tabelle 1 gibt unabhängig vom Rahmenprogramm einen Überblick über den Verlauf des Seminars, seine Einzelthemen, die Referenten und den Ort der Dokumentation. Während dieses Heft nur Kurzfassungen der Vorträge enthält, sind die Vollversionen – soweit verfügbar – auf der beigefügten Heft-CD im Ordner „AKK 2003“ unter den angegebenen Dateinamen als Text- und/oder Tondokument zu finden. Einzelheiten zur Benutzung der CD siehe Seite 123.

4. Teilnehmer

Das 9. Seminar zählte 80 ständige Teilnehmer [Vergleich zu den Jahren 1989-1999 zwischen 55 und 80 Teilnehmer]; davon 35 Offiziere, einschl. 13 Offizieranwärter und 4 Offiziere a.D. [1999 31 Offz], 42 Unteroffiziere, einschl. 8 Unteroffizieranwärter und 3 Unteroffiziere a.D. [1999 40] sowie 3 zivile Angehörige der Militärseelsorge teilgenommen (Diagramm 1). 10 Teilnehmer gehörten dem Bundesvorstand der GKS an. Zwei Truppenteile nutzten das Seminarangebot für eine Führerweiterbildung (13 Teilnehmer aus Sigmaringen und 29 Teilnehmer aus Dornstadt). Nach den 39 Rückläufern der verteilten Auswertebögen hatten 5 Soldaten per Befehl am Seminar teilgenommen. Diese gaben auch an, dass sie mit dem Seminar unzufrieden waren. Ansonsten waren damit 82 % (sehr) zufrieden, gegenüber 18 %, die nicht ganz bzw. unzu-

frieden waren.

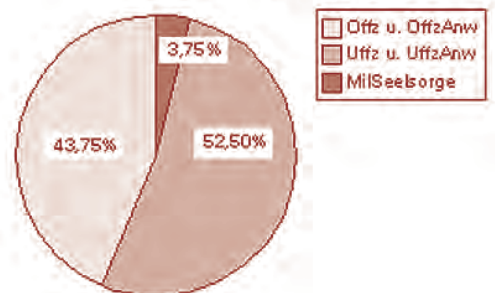
Der Schirmherr der GKS-Akademie, Generalmajor Karlheinz Lather, hob in seiner Begrüßung am Montag hervor, dass der Teilnehmerkreis sich vor allem aus jungen Soldaten – unter ihnen zwei Soldatinnen – zusammensetzte: „Dies entspricht meinem Verständnis, da das Angebot der Akademie sich vor allem an die wendet, die jung genug sind, um in der Bundeswehr auch langfristig etwas verändern zu können.“ Das Durchschnittsalter der Teilnehmer (ohne die Mitglieder des Bundesvorstandes der GKS) betrug 32 Jahre (1999: 35,2; 1995: 32,7). Damit wies das 9. Seminar die jüngste Teilnehmerzusammensetzung aller bisher durchgeführten auf.

5. Seminaerauswertung

Das 9. Seminar der alle zwei Jahre stattfindenden Akademie OBERST HELMUT KORN führte die GKS im Jahr 2003 – abweichend von dem bisher üblichen Novembertermin – vom 28. April bis 2. Mai durch. Grund war die Verlegung der Woche der Begegnung 2003 auf den September des Jahres. Nach Meinung aller Beteiligten hat sich dieser Frühjahrszeitraum nicht bewährt. Deshalb soll die 10. GKS-Akademie wieder im Spätherbst und zwar vom 7. bis 11. November 2005 stattfinden.

Besonders Interesse fand bei den Teilnehmern, der Vortrag des für Innere Führung zuständigen Stabsabteilungsleiters I im Führungsstab der Streitkräfte, Brigadegeneral Winfried Gräber, weil sich viele eine Antwort des Dienstherrn auf die Frage erhofften, wie der Soldatenberuf familienfreundlicher gestaltet werden

Diagramm 1:
Teilnehmer-Gruppen



kann. Kritik wurde geübt an der z.T. „einseitigen und unmodernen“ Themenauswahl für das Seminar. So hätte man gern mehr gehört über „neue Lebensformen der Partner-

schaft jenseits der *althergebrachten* Ehe“.

Während 53,8 % die Atmosphäre im Seminar als „sehr gut“ und 33,3% „gut“ bezeichneten, waren 5,1% der Teilnehmer nur eingeschränkt zufrieden. 7,7% empfanden die Atmosphäre als „gezwungen“, was u.a. mit „Dienstatmosphäre“ und der Anwesenheit von Vorgesetzten begründet wurde.

Die überwiegende Mehrheit hat vom Seminar deutlich profitiert (*Diagramm 2*).

In der Absicht der Seminarleitung liegt es, dass die für ein Thema zur Verfügung stehende Zeit je zur Hälfte für den Vortrag und für Nachfragen bzw. zur Diskussion genutzt wird. In der Praxis wird die Vortragszeit von den Referenten regelmäßig überzogen. Dies spiegelt sich in den Antworten auf die Frage, ob genügend Zeit für Nachfragen und Gespräche zur Verfügung stand, wider (*Diagramm 3*).

Demgegenüber stand die Beurteilung der Möglichkeiten, sich am Gespräch auch zu beteiligen (*Diagramm 4*).

6. Werbung

Zur Werbung wurden Programm-Faltblätter mit Einzelheiten zum Seminar ab der 42. Woche der Begegnung (Sept. 2002) und danach an alle Kreise/Ansprechpartner sowie Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge verteilt. Auch im AUFTRAG wurde regelmäßig das Programm veröffentlicht.

Die Auswertung der Fragebögen zum Erfolg der Werbung (Frage: „Wie haben Sie vom Seminar erfahren?“) ergibt folgendes Bild: 64,1 % durch persönliches Gespräch (MilPfr, GKS-Ansprechpartner aller Ebenen, Kameraden), 28,2 % auf dem Dienstweg (Vorgesetzte, dienstl. Information oder Aushang), 25,6 % durch Prospekt, 15,4 % durch die GKS-Zeitschrift AUFTRAG (über 100 % durch Mehrfachnennungen; *Diagramm 5*).

7. Ausblick auf das Seminar im Jahr 2005

Das 10. Seminar wird vom 7. bis 11. November 2005 wiederum im Bonifatiushaus in Fulda stattfinden. Dabei wird es Wechsel in den wichtigen Leitungsfunktionen der Akademie geben:

- die Schirmherrschaft geht über von Generalmajor Karlheinz Lather, Kommandierender General II. Korps, Ulm, an Generalmajor Wolfgang Korte, stellvertretender Befehlshaber Heeresführungskommando, Potsdam.
- die Leitung der Akademie übergibt Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, Ehrenbundesvorsitzender der GKS, nach 18 Jahren an Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, zz. Regimentskommandeur und Bundesvorsitzender der GKS.
- die Aufgabe des wissenschaftlichen Begleiters der Akademie wird Dr. Antonius Gescher, Direktor Bonifatiushauses Fulda, wegen Erreichen des Ruhestandes seinem Nachfolger überlassen.

Thematisch soll die Entwicklung der Europäischen Union und insbesondere die „Europäische Verteidigung“ (Arbeitstitel) im Vordergrund stehen. Der Bundesvorstand wird sich Gedanken über eine noch effektivere Ansprache der Zielgruppen machen müssen (z.B. ergänzende Werbung durch Plakate, Email, Internet u.a.m.).

8. Bewertung

Berücksichtigt man, dass gem. Auswertebogen rund 75 % erstmals an der GKS-Akademie teilgenommen haben, der Zufriedenheitsgrad hoch ist und fast 90 % zum Zeitpunkt der Befragung zum Seminarende sicher oder vielleicht ein weiteres Seminar besuchen wollen, so erkennt man die günstige Wirkung auf den Bekanntheitsgrad der GKS als Verband in der Kirche unter Soldaten und die Gewinnung von zum Engagement bereiten Mitgliedern.

Im Weiterbildungsangebot für Soldaten gibt es nichts Vergleichbares zur GKS-Akademie Oberst Helmut Korn. □

Diagramm 2:

„Ich habe in diesem Seminar ...“

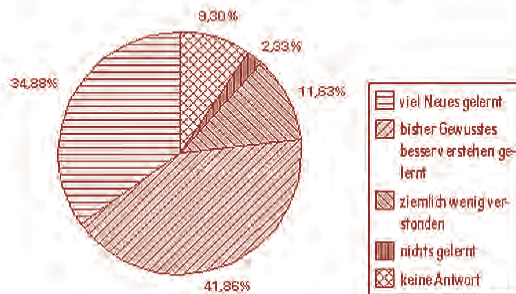


Diagramm 3:

„Die Zeit für Nachfragen und Gespräche war ...“

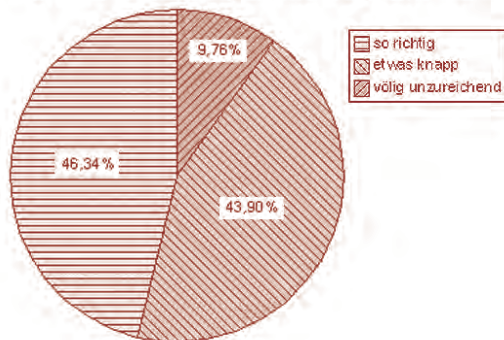


Diagramm 4:

„Am Gespräch konnte ich mich ...“

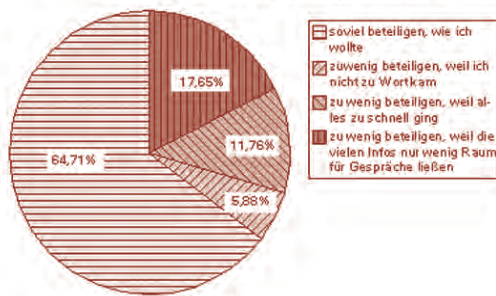
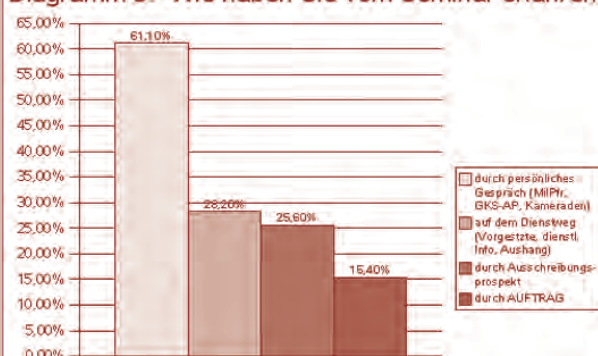


Diagramm 5: „Wie haben Sie vom Seminar erfahren?“



Abbildungsnachweis für Rubrik GKS-Akademie (S. 4 - 17):

Fotos: F. Brockmeier, BMVg S. 13 u.; Grafiken: PS, BMVg S. 14

Wertekonsens – Wertedifferenz in unserer Gesellschaft: Produktive Ungleichzeitigkeiten

Kurzfassung des Vortrags von Prof Dr. Paul M. Zulehner am 28. April 2003

Der unsichtbare Schlüssel – die geschrumpfte Transzendenz

Wir leben zwar länger, aber insgesamt kürzer. Leben wurde für die Mehrzahl zur „letzten Gelegenheit“ (Marianne Gronemeyer) für unsere nach wie vor unzerstörte „maßlose Sehnsucht“ (desir: Jacques Lacan). Wir wollen alles, und zwar subito. Hauptmerkmale solcher Lebensart: hastig, an- und überfordernd, wachsende Angst zu kurz zu kommen.

Nebenwirkung 1:

Erbarmungslosigkeit

Eine erste Auswirkung der geschrumpften Transzendenz auf die Lebenskultur, zumal auf Liebe und Partnerschaft:

- **Erbarmungslosigkeit** aus überfordernden Erwartungen.
- Erbarmungslos sind wir:
- mit uns selbst (Männergesundheit);
- mit den anderen (Überforderung in der Liebe zwischen den Geschlechtern);
- in der Arbeitswelt;
- international.

Wer liebt, sucht im letzten einen Gott, d.h. einen, der ihn so erfüllt, dass weder Maß noch Grenze vorhanden sind: also Ewigkeit, Unendlichkeit. Der eine Mensch verheißt dem anderen eine solche Erfüllung. Welcher Mensch kann dafür eintreten?

Die erste Tugend der Liebe heißt: das Erbarmen.

In ihm vergebe ich dem anderen, dass er mein Gott nicht sein kann.

(Roman Bleistein [1975])

Nebenwirkung 2: Risiko

Eine zweite Auswirkung: **wachsendes Risiko**. Der Mensch nimmt sein Leben selbst in die Hand. Ablehnung von Vor-Gaben.

- Hauptthema der Moderne:
- Freiheit als Selbststeuerung;
- der Mensch als autonomer Erfinder seines Lebens;

- Verwerfung „repressiver Fremdsteuerungen“ (nicht Institutionen, Normen, Autoritäten).

Unerwünschte Nebenwirkung:

- Die Zahl jener Menschen nimmt inmitten der Freiheitskulturen zu, welche die lästige Last der Freiheiten wieder loswerden wollen;
- die riskanten Freiheiten (Ulrich Beck) mit Freiheitsfluchtendenzen wegen der neuen Unübersichtlichkeiten sowie des ramponierten Familiensystems, das bei den Nachwachsenden kaum Daseinskompetenz aufkommen lässt: anstatt Obdach der Seele Unbehauetheiten.

Nebenwirkung 3:

Entsolidarisierung

Wir haben „wenig übrig“ (an Lebensenergie!) für andere (wir sind ichbedachte und zugleich ichbesorgte Ichlinge). –

Daraus erwächst die Gefahr der Entsorgung überflüssiger Kinder in außerhäusliche Aufbewahrungsanstalten und der Alten, Pflegebedürftigen und Sterbenden.

Gleichzeitig

Hoffnungs-Phänomene

Resolidarisierung

Neue Solidaritäten – auch in Bezug auf die Familien sowie das Verhältnis der Geschlechter untereinander:

- neue Väter;
- Pathos der Partnerschaftlichkeit;
- Neubestimmung Elternhaus – außerhäusliche Einrichtungen für Kinder;
- Hospizbewegung erfasst Familien (Pflegeauszeit; Sicherung des Arbeitsplatzes statt Liberalisierung der Euthanasie).

Reinstitutionalisierungen

- Zur Entlastung der angespannten Freiheiten: Institutionen neuer Art, Netzwerke ...;
- Renormierungen (Entstehen neuer Verbindlichkeiten in Netzwerken);
- neue (personale) Autoritäten.



Respiritualisierung

- statt Flüchten in vielen Formen (gespieltes Leben, Alkohol, Drogen, Kriminalität, psychosomatische Krankheiten, Sekten, Selbstmord),
- Aufstand gegen das kulturell zugeutete Leben, aber auch gegen die vielfältigen (totalitären) Zugriffe des Menschen auf den Menschen.

Weiterführende Literatur:

- Zulehner, Paul M.: Ein Kind in ihrer Mitte. Wir brauchen Familien geprägt von Stabilität und Liebe, Wien 1999.
- Zulehner, Paul M.: Ein Obdach der Seele. Geistliche Übungen nicht nur für fromme Zeitgenossen, Düsseldorf 1994.
- Denz, Hermann u.a.: Konfliktgesellschaft, Wien 2001.
- Zulehner, Paul M./Brandner, Josef: Meine Seele dürstet nach dir (Psalm 63,2). GottesPastoral, Ostfildern 2002.
- Zulehner, Paul M. u.a.: Kehrt die Religion wieder? Religion im Leben der Menschen 1970-2000, Ostfildern 2002.

(PS nach Handout und beigefügter Präsentation)

Dokumentation auf Heft-CD:

- Vortrag als Tondokument unter:
<AKK 2003\Tondoku\Zulehner-1.dss>
- Anschließende Aussprache:
<AKK 2003\Tondoku\Zulehner-2.dss>
- Präsentation:
<AKK 2003\Vorträge\Zulehner-3.ppt>

Pluralität der Lebensformen: Ist das Bewährte und Verbindliche am Ende?

Zum Vortrag von Prof. Dr. Udo Schmälzle OFM, Münster, am 29. April 2003

Entgegen allen Prognosen zum Tod der Familie, die Familie bleibt Strukturprinzip der Moderne und der Lebensform in ihr. Politik und Wissenschaft sind dabei, den antifamilialen Vorbehalt aufzugeben. Sie beginnen zur Kenntnis zu nehmen, dass in der gegebenen „Pluralität von Lebensweisen und Handlungsformen, von Denktypen, Sozialkonzepten und Orientierungssystemen“ die Familie als Primärgruppe immer noch den Kommunikationsraum stiftet, in dem sich Kinder ihrer eigenen Gefühle bewusst werden und die von anderen respektieren lernen. In der Familie können Kinder Vertrauen in das Leben gewinnen. Allerdings stellen sich heute mehr denn je die Fragen: Wie und woran kann man sich orientieren? Welche Werte sind gültig und wie können sie an die Kinder weitergegeben werden? Hinzu kommt, dass die traditionellen Stützen der Erziehung (Kirche, Schule, Verwandtschaft) an Plausibilitätsverlust leiden: Welche Leit- und Menschenbilder begleiten Erwachsene wie Kinder?

Aufgabe von Vater und Mutter ist es, das Kind in die Selbständigkeit hinein zu begleiten. Aber heute steigen zuviele Eltern sowohl aus der religiösen als auch aus der sozialen Erziehung aus. Sie lassen aufgrund eigener Orientierungslosigkeit zu, dass Kinder in einem „Wertenirwana“ aufwachsen. Lebensläufe sind heute durch Krisen und Brüche gekennzeichnet. Herausforderungen verstärken sich: sie können Partnerschaften festigen oder auch zu Trennungen führen. Der häufigste Grund, dass Beziehungen auseinandergehen, ist die räumliche und zeitliche Trennung der (Ehe-)Partner.

Auch der Mensch der Zukunft bleibt ein Familienmensch. Die Familie kann als der zentrale gesellschaftliche Bereich bezeichnet werden, in dem sich entscheidet, ob die Entwicklungslinien der Moderne –

dazu gehören die Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und die Idee vom Menschen, der „Herr und Untertan seiner Selbst“ (Rousseau) sein will – fortgesetzt werden können oder sich angesichts des Zerfalls eines gesellschaftlichen Wertkonsenses macht- und gewaltorientierte Herrschaftsformen entwickeln. „Die Familie wird zum Mittelpunkt des postmodernen Projektes der Gesellschaft.“ Damit wird der Familie die Bedeutung zugesprochen, die ihr tatsächlich zukommt.

Viele Menschen suchen in der Familie Geborgenheit, Wärme und die Intimität der kleinen Gruppe, um in der gegebenen Kälte einer beziehungslosen Gesellschaft emotional zu überleben. Nach Allensbach träumen vier von fünf Menschen in Deutschland von einer Familie, in der sich die Kinder sehr gut mit den Eltern verstehen, in der viel gemeinsam unternommen wird und in der man alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam trifft. Die Mutter – weniger der Vater – ist immer noch für die meisten Jugendlichen Ansprechpartnerin Nr. 1 in Problemsituationen.

Unabhängig von der Scheidungsentwicklung und der Zunahme von nicht ehelichen Lebensgemeinschaften sichern selbst amputierte Primärbeziehungen ein Minimum von Vertrauen bei der Entwicklung von Kleinstkindern ab. Bis heute gewinnt die Einzelperson durch die Gussform der Familie ihre Gestalt. Was die Familie heute noch leistet, zeigt eine Feststellung aus der Pflegediskussion: Rund 80% der Pflege von Alten, Kranken und Behinderten wird von eigenen Familienangehörigen geleistet.

Die dramatische Entwicklung der postmodernen Familie, deren Lebenswirklichkeit in der Gegenwart von Entsolidarisierung, Beziehungsängsten, Vereinsamung, Isolation und Verarmung geprägt wird, zwingt geradezu die Kirche, traditionelle Fi-



xierungen zu überwinden und den Menschen und speziell das Schicksal des Kindes in den Mittelpunkt zu rücken. Viele Familien und alleinerziehende Väter und Mütter stecken bereits in einer solchen Isolation, dass aus der Kleinfamilie ein Raum wird, in dem Kinder und Eltern ständig in der Gefahr sind, sich gegenseitig zu überfordern. Großfamiliäre Lebensräume und Netzwerke werden immer stärker von Familien gesucht. Wichtig sei es, so Prof. Schmälzle, das Widerstandspotential der Familie zu stärken: Hilfestellungen seien zu entwickeln gegen das Empfinden von Ohnmacht gegenüber konkurrierenden und schädlichen Angeboten.

Die Kirche und ihre Theologie täten gut daran, meint Schmälzle, sich auf die „Diktatur der Bedürftigkeit“ einzulassen. Mit dem Kind werde sie das von ihr so viel beschworene „Reich Gottes“ ganz neu entdecken. Gemeinden, die sich auf diese Herausforderungen einlassen, könnten sehr schnell zu neuem Leben erwachen. – Christen verfügen über alternative Lebensmuster. Es kommt darauf an, dass sie diese Werte anerkennen und auch danach leben. Das Christentum lehrt: Es gibt einen Gott, der uns liebt, und das muss man in allen Lebenssituationen wiederfinden. (PS)

Dokumentation auf Heft-CD:

- Grundlemente des Vortrags unter <AKK 2003\Vorträge\Schmälzle.pdf>
- Vortrag als Tondokument unter: <AKK 2003\Tondoku\Schmälzle-1.dss> und <...\Schmälzle-2.dss>

Was tut die Politik für die Familien

Grundsatzreferat und Arbeitsgruppen als Beitrag des „Zentralinstitut Ehe und Familie in der Gesellschaft“ (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt am 29. April 2003

PETER WENDL

Das Thema der Akademie „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft“ und die Fragestellungen dazu wurden im Lauf der Veranstaltung aus verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet. Am Dienstag, den 29. April, wurde in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) die Thematik anhand eines Grundlagenreferates und verschiedener Arbeitsgruppen weiter vertieft.

Das ZFG ist eine interdisziplinäre Forschungseinrichtung. Sein Ziel ist die Erforschung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens von Ehepartnern bzw. Eltern und Kindern. Die derzeitigen Schwerpunkte sind: Soziale Kompetenz – Familie und Erwerbsarbeit – Kommunale Familienpolitik – Familie und Gesundheitsförderung. Seit Januar 2002 besteht eine intensive Kooperation zwischen dem Katholischen Militärbischofsamt (KMBA) und dem ZFG. Im Rahmen der Kooperation werden Forschungsarbeiten vor allem zur Thematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erarbeitet. Diese Forschungen wiederum stehen im besonderen Fokus von Soldaten und ihren Partnern und Familien unter den Belastungen der Fernbeziehungen wie Auslandseinsatz, Versetzungen und Wochenendbeziehungen. Die Forschungsergebnisse fließen dabei unmittelbar in Praxismaßnahmen ein, die im Rahmen der Kooperation durchgeführt werden. 2003 werden z.B. vom ZFG im Rahmen der Militärseelsorge ca. 25 Veranstaltungen (meist Familienwochenenden, Werkwochen, Fortbildungstage) zur Problematik und Verbesserung der Bedingungen bei Fernbeziehungen von Soldaten und deren Partnern durchgeführt. So ist eine intensive und unmittelbare Verbindung von Wissenschaft und Praxis gewährleistet. P. Wendl (Dipl.-Theol.) ist Ansprechpartner für diese Veranstaltungen am ZFG.

1. Arbeitsgruppe (Dipl.-Theologe Peter Wendl): „Fern-Beziehungen von Soldaten und ihren Partnern“: Chancen und Gefahren von Auslandseinsatz, Versetzung und Wochenendbeziehung

Im Einstiegsreferat und der Diskussion konnte aufgezeigt werden, welche spezifischen Belastungen für den Partner im Einsatz bzw. die Familie Zuhause auftreten. Die Verarbeitung der Belastung vor, während und nach den Trennungsphasen erfolgt dabei in den sogenannten emotionalen Entwicklungsphasen. Es konnte festgestellt werden, dass diese Entwicklungen innerhalb der Partnerschaft und den Betroffenen sehr ähnlich (analog) verlaufen: Sowohl im Auslandseinsatz als auch in den Versetzungen und Wochenendbeziehungen finden sich ähnliche Entwicklungen der Belastungsfaktoren und Zeitspannen.



Im Rahmen seines Grundlagenreferates legte Prof. Dr. André Habisch (Foto l.) die Bedeutung von Ehe und Familie für die Gesellschaft dar: Die Ehe wurde jahrzehntelang unter Sozialwissenschaftlern und Psychologen eher als „Auslaufmodell“ behandelt. Neuere empirische und theoretische Forschungsergebnisse weisen

in eine andere Richtung: Selbstbindung und -entscheidung sowie wechselseitige Verbindlichkeit sind kein Widerspruch zur individuellen Freiheit. Sie sind vielmehr wichtige Institutionen zur Verwirklichung von Freiheit. Das zeigen auf eindrucksvolle Weise auch jüngste Ergebnisse US-amerikanischer Familiensoziologen: Verheiratete leben im Durchschnitt länger und erfreuen sich einer höheren Lebenszufriedenheit. Sie haben ein höheres Einkommen und Vermögen. Sie leiden weniger unter Alterseinsamkeit, Depressionen, Alkoholismus etc. Die Bedeutung für Eheleute könnte diesbezüglich lauten, dass es sich lohnt, in die Ehe zu investieren und sich – auch durch Krisen hindurch – um deren Bestand zu ringen.

Aus dem Blickwinkel verschiedener Forschungsprojekte des ZFG wurde daraufhin die Thematik „Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft“ weiter vertieft. Folgende Workshops wurden dabei angeboten:

Im Ergebnis stimmte die Gruppe überein, dass eine Notwendigkeit und große Chance der Erleichterung für die Betroffenen (Soldaten und deren Partner bzw. Familien) darin läge, systematisch vor, während und nach den Trennungsphasen auf zu erwartende Entwicklungen, Belastungen und Chancen vorzubereiten. Dies könnte beispielsweise im Rahmen von Familienwochenenden ca. 4 – 6 Wochen vor dem Einsatz geschehen, wie dies bereits seit geraumer Zeit von der Militärseelsorge in Zusammenarbeit mit dem ZFG intensiviert wird. Dabei ist jedoch von eminenter Bedeutung, dass diese Maßnahmen nicht nur innerhalb der Militärseelsorge, sondern zunehmend auch von militärischer Seite umgesetzt werden.

2. Arbeitsgruppe (Dipl.-Volkswirt Michael Bayer): „Warum heute noch Ehe? – Ergebnisse aus den neueren Sozialwissenschaften“

Aufbauend auf den Ergebnissen internationaler sozialwissenschaftlicher Forschung zu den Vorteilen aus der Institution der Ehe für Ehegatten und Kinder wurde über die individuelle Relevanz dieser Ergebnisse für die Soldaten in ihrer Funktion als Väter bzw. Mütter (und in Bezug auf Kinder) referiert und diskutiert.

Die Hauptthese des Workshops (und auch des Impulsreferats von Prof. Dr. A. Habisch): „Die Ehe ist ein wichtiges gesellschaftliches Gut mit eindrucksvollen Vorteilen sowohl für Kinder als auch Eltern“, wurde sodann aufgespalten in die Unterkategorien „Vorteile für Familie und Kinder“, die „wirtschaftliche Situation der Ehe/Familie“, „Gesundheit“, das „psychische Wohlempfinden“, „Vorteile in Bezug auf Gewalt gegenüber und in der Ehe/Familie“.

In einer abschließenden Diskussion wurde die Relevanz der sozialwissenschaftlichen Ergebnisse, die statistische Durchschnittswerte bzgl. der Ehe und anderen Formen des Zusammenlebens zeigen, durch die von individuellen Anfragen geprägten Probleme der Teilnehmer beleuchtet. Dabei wurde klar erkennbar, dass die Teilnehmer ein starkes Interesse hatten einerseits an familienpolitischer Expertise zur Bewertung der aktuellen Familien-, Sozial- und Finanzpolitik und andererseits an sehr konkreter individueller Hilfestellung bezüglich ihrer eigenen Ehe bzw. Beziehung und Familie.

3. Arbeitsgruppe (Dipl.-Betrw. René Schmidpeter): „Kommunale Familienpolitik“

Angesichts der Bedeutung der Ehe und Familie für eine funktionierende Gesellschaft, ist es wichtig, das Bewusstsein für familienpolitische Fragestellungen in allen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft etc.) der Gesellschaft zu erhöhen. Familienpolitik muss sowohl bürgerschaftliches Engagement integrieren als auch eine Plattform bilden, die es ermöglicht familienorientierte Maßnahmen in verschiedenen Bereichen zu fördern. Um

Hier ist die Arbeitsgruppe 4 unter dezenter Moderation von Nikola Jentsch bei kreativer Arbeit quer durch alle Dienstgrade



die verschiedenen Gruppen und Entscheidungsträger in der Kommune zusammen zu führen, wurde deshalb das Instrument des Familien-Tisches

(www.stmas.bayern.de/familie/tische.htm)

entwickelt.

Der Familien-Tisch ist ein moderierter Kommunikationsprozess, der Verantwortliche aus der lokalen Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Schulen, Familienverbänden, Jugendeinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen etc. und die Familien selbst in einer Region zusammenführt.

In den Arbeitsgruppen wurden zwei Fragestellungen erörtert und anschließend diskutiert: Welche Rolle kann die Bundeswehr zusammen mit anderen Akteuren für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien in der Kommune spielen? Wie kann innerhalb der Organisation Bundeswehr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf befördert werden?

In der Diskussion zeigte sich, dass auch in der Bundeswehr Themen rund um die Familie – nicht zuletzt durch die Zunahme von Auslandseinsätzen – hohe Aktualität und Diskussionsbedarf besitzen. Trotz des spezifischen Kontexts der Bundeswehr, wurden in der Diskussion erste Gedanken formuliert, wie die Bundeswehr zu einer verbesserten Familienfreundlichkeit in unserem Lande beitragen kann. Insbesondere ein weiterer Austausch rund um das Thema Familie, sowie die Vernetzung und stärkere Kommunikation bestehender Maßnahmen scheinen der richtige Weg nach vorn.

4. Arbeitsgruppe (Dipl.-Kaufr. Nikola Jentsch): „Möglichkeiten für soziales Engagement von Soldaten“

Was können Soldaten für die Gesellschaft bzw. die Familie durch soziales Engagement tun? Am Beispiel des amerikanischen Projekts: America's Promise (AP)

Gestaltung des Workshops:

1. Referat mit den Inhalten (America's Promise, eine Form des sozialen Engagements der Armee – was ist das? Die Armee als Partner von „AP“).
2. Einteilung der Arbeitsgruppen und Verteilung der Aufgabenstellung anhand von Leitfragen (z.B. wie könnten wir uns sozial engagieren bzw. was tun wir schon? Was würde mir bzw. der Armee ein freiwilliges soziales Engagement nützen? Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit sich Soldaten im sozialen Bereich engagieren können?, etc.).
3. Allgemeine Diskussion der erarbeiteten Ergebnisse und Zusammenfassung der Ergebnisse für eine Präsentation im Plenum.

Ergebnisse des Workshops:

Soziales Engagement ist seit vielen Jahren in der Bundeswehr fester Bestandteil (z.B. Kooperation mit sozialen Einrichtungen etc.), teilweise innerhalb und insbesondere außerhalb der Bundeswehr aber nicht ausreichend bekannt.

Jedoch ist dieses soziale Engagement nicht in feste organisatorische Strukturen eingebettet, wie z.B. in den USA (America's Promise). □

Thesen zur Seelsorge an Soldatenfamilien

zum Vortrag des Katholischen Militärbischofs Dr. Walter Mixa, Eichstätt

Bischof Mixa ging in seinem Vortrag besonders auf die Aspekte von „Ehe und Familie in der pluralistischen Gesellschaft“ ein und stellte dazu die katholisch-bischöfliche Sicht dar. In einem kürzeren zweiten Teil benannte er drei Schwerpunkte für die Arbeit katholischen Militärseelsorge der nächsten Jahre: die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten im Auslandseinsatz, die Intensivierung der Familienseelsorge und die Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts.

1. Ehe und Familie in der pluralistischen Gesellschaft

Ehe und Familie als eine Lebenspartnerschaft, die auf Zuverlässigkeit, Treue und ehelicher Liebe gegründet ist, werde heute von Vielen als Widerspruch zur Gesellschaft als Haltung von vorgestern gesehen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften nicht nur toleriert, sondern als der ehelichen Partnerschaft von Mann und Frau gleichgestellt angesehen würden. Dieser in pluralistischen Gesellschaften weit verbreiteten Ansicht stellte der Militärbischof appellativ entgegen, dass „wir Christen aus unseren Deckungen und Verteidigungsstellungen heraustreten müssen, um die Dinge beim Namen zu nennen. Christen haben ein Alternativprogramm für die pluralistische Gesellschaft, das durch sein Gottes-, Menschen- und Weltbild sich durchaus sehen lassen kann.“ Er forderte dazu auf, „das Licht einer begründeten Wahrheit nicht unter den Scheffel zu stellen und statt dessen die christliche Meinung in der Gesellschaft deutlich zu machen.“

Der Bischof wandte sich auch gegen die verbreitete Auffassung, die Ehe und Familie traditioneller Lebensstil seien ein Auslaufmodell. Unter Hinweis auf ein Wort der Deutschen Bischöfe „Ehe und Familie in guter Gesellschaft“ vom 17.01.1999 (s.a. Heft-CD <...|DBK-61-...>), zeigte Mixa auf, dass unter Jugendlichen die Sehnsucht nach ei-



Aussprache im Anschluss an den Vortrag des katholischen Militärbischofs Walter Mixa, r. der Schirmherr der Akademie, Generalmajor Karlheinz Lather, l. der Seminarleiter Oberstleutnant a.D. Paul Schulz. Das Foto vor dem Tisch zeigt den Namensgeber der Akademie, Oberst Dr. Helmut Korn († 1983).

nem geliebten Menschen weit verbreitet sei. Darin komme zum Ausdruck, dass „wir von der naturhaften Bestimmung als Geschöpfe Gottes bestimmte Sensibilitäten in unserem In-

„Wir Christen müssen aus unseren Verteidigungsstellungen heraustreten. – Christen haben ein Alternativprogramm für die pluralistische Gesellschaft, das sich durch sein Gottes-, Menschen- und Weltbild sehen lassen kann.“

neren haben, die nach Erfüllung streben: Das ist auch die Sehnsucht nach einem geliebten Menschen, dem ich mich anvertrauen kann, auf den ich mich verlassen kann, dem ich treu sein kann und dem ich seine Treue mir gegenüber glauben kann.“

Bei aller Sehnsucht nach Liebe, Treue und Geborgenheit trete heute bei vielen Menschen – auch solchen mit gemeinsamen Kind – eine Sperre auf, die diese letzte Entscheidung scheut, ein Bündnis für das Leben einzugehen. Man möchte sich eine Hintertür aufhalten und nicht unbedingt Ja zum Anderen sagen. Dage-

gen sei es doch „großartig, wenn Mann und Frau einander versprechen können“, so der Militärbischof, wie es in der katholischen Trauformel treffend heiße: „Ich nehme dich als Frau/Mann und verspreche dir meine Treue in guten wie in bösen Tagen, in Gesundheit und in Krankheit; ich will dich lieben, achten und ehren, solange ich lebe ...“ Die Bischöfe sehen natürlich den hohen Anspruch von Ehe und Familie „an das partnerschaftliche Zusammenleben und die gegenseitige Unterstützung, vom Bemühen um intensive Kommunikation und von der Entwicklung zu einem partnerschaftlichen und gleichberechtigten Umgang miteinander. In der Erziehung orientieren sich Eltern am Wohl der Kinder. Sie bemühen sich, den Erfordernissen und Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, sie in ihren Anlagen zu fördern und den schwierigen Herausforderungen der Erziehung in einer unübersichtlichen und pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden.“

Schließlich stehen sich die ver-

schiedenen Generationen in der Familie nach wie vor solidarisch bei, auch wenn sie nur noch selten in einem Haushalt zusammenleben. Großeltern, aber auch Onkel, Tanten und andere Verwandte unterstützen weiterhin die jüngere Generation auf vielfältige Weise. Und die älteren Menschen erhalten Unterstützung und Pflege, wenn sie diese benötigen, zumeist von ihren Kindern.

Diese und andere Beobachtungen ermutigen, die vielfältigen hoffnungsvollen Erfahrungen in Ehe und Familie heute bewusst wahrzunehmen, ohne dabei Schattenseiten zu leugnen; sie verbieten es, undifferenziert vom Verfall der Familie zu sprechen.“ (DBK-61, II.,1.2)

2. Die Position der Militärseelsorge

2.1 Fürsorge und Betreuung der Soldaten im Einsatz

Der Militärbischof betonte die Bedeutung der friedensstiftenden Arbeit der Soldaten bei Auslandseinsätzen. Vor allem habe ihn bei seinen Auslandsbesuchen immer wieder beeindruckt, dass die Soldaten der Bundeswehr nicht mit Siegerposen auftreten, sondern einen „helfenden Umgang mit der Bevölkerung“ pflegten. Die Militärseelsorge anerkenne, dass Soldaten ihren Anspruch auf seelsorgliche Begleitung bei diesen Einsätzen geltend machen. Die Betreuung durch die Militärgeistlichen werde auch durch eine hohe Zahl nichtgetaufter Soldaten in Anspruch genommen. Es sei eine wichtige Aufgabe der Militärseelsorge, den Menschen vor allem in kritischen Lebenssituationen helfend zur Seite zu stehen. Dies gelte auch für die Zusammenarbeit mit den Ortskirchen.

2.2 Familienseelsorge am (Stand-)Ort

Dabei denke der Militärbischof zum Einen an die bewährten Formen der Intensivseelsorge – wie Familienwochenenden, Einkeritage, Werkwochen, Wallfahrten –, aber auch an die begonnene Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut Ehe und Familie der Katholischen Universität Eichstätt. Dieses untersuche auf wissenschaftlicher Grundlage gesellschaft-

liche Hintergründe und Entwicklungen, die Einfluss auf das Ehe- und Familienverständnis nehmen.

Neben der Begleitung der Soldaten bei Einsätzen ist für den Bischof die Betreuung der Angehörigen zu Hause von Bedeutung bei der Vorbereitung und während der Einsätze. Aber auch nach den langen Auslandsaufenthalten sei ein Begleitangebot erforderlich, weil auch die Gewöhnung an ein Wiederausleben zu Krisen führen könne. In der Familienseelsorge sei auch ein Betätigungsfeld der zivilen Ortspfarrer zu sehen, denn Soldatenfamilien gehörten immer auch einer Ortsparrei an und eine scharfe Trennung zwischen Zivil- und Militärseelsorge sei nicht gewünscht.

2.3 Lebenskundlicher Unterricht (LKU)

LKU müsse nach Ansicht von Mixa einen weiteren Schwerpunkt für die katholische Militärseelsorge darstellen. Zum einen sei der LKU für die Kirchen eine Chance junge Menschen zu erreichen. Zum anderen kämen manche Soldaten mit dem LKU kaum in Berührung. In diesem Unterricht könne eine tiefere Dimension des Menschseins vermittelt werden, als dies in „bloßen Ethikunterricht“ der Fall sei. Denn LKU befasse sich mit unauslöschlichen Fragen des menschlichen Daseins: mit Ursprung, Sinn und Ziel des Lebens. Dazu gebe, so der Bischof, die Militärseelsorge auf der Grundlage des christlichen Gottes-, Menschen- und Weltbildes ein Angebot. Und er betonte, es handele sich um Angebot und Alternative – und nie um Zwang –, die überzeugend und plausibel nahezubringen seien.

Der Bischof schloss seine Ausführung wiederum mit einem Zitat aus dem o.g. Bischofswort (DBK-61, I.5.): „Ehepaare stehen vor der Aufgabe, eine je eigene Form von gelebter Partnerschaft zu finden und ein Leben lang weiter zu entwickeln – im Aufbau und in der Pflege einer Gesprächskultur, in der Entfaltung von Zärtlichkeit und sexueller Gemeinschaft, in der Entscheidung zu Kindern und in der Kindererziehung, in der einvernehmlichen Zuordnung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, in der Kultivierung von Bedürfnissen und

gegenseitiger Rücksichtnahme sowie in der Suche nach einem gemeinsamen Lebensstil. Aber weil sie den Spielraum dafür nicht je von Neuem ausmessen und füreinander bereitstellen müssen, bedeutet die Ehe auch eine Entlastung von der Überforderung, die Grundlagen des gemeinsamen Lebens täglich neu aushandeln zu müssen. Ehe ist so immer beides: vorgegebene Lebensform und verantwortlich gestaltete Beziehung. Sie wird um so besser gelingen, je bewusster den Partnern vor Augen steht, dass auch ihr gemeinsames Leben im Miteinander von göttlicher Gabe und menschlicher Aufgabe gründet. So erfüllen sie durch ihr gemeinsames Leben in besonders dichter und unverwechselbarer Weise das, was uns allen als Gemeinde Jesu Christi aufgetragen ist: ‘Nehmt einander an, wie auch Christus uns angenommen hat’ (Röm 15,7).“ (PS)

Dokumentation auf Heft-CD:

- Vortrag des Militärbischofs mit Aussprache als Tondokument unter: `<AKK 2003\Tondoku\Mixa-V-1.dss>` und `<...\Mixa-A-2.dss>`

Ergänzende Dokumente auf Heft-CD im Ordner `<AKK 2003Anhang>`:

- Wort der Deutschen Bischöfe Nr. 61 „Ehe und Familie in guter Gesellschaft“ vom 17.01.1999: `<AKK 2003\Anhang\DBK-61 Ehe-Familie.doc>`)
- Einen detaillierten Überblick über die Familienseelsorge der Katholischen Militärseelsorge gibt der Aufsatz von Militärdekan Msgr. Georg Kestel „Familienseelsorge als Schwerpunkt. Ehe und Familie als Anliegen der Katholischen Militärseelsorge“, als Textdokument zu finden auf der Heft-CD unter `<AKK 2003\Anhang\Kestel ZMS 2003.doc>`; erschienen in der Zeitschrift MILITÄRSELSORGE – PASTORAL; 41. Jg, Heft 2003.
- Militärdekan Msgr. Georg Kestel ist:
 - Leiter Referat IV „Seelsorge“ im Kath. Militärbischofsamt Berlin,
 - Bischöflicher Beauftragter für das Laienapostolat im Jurisdiktionsbereich des Kath. Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr und
 - Geistlicher Beirat der GKS.



Soldat – Ehe – Familie – Partnerschaft

Die Position des Dienstherrn

Der Leiter Stabsabteilung I (Personal/Innere Führung) im Führungsstab der Streitkräfte des BMVg, Brigadegeneral Winfried Gräber, zeichnete in seinem Vortrag am 1. Mai 2003 ein Bild der „Inneren Lage der Streitkräfte“. Am Beispiel der aktuellen Arbeitsfelder des Fü S I (s. Kasten) zeigte er auf, wo Handlungsbedarf sowohl für die Streitkräfte als auch für die politische Leitung und den Gesetzgeber besteht. Schwerpunkte waren die Situation der Soldaten^{*)} bei Auslandseinsätzen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der nachstehende Beitrag ist ein Extrakt aus dem Vortrag, der auf der Heft-CD unter <...\STAL I-Skript.doc> nachzulesen ist; die zugehörige Präsentation unter <...\STAL I-4.ppt>.

Auslandseinsätze verändern die Bedürfnisse der Soldaten

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben eine große Bandbreite von neuen, in der Bundeswehr so früher nicht gekannten Herausforderungen mit sich gebracht: Die Konfrontation der Soldaten mit Verwundung und Tod – so z.B. das Auffinden von vergewaltigten und ermordeten Frauen im Einsatzland, der Tod eines Kameraden durch Umstände, wie sie zu Hause nicht vorkommen u.a.m. – die langen Trennungen der Soldaten von ihren Familien zu Hause, die neu erlebte intensive und lange Kameradschaft in den Auslandsstandorten, die ein anderes Zusammenleben mit sich bringt als das Kasernenleben in den Heimatstandorten; all dies sind Situationen, die eine neue Qualität im Soldatenalltag darstellen.

Soldaten wollen, dass sie zu Hause und im Einsatz in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden, zumal dann, wenn sie sich von denen der Gesellschaft unterscheidet. Die Soldaten erwarten, dass die Militärseelsorger ihre spezifischen Situationen kennen und verstehen.

Gerade im Auslandseinsatz kann der Soldat nur sehr bedingt auf Handlungsschemata aus seiner Heimat erfahrung zurückgreifen. Entscheidungen und Handlungen haben im Ausland eine ungleich stärkere Auswirkung auf andere Menschen, als dies in der Heimat der Fall ist. Dabei geht es nicht um technische oder operative Machbarkeit, sondern

um die ethische Rechtfertigung der eigenen Absicht und des eigenen Handelns, um eine Bestätigung und Bestärkung in der Begründung, um eine gelebte und erlebbare „Firmung“ vor Ort.

Soldaten wollen bei diesen schwierigen Aufgaben unterstützt und bestärkt werden, zumal dann,

Aktuelle Arbeitsfelder des Fü S I

- Neue Soldatenlaufbahnverordnung
- Familienbetreuungsorganisation
- Flexibilisierung der Einsatzdauer
- Teilzeitdienst für Soldaten
- Kinderbetreuung
- Familienheimfahrten

wenn sie sich durch die Werteverchiebungen in der Gesellschaft mit dem zunehmenden Pluralismus nicht mehr angemessen getragen und verstanden fühlen. Hier erwarten Soldaten von der Militärseelsorge die Vermittlung ethischer Grundsätze, an denen sie ihre Entscheidungen ausrichten können.

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

Seit Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr werden die Angehörigen der sich im



Brigadegeneral Winfried Gräber diskutiert mit Seminarteilnehmern.

Foto unten: „Soldatenfamilie“ aus der den Vortrag begleitenden Präsentation.

Einsatz befindenden Soldaten durch die Familienbetreuungsorganisation betreut und bei der Bewältigung ihrer Probleme unterstützt.

Aufgrund der Verstetigung dieser Einsätze und der vielfältigen neuen Herausforderungen sieht das Konzept der Familienbetreuung die flächendeckende Einrichtung von Familienbetreuungscentren (FBZ) mit hauptamtlichem Personal vor. In einem ersten Schritt wurden seit 01.07.2002 zehn FBZ eingerichtet, um bis zum Jahresende 2003 Erfahrungen für die Entscheidung über weitere Zentren zu sammeln. Die Zielstruktur sieht 31 hauptamtlichen FBZ vor.

Gegenwärtig besteht die Familienbetreuungsorganisation aus 19 Betreuungszentren (10 haupt- und 9 ne-



^{*)} Soldat/Soldaten steht in diesem Bericht synonym auch für Soldatin und Soldatinnen; von BG Gräber im mündl. Vortrag korrekt unterschieden.

Versetzungen und deren Wirkungen



benanntlich betriebene) und zusätzlich fallweise eingerichteten Betreuungsstellen, derzeit sind dies 55. Dadurch wird die Familienbetreuungsarbeit flächendeckend in ganz Deutschland gewährleistet.

Einhergehend mit der Neuordnung ist auch eine Erweiterung der Aufgaben. Es werden nunmehr nicht nur Angehörige von im Einsatz befindlichen Soldaten betreut, sondern die Zentren stehen allen Soldaten mit ihren Angehörigen zur Lösung aller soldatenspezifischen Probleme als Anlaufstelle offen. Die FBZ fungieren quasi als „Drehscheibe“ und führen die Problemlösung durch die jeweils

kompetente Stelle in- und außerhalb der Bundeswehr herbei, z.B. auch durch die Militärpfarrer.

Für die Bundeswehr gilt es, sich dem Spannungsfeld „Beruf und Familie“ zukünftig noch stärker zuzuwenden, zumal der Soldat seine Dienst- und Einsatzmotivation im Wesentlichen aus dem Verständnis seiner nächsten Umgebung für seine Aufgabe zieht.

Teilzeitdienst

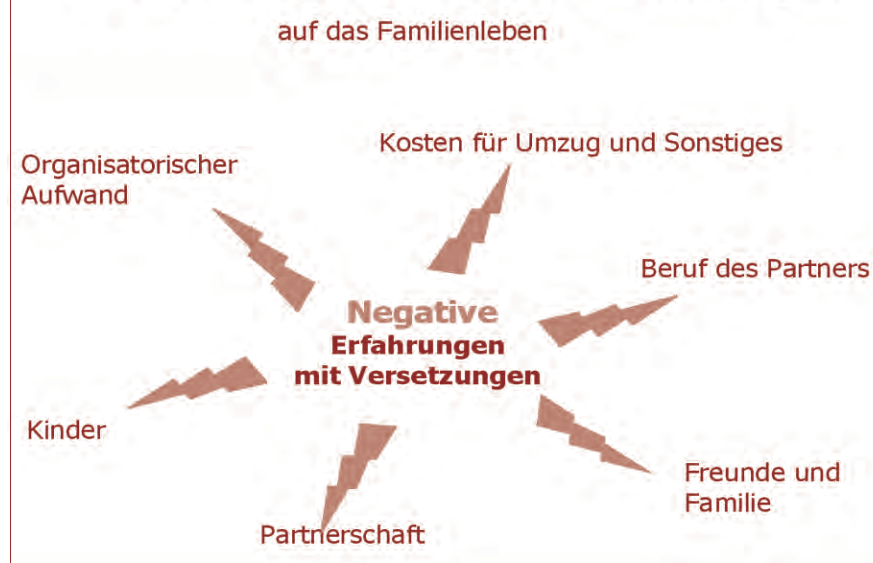
Neben Überlegungen zur Kinder- und Familienbetreuung könnten u.U. Modelle zur Gestaltung der Arbeits-

zeit hierzu einen weiteren wichtigen Beitrag leisten. Dabei gilt es jedoch zugleich die Belange der Streitkräfte hinsichtlich Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit zu wahren. Es spielt für eine Armee mit zurzeit rund 10.000 Soldaten im Auslandseinsatz die jederzeitige auch kurzfristige Verfügbarkeit für eine Entsendung ihrer Soldaten in den Einsatz eine entscheidende Rolle.

Die Streitkräfte wollen keine „Teilzeitaufbahnen“ und keine Teilzeitsoldaten. Teilzeitdienst soll Lebensphasen mit besonderer Verpflichtung zur Familienfürsorge überbrücken. Ziel ist generell die spätere Wiederaufnahme der Vollzeittätigkeit. Antragsberechtigt sollen Soldatinnen u. Soldaten zur Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen sein.

Teilzeitdienst wird in den in den ersten vier Dienstjahren nicht möglich sein und kann längstens für zwölf Jahre genehmigt werden. Der Dienstherr kann eine anteilige Weiterverpflichtung bei SaZ mit Studium oder mehr als sechsmonatiger Fachausbildung verlangen. (PS)

Versetzungen und deren Wirkungen



Ergänzende Dokumente auf Heft-CD im Ordner <Anhang>:

- <...\UniBw-Mü Studie Beruf-Familie.pdf>: Studie zur „**VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF FÜR SOLDATEN – MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN EINER FAMILIEN-ORIENTIERTEN PERSONALPOLITIK IN DER BUNDESWEHR**“ des Instituts für Personal- und Organisationsforschung der Universität der Bundeswehr München, Neubiberg Januar 2003.
- <...\ZInFü-ArbPapier 02-1998>: **Arbeitshilfe für Kommandeure Nr. 02/98, „WIR SIND ZURÜCK – REINTEGRATIONSSEMINAR • VETERANEN-/FAMILIEN-TREFFEN“**, Stand April 2000.

Familie und Frieden

Kurzfassung eines Beitrags über „Zwei Dauerbrenner im Diskurs um kulturelle Veränderungen“ von Johannes Michael Schnarrer

Der Autor hat im ersten Teil seiner Abhandlung (s. AUFTRAG 250/ April 2003, Seite 18 ff.) zunächst die Situation der Familie betrachtet. Dabei ging er auf die steigenden Zahlen der Single-Haushalte, den wachsenden Leistungsdruck, die Bindung auf Dauer, die brüchigeren Ehen und auf die veränderte Partnerschaft(en) ein. Dann beschäftigte er sich mit dem Familienwesen Mensch, der Emanzipation und den Gender-Problemen sowie der Weiblichkeit und Männlichkeit als neuen Bildern. Als Nächstes wandte er sich dem Wandel in der Familie, dem Problem in der Kleinkindbetreuung einschließlich der Korrespondenz von Familienleben und Gesellschaft, dem anderen Zugangsverhältnis zur Familie, der neuen Rollenverteilung und dem trotzdem zur Familie zu. Weitere Abschnitte waren das christliche Verständnis, die Familie als Teil der Schöpfungsordnung und die Vielfalt der Formen. Abschließend setzte er sich auseinander mit dem grundsätzlichen Erlebnis der Geburt für die Zukunft einer Familie, mit der Entstehung neuen Lebens als Interaktion sowie mit dem Risiko, das auf sich genommen wird. In der folgenden Kurzfassung wird der Beitrag von Johannes Michael Schnarrer mit dem Blick auf den Frieden und die Friedenserziehung fortgesetzt. Der vollständige Beitrag (Teile I-III) ist auf der Heft-CD nachzulesen unter <AKK 2003\Anhang\Familie und Frieden.pdf>.

Teil II: Frieden

Der „Frieden“ ist einerseits Sammelname für alles Gute, Schöne, Wertvolle u.a. in Verlegenheit verwendet, wird **zum Allerweltsbegriff** und damit in seiner Tiefe nicht das erfasst. Andererseits wird er oft **als Leerformel verstümmelt** und mit unterschiedlichen, ja sogar gegenteiligen Inhalten gefüllt.

Differenzierungen zum Friedensbegriff

Trennung zwischen **negativem** Frieden (Abwesenheit von Krieg oder organisierter kollektiver Gewaltanwendung) und **positivem** Frieden (Verwirklichung bestimmter Werte wie etwa sozialer Gerechtigkeit, Wohlfahrt, Glück, Freiheit usw.).

Eine wichtige Differenzierung ist die nach Graden des Friedens und des Unfriedens. Eine weitere wichtige Abgrenzung besteht darin, verschiedene Ebenen des Friedens unterscheidend, den Frieden in erster Linie auf das internationale System zu beziehen, auf die untergeordneten Ebenen insofern, als eine relative Interdependenz zwischen den einzelnen Ebenen entsteht. Frieden ist jener Grundwert des persönlichen, na-

tionalen, insbesondere aber des internationalen Gemeinwohls, der sich in weiteren Teilwerten wie u.a. Gewaltlosigkeit, Gerechtigkeit, Toleranz und Freiheit realisiert.

Biblisches Verständnis des Friedens

Das hebräische Wort „shalom“ hat einen so reichen Inhalt, dass es kaum in einer anderen Sprache wiedergegeben werden kann. Im absoluten Sinne ist „shalom“ Frieden, d.h. Wohlergehen, materielles und geistiges Gedeihen, sowohl des Einzelnen wie der Gemeinschaft. Im relativen Sinne bedeutet „shalom“ Frieden, d.h. das gute Verhältnis zwischen mehreren Personen, Familien und Völkern sowie zwischen den Menschen und Jahwe.

Das Neue Testament schließt sich den alttestamentlichen Aussagen eng an. Auch hier ist der Frieden das Kennzeichen der messianischen Zeit. JESUS selbst wirkt den Frieden, wenn auch nicht ohne Kampf. Als Friedensfürst trägt er das Schwert. Aber auch das Wohlergehen der jungen Gemeinde wird als Frieden bezeichnet.

Versöhnung und Antizipation

Die Zustimmung, Billigung oder Neutralität gegenüber der Entwicklung, Bereitstellung und militär-politischen Anwendung von Massenvernichtungsmitteln verleugnet alle drei Artikel des christlichen Glaubens, weil die Drohung mit der Zerstörung der Erde den Schöpfer und seine Schöpfung lästert, und weil sie dem Versöhnungshandeln Gottes bis zur Auferweckung des gekreuzigten JESUS CHRISTUS den Willen und die systematische Vorbereitung zur Tötung von unversöhnbaren Frieden entgegengesetzt. Ebenso ist das Bekenntnis zu JESUS CHRISTUS unvereinbar mit jeglicher institutionalisierter Feindschaft und allen ideologischen Feindbildern. Der Glaubende handelt vom „ewigen Frieden“ und nicht von der „Feindschaft der Feinde“ her.

Solidarität und Gemeinschaft

Die christlichen Gemeinden haben jede Friedens- und Sicherheitspolitik anzuprangern, die offensichtlich die Armen tötet oder faktisch nicht an dem Aufbau und der Erhaltung einer durch „Gerechtigkeit und Frieden sowie Bewahrung der Schöpfung“ bestimmten Lebens- und Gesellschaftsordnung für alle orientiert ist.

Ort des praktischen Friedenszeugnisses aus der Versöhnung ist die Gemeinde der Glaubenden, die JESUS CHRISTUS als den einen Herrn der Geschichte bekennt. Aber die Gemeinde als Gemeinschaft der Glaubenden ist nicht identisch mit den realen Grenzen der Kirche, sondern mit all jenen, die aus dem Frieden CHRISTI leben und ihn praktisch bezeugen. Die Kirche kann nur dann Handlungsraum und Handlungsträgerin des endzeitlichen Friedens CHRISTI sein, wenn sie in ihrer eigenen Wirklichkeit und Organisationsstruktur Frieden hält.

Mehr als Waffenstillstand

Unter Frieden ist heute mehr zu verstehen als die Zeit, in der kein Krieg herrscht oder der Zustand von Ruhe, obwohl mit der althochdeutschen Sprachwurzel „fridu“ ursprünglich vor allem die Begriffe Schonung und Freundschaft verbunden waren, um damit als Gegenpol zum Krieg ihre Geltung zu erfahren.

Vieldimensionaler Friedensbegriff

Der Begriff des Friedens erweist sich aber als vieldeutig. Der genannte Frieden zwischen den Blöcken NATO und Warschauer Pakt verwies (bis 1990) auf den internationalen Aspekt. Spricht man vom sozialen Frieden, ist damit der Interessenausgleich verschiedener Gruppen und Schichten innerhalb einer sozio-kulturellen Einheit, einer Region, eines Landes oder eines Kontinents gemeint. Seit dem Beginn der Grünenbewegung in den 1960-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wird auch der ökologische Gesichtspunkt immer stärker hervorgehoben.

Vorurteile abbauen

Frieden muss als aktives Bemühen um Verständnis und Kooperation innerhalb einer Eigengruppe und gleichzeitig um Freundschaft zu anderen Gruppen, die als Außengruppen gekennzeichnet sind, definiert werden. Außerdem ist der Hinweis in diesem Zusammenhang wichtig, dass Gewaltanwendung und kriegerische Konflikte nicht nur aus bloßer Aggression, Angriffslust oder aus dem Streben nach Macht und Geldgier bzw. Einfluss erfolgen, sondern aus einer Gruppenatmosphäre des Misstrauens oder durch die Hybris einer Einzelperson, aus Angst und emotionalen Ressentiments, aus Unterdrückung und Bedrohung. Rational kann ein Krieg nicht begründet werden.

Gewaltlose Konfliktaustragung

Der Konflikt kann als ein Zustand verstanden werden, in dem gegensätzliche Standpunkte und Forderungen sich anmelden und zur Durchsetzung drängen. Die gemeinten Gegensätze können auf der Ebene der Überzeugung oder der Interessen liegen, sie können verborgen oder offen sein. Diese Unterschei-

dung hat für die Lösung von Konflikten eine gewisse Bedeutung. Überzeugungskonflikte sind mit Argumenten, also mit Erkenntnismitteln, lösbar, Interessenkonflikte auf dem Wege des Kompromisses (offene oder verborgene Konflikte). Bedeutsam für das Verständnis und die Verwirklichung von Frieden ist die umfassende Bewertung des Konflikts.

Beseitigung von Krieursachen

Auf der Individualebene wird Krieg als Folge von rationalem oder irrationalem Handeln von Einzelpersonen begriffen. Weiterhin ist die nationale gesellschaftliche Ebene anzusprechen, wo Kriege als Folge bestimmter kultureller und gesellschaftlicher Eigenschaften erscheinen. Und schließlich auf der internationalen Systemebene wird Krieg als Mittel verstanden, Interessen gewaltsam durchzusetzen, weil es keine legitimierte Weltordnung gibt, die von allen anerkannt wird. Aktiver Frieden: Beseitigung von Unfriedensursachen auf diesen drei Existenzebenen.

Teil III: Erziehung zum Frieden

Ebenso wie der Krieg in den Köpfen der Menschen beginnt, so sollte auch in den Köpfen der Menschen dafür Sorge getragen werden, wie Frieden machbar ist, wie Vorsorge für Sicherheit getroffen werden kann. Grundanliegen für die Erziehung zum Frieden ist demnach jegliches Wirken, das die Menschen in ihrem Denken, Handeln, Empfinden und Wollen in die Richtung konstruktiv beeinflusst, wonach Feindseligkeiten und kriegerisches Agieren verhindert werden, um friedlichen Konfliktlösungen den Vorzug zu geben. Dabei gibt es die Schwierigkeit Gutes vom Schlechten zu trennen.

Frieden ist sehr wert-voll

Der Wert des Friedens ist ein sehr hoher. Die aktive Friedensschaffung scheint im religiös/ christlichen Sinne nur über Völkerverständigung und Versöhnung möglich. Aber die Kirche hat als Institution in ihrer 2000-jährigen Geschichte nicht

Frieden als „Ruhe“

Ruhe darf nicht als „Friedhofsruhe“ totalitärer und diktatorischer Systeme missverstanden werden, sondern ist als das Ergebnis eines der schöpferischen Tätigkeit und dem Entfaltungsgesetz des Lebens entsprechenden dynamischen Prozesses zu verstehen, welcher der Verwirklichung einer gerechten Freiheitsordnung dienen will.

Denn der elementare Bestimmungswert des Friedens ist nämlich die Gerechtigkeit. Krieg und Gewalt bedeuten eindeutig Ungerechtigkeit, wenn Gerechtigkeit als jene Ordnung der Verhältnisse unter den Menschen verstanden wird, wo das „Suum cuique“ („jedem das Seine“) verwirklicht ist. Mit Recht nennt Papst Johannes Paul II. den Frieden ein „Werk der Gerechtigkeit“. Zu dem an der Wesensgleichheit der Menschenwürde gemessenen „Suum“, gehört wesentlich die Freiheit. Krieg und Gewalt (personell und strukturellen) stehen in krassem Gegensatz zur Freiheit. Frieden lässt sich kurz als Verwirklichung der Menschenrechte formulieren.

immer die Rolle ihres Stifters vertreten entgegen der Grundintention der Bibel.

Das Evangelium des Friedens, das den in JESUS CHRISTUS allen Menschen gegebenen Frieden des barmherzigen, treuen und gerechten Gottes verkündet und bezeugt, lässt keine direkt politische Instrumentalisierung in ein moralisches Gesetz für den nationalen Staat oder eine absolutistisch gesteigerte Weltautorität zu. Es ermöglicht vielmehr im Glauben die Wahrnehmung des endzeitlichen Handelns Gottes und führt zum praktischen Friedenszeugnis aus der Versöhnung, das sich im zeichenhaften Handeln konkretisiert.

Die Familie als erste Vermittlungsinstanz des Friedens

Die menschliche Person ist ihrer Natur nach Familienwesen. In der Wechselwirkung von Trieb- und Erkenntnisanlage bildet sich dann die Vernunftnatur in ihrer Befähigung zur Erfassung einfacher Rechts-

prinzipien gleichsam automatisch heraus. Diese Rechtsprinzipien werden erlebt und vollzogen und sind aus diesem Grund vom Einsetzen des menschlichen Bewusstseins an 'inhaltsbestimmt'. Aus diesem Grund ist die Einsicht in die Prinzipien immer gleichzeitig auch Seinseinsicht. Und mit der Rechtseinsicht bildet sich auch die Befähigung heraus, Recht und Sein in gegenseitige Beziehung zu setzen.

Frieden und Natur sind human

Im Anschluss an die bereits aufgezeigten Zusammenhänge ist zu vermerken, dass das Naturgesetz und das Naturrecht die Existenzordnung darstellen. Und damit sind die Grundprinzipien und Grundwerte, die dem Naturrecht angehören, dann als „geschichtsunabhängig“ und als „allgemeinmenschlich“ zu identifizieren und verlieren dadurch ihren engen spezifischen Charakter. Gleiches gilt für die Wertanschauungen der Gegenwart, die mittels der menschlichen Natur in die Person hineinprojiziert werden.

Vermittelte Einsichten

Die Einsichten, die ein Mensch macht, durch die Gemeinschaft generell und die Familie im Besonderen, sind primär die Prinzipien sittlicher und juristischer Natur, nach denen bereits das Kind - später der Jugendliche und Erwachsene - lernt zu leben. Bei diesen Einsichten handelt es sich um rechtliche Verpflichtungen, Zuständigkeiten, Ansprüche und Anforderungen sowohl im persönlichen als auch im gesellschaftlichen Bereich. In der kleinsten Zelle der menschlichen Gesellschaft ist bereits auf die gesicherte und allgemein geregelte (friedvolle) Ordnung als System im Sinne einer funktionierenden Institution zu verweisen.

Konkrete Elemente der Friedenserziehung

Im Folgenden stichpunktartig Elemente zur Friedenserziehung:

- Wer sich um Friedenserziehung bemüht, der wird die empirisch abgesicherten Erkenntnisse bezüglich der Ursachen der Kriege und der Bedingungen des Friedens zu verbreiten suchen.
- Der Frieden ist ein Prozess abnehmender Gewalt bei gleichzeitiger

Zunahme von Freiheit und Gerechtigkeit. Dabei erfordern gewaltfreie Konfliktlösungen immer Phantasie und Kreativität, Respekt und Liebe.

- Förderung des Friedens geschieht, wenn in Freiheit die Gewalt, die Unterdrückung und Fremdbestimmung abgelehnt werden, während richtig verstandene Autonomie, individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Schöpferkraft wirken können (Toleranz).
- Die Wahrheit als Element der Friedenserziehung ist so zu leben, dass Gedanken, Worte, Fakten und Tatsachen übereinstimmen.
- Der Kooperationsbereitschaft im Interesse der gemeinsamen Ziele und aktiven Gestaltung des Gemeinwohls.
- Auch die Selbstdisziplin – die versucht Freundschaften zu knüpfen, andere zu verstehen und Interessen durchzusetzen, die den sozial orientierten Persönlichkeitswerten den Vorrang vor Lust- und Utilitätswerten einräumen – ist dem Frieden dienlich. Dabei kommt der Solidarität als Gemeinverantwortung ebenso wie der Subsidiarität als der Hilfe zur Selbsthilfe hohe Bedeutung zu.
- Frieden sichernde Werte und Verhaltensweisen müssen sich in einer Welt zunehmender Flexibilität und Komplexität ebenfalls den steigenden Entwicklungsstörungen, den Verhaltensdefiziten und Sozialisationschwächen widmen, um Frieden zu fördern oder zu schaffen.
- Die Frieden fördernde Spracherziehung ist *conditio sine qua non* zur Erreichung der Friedenssicherung. Herabsetzungen, Verspottungen, sind zu vermeiden, wohingegen differenziertes Schreiben und Urteilen Anerkennung finden sollten.
- Friedenserziehung bedarf der Konkretisierung in einer konkreten Pädagogik. Die Erziehung zum Frie-

den ist ein prozesshaftes Geschehen im Sinne des „learning by doing“.

- Gefahrenstellen des Friedens, wie Propaganda, Flucht vor der Realität und Vermittlung eines widersprüchlichen Pluralismus aufgrund fehlender Wertorientierung sind nach Möglichkeit zu meiden.

Friedenserziehung erfordert Mut und „gesunde“ Familien!

Die Erziehung zum Frieden erfordert Mut, Geduld und sollte von jüngsten Jahren an geschehen, um das Leben positiv bewältigen zu können. Den Familien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Auf internationaler Ebene braucht die „vernetzte Cyberspacekultur“ eine kreative Synthese, die westliche und östliche Haltungen, Grundeinstellungen und Handlungsgehnheiten vereint.

Es braucht eine neue Familienkultur

Um sowohl die Familie wie den Frieden zu stärken, benötigt die Informationsgeneration eine neue Kultur der kleinsten Zelle unserer Gesellschaften. Familienkultur drückt sich äußerlich aus in den Formen des Umgangs der Familienmitglieder miteinander, in ihrer gegenseitigen Hilfsbereitschaft im täglichen Leben, in der Selbstlosigkeit ihrer Liebe zueinander, überhaupt in all' dem, was man als „Kinderstube“ bezeichnet, die den Menschen unverlierbar durch das Leben begleitet. Eine starke Stütze findet die Familienkultur in Sitte und Brauch, in denen ein Teil der Familienkultur eines Volkes die Form (mehr oder weniger) gefestigter Tradition annimmt.

Wenn es also nicht gelingt, in der Familie neue Kulturformen zu vermitteln bzw. die noch vorhandenen zu aktivieren, dann muss zwangsläufig auch die Erziehung zum Frieden leiden. (bt)

**Das 10. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“
zum Selbstverständnis katholischer Soldaten
findet im Jahr 2005 wieder im Spätherbst statt:**

Termin : 7. – 11. November 2005

Ort: Bonifatiushaus Fulda

Thema: Europa / Europäische Verteidigung



Als einen großen Erfolg und ein gutes Bild der Kirche in der gegenwärtigen Zeit hat der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Heinz Wilhelm Brockmann den Ökumenischen Kirchentag bezeichnet. Mit dem ÖKT sei das Thema „Einheit der Christen“ auf der Tagesordnung der Kirchen weit nach vorne gerückt, betonte Brockmann am 21. November 2003 vor der ersten Vollversammlung des ZdK nach dem großen Ereignis von Berlin. Er versprach, dass die katholischen Laien die ökumenische Dimension ihrer Kirche in Zukunft noch stärker machen wollten.

In der gegenwärtigen Zeit und Gesellschaft könnten die Christen nur noch gemeinsam überzeugen. „Aber gemeinsam können Sie es“, so Brockmann. „Auch das hat der Kirchentag von Berlin gezeigt“.

Sechs Punkte benannte der ZdK-Vizepräsident im Weiteren, welche die Bedeutsamkeit des Ökumenischen Kirchentags ausgemacht hätten.

- (1) Durch manche Krise hindurch habe sich zwischen den Veranstaltern ZdK und DEKT eine vertrauensvolle und behutsam rücksichtsvolle Zusammenarbeit entwickelt und damit eine belastbare Gemeinsamkeit.
- (2) Kein kirchliches Ereignis der letzten Jahrzehnte habe es ge-

schaft, so oft und so positiv in der säkularen Öffentlichkeit aufgenommen und respektvoll begleitet zu werden.

- (3) Nicht nur die große Zahl von 200.000 Teilnehmern, 39.000 Tagesgästen und 41.000 vollaktiven Mitwirkenden habe zum Erfolg des Ökumenischen Kirchentags beigetragen, sondern auch die Tatsache, dass durch die ökumenische Dimension Menschen zurück zu ihren Kirchen gefunden hätten, die bisher eher am Rande standen.
- (4) Eine große Bereicherung sei es gewesen, auf dem Weg zum Kirchentag und während des Kirchentages viel von einander zu lernen, das habe jede der mitwirkenden Kirchen ein wenig verändert.
- (5) Nicht zuletzt habe der Ökumenische Kirchentag deutlich ge-

macht, dass die Einheit der christlichen Kirchen drei starke Säulen brauche:

- den Fortschritt der Theologie,
- die Einigung des kirchlichen Amtes, vor allem aber auch
- die Gemeinsamkeit des Lebens, des Glaubens und des Glaubensvollzugs des Gottesvolkes.

- (6) der ÖKT von Berlin sei ein Anfang auf einem längeren Weg. Wenn es auch weiterhin Evangelische Kirchentage und Katholikentage gebe, erwarteten die Menschen vom DEKT und vom ZdK, „dass wir die Triebkräfte des ökumenischen Fortschritts in unseren Kirchen bleiben.“

Der Kirchentag habe die Frage auf die Tagesordnung gestellt, wie viel Einheit die Christen wirklich wollten, betonte Brockmann abschließend. (PS/ZdK)

„Kirche unter Soldaten“ auf dem ÖKT

Wer als Besucher zum ersten Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) nach Berlin gefahren war oder gar als Aktiver unmittelbar daran beteiligt war, kehrte in irgendeiner Weise beeindruckt und mit guten, verwertbaren Anregungen

zurück in seinen Alltag. Von einem „großen Desorientierungs- und Verwirrungsschub“ der vom ÖKT ausgegangen sein soll – wie von anderer (im übrigen beim ÖKT nicht präsenten) Seite insistiert wurde –, ist weder in den Gemeinden vor Ort noch

in der immer schon ökumenisch geprägten „Kirche unter Soldaten“ nichts zu spüren.

Nicht alles Neue, was auf dem ÖKT geboten wurde, war gut und nicht alles Gute war neu. Ob aufblasbare, orangefarbene, überdimensionierte Heiligenscheine (*Zeitungsfoto u.r.*) mehr als ein Geck sind, um Treffpunkte weithin sichtbar zu machen, die Frage kann sicher gestellt werden. Aber, „wo gehobelt wird, fallen auch Späne“ – „wo Licht ist, gibt es auch Schatten“ – und es gibt eben „Unkraut unter dem Weizen“ (vgl. Mt 13,24-30). Überscharfe Kritik am ÖKT versucht das Unkraut zugleich mit dem Weizen auszureißen. Dem kann deshalb nur entgegengehalten werden, „Lasst beides wachsen bis zur

Ernte“. Im Großen wie im Kleinen ist die Gabe nötig, genau hinzusehen und die Verflochtenheit von Unkraut und Weizen wahrzunehmen – in mir selbst und bei anderen. Was Not tut, ist die Fähigkeit der behutsamen Unterscheidung und das überlegte Ansetzen an den Wurzeln. Das führt weiter als der blinde Eifer des Ausreißen.

Die Militärseelsorge mit ihren Laieninitiativen*) hat sich auf dem ÖKT in Berlin als wahrer *Ökumene-Profi* erneut bewährt. Wie kann es auch anders sein, wenn – ohne konfessionelle Identitätsaufgabe – im Truppenalltag und bei Friedenseinsätzen im Ausland bei Soldaten die Gemeinsamkeiten im Glaubensbekenntnis und im Gotteslob mehr

wachsen, als die (noch) unüberbrückbaren Gegensätze anzeigen.

Die folgenden Beiträge geben ein zutreffendes – wenn auch nur auf die Militärseelsorge bezogenes – Stimmungsbild vom Kirchentag wieder. (PS)

*) Als „Kirche unter Soldaten“ waren auf dem ÖKT vertreten:

- die Evangelische und die Katholische Militärseelsorge für die Bundeswehr sowie
- als Laieninitiativen:
 - die evangelische Cornelius-Vereinigung (CoV),
 - die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS),
 - die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und
 - die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS)

Agora – Soldaten auf der „Leistungsschau“ des Christenseins

MICHAEL ROTHER

Für den ersten ökumenischen Kirchentag, der unter dem Leitwort „Ihr sollt ein Segen sein“ vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin stattfand, hatte auch die vereinigte Militärseelsorge ein eigenes Programmangebot ausgearbeitet. Der Kirchentag selbst, veranstaltet von den beiden großen christlichen Laienorganisationen, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag, zeichnete sich durch eine enorme Themenvielfalt aus:

- in einem thematischen Arbeits- teil auf Podien und Foren,
- mit Vorträgen,
- in Gesprächskreisen und Werk- stätten,
- in der „Agora“, einer großen „Messe“ christlicher und zivi- ler Initiativen, von Werken, Verbänden, Bistümern und Landeskirchen sowie
- schließlich einem kulturellen Mix aus Musik, Theater und Kleinkunst, in dem Interessier- te ein vielfältiges Angebot vor- fanden.

An Vielfalt mangelte es bei- leibe nicht – da fiel es schwer, sich zu entscheiden. Eingebettet wur- den diese Tage durch ökumenische und konfessionelle Gottesdienste, Bibelarbeiten und Gebetszeiten.

Über 1.000 Aussteller und Informationsstände

„Agora“, das Wort stammt aus dem Griechischen, war der öffentli- che Platz, auf dem sich das gesell- schaftliche Leben abspielte. Ein sol- cher Ort war auch die Agora in den Messehallen unter dem Funkturm. Dort flossen die von den konfessio- nellen Kirchentagen bekannten Tra- ditionen der „Meile der Begegnung“, der „Kirchenmeile“, des „Marktes der Möglichkeiten“ und der Ausstel- lungsstände zusammen. Die beiden Zweige der Militärseelsorge und die dort engagierten Organisationen wa- ren angetreten, um zusammen über ihre Arbeit für und mit den Soldat- innen und Soldaten zu informieren.

Bibel on tour

Den Anfang machte die Arbeits- gemeinschaft Soldatenseelsorge (ags). Pastor Klaus-Dieter Zunke und sein ehrenamtliches Team hatten den Kir- chentag als Startpunkt für die „Kreuzfahrt“ ihres Infomobils ge- wählt. Das „Infomobil: Bibel on tour“ besteht aus einem zum Begeg- nungs- und Gesprächsort umgebau- ten ehemaligen Bundeswehr-LKW und einer Multimediashow besonde- rer Art (*Foto u.*). Unter dem Titel „WAS! Für ein Buch“ ist die ags ei- nen modernen und durchaus vorzeig- baren Weg gegangen, Inhalte und Motive der Bibel zu vermitteln. Wenn unter Moderation von Haupt- mann Hans-Christian Köhnke das



Quiz „Wer wird Biblionär“ lief, blieben Mensentrauben vor der Projektionswand stehen und machten bei dem Ratespiel mit. „Bibeln, bytes und Bundeswehr“ sind nach Aussage von Pastor Zunke der Schlüssel zu einer modernen Vermittlung christlicher Werte. Das Bibelmobil wird bis zum Oktober eine „Kreuzfahrt“ durch Deutschland absolvieren. Mehr Informationen hierzu unter

<www.soldatenseelsorge.de>.

Der Mensch im Mittelpunkt

Auf dem Gemeinschaftsstand „Kirche unter den Soldaten“ der Cornelius-Vereinigung e.V. (CoV), der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (EAS), der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) standen persönliche Gespräche im Vordergrund. Mit Live-Videoschaltungen zu Soldaten im Auslandseinsatz und ihren Familien führten sie den Besuchern der Agora unmittelbar vor Augen, dass hinter den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, die viele ja nur aus den Nachrichten kennen, unmittelbar Menschen und ihre Schicksale stehen. Oberstabsfeldwebel Schindele aus dem Logistikzentrum der Bundeswehr in Bad Neuenahr machte für die Cornelius-Vereinigung Standdienst: Selten kommt die Frage „Soldat und Christ – wie geht das zusammen“. Die Besucher sind mehr an den Lebensumständen der Soldaten im Einsatz und an der Betreuung der Familien zu Hause inter-

essiert. Auch die Standnachbarn zeigten sich recht gemäßigt – die Bürgerinitiative „Freie Heide“, die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerer“ oder auch die „Peace Brigade“ zeigten sich als tolerante Nachbarn und beschwerten sich höchstens, dass ständig der „Bundeswehrstand“ fotografiert und besucht würde, aber niemand zu ihnen käme. Die Agora – auch ein Ort der Toleranz untereinander.

Ein beklemmender Moment

Ein weiterer Kooperationsstand war „Kirche unter den Soldaten“, ausgerichtet vom evangelischen Militärbischof, dem katholischen Militärbischofsamt, der evangelischen Soldatenseelsorge und mehreren evangelischen Standortpfarrern. Man hatte es geschafft, mitten im Messe-trubel eine ruhige und besinnliche Ecke einzurichten, die zum Stehenbleiben, zum Hinsetzen und zum miteinander Reden einlud. An einer Stellwand konnten die Besucher ihre Meinung zum Thema Kirche unter den Soldaten niederschreiben und es waren ständig mehrere Militärfarrer zum Gespräch bereit.

Ein Schatten fiel auf die ausgelassene Atmosphäre, als ein Standortmitarbeiter am Nachmittag des Himmelfahrtstages die traurige Gewissheit vom Tode eines deutschen ISAF-Soldaten verkünden musste. Spontan erhoben sich das Standpersonal und die jungen wie alten Besucher zu einer Schweigeminute. Auch diese Art der Nachrichten gehört zu dem Dienst als Soldat, und

solch ein Moment zeigt deutlich, welch starken Rückhalt gerade Soldaten und ihre Angehörigen in ihrem Glauben und in der Gemeinschaft finden können.

Eine einzigartige Gemeinde

Eine Kirchengemeinde der besonderen Art fand sich dann auch noch auf der Agora: Die Evangelische Militärkirchengemeinde St. Stephanus Munster. Als Personengemeinde für den Großstandort Munster mit gut 8.000 Soldaten lebt und arbeitet Gemeindepfarrer Frank Mertin zusammen mit den Standortpfarrern Munster von I und II in einer klosterähnlichen Anlage. Hier besteht seit Jahren ein lebhaftes Gemeindewesen mit Taufen, derzeit 66 Konfirmanden, einem Diakon für Jugendarbeit und einem eigenen Kindergarten mit 110 Kindern. Wäre auf dem Stand nicht hier und da eine Uniform leibhaftig oder auf einem der Schaubilder zu sehen gewesen, man wäre nicht auf die Idee gekommen, dass sich hier Deutschlands einzige Militärkirchengemeinde in erfrischender Normalität vorstellt.

Der Gesamteindruck

Die Militärseelsorge ist ein Segen für die Soldaten und ihre Familien. In ihrem gemeinschaftlichen – ökumenischen – Betreuungskonzept sind die Akteure untereinander einig und mit mehr Selbstverständlichkeit verbunden als so manche andere Organisationen auf diesem Kirchentag, die das Wort der Ökumene dennoch ständig im Munde führen. Militärseelsorge, das wurde jedem Besucher der Stände schnell klar, ist mehr als nur etwas lebenskundlicher Unterricht, ein wenig Gesang und einige Gottesdienste. Militärseelsorge leistet Dienst am Menschen in Zeiten und Lagen, wo sie dringend gebraucht wird – und dies nicht nur für bekennende Christen □



Der gemeinsame Stand von Evangelischer und Katholischer Militärseelsorge war Anlaufpunkt für viele Neugierige, aber auch beliebte Raststätte für von der Überfülle an Eindrücken, von langen Wegen und ungewöhnlicher Hitze ermattete Kirchentagsbesucher (Foto I.).



Eindrücke vom Gemeinschaftsstand von EAS-CoV-KAS-GKS. Foto u: Militärbischof Mixa spricht online mit der Betreuungseinrichtung OASE Airfield in Prizren/Kosovo.

(Fotos: F. Brockmeier)



STANDGEMEINSCHAFT COV-GKS-EAS-KAS:

Gut präsentiert

Mitte August fand in der Geschäftsstelle der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) ein Nachbereitungstreffen der Standgemeinschaft der Laienorganisationen beider Militärseelsorgen beim Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin statt. Die Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Corneliusvereinigung (CoV), Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS/KAS) sowie des Katholischen Militärbischofsamtes (KMBA) und Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr (EKA) konnten eine erfreulich positive Bilanz ziehen. So haben bei den Besuchern der Standgemeinschaft die provokativen Plakate (s. Abb. r.) und der Internetchat mit den Soldaten in Prizren/Kosovo einen guten Anklang gefunden. Die ansprechende Präsentation des Gemeinschaftsstandes bildete einen ge-

lungenen Rahmen für den Austausch von Informationen, Meinungen und Standpunkten mit Kirchentagsbesuchern und Vertretern anderer Organisationen – insbesondere aus dem Kreis der Friedensbewegung. Die Laienorganisationen der Evangelischen und Katholischen Militärseelsorge waren während des Ökumenischen Kirchentages ein lebendiges Zeugnis für die Kirche unter den Soldaten.

Daher soll auch bei künftigen Veranstaltungen dieser Art, wie zum Beispiel beim Katholikentag 2004 in Ulm und

beim Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover in ähnlicher Weise zusammen gearbeitet werden. Schon kurz nach der Sommerpause wird das KMBA die Verbände für den Katholikentag in Ulm zu einem ersten gemeinsamen Planungsgespräch einladen. (KAS)





GERHARD KEISER

Auf dem ersten Ökumenischen Kirchentag in Berlin erlebten zehn Mitarbeiter der Corneliuss-Vereinigung (CoV) große Genugtuung und Zufriedenheit im Dienst auf der Agora des Kirchentages.

... In Absprache mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), mit der Evangelischen und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft (EAS und KAS) für Soldatenbetreuung sowie der Militärseelsorge beider Konfessionen hatte Rolf Radke die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz der CoV auf dem Kirchentag geschaffen. Die Mitarbeiter der CoV waren bereits während einer Mitarbeiterrüstzeit auf den Dienst beim Kirchentag vorbereitet worden. Harmonie und Kameradschaft prägte das Miteinander von Anfang an, auch in der gesamten Planung der Schichteinteilung.

Der gemeinsame Stand von Corneliuss-Vereinigung, Gemeinschaft Katholischer Soldaten und Evangelischer / Katholischer Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung war im Themenbereich IV „Den Frieden stärken“ eingerichtet worden. In der Ausgestaltung des Standes war die CoV nur sehr bescheiden erkennbar, mit unserem Engagement in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Brüdern von der GKS und mit unserem attraktiven Verteilmaterial wurde die CoV von Besuchern dennoch wahrgenommen. Schon im Vorfeld des Kirchentages war seitens der Militärseelsorge auf die verschiedenen Stände der Soldaten auf dem Kirchentag hingewiesen worden, deshalb nahmen neben zahlreichen Kirchentagsbesuchern Soldaten, ehemalige Soldaten und Militärpfarrer Kontakte mit der CoV auf. Es gab viele gute Gespräche, wir erlebten auf dem Stand keinerlei erregte, emotionsgeladene Diskussionen wie auf früheren Kirchentagen. Rudi Schindele stellte fest, dass die Frage „Christ

„Ein langjähriges Engagement von Christen unter den Soldaten hat sich bewährt“

CoV: Erfahrungen vom ersten ökumenischen Kirchentag in Berlin

und Soldat – wie geht das zusammen“, nur selten aufgeworfen wurde. Die Besucher waren mehr an den Lebensumständen der Soldaten im Einsatz und den Maßnahmen der Betreuung der Familien zu Hause interessiert. Auch Standnachbarn wie die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer“ oder die „Peace Brigade“ zeigten sich sehr tolerant und beklagten höchstens den starken Besuch des Standes der Soldaten. Auch auf dem Stand der AGS (Arbeitsgemeinschaft Soldatenseelsorge) in einem anderen Marktbereich waren Mitglieder und Freunde der CoV engagiert und berichteten von zahlreichen Besuchern.

Die Mitarbeiter der CoV waren in die Gemeinschaft von katholischer/evangelischer Militärseelsorge integriert. Es ergaben sich dadurch weitere Möglichkeiten der Begegnung mit Soldaten und Militärpfarrern auch aus dem Ausland. Ausländische Militärpfarrer gestalteten am Himmelfahrtstag in der Kirche der Julius-Leber-Kaserne einen internationalen evangelischen ökumenischen Gottesdienst mit Predigt von Bischof Borski aus Warschau. Dieser Gottesdienst in internationaler ökumenischer Gemeinschaft von Christen unter den Soldaten sowie ein ökumenischer Soldatengottesdienst am folgenden Tag in Kreuzberg mit Predigt von Militärbischof Walter Mixa waren Feiern zur Ermutigung unseres Dienstes als Christen unter den Soldaten.

Der Kirchentag war nach meiner Feststellung von einem Geist der Brüderlichkeit geprägt, die hohen Erwartungen vieler Teilnehmer an die ökumenische Gemeinschaft von Christen wurde hier erfahrbar. Wir Soldaten erlebten dies besonders, es gab auf unserem Stand keine Konfession und Aggressivität in Gesprächen wie auf früheren Kirchentagen. Als Christen und Soldaten wurden wir anerkannt, wir wurden als Experten für Fragen der Friedensgestaltung und Erhaltung gesehen, und konnten hier auch Wesentliches beisteuern. Viel Anerkennung bekamen wir für unser Engagement in der Verteilung des Neuen Testaments für Soldaten. Es war für manchen Besucher überraschend, dass Soldaten in Ihrem Dienst sich bewusst nach der „Schrift“ ausrichten.

Seit dem Kirchentag 1983 habe ich das Engagement von Mitgliedern der CoV auf Kirchentagen erlebt. Wir waren damals schlimmen Beschimpfungen und Beleidigungen ausgesetzt; Gespräche waren oft nicht möglich. Es stellte sich die Frage, ob wir überhaupt noch an Kirchentagen teilnehmen sollten. Es wurde aber entschieden, dass wir durchhalten und mit aktiver erkennbarer Versöhnungsarbeit reagieren. Dies geschah erfolgreich 1985 auf dem Kirchentag in Düsseldorf in Zusammenarbeit mit dem dortigen Standortpfarrer und der Truppe. Auf weiteren Kirchentagen wurde in Zusammenarbeit mit der evangelischen Militärseelsorge unser Dienst als Soldaten und Christen glaubhaft dargestellt. Unsere Argumentation wurde durch die Ereignisse des Jahres 1990 bestätigt. Damalige so genannte Kampagnen (Bundesrepublik ohne Armee) und Initiativen (gegen den Wehrdienst) sind verschwunden, sie waren kurzlebig. Christen unter den Soldaten sind und bleiben (hoffentlich) engagiert und präsent auf den Kirchentagen. Immer erneut müssen wir fragen, was der HERR heute von uns zur Schaffung und Erhaltung des Friedens fordert. □



Garnisonskirche Berlin

Altarweihe in der St. Louis-Kirche der Julius-Leber-Kaserne

HELMUT JERMER

Kirche ist Heimat für die Gläubigen, die Saint-Louis-Kirche im Norden Berlins ist die Standortkirche der Julius-Leber-Kaserne, in der ca. 3.000 Soldaten leben. Nach dem Wunsch des katholischen Standortpfarrers, Militärpfarrer Stefan Scheifele, soll dieses Gotteshaus ein Ort der Ruhe und des Rückhalts, eine Tankstelle für die Seele sein. Die Kirche soll das Herzstück für einen Stützpunkt der Militärseelsorge werden, ein geistliches Forum. – Ursprünglich war die Kirche vor 50 Jahren für die französischen Soldaten erbaut und vom damaligen französischen Militärbischof eingeweiht worden.

Am Festtag Christi Himmelfahrt (29. Mai 2003) nun, wurde die Kirche mit dem neugestalteten Altarraum der Soldatengemeinde übergeben. Über 300 Gläubige, Soldaten, deren Angehörige und Gäste wohnten der Altarweihe bei, die in ein feierliches Pontifikalamt eingefügt war (Foto o.r.).

Beindruckend war schon der Einzug des „Liturgischen Corps“, eine lange und feierliche Prozession, vor dem Militärbischof die Militärgeistlichen, davor die Ministranten und Fahnenträger unter den Klängen von Fanfaren und der neuen Orgel: „Mein Herz fließt über vor Freude und Dankbarkeit, ich weih' mein Lied dem Herrn,“ so begrüßte der Evangelische Standortpfarrer seine katholischen Glaubensgeschwister. Er wünschte dieser Kirche, dass sie hier in Berlin für die Christen in der Bundeswehr zu einem Ort der Begegnung und der gelebten Ökumene werde.

Mit dem liturgischen Gruß eröffnete der Militärbischof den feierlichen Gottesdienst und weihte Wasser, mit dem er einen Buchsbaumzweig (Aspergill) nutzend zunächst die Gemeinde besprengte. Bevor das Ambo zum ersten Mal benutzt wurde, sprach der Bischof ein Segensgebet, besprenkte das Lesepult mit Weihwasser und übergab es seiner Bestimmung.



Nach dem Wortgottesdienst begann die Altarweihe mit der Allerheiligenlitanei. Zunächst setzte der Bischof die Reliquien der heiligen Pazifica und des heiligen Valerian, beides frühchristliche Märtyrer, in den Altar ein. Dann besprengt er den Opfertisch mit Weihwasser und salbte ihn anschließend mit Chrisam, dem heiligen Öl (*oberes Foto l.*). Schließlich wurden kleine Weihrauchfeuer mit der Flamme der Osterkerze entfacht (*l.u.*). Zu jedem heiligen Akt sprach der Bischof ein Segensgebet. Der Heilige Geist wurde herabgerufen; schließlich soll auf diesem Opfertisch das gegenwärtig werden, was Christus uns bei seinem letzten Abendmahl vermacht hat, auf dass die Eucharistie wirksam werde. Abschließend wurden der Altar gereinigt, das Altartuch ausgebreitet, das Altarkreuz aufgelegt und die Kerzen aufgestellt, die dann für die Eucharistiefeier entzündet wurden.

Mit Stab und Mitra schritt der Bischof zur Predigt: Der Imperativ:



„Ihr sollt ein Segen sein!“, das Leitmotiv des Kirchentages, weise auf die Bedeutung des christlichen Glaubenszeugnisses hin, unterstrich der Bischof. Aus eigener Kraft könnten wir diese Aufforderung nicht in die Tat umsetzen. Dazu bräuchten wir Gott, von dem alles Gute komme, jene unbändige und gewaltige Ur-Kraft, die hinter der ganzen Schöpfung stehe und den Kosmos beherrsche.

Menschen, so der Bischof, dächten über sich selbst hinaus, suchten nach ihrem Ursprung, nach dem Sinn ihres Lebens und kämen – eigentlich – an Gott, dem sie sich verdankten, nicht vorbei. Sie suchten nach der Wellenlänge, auf der sie nach dem Sinn fragen könnten und Antwort bekämen, sie brauchten einen Sender, auf dem sie die Frohe Botschaft für ein gelingendes Leben – ein Leben in Fülle – vernahmen könnten: *Religio* als Rückbindung zum Senden und Empfangen von Botschaften, zum Ahnen und Glauben, um Unbegreifliches für wahr zu halten und Unvorstellbares zu schauen. Jeder Mensch habe schließlich eine Antenne, die er auf Gott ausrichten, eine Frequenz, die er auf Gott einstellen könne. Er habe die Freiheit, sich auf einen sinnstiftenden Dialog mit Gott einzulassen und könne dadurch Segen und Gnade gewinnen.

Schon in den frühen Kulturen habe es Orte der Versammlung gegeben, an denen sich Menschen zusammenfanden, um die übernatürlichen Kräfte (Götter) mit sich zu versöhnen. Sie hätten dazu „heilige“ Orte ausgewählt: Haine, Hügel, Höhen, Berge, auf denen sie Gaben darbrachten, um die Götter gnädig zu stimmen: für eine gute Ernte, für einen milden Winter, für Sonnenschein und Regen. Für ein Leben ohne Angst und Elend opferten sie von den Früchten des Feldes und des Waldes und schlachteten oder

schächeteten auch Tiere, mit deren Blut sie den Opfertisch besprengten. Mit der Zeit wurden aus Opfertischen Altäre, die schließlich überdacht wurden. So seien Tempel als heilige Räume entstanden und im christlichen Kulturkreis Kirchen mit Altären im Zentrum.

Wie Bischof Mixa weiter ausführte, werde bei der Eucharistie der Altar immer wieder und aufs Neue zum Ort der dichtesten Anwesenheit Gottes, an dem Christus zwischen Gott und den Menschen seine eigene Hingabe, sein Opfer vermittele. Und „Christus war kein Schwätzer“, so der Bischof. Alles, was er versprochen habe, habe er in die Tat umgesetzt. Liebe heiße für ihn: Dasein für andere – und das total: Wer sein Blut vergießt, gibt sein Leben hin. Und in diesem Sinne sei das Leben, das Sterben und die Auferstehung unseres Herrn einmalig.

„Die ersten Christen erinnerten sich am ersten Tag der Woche bei Sonnenaufgang dankbar an sein Opfer, schöpften Kraft und sprachen sich gegenseitig Mut zu“, führte der Prediger aus. „Sie bedachten ihre Fehler und bereuten ihre Sünden, kehrten um und ließen sich von Christus durch sein Opfer in ‘neue Menschen’ verwandeln. Nicht wenige von ihnen haben für ihren Glauben ihr Blut vergossen und ihr Leben gelassen. Blutzeugen, Märtyrer. Sie gibt es auch heute noch.“

Abschließend forderte der Bischof auf, dass, wer sich Christ nenne, bedenken möge, was er durch die Teilnahme an der Eucharistie aufnehme und weitergeben solle: „Ite, missa est!“ – hinausgehen und Zeugnis ablegen für unser Christsein – so könnten wir zum Segen werden.

Von der ersten Gabenbereitung auf dem neuen Altar über die Wandlung zur Kommunion, von der Dankagung über den bischöflichen Segen hin zum Te Deum und feierlichen Auszug unter Orgelmusik, Trompetenklängen und Glockengeläut konnte die Gemeinde einen eindrucksvollen und würdigen Festgottesdienst erleben.

Beim anschließenden Empfang unter hohen Linden und alten Eichen erfreute sich die Gemeinde an den dargebotenen Erfrischungen. Das hochsommerliche Wetter sorgte seinerseits für eine gute Stimmung, die über den Tag hinauswirkte. □

Ökumene unter den Soldaten

„Tag der Militärseelsorge“ auf dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin

HELMUT JERMER

Am „Tag der Militärseelsorge“ – am 30. Mai 2003 – luden die beiden Militärbischöfe alle Soldaten, die am Ökumenischen Kirchentag teilnahmen, zu einem gemeinsamen Gottesdienst in die Kirche „Sankt Bonifatius“ – seit 1999 Kirche des Katholischen Militärbischofs – an der Yorckstraße im Berliner Stadtteil Kreuzberg ein. Unter dem Leitthema: „Meinen Frieden gebe ich euch“ boten die evangelische und katholische Militärseelsorge trotz oder gerade wegen der schier unübersehbaren Fülle von Veranstaltungen eine Oase, in der die Soldaten – im Sinne des Wortes – zu sich selbst kommen konnten. Rund 500 Soldaten und Gäste aus Bundeswehr, Gesellschaft und Kirche sowie Angehörige mit ihren Seelsorgern aus den Streitkräften Belgiens, den Niederlanden, Österreichs, der Schweiz und den USA, aus Litauen, Polen und Tschechien waren der Einladung zum ökumenischen Friedensgebet gefolgt.

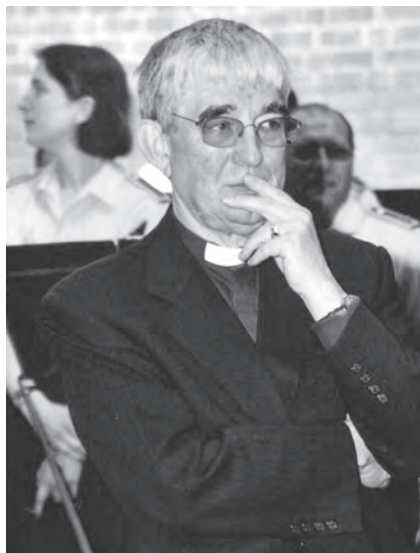
Die Orgel und das Stabsmusikkorps der Bundeswehr sorgten für eine feierliche Atmosphäre. Die Liturgen zogen in die neugotische Backsteinkirche ein und versammelten sich um den Altar. Der evangelische Militärbischof Dr. Hartmut Löwe sprach den Soldaten aus den Herzen, wenn er sie vor der Kritik manch pazifistischer Zeitgenossen in

Schutz nahm und entgegenhielt, dass Soldaten genauso wenig Schuld am Krieg hätten, wie Polizisten an der Kriminalität ...

Offensichtlich gebe es eine große ökumenische Schnittmenge in der Friedensethik, wenn die Aufgabe für die Soldaten in der Sicherung und – wo möglich – in der Förderung des Friedens liege. Gerade darin bewähren sich die Soldaten der Bundeswehr zur Zeit in den Auslandseinsätzen, an denen sie ja nicht „just for fun“ teilnahmen, sondern weil sie einem politischen Auftrag folgten. Bundeswehrsoldaten (und die der verbündeten Staaten) dienten in oft schwierigerem, ja sogar lebensgefährlichen Umfeld und sorgten durch ihren Dienst dafür, dass in Ländern, die von Bürgerkriegen heimgesucht wurden, endlich wieder „Staat gemacht“ werden könne, dass Menschen in Ruhe und Frieden ihrer Alltagsarbeit nachgehen und wieder ohne Angst und Terror für sich sorgen könnten.

Bischof Hartmut Löwe wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Bibel das Problem von Krieg und Gewalt recht realistisch sehe; sie beschreibe nicht nur das Paradies, sondern warne auch vor der Schlange. (Wollte er damit sagen, dass mancher „Friedensfreund“ in Wirklichkeit nur in Frieden gelassen werden möchte?) Wer wegsehe, wenn andere terrorisiert oder massakriert werden, mache sich schuldig durch Unterlassen. (Um ein paar Ecken herumgedacht, muss sich der Pseudopazifist fragen lassen: „Kain, wie geht’s

Fortsetzung auf Seite 26, Sp. 1



Zufrieden – nachdenklich – wehmütig? Der Evangelische Militärbischof Dr. Hartmut Löwe „Tag der Militärseelsorge“ auf dem ÖKT in Berlin. MB Löwe übergab am 23.09.2003 das Amt des Militärbischofs an den Oldenburger Bischof Peter Krug (60). Bischof Hartmut Löwe (67), der dieses Amt seit 1994 ausgeübt hatte, war zugleich von 1993 bis 1999 Bevollmächtigter des EKD-Rates bei Regierung und Parlament in Bonn/Berlin sowie bei der EU.

ÖKT diskutiert Krieg und Frieden – allerdings nicht immer friedlich

HEIKO ROTHMANN

Draußen brennt die frühso-
merliche Sonne auf die Köpfe
der Kirchentagsbesucher.
Aber auch in Halle 11 des Berliner
Messegeländes ist das Klima mächtig
aufgeheizt: Ein Wort gibt das andere.
Wie Geschosse fliegen die Argumen-
te durch die Luft. Soeben hat Lieder-
macher und „DDR-Rebell“ Wolf
Biermann sich den Zorn des (eines)
Großteils des Publikums auf sich ge-
zogen, indem er ein Bekenntnis zum
Irak-Krieg ablegte: *„Ich bin für die-
sen Krieg. Krieg ist schrecklich, aber
solch ein massenmörderisches Regime
wird nicht durch Gebete, Argumente,
Diplomatie und UNO-Inspektoren,
die wie Idioten herumgeführt werden,
beendet.“* Gegenargumente aus dem
Zuhörerraum schallen zur Bühne hi-
nauf, aber Biermann, der einst aus
der DDR „ausgebürgert“ worden war,
legt in Sachen Irak-Krieg noch mal in
Richtung Zwischenrufer nach: *„Dass
ein Massenmörder sein eigenes Volk
abschafft, das scheint Dein Christen-
herz gar nicht zu berühren? Du bis
unglaublich kalt!“*

Nicht immer eskalierten beim
„1. Ökumenischen Kirchentag“ in
der deutschen Hauptstadt die Veran-
staltungen so wie beim Auftritt Bier-
manns, dennoch waren die Diskussio-
nen über Krieg und Frieden,
Sicherheitspolitik und Konfliktpre-
vention sowie Weltordnung und
Friedenssicherung durchweg ange-
regt und reich an inhaltlichen Ausei-
nandersetzungen. Das Thema Krieg
und Frieden bestimmte einen Groß-
teil des inhaltlichen Geschehens auf
dem Kirchentag, sorgte aber auch op-
tisch für Gegensätze. So etwa im Aus-
stellungsgelände, der so genannten
Agora: Auf der einen Seite Aussteller
mit Buttons, die für „einen Kirchen-
tag ohne Bundeswehr“ warben; auf
der anderen Seite Soldaten, die ihre
Uniform durch die allerorten präsen-
tierten orangefarbenen Kirchentags-
schals mit der Aufschrift „Selig sind,
die Frieden stiften“ ergänzt hatten.

Breite Themenpalette: Vom 11.09.2001 bis zum Irak-Krieg

Kontrovers präsentierten sich
auch die zahlreichen Podiumsdis-
kussionen, deren Inhalte stark von
der Diskussion über den Irak-Krieg
im Frühjahr geprägt waren. Zugleich
spielte aber auch die Thematik „Ter-
rorismus“ in die Debatten hinein,
war doch dieser Kirchentag – zumin-
dest aus protestantischer Sicht – das
erste Massentreffen seit dem Kir-
chentag 2001 in Frankfurt am Main,
der noch vor den Ereignissen vom
11. September 2001 stattgefunden
hatte. Vieles war also bis heute in
dieser Form noch nicht diskutiert
worden. Entsprechend breit angelegt
präsentierte sich auch die Themen-
palette.

So ertete etwa Bundeskanzler
Gerhard Schröder im Gespräch mit
Jugendlichen viel Beifall für seine
Ablehnung des Irak-Kriegs, musste
sich aber zugleich Kritik von jungen
polnischen und dänischen Teilneh-
mern gefallen lassen. Sie warfen ihm
„Stimmenfang“ und eine „Spaltung
Europas“ in dieser Frage vor. „Drei
Europäer, vier Meinungen“, so die
Kritik des polnischen Theologie-
studenten Dariusz Brunz.

Die Mahnung zur Einheit Euro-
pas war indes eines der wenigen The-
men, die den uneingeschränkten Bei-
fall bei allen Podiumsdiskussionen
fanden. So plädierten auch Außen-
minister Joschka Fischer (Bündnis
90/Die Grünen) und CDU/CSU-
Fraktionsvize Wolfgang Schäuble für
ein einheitliches Auftreten der Euro-
päischen Union in sicherheitspoli-
tischen Fragen. Der Unions-Außen-
politiker Friedbert Pflüger sah im eu-
ropäischen Engagement für eine
„Friedenstruppe“ im Kongo ein ak-
tuelles Beispiel dafür, dass Europas
Staaten auf dem langsamen Weg zu
einem einheitlichen Auftreten seien.

Dieses mahnte auch der renom-
mierte Politikwissenschaftler und

Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel
an. Die Aufstellung einer EU-Krisen-
reaktionstruppe sei richtig und wich-
tig. Europa müsse seinen sicherheits-
politischen Emanzipationsprozess
fortsetzen. Dies sei nicht gegen die
USA gerichtet, jedoch dürfe Europa
nicht zum Satelliten der Amerikaner
werden. „Die Europäer wollen Gleich-
berechtigung in der Entscheidung
über die Weltordnung“, analysierte
Czempiel und prognostizierte zu-
gleich: „Die USA werden sich daran
gewöhnen, dass die EU ausgleichen
möchte.“ Dies ziehe zugleich Investi-
tionen in die Streitkräfte nach sich,
so der Professor. Jedoch könne dies
nur noch gemeinsam erfolgen. Es be-
deute gleichzeitig einen Abschied
von nationalen Rüstungsvorhaben
und die Zunahme von Pool-Lösun-
gen.

Intervention oder Prävention?

Während diese Aussagen
Czempiels bei vielen Politikern und
„Sicherheitsexperten“ auf Zustim-
mung stießen, waren die Podien
oftmals uneinig, ob und ab wann In-
terventionen durch Streitkräfte zuläs-
sig sein. Czempiel mahnte, dass die
friedliche Bearbeitung auch weiter-
hin Vorrang vor gewaltsamen „Lö-
sungen“ haben müsse: „Es gibt kein
Recht auf ‘Krieg auf Verdacht’.“

Die überwiegende Zahl der Dis-
kutanten lehnte folglich den Irak-
Krieg als völkerrechtswidrig ab, wäh-
rend der CDU-Politiker Wolfgang
Schäuble („Die UN waren schon frü-
her nicht erfolgreich“) und der ame-
rikanische Publizist Don Jordan
(„Das Völkerrecht schützt die Mör-
der“) für eine Weiterentwicklung des
Völkerrechts und insbesondere der
Vereinten Nationen warben. Der Au-
ßenpolitische Sprecher der Union,
Pflüger, forderte den „Werkzeug-
kasten der Vereinten Nationen“ an-

Fortsetzung auf Seite 26, Sp. 3

Fortsetzung von Seite 24

„Tag der Militärseelsorge“

deinem Bruder Abel?“)

Nach dem Eingangslied „Versammle uns Herr Jesus Christ“ wurde der Psalm 27 gesprochen, der gleichsam ein mutmachendes Gebet ist für Soldaten, und solche, die bereit sind, äußerstenfalls ihr Leben für andere einzusetzen:

- 1 *Der Herr ist mein Licht und mein Heil: vor wem sollte ich mich fürchten?*
- 2 *Der Herr ist die Kraft meines Lebens: vor wem sollte mir bangen?*
- 16 *Zeige mir, Herr, deinen Weg; leite mich auf ebener Bahn trotz meiner Feinde!*
- 18 *Hoffe auf den Herrn, und sei stark! Hab festen Mut und vertraue auf den Herrn!*

Der Kyrie-Ruf, Lesungen aus der Bibel und musikalische Einlagen gaben dem Wortgottesdienst eine Struktur wie beim „Vorspann“ einer Eucharistiefeier. Militärbischof Dr. Walter Mixa griff in seiner Predigt das Thema des Kirchentages: „Ihr sollt ein Segen sein“, auf, indem er fragte, wer er sei, wer wir seien, dass wir zum Segen werden könnten. Zum Segen könne nur werden, wer sich Gott unterstelle, wer aus ehrlicher Selbsterkenntnis bescheiden bleibe, sich in den Dienst der Frohen Botschaft stelle und so zum Boten für das Wort Gottes werde. Aus eigener Kraft werde keiner zum Segen.

Bischof Mixa fuhr fort: „Soldaten im Einsatz werden zum Segen, wenn sie den Frieden sichern, damit die geschundenen Menschen wieder Hoffnung fassen und eine Zukunft haben. Er erinnert an die jüngsten Opfer unter den Soldaten, die spanischen Soldaten, die auf ihrem Heimatflug verunglückt sind, der deutsche Soldat, der von einer Mine getötet wurde ... Sie gaben ihr Leben für andere! Es tröstet im Leid, wenn unser Glaube verheißt: Der Lohn für die radikale Hingabe des Jesus von Nazareth ist die glorreiche Auferstehung. *‘So sehr hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen einzigen Sohn dahingegeben hat, damit jeder, der glaubt, nicht verloren gehe, sondern ewiges Leben habe’* (Joh 3,16). Aus

dieser Verheißung wächst Hoffnung ... Und wir dürfen hoffen, weil Christus uns den Weg bereitet hat und vorausgegangen ist. ‘Dass wir mit Christus auferstehen’, diese frohe Botschaft sollen wir vermitteln und auf ihre erlösende und befreiende Wirkung verweisen. Dann wird die Welt besser, weil sein Reich kommt, ein Reich ohne Verfallsdatum, eine Ordnung, die ewigen Bestand hat.“ – So an- und aufregend kann eine gute Predigt sein.

Das gemeinsam gesprochene Glaubensbekenntnis ist ein ökumenischer Schatz. Die sich anschließenden Fürbitten trafen mit ihrem Bezug zur Wirklichkeit das Leben der Soldaten. Das „Vaterunser“ wurde so selbstverständlich gebetet wie das großartige Danklied, das nach dem Schlusssegens angestimmt wurde: „Nun danket alle Gott“ (von Martin Rinckart aus dem 17. Jahrhundert).

In einem parkähnlichen Hinterhof der Kirche gab es eine „Stunde der Begegnung“, die länger als 60 Minuten dauerte; die Menschen hatten sich offensichtlich viel zu sagen. Es war ein schöner Ort, ein stiller Platz, eine Oase der Erholung, deren Atmosphäre zur „Entschleunigung“ anregte. □

Zweiter ÖKT geplant

Der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) beabsichtigen, im Zeitraum der Jahre 2008 bis 2010 miteinander einen zweiten Ökumenischen Kirchentag zu veranstalten. Die Festlegung von Zeit und Ort des 2. ÖKT erfordert weitere konzeptionelle und organisatorische Klärungen.

(DEKT/ZdK)

Fortsetzung von Seite 25

„ÖKT diskutiert Krieg und Frieden“

zuwenden. Auch Gert Weisskirchen (SPD) gab zu bedenken, dass wer das Recht durchsetzen wolle, auch in der Lage sein müsse, es durchzusetzen.

Eine UN-Reform mahnte auch Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul an. Die SPD-Politikerin forderte jedoch nicht mehr militärische Intervention, sondern mehr zivile Konfliktbearbeitungsmechanismen von der Staatengemeinschaft.

An diesem Punkt zeigten sich die Positionen auf den Podien oftmals unversöhnlich. Nur vereinzelt gelang es, zivile Prävention und militärische Intervention als Gesamtstrategie zu präsentieren. Diese Rolle war dann oftmals mehr den „Experten“, denn den Politikern vorbehalten. So bemühte sich der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Bonn, Vizeadmiral a.D. Hans Frank, zu verdeutlichen, dass etwa „das Austrocknen des Nährbodens des Terrorismus“ sowohl entwicklungspolitische als auch polizeiliche und militärische Komponenten enthalten müsse.

Letztlich gelang es den rund zwei Dutzend Podien zu Friedensfragen nur an der Oberfläche des Themas zu kratzen. Zu unterschiedlich waren die Ebenen auf denen in der Regel kontrovers und oftmals aneinander vorbei argumentiert wurde. So pessimistisch wie die Organisatoren, die eines der Foren mit „Illusion Frieden“ überschrieben hatten, wollte die meisten Podiumsgäste die Thematik aber dann doch nicht sehen. Und so zog Unionspolitiker Pflüger folgendes Fazit: „Für den Frieden zu sein ist einfach; ihn zu erkämpfen, schwierig.“ □

Polnische Militärgeistliche beim „Tag der Militärseelsorge“ auf dem ÖKT. Der Katholische Militärbischof hatte zur Stunde der Begegnung in den Hof der St. Bonifatiuskirche eingeladen. Fotos: F. Brockmeier (12), Grafiken: KAS (4)



25 JAHRE INSTITUT FÜR THEOLOGIE UND FRIEDEN (ITHF) IN BARSBÜTTEL

Ein Ort friedensethischen Forschens und Lehrens

Das Institut für Theologie und Frieden (ITHF – <http://www.ithf.de>) beging am 27. Juni 2003 sein 25-jähriges Bestehen. Nach einem Pontifikalamt in St. Martin fand ein Festakt im Gebäude des Instituts in Barsbüttel statt. Der Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, begrüßte die Teilnehmer und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Prof. DDr. Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz, hielt den Festvortrag.

Grußworte sprachen: – Erzbischof Dr. Werner Thissen, Hamburg, – Dr. Hans-Georg Schultz-Gerstein, Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg, – Generalmajor Christian Beck, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, – Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts.

Das Institut für Theologie und Frieden (ITHF)

Das Institut ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Katholischen Kirche in Trägerschaft der Katholischen Militärseelsorge. Es stellt die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen des Friedens aus theologisch-ethischer Perspektive in den Mittelpunkt seiner drei Arbeitsbereiche Forschung, Dokumentation und Kooperation.

Ergebnis der Dokumentation ist die „Online-Bibliographie Theologie und Frieden“, die zz. 112.000 sachererschlossene Titel umfasst (www.ithf.de und www.ithpeace.de – in Englisch).

Der Katholische Militärbischof, Bischof Dr. Walter Mixa: Predigt und Begrüßung

Zunächst ging der Katholische Militärbischof in seiner Predigt ein auf die Ereignisse vom 11. September 2001, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und im Irak sowie die Krisenherde im Nahen Osten und in Afrika ebenso auf die neuen Herausforderungen für uns, die damit verbunden sind. Gleichzeitig wies er auf die Ängste der Bevölkerung um den Frieden hin.

Hoher und zugleich seltener Besuch zum 25-jährigen Bestehen des ITHF: (v.l.) Erzbischof Dr. Werner Thissen, Prof. Dr. Karl Kardinal Lehmann, Militärbischof Dr. Walter Mixa und der Hausherr und Leiter des Instituts, Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven

Vor diesem Hintergrund sehe er auch die vielfältigen Erfahrungen unserer Soldaten hier in der Heimat, besonders aber auch im Auslandseinsatz und er fragt: Kann Friede verwirklicht werden, ist Friede überhaupt möglich?

Der Bischof verweist auf Jesus. Er hat diesen Frieden so gelebt, dass er sich von der Last und von der Macht der Boshaftigkeit, des Hasses, der Feindseligkeit geradezu hat erdrücken lassen. Dann erläuterte er die Regeln des Alten Bundes bei Auseinandersetzungen und stellte die Aussagen Christi dagegen. Besonders hob Mixa die Bedeutung des Dialogs hervor, um den anderen kennen und verstehen zu lernen. Er führte als Beispiel dafür die Aktionen der Bundeswehrsoldaten im ehemaligen Jugoslawien an, beginnend bei den Kindern zum Abbau der Konfrontationen unter den verschiedenen Ethnien. Das, was Jesus über Friede, über Opferbereitschaft, über Gerechtigkeit und über Liebe gesagt hat, gilt es immer wieder auf wissenschaftliche und praktische Weise umzusetzen.



In seiner Begrüßung der Festgäste stellte der Militärbischof fest, dass die Gründungsväter des Instituts vor 25 Jahren erkannt hatten, dass die deutsche Kirche im gesellschaftlichen und politischen Dialog über den Frieden einen Schwerpunkt setzen muss. Dies sei für die Militärseelsorge eine große Chance und Verantwortung für die ethische Ausbildung der Soldaten.

Kardinal Lehmann: Zur Verantwortung des christlichen Glaubens für den Frieden

Das im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils besonders in Deutschland sich dynamisch entwickelnde Interesse an der sogenannten Dritten Welt und an Fragen der internationalen Gerechtigkeit rückte die ausdrückliche Friedensethik zunächst eher weiter an den Rand. Gemäß Papst Paul VI. wurde Entwicklung als der neue Namen für Frieden und nicht als programmatischer Aufruf für eine stärkere Integration sozial- und friedensethischer Inhalte und Fragestellungen aufgefasst.

Vor diesem Hintergrund erfolgte am 15. Juli 1978 die Gründung des Instituts für Theologie und Frieden. Als Gründungsväter und entschiedene Förderer des Instituts verdienen der Bischof und spätere Kardinal Dr. Franz Hengsbach und sein Nachfolger im Amt des Militärbischofs, Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel, die Militärgeneralvikare Prälat Dr. Martin Gritz und Prälat Dr. Ernst Niermann, sowie – nicht zuletzt – der erste Leiter des Instituts, der früh verstorbene Professor DDr. Ernst-Josef Nagel, dankbare Erwähnung, wie Kardinal Lehmann sagte.

Keine Denkfabrik der Militärseelsorge war geplant, sondern ein inmitten der ganzen Kirche verankerter Ort friedensethischen Forschens und Lehrens. Die dafür erforderliche Einbindung des Instituts in die überdiözesanen Strukturen der Kirche in Deutschland wurde dadurch erreicht,



Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Karl Kardinal Lehmann und der frühere Militärgeneralvikar Prälat Dr. Ernst Niermann im Gespräch

das die katholische Militärseelsorge die Verantwortung für die Einrichtung wahrnimmt, im Sinne einer Aufgabenverteilung unter den deutschen Bistümern. So ist das Institut eine Stätte der gesamten Kirche in Deutschland, was sich auch in der Besetzung des Wissenschaftlichen Beirats niederschlägt. Dankbar kann man feststellen, dass sowohl Prof. Ernst-Josef Nagel, der das Institut bis 1995 geleitet hat, als auch sein Nachfolger, Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven mit weiteren Wissenschaftlern durch Sachkundigkeit und geistige Freiheit zum Ansehen des Instituts inner- und außerhalb der Kirche wesentlich beigetragen haben.

1. Zur Arbeit des Instituts

Für die Entwicklung der katholischen Friedensethik und für die Profilbildung des hiesigen Instituts sind einige der grundlegenden Orientierungen, die das Konzil der Kirche auf den Weg gegeben hat, von großer Bedeutung, meint der Mainzer Bischof. Davon zeugt die nunmehr seit 16 Jahren andauernde Arbeit im Forschungsbereich „Theologische Reflexion über Krieg und Frieden in der Geschichte der Kirche“. Die Studien zeigen eine beachtliche Vielfalt. Schwierige Themen wie die Kreuzzüge wurden dabei nicht ausgespart. Bei alledem ist entscheidend, dass das Institut in seiner Arbeit kein bloß historisches Interesse verfolgt. Es geht ihm vielmehr um die Aussage des Glaubens selbst, um die Frage, was der Glaube über den Frieden zu sagen weiß. Denn die Geschichte des Glaubens ist nicht anders zu erfahren als in den Zeugnissen dieser Geschichte.

Neben der historischen Grundlagenforschung sind die Auseinandersetzung mit den vielfältigen aktuellen Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik die zweite Säule der wis-

senschaftlichen Arbeit. Stichworte sind hier die humanitären Interventionen, die Reform der Vereinten Nationen, der internationale Terrorismus und der Irak-Krieg. Stets wird dabei das interdisziplinäre Gespräch bemüht und internationale Kooperation gesucht, unterstrich Lehmann.

2. Aussagen zur kirchlichen Friedenslehre

Ich möchte die Gelegenheit nutzen an einige zentrale Aussagen der kirchlichen Friedenslehre zu erinnern, wobei ich auf die beiden großen Dokumente zurückgreife, die die deutschen Bischöfe in den letzten 20 Jahren vorgelegt haben: auf das 1983 erschienene Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (GsF) und auf das Wort „Gerechter Frieden“ (GF) aus dem Jahre 2000. Bei der Vorbereitung dieser Bischofsworte hat in beiden Fällen auch der jeweilige Direktor des IThF mitgewirkt.

Bei GsF stand in Frage die Legitimität atomarer Rüstung überhaupt und ein Abschreckungskonzept, das die fragile Stabilität zwischen den Blöcken sichern sollte. Die Bischöfe haben damals die grundsätzlichen und schwerwiegenden ethischen Probleme der Strategie nuklearer Abschreckung deutlich genannt, ebenso aber auch die Gefahren, die mit dem sofortigen Ausstieg aus diesem Konzept verbunden gewesen wären. Dies führte zu dem Gedanken, dass die Abschreckung mit Atomwaffen ethisch als befristet tolerierbar angesehen werden könne – allerdings unter der Bedingung, dass nachdrückliche Anstrengungen unternommen würden, um sie in einen Prozess beiderseitiger Abrüstung und der Suche nach alternativen Sicherheitsstrategien zu überwinden.

Drei Felder der Friedensförderung werden in GsF eingehend betrachtet: die Achtung und Förderung der Menschenrechte, das Bemühen um größere internationale Gerechtigkeit und schließlich der Aufbau einer Weltfriedensordnung. Vieles davon klingt auch heute – 20 Jahre nach

GsF – erstaunlich, vielleicht beängstigend aktuell.

Der Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende der Blockkonfrontation zu Beginn der 90er Jahre haben die internationale Lage in einer Weise verändert, die auch ein erneutes kirchliches Nachdenken erforderte. Diese Entwicklungen waren und sind Anlass zur Freude. Ebenso wenig aber kann man übersehen, dass sich seither erhebliche Erschütterungen eingestellt haben und destruktive Kräfte gewaltigen Ausmaßes freigesetzt wurden. Vor diesem Hintergrund fragt das Bischofswort „GF“: „Kehrt die Menschheit also zu jenem Zustand allgegenwärtiger Gewalt zurück, der Geschichte charakterisiert (...)?“ Die sozioethische Leitperspektive ist nicht das Gewaltmanagement, sondern die – wenn auch nur schrittweise mögliche – Zurückdrängung der Gewalt aus dem Leben der Menschen. Prävention muss ein viel fundamentaleres Gewicht bekommen. Es geht um den Aufbau einer globalen politischen Ordnung, die sich durch Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit ebenso auszeichnet wie durch rechtlich verbrieft Partizipationsrechte aller. Nicht im Recht des Stärkeren, sondern in der wachsenden Verrechtlichung liegt die Perspektive für ein gerechtes und friedliches Zusammenleben in der Staatenwelt und Weltgemeinschaft. Der Einsatz militärischer Gewaltanwendung kann nicht ein Normalfall von Politik sein, sondern nur der Sonderfall. Der Krieg ist stets „eine Niederlage der Menschheit“, wie Papst Johannes Paul II. jüngst immer wieder formuliert hat. Das schließt jedoch nicht aus, dass es Grenzfälle gibt, in denen militärische Interventionen als das kleinere Übel gelten können. Die Reflexionen der Bischöfe über „Bedeutung und Grenzen militärischer Mittel“ stehen in eindeutigem Gegensatz zu der heute offenbar wieder größer gewordenen Versuchung, den Krieg als ein mehr oder weniger normales Mittel der Politik zu begreifen, betonte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz.

Die heutige Feier gibt Anlass, im Zusammenhang mit den genannten Problemen den Blick auch auf die Soldaten zu lenken. Das Zweite Vatikanische Konzil hat den sittlichen

Anspruch klar benannt: "Wer als Soldat im Dienst des Vaterlands steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei". Die Militärseelsorge in der Bundeswehr war denn auch stets und in besonders sorgfältiger Weise bemüht, den Dienst des Soldaten unter den Vorzeichen seiner sittlichen Beanspruchung durch den Glauben zu interpretieren, die ethische Urteilkraft der Soldaten zu bilden und für Rahmenbedingungen des militärischen Dienstes einzutreten, die dem Soldaten als sittlichem Entscheidungsträger entsprechen. Hier sind auch die Prinzipien der Inneren Führung berührt, auf die die Kirche nach wie vor allergrößten Wert legt. Würde die Politik auch in Deutschland vom Prinzip eines sehr restriktiven Gebrauchs militärischer Mittel abweichen, so ergäben sich zwangsläufig erhebliche Probleme für die Soldaten und auch für ihre Seelsorger, warnte Kardinal Lehmann. Die Soldaten haben ein Recht darauf, dass ihr Einsatz ethisch solide begründet und verantwortet werden kann. Dazu gehört auch die Transparenz hinsichtlich der Zwecke.

Wir stehen, wenn nicht alles täuscht, in einem Prozess weitreichender auch gefährlicher weltpolitischer Umwälzungen. Vor allem der Weiterentwicklung des Völkerrechts und der internationalen Ordnung wird wohl zukünftig noch größere Aufmerksamkeit gelten müssen. Das IThF steht inmitten dieser Prozesse. Wir alle in der Kirche sind auf seine Arbeit angewiesen. Vor allem erbitte ich für die Zukunft Gottes reichen Segen des Himmels und der Erde. Die Friedensethik als Theorie einer Praxis muss der Verantwortung des Glaubens für den Frieden gerecht werden, schloss Kardinal Lehmann seinen Vortrag.

Militärbischof Dr. Walter Mixa, Erzbischof Dr. Werner Thissen und Generalmajor Christian Beck, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr (v.l.) – (Fotos: KMBA)

Grußworte

Erzbischof Dr. Werner Thissen, Hamburg:

Dass ein Institut mit einem solchen Wirkungsgrad auch für die Stadt Hamburg von großer Bedeutung ist, versteht sich von selbst. Im Studiengang „Security and Peace“ an der Universität Hamburg sorgt es für die Präsenz katholischer Friedensethik dort. Aber auch in diversen Foren und Gremien in der Stadt ist das Institut tätig. Funk, Fernsehen sowie Zeitungen und Zeitschriften berichten immer wieder von der Arbeit des Instituts, was für eine Medienstadt wie Hamburg von großer Bedeutung ist. Die Stadt Hamburg hat zwar ein reichhaltiges öffentliches Bibliothekswesen, dieses wäre aber um vieles ärmer, gäbe es nicht die Bibliothek des Instituts zur Friedensethik. Diese ist weltweit einmalig.

Dr. jur. Hans-Georg Schultz-Gerstein, Präsident Bw-Universität Hamburg:

Mir fällt kein Beruf ein, der mit höherer, mit schwer wiegenderer Verantwortung für Leben und Tod von Untergebenen und Kameraden verbunden ist, als der des Offiziers. Über Krieg und Frieden entscheiden zwar Politiker, aber Soldaten sind deren Entscheidungen mehr oder weniger ausgeliefert. Den Offizieren kommt es dabei zu, den politischen Auftrag in militärische Handlungen umzusetzen. Dieser Prozess setzt Charakterstärke und Urteilkraft voraus, die auf Werte gegründet sind. Für unsere Universität bleibt das IThF ein Fundament auf das wir bauen.

Generalmajor Hans-Christian Beck, Kommandeur FüAkBw, Hamburg:

Die Erfahrung aus den Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan zeigen, dass je länger der Einsatz dauert, desto mehr wird auch die Präsenz von Militärseelsorgern von den Soldaten gewünscht. Für Streitkräfte in friedensbewahrenden Einsätzen unter VN-Mandat oder einer sonstigen völkerrechtskonformen Militäraktion (der NATO, EU, OSZE) ergeben sich neue Herausforderungen – im Rechtsverständnis, in der völkerrechtlichen Bindung, in unserer Führungsphilosophie der Inneren Führung wie auch im Handeln in ethischen Grenzsituationen. Eine enge Zusammenarbeit aller militärischen Einrichtungen mit dem IThF ist in den angeführten Feldern für die Zukunft noch bedeutsamer.

Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats:

Appelle zu Frieden und prophetische Ermahnung bedürfen der Ergänzung durch politische Analysen und ethische Argumentation, damit das Wort der Kirche in anstehenden politischen Entscheidungen Beachtung findet. Durch den unabhängigen Sachverstand, der in seiner Arbeit zu Wort kommen kann, übt das IThF seit seiner Gründung einen unverzichtbaren Dienst zum Wohl der Kirche aus. Weit davon entfernt, nur ein verlängerter Arm der Militärseelsorge zu sein, leistet es gerade durch seine wissenschaftliche Unabhängigkeit einen wichtigen Beitrag. (bt)





Exerzitien- und Bildungshaus Schloss Hirschberg,
moderner Eingang in barocker Fassade

43. WOCHEN DER BEGEGNUNG VOM 14.–19. SEP. 2003 AUF SCHLOSS HIRSCHBERG

„Ihr sollt meine Zeugen sein! Katholische Soldaten vor Herausforderungen“

Delegierte des in Räten und in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) organisierten Laienapostolats in der katholischen Militärseelsorge trafen sich vom 14. bis 19. September 2003 auf Schloss Hirschberg in Beilngries zur 43. Woche der Begegnung (WdB). Diese Woche besteht aus zwei Teilen:

- vom 14. - 16. September tagte die Zentrale Versammlung (ZV), die das katholischen- oder Diözesanrat in den deutschen Bistümern entsprechende Beratungsorgan des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr ist und
- vom 16. - 19. September fand die Bundeskonferenz der GKS dort statt, die ein Personalverband in der „Kirche unter Soldaten“ ist.

Mit Schloss Hirschberg hatten sich die Laienvertreter einen idyllischen Tagungsort ausgesucht. Der frühere Sommersitz der Eichstätter Bischöfe liegt in Oberbayern über dem Altmühltal. Heute beherbergt die barocke Schlossanlage das Exerzitien- und Bildungshaus der Diözese Eichstätt.

Das Leitthema der diesjährigen WdB lautete: „Ihr sollt meine Zeugen sein! Katholische Soldaten vor Herausforderungen ...“. Bei der Findung spielten sowohl kirchliche Ereignisse des Jahres wie auch gesellschaftliche Fragen eine Rolle:

- Ökumenischer Kirchentag Berlin („Ihr sollt ein Segen sein“),
- das Jahr der Bibel 2003 („Suchen. Und Finden“, die Bibel als Quelle und Auftrag des Glaubens) und
- der 40. Jahrestag der Veröffentlichung der Enzyklika „Pacem in Terris“, aber auch
- Fragen, die besonders die Militärseelsorge betreffen, wie Kooperative Pastoral, Lebenskundlicher Unterricht, Familienpastoral und Strukturen der organisierten Laienarbeit sowie
- Bioethik und Lebensschutz.

Christus siege und die Welt überwinde. Das Zeichen des Scheiterns sei zum Zeichen geworden für eine Hingabe und Liebe, die nicht auf Erfolg aus sei, sondern ihr Ziel im Dasein für andere sehe. In diesem Sinne könnten Soldaten durch ihren Frie-

densdienst solche Zeichen der Liebe und eines Friedens, der aus dem Herzen komme, setzen. Prälat Wakenhut forderte die Anwesenden auf, als Soldaten das Ziel ihres Dienstes nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vortrag des Militärbischofs

Bischof Dr. Walter Mixa aus Eichstätt und Militärbischof für die katholischen Soldaten der Bundeswehr ging in seinem geistlichen Vortrag (am Montag, 15. Sep.) auf das Thema der Woche „Ihr sollt meine Zeugen sein!“ ein. Leider würde bei einer Zustandsfeststellung der Kirche deutlich, dass katholische Christen wenig Bewusstsein vom innersten Kern ihres Glaubens hätten. Mixa ermutigte im Jahr der Bibel, das Neue Testament verstärkt als Lektüre zu lesen um Antworten auf Fragen nach dem Sinn des Lebens zu finden. Die innerweltliche Lebensweise sei von einer Fun- und Spaßgesellschaft geprägt und ein „ozeanischer Atheis-

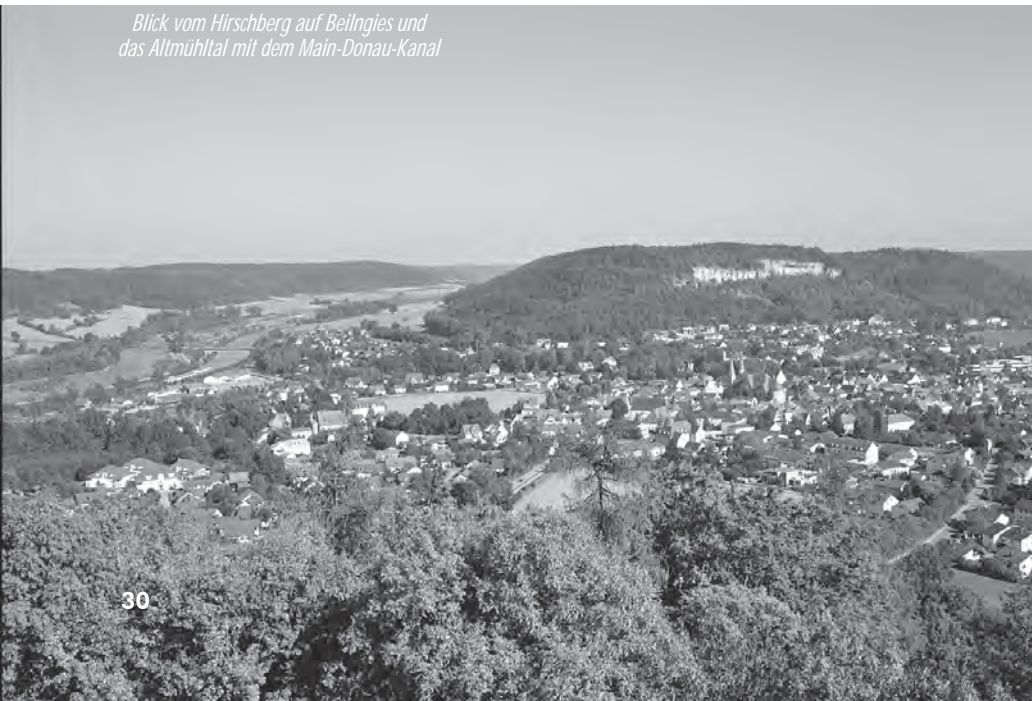


Zentrale Versammlung

Eröffnungsgottesdienst

Den Eröffnungsgottesdienst am Sonntag (14. Sep.) hielt traditionsgemäß der Militärgeneralvikar, Prälat Walter Wakenhut. In seiner Predigt gab MGW Wakenhut Denkanstöße zum Tagesfest „Kreuzerhöhung“. Er erinnerte daran, dass Kreuze auffällige Zeichen in der Landschaft seien, die auch – und gerade heute – provozieren. Kreuze wollten ein Zeichen setzen, in dem

Blick vom Hirschberg auf Beilngries und
das Altmühltal mit dem Main-Donau-Kanal



mus“ mache sich breit. Werte wie Treue und Zuverlässigkeit seien im Schwinden. Das werde auch an der hohen Scheidungsrate bei den Soldaten sichtbar. Der Militärbischof mahnte: „Damit dürften sich die Christen nicht zufriedengeben. Menschen sind nicht einfach Heiden.“ Die Frage nach dem tiefen Sinn des Lebens stünde in unserer Gesellschaft durchaus im Raum. Soldaten würden durch die Auslandseinsätze viel stärker mit Tod und Leid konfrontiert und seien für diese Thematik sensibilisiert. Die Christen müssten sich fragen, wie sie die Heilsbotschaft vermitteln könnten. Der Bischof rief die Teilnehmer auf, in ihrem Laienengagement verstärkt Zeugnis zu geben von ihrem Glauben und somit hineinzuwirken in die Gesellschaft. Der Zeugnischarakter der Soldaten in der Gesellschaft, nicht zuletzt in der Kaserne, sei von hoher Bedeutung, sagte Mixa.

Kooperative Pastoral und Familienseelsorge

Ein Schwerpunkt der ZV war das Thema einer „KOOPERATIVEN PASTORAL ZWISCHEN VISION UND WIRKLICHKEIT UND IHRE UMSETZUNG IN DER KATHOLISCHEN MILITÄRSELSORGE“.

Als Einstieg in eine Podiumsdiskussion stellte Prof. Dr. Manfred Belok die Grundsätze einer Kooperativen Pastoral (KP) vor. Ausgehend von der veränderten kirchlichen Situation in unserer Gesellschaft stellte Belok die sich bietenden pastoralen Optionen einer KP bis hin zu deren konzeptionellen, strukturellen und personellen Entwicklungen dar. Sein Fazit lautete, es gehe um eine „lebensweltorientierte, gesellschaftsbezogene, kooperative Pastoral“ (*Vortrag in stichwortartiger Kurzfassung s.S. 36*).

Auf dem Podium nahmen auf Grund ihrer Erfahrungen und Vorstellungen

- die Vorsitzende des Diözesanrats Freiburg, Christel Ruppert,
 - das Mitglied im ZdK, Generalmajor Karl-Heinz Lather, als in der Kirche unter Soldaten engagierter Laie,
 - der Leiter Referat „Seelsorge“ im KMBA und Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Militärdékan Georg Kestel,
- Stellung zur Kooperativen Pastoral (KP).

Christel Ruppert berichtete von ihren Erfahrungen im synodalen Prozess, den das Erzbistum Freiburg bezüglich der KP gegangen ist. Zwischen Vision und Wirklichkeit sei Freiburg einen „zielorientierten Weg“ gegangen, der

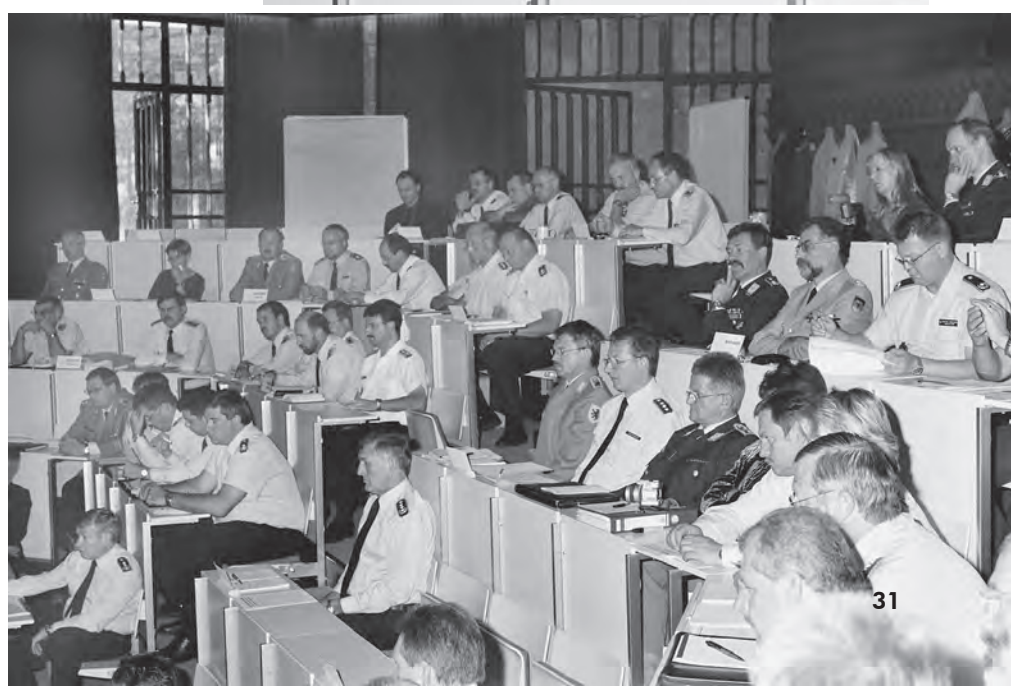
Zu den Fotos (v.o.):

Militärbischof Dr. Walter Mixa und Oberst Franz-Josef Pütz, der mit Abschluss der ZV aus dem Amt des Vorsitzenden schied;

Blick in die Marien-Kapelle von Schloss Hirschberg während des Pontifikalamts;

Militärbischof, Militärgeneralvikar und persönlicher Sekretär im Plenum (v.r.), dahinter Delegierte aus dem Bereich KLMD Köln-Wahn Plenum der Zentralen Versammlung (ZV)

(Fotos in diesem Beitrag: F. Brockmeier)





allerdings mehr einer Suchbewegung als einem geraden Weg geglichen habe. Das Erzbistum habe die ca. 1.000 Pfarreien zu 350 Seelsorgeeinheiten zusammengefasst, in denen Seelsorgeteams bestehend aus hauptamtlichen pastoralen Kräften (Priester, Pastoralreferent(inn)en, Gemeindereferent(inn)en) und ehrenamtlich tätigen Laien in sogenannten Pastoralteams die Seelsorge sicherstellen. Dies sei nicht ganz spannungsfrei, stellte die ehrenamtliche Diözesanratsvorsitzende fest, weil durch die unterschiedlichen Berufsgruppen der Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen auch Zielkonflikte entstünden. Laien ließen sich nicht so einfach zusammenfassen und einbinden, weil sie über sehr unterschiedliche Vorerfahrungen verfügten und auch abweichende Vorstellungen von ihrer Mitwirkung bei der Pastoralarbeit hätten. Schon der Altersunterschied zwischen älteren, erfahrenen Laien, die plötzlich von einer jungen Gemeindereferentin an- und geleitet werden sollen, führe zu Differenzen und Frust. Deshalb komme es auch darauf an, dass die Arbeitsfelder klar definiert und mit einer Aufgabe auch die erforderliche Verantwortung festgelegt und übertragen werde. Unverzichtbar sei auch, den Informationsfluss zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu gewährleisten, um hier ein Informationsgefälle zu vermeiden.

Abschließend warnte Christel Ruppert vor einer Zentralisierung: „Glauben wird in kleinen Gemeinschaften gelebt und weitergegeben“. Die Seelsorgeeinheit habe zwar durch größere Ressourcen Vorteile, könne und dürfe aber nicht einfach als Addition der Möglichkeiten jeder einzelnen Pfarrgemeinde in der Einheit betrachtet werden.

Für Militärdekan Georg Kestel bleibt die Definition, was unter KP letztlich zu verstehen sei, unscharf. Für die Militärseelsorge blieben noch wichtige Fragen zu klären: Wie können ehrenamtliche, nebenberufliche und hauptberufliche Mitarbeiter zum Wohl einer lebendigen Kirche unter Soldaten zusammenarbeiten? Wie kann KP in der Militärseelsorge umgesetzt werden? Was bedeutet dies für die Gremien des organisierten Laienapostolats? Welche Möglichkeiten bietet KP zur Milderung von Belastungen, die sich aus „Einsätzen“ und „Vakanzen“ ergeben. Ein Beispiel für erfolgreiche KP sei für ihn die Zusammenarbeit mit dem Institut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. So bekomme durch diese die Familienseelsorge wichtige Hilfestellungen. (s.a.S. 38 Georg Kestel „Thesen zur Kooperativen Pastoral“)

Zu den Fotos (v.o.):

Auf dem Podium (v.l.) Generalmajor Karl-Heinz Lather, Christel Ruppert, Vorsitzende des Diözesanrates Freiburg, Dr. Manfred Belock, Professor für Pastoraltheologie an der Katholischen Fachhochschule in Paderborn;

Franz-Josef Pütz gratuliert Richard Schmitt zur Wahl zum neuen Vorsitzenden der ZV;

Militärbischof Walter Mixa nach einem anstrengenden Sitzungstag in geselliger und entspannter Runde im Gewölbekeller von Schloss Hirschberg;

der neue Vorsitzende der ZV, Richard Schmitt, gratuliert Ralf Eisenhardt zur Wahl als Vertreter der ZV im ZdK.

Generalmajor Karl-Heinz Lather bezeichnete die KP als eine Zusammenarbeit Vieler an einem gemeinsamen Ziel. Dabei gehe es um den Menschen, um das Gottesvolk und um das Reich Gottes. Die Zusammenarbeit der Seelsorger und der Laien in der Militärseelsorge sei sehr effizient und bereichernd. „Wir brauchen Militärseelsorger für unsere Soldaten mehr denn je, und eine Zusammenarbeit ist unabdingbar!“

Lather sieht die Soldaten- und hier besonders die engagierten – in einer Doppelbindung zur Militärseelsorge und zu einer zivilen Gemeinde. Eine Interaktion zwischen beiden sei erforderlich. In der Praxis geschehe hier aber noch zu wenig, weil man zu wenig von einander wisse. Der General forderte klare Vereinbarungen, sieht das aber nicht als Problem der Militärseelsorge an.

Zur Lage der Militärseelsorge

„Wir sind dabei, die Kooperative Pastoral in der Militärseelsorge zu fördern und zu ermöglichen“, sagte MGV Walter Wakenhut in seinem Lagebericht (ausführlicher Lagebericht auf der Heft-CD, Datei („Lagebericht-MS.doc“). Wege und Schritte dazu seien die Konzentrierung der Arbeit in Seelsorgeregionen und Seelsorgezentren, die enge Verbindung der einzelnen Seelsorgebezirke untereinander und die Intensivierung der Zusammenarbeit auf Ebene der Dienstaufsichtsbezirke und Arbeitskonferenzen. Das würde natürlich hohe Anforderungen an alle Beteiligten, auf der einen Seite die Militärseelsorge und auf der anderen Seite die Soldaten und ihre Familien stellen. Wakenhut ermutigte die Laien, diese neuen Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen.

Zur Arbeit des Vorstands der ZV

Der Vorsitzende der ZV Oberst Franz-Josef Pütz verdeutlichte die Wichtigkeit der jeweiligen Sachausschüsse, die sich mit Themen wie Fernbeziehung bei Einsatz und Versetzung, Ehe-Familie-Partnerschaft, Lebenskundlicher Unterricht aber auch mit gesellschaftlichen Fragen wie Stammzellenforschung und Euthanasie auseinander setzen. Die

Mitglieder der Sachausschüsse leisteten dadurch einen wichtigen und unverzichtbaren Dienst, der sich zusammengefasst wie folgt darstellt:

- **Sachausschuss I: „DIENSTALLTAG UND CHRISTSEIN, MISSION“**

Der Sachausschuss prüft zum Thema „DER LEBENSKUNDLICHE UNTERRICHT – CHANCEN UND PERSPEKTIVEN“, was Laien tun können, um die Durchführung des LKU und der Lebenskundlichen Arbeitsgemeinschaften in den Standorten zu fördern. Es geht dabei um Themen wie „Eid und Feierliches Gelöbnis“, „Wofür wir dienen?“ usw.

- **Sachausschuss „GEMEINDEARBEIT“**

Dieser analysiert eine Bestandsaufnahme der Arbeit der Mitarbeiterkreise und Seelsorgebezirksräte in den Standorten. Es soll geprüft werden, ob die Strukturen in der organisierten Laienarbeit noch zeitgemäß sind.

- **Sachausschuss II: „EHE – FAMILIE – PARTNERSCHAFT“**

Hier geht es um die Untersuchung der „Fernbeziehung bei Einsatz und Versetzung“. Der Ausschuss ist der Problematik nachgegangen, welche Schwierigkeiten in Familien/Partnerschaften von Soldaten entstehen, wenn durch Einsatz oder Versetzung bedingt sogenannte Fernbeziehungen geführt werden müssen. Eine der Kernfragen lautet: „Wer bietet welche Hilfen an und was kann dabei der (spezifische) Beitrag der Militärseelsorge und der Laien sein?“

- **Sachausschuss III: „GESELLSCHAFTLICHE FRAGEN“**

Der Ausschuss beschäftigt sich mit der breiten Palette dieses Themenfeldes von der Geburt (Pränataldiagnostik) über Krankheit (Stammzellenforschung) bis hin zum Tod (Euthanasie). Die Sterbehilfe und deren Liberalisierung soll im Mittelpunkt des Berichtes stehen, den er „Menschliches Leben zur Disposition gestellt?“ nennt. Die Möglichkeiten der wertegebundenen Einflussnahme durch die Laien sollen beleuchtet und betont werden, da sich gerade katholi-

sche Soldaten in ihrem Dienst immer auch als Schützer des Lebens verstanden haben.

Das Ergebnis der **Nachbar-schaftshilfe** – eine seit 1990 laufende sozial-karitative Aktion katholischer Soldaten der Bundeswehr für notleidende Menschen in Mittel- und Osteuropa – wurde für das Jahr 2002 vom Projektbeauftragten der ZV, HptFw Peter Weber, vorgestellt. Durch eine breite Unterstützung der Seelsorgebereiche konnte für das Projekt „KATHOLISCHE SOLDATEN HELFEN UND UNTERSTÜTZEN MINDERJÄHRIGE MINENOPFER IM KOSOVO“ im Zeitraum 2002/03 über die Solidaraktion der deutschen Katholiken RENOVABIS 18.289 Euro zur Verfügung gestellt werden. Wegen der großen Resonanz beschloss die ZV, diese Aktion auch für die Zeit bis zur nächsten ZV im September 2004 fortzuführen. (PS)

Dokumente zur ZV auf der Heft-CD:

- **Lagebericht MGV:** siehe Ordner „48.GesKonf-2003“, da dort ausführlichere behandelt
- **Beiträge aus der Arbeit der Sachausschüsse s. Heft-CD, Ordner „ZV-2003“**

Fotos von der ZV: F. Brockmeier (10), PS (2), Bildungshaus (1)

Wahlen bei der diesjährigen ZV

Zentrale Versammlung wählt neuen Vorsitzenden

Oberstleutnant Richard Schmitt ist Nachfolger von Oberst Franz-Josef Pütz an der Spitze des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs hat am 16. September 2003 bei der Delegiertentagung im Rahmen der „Woche der Begegnung“ auf Schloss Hirschberg in Beilngries, Oberstleutnant Richard Schmitt für eine vierjährige Amtszeit zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Oberst Franz-Josef Pütz an, der in den Ruhestand geht. Schmitt hat in den letzten 17 Jahren

verschiedene Ehrenämter in der Katholischen Militärseelsorge wahrgenommen. Von 1986–1991 war er Mitglied im Pfarrgemeinderat Braunschweig, von 1988–1993 zugleich Sprecher des GKS-Kreises in Braunschweig. 1993 übernahm er für ein Jahr die Aufgaben des Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates in Aachen. Von 1993–2001 wirkte Schmitt auch als Mitglied im Vorstand der ZV mit. Schmitt wurde 1952 in Worms geboren. 1972 trat er in die Bundeswehr als Offizieranwärter ein. Seit 1. April 2003 ist Schmitt Kommandeur der Lehrgruppe A an der Technischen Schule des Heeres in Aachen / Fachschule des Heeres für Technik. Richard Schmitt ist verheiratet und hat 2 Töchter. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs (ZV) ist der Zusammenschluss von Vertretern des organisierten Laienapostolates in der katholischen Militärseelsorge. Sie ist vergleichbar einem Diözesan-/Katholikenrat in den deutschen Diözesen und hat zur Aufgabe, den Katholischen Militärbischof in allen die

Seelsorge an Soldaten und ihren Familien betreffenden Fragen zu beraten. Darüber hinaus befasst sie sich mit gesellschaftlichen, allgemein kirchlichen sowie berufsspezifischen Themen und nimmt hierzu Stellung. Die ZV setzt sich zusammen aus delegierten Vertretern der Seelsorgebezirksräte bei den Katholischen Standortpfarrern und aus Delegierten der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sowie den Mitgliedern des Vorstandes und dem Bischöflichen Beauftragten.

(Interview mit Richard Schmitt s.S. ...)

Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt neuer Vertreter der ZV im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Der 37-Jährige ist einer von drei Vertretern der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs im ZdK

Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt, Zugführer in der 2. Kompanie des Nachschubbataillons 51 in Unna-Königsborn wurde am 16. September 2003 von den Delegierten der ZV

mehrheitlich als deren Vertreter in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt. Eisenhardt hat damit bei der Herbstvollversammlung des ZdK, die am 21./22. November 2003 in Bonn-Bad Godesberg tagte, die Nachfolge für den aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Oberst Franz-Josef Pütz angetreten. Eisenhardt ist seit 1992 in der Katholischen Militärseelsorge ehrenamtlich engagiert. Er ist Sprecher des Seelsorgebezirksrates beim Katholischen Standortpfarrer Ahlen, Vorsitzender des dortigen GKS-Kreises und stellvertretender Moderator der Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan Köln-Wahn. Eisenhardt ist verheiratet und Vater von zwei Söhnen.

Neben HptFw Ralf Eisenhardt ist die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten im Zentralkomitee der deutschen Katholiken noch durch Generalmajor Karl-Heinz Lather und Oberst i.G. Werner Bös vertreten. Über die zweite Säule des ZdK, die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen (AGKOD), ist der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein im ZdK.

DAS INTERVIEW



Oberstleutnant Richard Schmitt, Vorsitzender der Zentralen Versammlung

habe ich auch meine Frau kennen gelernt. Mit dem Eintritt in die Bundeswehr habe ich viele verschiedene Stationen, Verwendungen und Standorte durchlaufen. Es fällt mir schwer dabei nach Wichtigkeit zu unterscheiden. Besonders prägend waren natürlich die Führungsverwendungen zweimal als Kompaniechef und die Verwendung als Bataillonskommandeur.

AUFTRAG: Was hat Sie bewogen, Soldat zu werden und wie war Ihr beruflicher Werdegang bisher?

Schmitt: Ich wurde 1972 Soldat. Die Bundeswehr warb damals damit, dass alle Offiziere eine akademisches Studium als integralen Bestandteil der Ausbildung erhalten sollten. Da meine Eltern nicht in der Lage waren, ein Studium finanziell zu unterstützen, war dieses Angebot der Bun-

deswehr der wesentliche Grund für mich Soldat zu werden. Die Freude am Beruf und die Überzeugung, mit diesem Beruf einen sinnvollen und wertvollen Beitrag für unseren Staat und die Gesellschaft zu leisten, kamen mit der ersten Verwendung nach dem Studium als Instandsetzungsoffizier in Roding im Bayrischen Wald. Von dort ging es über den Divisionsstab 4. PzGrenDiv in Regensburg nach Trier mit dem Auftrag, eine Instandsetzungskompanie im Rahmen der Heimatschutzbrigade 54 aufzustellen. Danach begann ein stetiger Wechsel von Verwendungen an der Technischen Schule des Heeres in Aachen und Verwendungen in der Truppe: Hörsaalleiter OffzAnwAus, KpChef InstKp 20 und TStOffz PzAufklBtl 1 in Braunschweig, Hörsaalleiter OffzAub (ZgFhr-, Chef-

AUFTRAG: Geben Sie uns bitte einen kurzen Überblick über die wichtigsten Stationen Ihres Lebens.

Schmitt: Geboren wurde ich in Worms. Aufgewachsen bin ich in einem kleinen Dorf am Rhein. In meiner Jugend war ich sehr aktiv in einem Spielmannszug und habe dort viele Jahre Querflöte gespielt. Dabei

Lehrg),
Kommandeur
InstBtl 12
Walldürn,
S3-StOffz im
Stab der Tech-
nischen Schule,
Dezernatsleiter
im Heeresamt
und nun zurzeit
Kommandeur LehrGrp A (Schwer-
punkt Führerausbildung) wieder in
Aachen.



AUFTRAG: Was gibt Ihnen Ihr
Glaube und welche Rolle hat er
bisher in Ihrem Beruf gespielt?

Schmitt: Mein Glaube gibt mir Halt
und Sicherheit im privaten und im
dienstlichen Bereich. Im Privaten
gibt mir die Pfarrgemeinde und die
Gemeinschaft Geborgenheit und
Rückhalt. Die vielfachen Versetzun-
gen und Neuanfänge wären ohne die
jeweilige Pfarrgemeinde nur schwer
zu ertragen gewesen. An jedem neu-
en Standort fanden wir rasch Aufnah-
me. Der Dienst als Soldat besteht aus
ständigen Entscheidungssituationen
unter Zeitdruck mit großer Tragweite
und Auswirkungen auf viele unter-
stellte Menschen. Hier ist die Liebe
zu den Menschen und das Wissen um
die Begrenztheit der eigenen Macht
ein sehr gutes Korrektiv.

AUFTRAG: Aus welchem Grund
waren Sie bereit, für den Vorsitz in
der ZV zu kandidieren?

Schmitt: Vor zwei Jahren hatte ich
nach acht Jahren im Vorstand der ZV
auf eine erneute Kandidatur verzich-
tet, da ich die Absicht hatte, einen
Antrag auf vorzeitige Pensionierung
zu stellen und nicht mitten in der
Wahlperiode ausscheiden wollte.
Zudem war mit Oberst Franz-Josef
Pütz ein guter Kandidat gefunden,
der auch noch den Heimvorteil des
Wohn- und Dienstortes Berlin hatte.
Nun ist ja alles anders gekommen.
Oberst Pütz hat den gleichen Antrag
gestellt und konnte vorzeitig in Pen-
sion gehen, mein Antrag wurde abge-
lehnt. So ergab sich die Situation der
Wahl zum Vorsitzenden und ich
konnte und wollte die Mitarbeit im
Vorstand wieder aufnehmen. Daher
habe ich mich zur Wahl gestellt.

AUFTRAG: Welche Schwerpunkte
wollen Sie als Vorsitzender der ZV
setzen?

Schmitt: Die Schwerpunkte der Ar-
beit sind, wie ich bereits nach kurzer
Zeit feststellen kann, im Grunde un-
verändert. Die ständigen Änderun-
gen in den Streitkräften erfordern
eine ständige Anpassung der Militär-
seelsorge sowohl in der Organisation
als auch in den inhaltlichen Berei-
chen. Dies wird sich in den nächsten
Jahren nicht ändern. Die neuen Pla-
nungen zur Anpassung der Struktur-
reformen wird weitere tiefgreifende
Einschnitte in die Organisation der
Streitkräfte bringen. In diesem Zu-
sammenhang macht mir die zuneh-
mende Zahl an Fernbeziehungen gro-
ße Sorge. Hier sehe ich ein wichtiges
Betätigungsfeld. Die Mitarbeiterkrei-
se in den Standorten gilt es zu stär-
ken und alles zu tun, damit die Auf-
gaben vor Ort erfüllt werden können.

AUFTRAG: Ergänzen Sie bitte folgen-
de Satzanfänge:

Kirche unter Soldaten ...

... ist für mich eine nicht wegzu-
denkende Selbstverständlichkeit in
unserer Bundeswehr.

*Das Laienapostolat in der katholi-
schen Militärseelsorge ...*

... ist eine einzigartige und über lan-
ge Zeit gewachsene Art der Mitwir-
kung der katholischen Soldaten in ih-
rer Kirche.

Die GKS ...

... ist als katholischer Verband eine
notwendige und sinnvolle Ergänzung
zu den pastoralen Beratungsgremien
in der Militärseelsorge. Die Fähigkeit
aus eigenem Recht heraus katholi-
sche Positionen zu formulieren und
zu vertreten macht sie einzigartig und
unverzichtbar.

Jugend in der Kirche ...

... ist wie das Salz in der Suppe. Sie
macht Kirche immer wieder span-
nend und interessant. Leider wird die
Zahl der Jugendlichen in der Kirche
immer geringer.

Frauen in der Kirche ...

... halten den Laden zusammen und
den Betrieb aufrecht. Sie sind in der
Militärseelsorge bis auf wenige noch
nicht zu finden. Dies wird sich
hoffentlich bald ändern.

Ökumene in der Militärseelsorge ...

... ist allein schon aus praktischen
Gründen unverzichtbar. Sie sollte je-
doch die Eigenständigkeit der betei-

ligten Partner nicht beschädigen. Sie
erfordert große Geduld und Achtung
voreinander.

AUFTRAG: Was sollte sich in der Kir-
che unter Soldaten ändern?

Schmitt: Ich wünsche mir ein größe-
res Engagement der katholischen
Soldaten für Ihre Militärseelsorge.

AUFTRAG: Was wäre für Sie das
größte Unglück?

Schmitt: Wenn ich meine Frau ver-
lieren würde.

AUFTRAG: Was ist Ihr persönlicher
Wunsch?

Schmitt: Gesundheit

AUFTRAG: Welche Hobbys haben Sie?

Schmitt: Ich lese sehr viel, singe in
einem Kirchenchor und treibe Sport.

AUFTRAG: Haben Sie ein Motto und
wenn ja, wie lautet es?

Schmitt: Nein. Ich glaube das Le-
ben kann man nicht durch ein Motto
gestalten. Dazu braucht es mehr und
differenzierterer Fundamente.

AUFTRAG: Was halten Sie vom
AUFTRAG?

Schmitt: Wie Sie ja wissen, wollte
ich im Falle der vorzeitigen Pension-
ierung die Aufgabe des Redakteurs
AUFTRAG übernehmen. Ich halte
den Auftrag für das Beste was die
GKS derzeit vorzuweisen hat.

AUFTRAG: Wollen Sie unseren Lesern
noch etwas mitteilen?

Schmitt: Ich bitte um Unterstützung
wo immer das möglich ist.

AUFTRAG: Vielen Dank für das Inter-
view!

(Die Fragen stellte Paul Schulz)



Kooperative Pastoral zwischen Vision und Wirklichkeit

MANFRED BELOK

I: Das Erschrecken der für Pastoral- und Personal-Planung Verantwortlichen:

I.1 Die veränderte kirchliche Situation

Umbruchsituation

- (1) gesellschaftlich:
 - Individualisierung, Vervielfältigung der sozialen und geografischen Lebensräume, Mobilität
- (2) kirchlich
 - tradierte Seelsorge-formen
 - tradierte Seelsorge-strukturen
 - wachsender „pastoraler Notstand“

I.2 Ressourcen-Verknappung

Personal

- (1) Priestermangel
 - Entwicklung der Alterspyramide bei den Amtsträgern
- (2) Personalmangel insgesamt
 - Stagnation und Rückgang von Neuzugängen bei Priestern, Hauptberuflichen Pastoralen Mitarbeiter(innen) (HPM) und Ehrenamtlichen

Finanzen

- (1) Entwicklung des Steueraufkommens
- (2) kirchliche Leistungen in Angebot und Nachfrage
- (3) Personal- und Verwaltungskosten

Gemeindemangel

- (1) Gemeinden werden zahlenmäßig kleiner (Mitgliederschwind)
- (2) Mangel an überzeugten und überzeugenden Christ(inn)en

Bedeutungsmangel/-Verlust von Kirche

- (1) Möglichkeit zur gesellschaftlichen und politischen Einflussnahme
- (2) Platzierung in den Medien
- (3) Kirche im Gegenwind

I.3 Übergangssituation

ist für die hauptberuflich und ehrenamtlich und Handelnden verbunden mit

- Unsicherheit und Konflikten
- (1) Was haben wir aufgegeben?
 - (2) Wer werden wir im neuen Gefüge sein?

Umbruchsituation erfordert

- permanente Reflexion der Ziele „Wer nicht weiß, wo er/sie hin will, landet bestimmt dort, wo er/sie nie hin wollte!“
- Bereitschaft zur Revision der bisherigen pastoralen Handlungsfelder
„Aus einer Gemeinde, die sich pastoral versorgen lässt, muss eine Gemeinde werden, die ihr Leben im gemeinsamen Dienst aller und in übertragbarer Eigenverantwortung jedes einzelnen gestaltet.“ (Bundesdeutsche Synode (1973 – 1975), Beschluss „Dienste und Ämter“ 1.3.2)

I.4 Fazit

- (1) Der wachsende „pastorale Notstand“ als Auslöser für die Kooperative Pastoral (*eine eher Mängel-orientierte Sicht*)
- (2) Keine Visions-geleitete Pastoral, sondern spirituelle Überhöhung / Legitimierung nüchterner Planungs-entscheidungen
(„Gemeinschaft von Gemeinden“ – „Mehr als man glaubt“ – „Mit einer Hoffnung unterwegs“)
- (3) Im Kern geht es um die Sicherung der Pfarrseelsorge mit immer weniger Priestern
- (4) Ziel: Synergieeffekte und mehr Effizienz in der Pastoral mit der Absicht
 - Versorgungspastoral zu sichern
- (5) insgesamt 3 Ebenen der Kooperation:
 1. Zusammenarbeit *in* der Gemeinde
 2. Zusammenarbeit *zwischen* den Gemeinden
 3. Zusammenarbeit *zwischen territorialer und kategorialer* Seelsorge

Im einzelnen geht es um

1. Modelle der Kooperation von Priestern und hauptberuflichen Mitarbeiter(innen)
2. Modelle der Kooperation von Gemeinde-Gremien im Pastoralen Raum
3. Formen stärkerer Einbeziehung von Ehrenamtlichen in die Gemeindeleitung

II. Was sind die pastoral-theologischen Optionen einer Kooperativen Pastoral?

Was sind die Visionen für eine theologisch verantwortbare Pastoral wider einem Pastoralpragmatismus?

biblisch-ekklesiologisch

„MITEINANDER KIRCHE SEIN“

- Rückbesinnung auf das Volk Gottes als dem Subjekt und Träger von Gemeindeleben und Pastoral
„Freut euch, wir sind Gottes Volk, erwählt durch seine Gnade!“ (Psalm 100)
- Förderung des Gemeindebewusstseins, der Communitas-Erfahrung, indem die neuen Lebensräume der Menschen zu den neuen pastoralen Räumen werden „Seelsorgeeinheit“ / „Seelsorgebezirk“, Pastoralverbund“ ...
- Aufhebung des „pastoralen Schismas“ zwischen Hauptberuflichen (= geweihtem und nichtgeweihtem Personal) und den Ehrenamtlichen

theologisch-pneumatologisch

- Was will Gott / der Geist Gottes uns angesichts des wachsenden Priestermangels (= Mangel an Gemeindegliedern) sagen?
- Was will Gott / der Geist Gottes von mir und mit uns in dieser kirchengeschichtl. Übergangs-Situation?

pastoral-praktisch

- geordnete Zusammenarbeit beschreiben zwischen Pfarrer und hauptberuflichen Mitarbeiter(innen)

Oberst Franz-Josef Pütz dankt Prof. Dr. Manfred Belok für seine erklärenden Ausführungen zur Kooperativen Pastoral



- Zuständigkeiten abgrenzen
- Verantwortungsbereiche klären
- zu eigenverantwortlichem Handeln motivieren
- Pfarrer entlasten vom Druck der vermeintlichen All- und Alleinzuständigkeit
- Einsatz der HPM charismenorientiert
- den Ehrenamtlichen in den Gemeinden geordnete und durchschaubare Kooperation mit den Hauptberuflichen ermöglichen
- den Gemeindemitgliedern personale Beziehungen anbieten

III. Die Aufgabe der für Pastoral- und Personal-Planung Verantwortlichen

III.1 Die Entwicklung einer Handlungsperspektive

- Welche Grundprinzipien sind im Planungsprozess zu beachten?
- Welche Fragen bedürfen der weiteren Aufmerksamkeit und Bearbeitung?
- Wie kann das Ziel lauten „Zwischen Vision und Planung“?

SEHEN, was ist

- Bestandsaufnahme: nüchtern und realitätsbezogen = „nüchtern und wachsam“ (1 Petr 5,8) = unter Verzicht auf Schuldzuweisungen und mit der Fähigkeit zur Trauerarbeit

(BE-)URTEILEN dessen, was gesehen ist

- Krise als Entscheidungssituation wahrnehmen = Was will Gott uns heute damit sagen? = Was will Gott von und mit uns – heute und morgen? = als Lernchance zur Neu-Positionierung begreifen
- Wer wollen wir als Kirche der Zukunft sein: für uns und andere?

HANDELN, entsprechend den Schlussfolgerungen

- Ziel: nicht: Mangel verwalten, sondern: Zukunft gestalten!
- Handlungsperspektiven aufzeigen
- Frage: ist Kirche planbar?
„Die mit hierarchischen Organen ausgestattete Gesellschaft und der geheimnisvolle Leib Christi, die sichtbare Versammlung und die geistliche Gemeinschaft, die irdische Kirche und die mit himmlischen Gaben beschenkte Kirche sind nicht als zwei verschiedene Größen zu betrachten, sondern bilden eine einzige komplexe Wirklichkeit, die aus menschlichem und göttlichem Element zusammenwächst“ (Lumen Gentium I,8)

III.2 Handlungsperspektive

- (1) ZIELE / KONZEPT / PROGRAMM
= Welche Pastoral wollen wir?
- (2) STRUKTUREN
= Welche Rahmenbedingungen brauchen wir?
- (3) PERSONEN
= Welche haben wir? / Welche brauchen wir? / Mit welchen beschenkt uns Gott?

III.3 Kriterien des Projektmanagements

MITEINANDER

1. kommunizieren
= Vision und Zielvereinbarungen treffen
2. koordinieren
= Ziele, Aufgaben aufeinander abstimmen
3. kooperieren
= Absprachen verbindlich umsetzen

III.4 PASTORAL – KONZEPT – ENTWICKLUNG

- (1) Kirche „um der Menschen willen“
• „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger (und Jüngerinnen) Christi“ (Gaudium et spes)
• „Gott und den Menschen nahe“
 - (2) Sendung versus Versorgung
• Missionarisch Kirche sein
- } Kennen wir unsere Kunden?

III.5 PASTORAL – STRUKTUR – ENTWICKLUNG

- (1) Errichtung neuer Seelsorgestrukturen
• Ziel: der Lebensraum der Menschen
= der pastoraler Raum
- (2) Prinzipielle Ortsgebundenheit von Kirche nicht aufgeben
• Hauskirche von Korinth: ca. 40 bis 50 Personen
• Adressat(inn)enorientierung: nicht nur auf mobile Leute setzen (wo bleiben die Schwachen und Benachteiligten?)
- (3) Kirche als Vernetzungsprojekt
- (4) Wie kann Leitung (in) der neuen Seelsorgeeinheit sichergestellt werden?
• Müssen Gemeindeleitung und Eucharistievorsitz prinzipiell und somit strukturell miteinander gekoppelt sein?
• Welche Leitungstile gibt es?
welche haben sie sich bewährt?
- (5) Gemeindeleitung anstreben als „Gemeindeleitung in Kooperation“
• CIC 1983 can. 526 § 1; can. 517 § 2; can. 517 § 1

III.6 PASTORAL – PERSONAL – ENTWICKLUNG

- (1) Was brauchen die neuen Seelsorgeeinheiten an Personal?

Fortsetzung auf Seite 38 u.

Thesen für die Zentrale Versammlung 2003 zur „Kooperative Pastoral und ihrer Umsetzung in der Katholischen Militärseelsorge“

MILITÄRDEKAN GEORG KESTEL

- Der Begriff „Kooperative Pastoral“ (KP) ist zu schillernd geworden, zu groß. Zu viele verschiedene Inhalte werden inzwischen damit verbunden.
Der Bedarf in diese Richtung ist groß; solche Begriffe entfalten eine Sogwirkung. Dies wiederum macht den Begriff interessant, doch auch leicht konturenlos.
- KP ist letztlich aus der pastoralen Not geboren (Priestermangel, Zusammenlegung von Gemeinden). Die positiven, wegweisenden Inhalte (Entdeckung neuer Charismen, größere Flexibilität, missionarischer Aufbruch) werden oft erst nachgereicht.
- Notwendig ist eine „Reinigung“ des Begriffs. WER kooperiert mit WEM bei WAS und WOZU? – Gemeinden untereinander/verschiedene Dienste/ Haupt- und Ehrenamtliche/Gremien innerhalb einer Gemeinde ...
Der Begriff darf auch nicht überfordert werden. Man sollte aber nicht auf ihn verzichten; er kann durchaus positive Impulse geben.
- Orte und Personen vervielfachen sich mit den divergenten Ansprüchen. Kann man wirklich allen alles sein? Die Gefahr besteht, dass ein guter Ansatz mit Erwartungen überfrachtet wird und, statt Probleme zu lösen, nur neue schafft.
Notwendig ist eine „Komplexreduktion“ der Inhalte von KP (Maria Widl).
- KP ist nicht nur eine Methode, ein Weg der Verkündigung, sondern auch ein Inhalt. Gerade in der Pastoral

verkörpert Kooperation ein Stück der Glaubens-Communio: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind ...“

- KP muss stets eine „Aussenorientierung“ haben, d.h. darf nicht nur auf den kirchlichen Binnenraum bezogen sein als bloß seelsorgerliches Organisationsprinzip o.Ä. Oft wird die missionarische Komponente betont. KP strahlt etwas vom Glaubensganzen aus. Sie hilft, Menschen auf Gott aufmerksam zu machen und nicht nur Gemeindestrukturen zu verwalten: „*Seht, wie sie einander lieben ...*“
- KP umfasst keine eigenen speziellen Projekte („was sollen wir sonst alles noch machen?“), sondern ist wie die missionarische Dimension des Glaubens stets präsent und durchwirkt das gesamte seelsorgerliche Handeln.
- Die Diskussion um die Zukunft der Territorialgemeinde/Pfarrei zeigt exemplarisch: neue Entwicklungen beinhalten allesamt eine stärkere Kooperation auf allen Ebenen, in jeder Hinsicht, zwischen allen Beteiligten der Seelsorge.
- KP meint: Seelsorge ist kein exklusiv priesterlicher Dienst. Aber KP will keine Vermischung oder Verunklarung der Ämter und Dienste.
- KP darf nicht als „Kampfbegriff“ benutzt werden in der Auseinandersetzung zwischen den Lagen wie „progressiv-konservativ“ o.Ä.
- KP hat verschiedene Seiten:
 - eine „vertikale“ innerhalb der Pyramide der Hierarchie: Subsidiarität; weder Zentralismus noch Partikularismus,
 - eine „horizontale“ auf einer Arbeits- und Sachebene: Solidarität; weder Konkurrenzdenken noch Einzelkämpfertum und
 - eine „intentionale/psychologische/subjektive“ Ebene: die Kooperation muss wirklich gewollt werden. Aufgaben müssen leistbar sein, müssen auf die Träger der Arbeit und in Betracht der unterschiedlichen Aufgabenfelder gerecht verteilt werden.
- KP ist ein Grundmerkmal gerade der Militärseelsorge: die Seelsorger sind den Einheiten, Dienststellen und Kommandobehörden „zur Zusammenarbeit zugeordnet“.
- In der Militärseelsorge sind die Kooperationspartner relativ klar und übersichtlich einander zugeordnet (Pfarrer – Pfarrhelfer; Seelsorgebezirksrat; GKS als einziger Verband ...)
- Entscheidend für einen Erfolg der KP ist, dass die Seelsorger vor Ort bereit sind, auch mit eigenständigen, selbstbewussten und starken Partnern aus den Bereichen Kirche, Gesellschaft und Streitkräfte ohne falsche Berührungsängste zusammenzuarbeiten! Nur so kann der jeweiligen Zielgruppe, z.B. den Familien in Anbetracht der Einsätze, wirklich geholfen werden. Die Seelsorge verliert durch Kooperation nicht ihr Proprium (Wesensmerkmal); vielmehr kann sie ihr Profil schärfen und an Erfahrung, Kompetenz und Akzeptanz dazugewinnen. □

Fortsetzung von Seite 37

- Wie können Bedarfs- und Verteilungsgerechtigkeit sichergestellt werden?
- (2) Welche Berufsrollenklarheit braucht es für die Wahrnehmung von Leitung?
 - Klärung delegierter, eigenverantwortlicher Zuständigkeiten
 - Treffen verbindlicher Absprachen im pastoralen Raum
- (3) Welche Unterstützungsdienste können bereitgestellt werden?
 - Gemeindebegleitung, Supervision, Aus- und Fortbildung, geistliche Begeleitung
- (4) Wie kann Kommunikationskompetenz erworben und sichergestellt werden?

III.7 Erläuterung der prozessbezogenen Aspekte

- (1) Keine ent-theologisierte Planung
- (2) Leitbildprozess als Vergewisserungsprozess an den Anfang stellen
- (3) Zielvorgaben durch die Bistumsleitung
- (4) Offenlegen der Interessen der Bistumsleitung

III.8 Ziel

Lebensweltorientierte und gesellschaftsbezogene kooperative Pastoral

Terminkalender 2004 für die Laien in der Kirche unter Soldaten

Januar

- 21.01. Internationaler Soldatengottesdienst, Köln
22.01. Pontifikalamt mit Militärbischof anl. des 100-jährigen Bestehens der katholischen Garnisonskirche in Wilhelmshaven
22.01. Weltfriedenstag in Würzburg mit Weihbischof Helmut Bauer
30.01. Jahresempfang MGV für Vorstand ZV und EA der GKS, Berlin
31.01. EA, Berlin; Vorstand ZV, Berlin

Februar

- 05.02. Weltfriedenstag in Hildesheim mit Bischof Dr. Josef Homeyer
05.02. Weltfriedenstag in Schwerin mit Erzbischof Dr. Werner Thissen
05. – 09.02. Truppenbesuch des Katholischen Militärbischofs bei SFOR in Rajlovac
04. – 06.02. Gemeinsame Tagung Militärseelsorger u. Offiziere der 10. PzDiv in Kloster Reute
12.02. Weltfriedenstag in Münster mit Bischof Dr. Reinhard Lettmann
12.02. Weltfriedenstag in Biberach/Riß mit Weihbischof Dr. Kreidler
19.02. Weltfriedenstag in Rendsburg mit Erzbischof Dr. Werner Thissen

März

08. – 12.03. Pfarrhelfertagung auf Schloss Hirschberg
10./11.03. Symposium 50 Jahre Militärseelsorge in der Bw, Kath. Akademie, Berlin
15. – 18.03. AKS Frühjahrskonferenz, Salzburg
17. – 21.03. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
17.03. Akademiegespräch mit Offz in der Kath. Akademie Bayern
18.03. Friedensgottesdienst in Berlin mit Georg Kardinal Sterzinsky
23. – 25.03. Besuch Kath. Militärbischof in HH bei Universität Bw, Bw-KrHs u. FüAkBw
26. – 28.03. gemeinsames Seminar GKS/Pax Christi, Bonn
26. – 28.03. AK KLMD München/BK GKS Bayern, Vierzehnheiligen
31.03. Friedensgottesdienst mit Bischof Joachim Reinelt in Gera

April

02. – 04.04. AK/BK GKS NS-HB, Duderstadt
Ostern 2004 Einweihung Gemeindezentrum Alamogordo/USA durch MGV
29.04. Weltfriedenstag in Trier
30.04. – 02.05. BV GKS (mit Ehefrauen), Berlin

Mai

02. – 05.05. GKMD Haupttagung 2004, Fulda
03. – 05.05. Soldatenwallfahrt nach Altötting am 05.05. mit dem Kath. Militärbischof
06.05. Weltfriedenstag in Augsburg mit Bischof Viktor Josef Dammertz
12. – 18.05. 46. Internat. Soldatenwallfahrt Lourdes
21. – 23.05. Mitteleurop. Katholikentag, Mariazell
28. – 31.05. BK GKS Rh-Pf/Hessen/ Saarland, Hübingen/Westerwald

Juni

02. – 06.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
04. – 05.06. AGKOD Deleg.-Vers, Bad Honnef
05.06. Vorstand ZV, Lingen
15.06. – 16.06. Vollversammlung ZdK, Ulm
16.06. – 20.06. 95. Deutscher Katholikentag, Ulm
27.06. – 08.07. Jakobus-Wallfahrt, Spanien

Juli

09. – 11.07. BK GKS NRW, Mülheim/Ruhr
27. – 30.07. Truppenbesuch Kath. Militärbischof bei der Marine

September

- 10.09. – 12.09. Vorkonferenz zur WdB 2004, Lingen
12.09. – 17.09. 44. WdB, Lingen-Holthausen
28.09. Friedensgottesdienst in Sondershausen mit Bischof Dr. Joachim Wanke

Oktober

18. – 21.10. 49. Gesamtkonferenz, Untermarchtal
18.10 – 23.10. Familienwochenende der GKS NRW, Bischofsreut
20. – 24.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

November

- 23.10. – 01.11. Soldatenwallfahrt Koblenz I nach Rom
07. – 09.11. AK/BK GKS NS-HB, Wörphausen oder Stapelfeld
13.11. Vorstand ZV, Berlin
19. – 20.11. Vollversammlung ZdK
19. – 20.11. Einkehrtage (Tag der Besinnung) für Generale u. Admirale
26. – 28.11. Seminar für neue Funktionsträger der GKS, Bergisch-Gladbach

Dezember

- 11.12. Teilnahme Kath. Militärbischof an Stallweihnacht in Bad Reichenhall

Termine für die Sitzungen der GKS-Sachausschüsse und Vorschau 2005/2006 siehe Seite 122

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken



Bundeskonzferenz der GKS vom 16. - 19. September 2003 auf Schloss Hirschberg, Beilngries/OBB.

Die Bundeskonferenz 2003 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) als zweiter Teil der 43. Woche der Begegnung begann am Dienstag, den 16. September 2003 mit der Teilnahme der Delegierten und der Gäste der GKS an einem **Pontifikalamt** mit Militärbischof Dr. Walter Mixa in der Marien-Kapelle des Schlosses Hirschberg. An den Gottesdienst schlossen sich **Empfang** und **Gästeabend** des Katholischen Militärbischofs im Schloss Hirschberg an.

Eröffnung der Bundeskonferenz (BK)

Der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein eröffnete die Konferenz und begrüßte besonders

- den Militärgeneralvikar des Katholischen Militärbischofs Prälat Walter Wakenhut, dem er zu seinem Geburtstag gratulierte;
- den Geistlichen Beirat der GKS Militärdekan Msgr. Georg Kestel;
- den Vorsitzenden der Zentralen Versammlung Oberst Franz-Josef Pütz sowie seinen am Vortag gewählten Nachfolger Oberstleutnant Richard Schmitt;
- als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) Herrn Stabswacht-

meister Markus Stromberger in Vertretung des Vorsitzenden der AKS Generalmajor Sinn;

- für die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) Frau Christa Reichard MdB und den Geschäftsführer der KAS Rainer Krotz;
- den Geschäftsführer der „aktion kaserne“, Josef König, zugleich als Vertreter des BDKJ;
- Oberstleutnant Rolf Radtke als Vertreter der evangelischen Cornelius Vereinigung (CoV);
- für die Presse Carl-Heinz Pierk für DIE TAGESPOST und den KOMPASS sowie Marlene Beyel als Leiterin der Pressestelle des KMBA.

Der Bundesvorsitzende hoffte, dass diese BK einem freien und nachdenklichen Meinungsaustausch diene.

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut überbrachte die Grüße des Militärbischofs. Er bedankte sich für die Glückwünsche zu seinem Geburtstag.

Er berichtete von dem Standortgottesdienst in Grafenwöhr am Sonntag, dem 14. September 2003, der im Fernsehen (ZDF) übertragen wurde.

Er würdigte den Einsatz der deutschen Soldaten im Ausland, die wahrhaft zum Frieden beitragen. Die Teilnahme von Militärfarrern an den Auslandseinsätzen führe wegen

der Doppelbelastung der Militärseelsorge im In- und Ausland zu einer schwierigen Situation. Dies erfordere mehr als sonst die vertrauensvolle Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Militärseelsorge.

Der MGV dankte der GKS, die solidarisch mit den Militärfarrern am gemeinsamen Ziel arbeite und sprach seine guten Wünsche für die weitere Arbeit aus.

Grußworte

- Als **Vertreterin der KAS** überbrachte deren **Vorsitzende, Frau Christa Reichard MdB**, herzliche Grüße. Sie erläuterte, dass sie in ihren Funktionen als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und als Vorsitzende der KAS an Fragen der Betreuung von Soldaten arbeite. Sie hob hervor, dass sie von einer engen Zusammenarbeit zwischen GKS und KAS ausgehe, da ihr vor allem anderen die Frage bedeutsam sei, wie Soldaten zugleich bekennende Christen sein können. Auch das gemeinsame öffentliche Auftreten evangelischer und katholischer Christen – Bedingung der Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit – werde in der Bundeswehr vorbildlich gelebt. Als



Der Bundesvorsitzende der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein gibt Rede und Antwort



Die Vorsitzende, MdB Christa Reichard, und der Geschäftsführer der KAS, Rainer Krotz, im Gespräch mit Oberst Klein

weiterer Schwerpunkt liege ihr die Zusammenarbeit zwischen Seelsorge und Betreuung am Herzen.

Sie berichtete von Ihrer Absicht, eine parlamentarische Anfrage zur Militärseelsorge vorzubereiten und einzubringen. Dabei sollen die gesetzlichen Grundlagen der Militärseelsorge und die Probleme der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen in der Wirklichkeit behandelt werden.

- Für die **Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs** überbrachte **Stabswachtmeister Markus Stromberger** die Grüße des Vorsitzenden der AKS Generalmajor Sinn und des Präsidiums der AKS. Er sprach eine Gegeneinladung zur Vollversammlung der AKS 2004 aus. Er berichtete von seiner Arbeit als Jugendreferent und lud Kinder von GKS-Mitgliedern zu einem Jugendtreffen in Österreich 2004 aus.
- Der **Stellvertretende Vorsitzende der Corneliusvereinigung (CoV)**, **Oberstleutnant Rolf Radtke**, dankte im Namen des Vorsitzenden der CoV, Oberstleutnant Reinhard Schmidt, für die Einladung und übermittelte die Segenswünsche des Vorstandes der CoV e.V. Er betonte die gelungene Gemeinsamkeit von CoV und GKS beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003. Schon bei der vorbereitenden Rüstzeit habe ein Vertreter der GKS teilgenommen. Er begrüßte die Einladung zur Teilnahme am GKS-Stand beim Kirchentag in Ulm 2004 und lud seinerseits zur Teilnahme am nächsten evangelischen Kirchentag ein.
- **Josef König, Geschäftsführer der aktion kaserne (ak)**, überbrachte zugleich im Auftrag des Bundesvorstandes des **BDKJ** Grüße. Er berichtete über das Engagement des BDKJ in der Vorbereitung des Weltjugendtreffens 2005 in Deutschland. Weitere Schwerpunkte seien die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Frage von Angleichungen im europäischen Wehrrecht. Dabei sei dem BDKJ wesentlich, dass die Kernaussagen zur Inneren Führung nicht zur Diskussion gestellt werden dürften.

König berichtete über die Arbeit der ak. Sie habe ihren Ursprung in der BDKJ-Erklärung von 1969 „Dienste für den Frieden“. Im Zusammenhang mit der Würzburger Synode sei damals die „Arbeitsgemeinschaft für Wehrpflichtige“ gegründet worden, aus der die ak hervorgegangen sei. Die ak sei der Bundeskonferenz der Mitgliedsverbände rechenschaftspflichtig. Im Rahmen der ak können die Leitungen der Mitgliedsverbände auf die ak zurückgreifen (z.B. Kolpingjugend, Pfadfinder, Bund Neudeutschland), um über Streitkräftefragen zu informieren. Ferner führe die ak Bildungsmaßnahmen für Soldaten als politische Bildung außerhalb des Einzelplans 14 durch. Schwerpunkt seien Wehrpflichtige und ihre Beteiligungsrechte. Schließlich kooperiere ak mit dem Wehrbeauftragten, dem Fü S I 4, dem Zentrum Innere Führung, der GKS/ SA IF und der Deutschen Kommission Justitia et Pax in Fragen der Beteiligungsrechte.

Bericht des Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV)

Oberst Franz-Josef Pütz berichtete, dass der erste Schwerpunkt der Vollversammlung der ZV der Vortrag des Militärbischofs Dr. Walter Mixa zu dem Thema „Ihr sollt meine Zeugen sein“ gewesen sei. Eine Podiumsdiskussion habe sich mit der Kooperativen Pastoral befasst. Ausführlich seien die Ergebnisvorträge der Sachausschüsse diskutiert worden (Praxis des Lebenskundlichen Unterrichts in den Standorten, Gemeindearbeit/Handhabbarkeit der neuen Ordnung, Fernbeziehungen bei Einsatz und Versetzung, bioethische Fragen). Die ZV habe beschlossen, die Nachbarschaftshilfe fortzuführen.

Die ZV habe Oberstleutnant Richard Schmitt als neuen Vorsitzenden für die nächsten vier Jahre ge-

wählt.

Oberst Pütz verabschiedete sich als Vorsitzender der ZV von der GKS. Der Bundesvorsitzende der GKS Oberst Klein bedankte sich bei Oberst Pütz für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, wünschte ihm alles Gute für die Zukunft und sprach die Erwartung aus, dass Oberst Pütz auch nach seiner Pensionierung für die Mitarbeit in der GKS zur Verfügung stehe. Oberst Klein beglückwünschte Richard Schmitt zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der ZV und wünschte ihm Glück sowie Gottes Segen.

Gemeinnützigkeit des FGKS

Der Bundesgeschäftsführer berichtete von den Bemühungen, die Gemeinnützigkeit des Förderkreises der GKS beim zuständigen Finanzamt für Körperschaften in Berlin zu erreichen. Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit eines Förderkreises sei die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der geförderten Gemeinschaft. Nach Auskunft des Finanzamtes sei es dafür nicht Bedingung, dass sich die GKS in einen e.V. umwandle.

Die erforderlichen Anträge seien gestellt. Jedoch fehle noch die im Archiv des KMBA nicht auffindbare Gründungsurkunde der GKS.

In der folgenden Aussprache machten ältere GKS-Mitglieder deutlich, dass es eine solche Urkunde nicht gebe, weil die Gründungsidee keinen kirchlichen Verband das Ziel im Auge gehabt habe, sondern eine lockere Gemeinschaft gleichgesonnener Soldaten. Allenfalls könne das Protokoll der 11. (Essener) Woche der Besinnung im Jahr 1971, als



Gute Bekannte aus der internat. Zusammenarbeit im AML: der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) Österreichs, Stabswachtmeister Markus Stromberger, und der Vorsitzende des Internationalen Sachausschusses (IS) der GKS, Oberst i.G. Reinhard Kloss

der Königsteiner Offizierkreis sich zur GKS für alle katholischen Soldaten geöffnet habe als Gründungs-Dokument verstanden werden.

Aussprache zum Lagebericht und zu andern Themen

• GKS-Zeitschrift AUFTRAG:

Der Chefredakteur OTL a.D. Paul Schulz wies darauf hin, dass ein Nachfolger für ihn gefunden werden müsse. Der Bundesvorsitzende betonte erneut die hohe Qualität der GKS-Zeitschrift; besonders erfreulich sei die hohe Nachfrage nach dem Sonderdruck „Islam“. Nachlieferungen durch den Verlag sind möglich.

• Einsparungen:

Der Bundesvorsitzende wies darauf hin, dass die GKS ausreichend alimentiert werde, dass aber immer neu überdacht werden müsse, wie die zur Verfügung stehenden Mittel sachgerecht verwendet werden können. Um ein Zeichen zu setzen, sei bei der Bundeskonferenz auf einen teuren Ausflug verzichtet und ein Workshop „Einsparungsmöglichkeiten“ eingeplant worden.

• Katholikentag Ulm 2004:

Die Verantwortung für die Vorbereitung liegt beim Sachausschuss „Konzeption und Information“ (OTL Alfred Warner), vor Ort unterstützt durch Oberst Klein. Geplant ist ein gemeinsamer Stand GKS/CoV auf der Kirchenmeile sowie ein kleines Forum zum Thema

„Einsatz Erfahrungen von Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen“. Die inhaltliche Verantwortung für dieses Forum liegt beim Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“. Die für das gemeinsame Seminar mit pax christi zu einem ähnlichen Thema erarbeiteten Inhalte sollten für die Vorbereitung des Forums genutzt werden.

• Vereinbarkeit von Christsein und Soldatsein:

MdB Christa Reichard forderte von Kirchen und Verbänden, nicht nur die KDV-Beratung zu fördern, sondern auch über die Vereinbarkeit von Christsein und Soldatsein zu unterrichten und dafür zu werben. Der Bundesvorsitzende ergänzte, dass insbesondere in den neuen Bundesländern viele Offizier- und Unteroffizieranwärter ohne christliche Bindung seien und oft nach Gesprächsmöglichkeiten über ethische Fragen suchten. Aus dem Plenum wurde ergänzt, dass katholische Soldaten in ihren jeweiligen Zivilgemeinden Präsenz und Bereitschaft zur Mitarbeit zeigen müssen. Der zuständige Sachausschuss solle für die Basis Arbeitshilfen dazu entwickeln.

In der Diskussion wurden als mögliche Handlungsfelder aufgezeigt: Themenabende in den Gemeinden; Kontakte mit Familienkreisen zum Thema „einsatz- und versetzungsbedingte Familientrennungen“; Gottesdienstbesuche in Uniform; Mitarbeit in kirchlichen Mitwirkungsgremien; Mitarbeit von

Pensionären in Ortsgemeinden; Teilnahme von Uniformierten an Prozessionen und Kirchenfesten.

Der Schwerpunkt der „public relations“-Arbeit der GKS muss aber in der Verbesserung des Bekanntheitsgrades der GKS in der Bundeswehr liegen (Nutzung der GKS-Darstellungsmittel: Stellwand, Faltblätter usw.). Dazu gehört auch der Hinweis auf die GKS bei den ersten Einweisungsunterrichts für die Rekruten durch die Militärpfarrer. Besonders wichtig sind die persönliche Ansprache und die Einladungen zu Veranstaltungen sowie Informationsveranstaltungen für Kommandeure, Chefs und Spieße über die Militärseelsorge.

• Kriegsdienstverweigerung (KDV):

Josef König machte deutlich, dass die hohe KDV-Rate de facto – entgegen dem ursprünglichen Willen des Gesetzgebers – die Wehrpflicht aufrecht erhält. Aus dem Plenum kam der ergänzende Hinweis, dass Deutschland in drei Jahren einen so starken Geburtenrückgang haben werde, dass sich dann die Lage völlig anders darstellen wird.

• Kooperation GKS / KAS:

Der Geschäftsführer der KAS bot der GKS eine engere Zusammenarbeit an, z.B. durch Präsentation der GKS in den „Oasen“.

• Der Geistliche Beirat der GKS,

Militärdekan Msgr. Georg Kestel, trug vor zum Apostolisches Schreiben von Papst Johannes Paul II. „Ecclesia in Europa – Impulse für Kirche, Gesellschaft und Streitkräfte.“ (s. Heft-CD, Ordner „BK-GKS“, Datei <Ecclesia in Europa>).

Seminar 3. Lebensphase

Brigitte Mathias trug zum Seminar 3. Lebensphase vor. Sie schilderte den Ablauf der Seminare in Cloppenburg und Nürnberg.



Gespräch am Rande der Bundeskonferenz: Der Geschäftsführer der aktion kaserne Josef König und der Vorsitzende des Sachausschusses „Gesellschaftliche Fragen“ im Vorstand der Zentralen Versammlung, OSA Dr. Martin Keim

Der Bundesvorsitzende würdigte die positiven Ergebnisse der Seminare 3. Lebensphase, die sich sowohl im Süden (OTL a.D. Volker Traßl) als auch im Norden (Ehepaar Brigitte und OSF a.D. Hans-Jürgen Mathias) zeigen. Er betonte die von den Teilnehmern immer wieder hervorgehobene Bedeutung der Mitarbeit einer Frau bei der Durchführung der Seminare und dankte Frau Mathias für ihr Engagement.

Haushalt

Der Bundesvorsitzende stellte den Haushalt der GKS 2002 vor. Er wies darauf hin, dass die regelmäßigen Prüfungen durch die Prüfungsgesellschaft SOLIDARIS immer zu hervorragenden Ergebnissen geführt haben. Er dankte dem Haushaltsbeauftragten Hptm a.D. Günter Hagedorn für seine sorgfältige Arbeit. Weiterhin machte er deutlich, dass fasst 56 % der Ausgaben Maßnahmen gemäß Handbuch betreffen.

GKS-Handbuch auf CD-ROM

OSF Hubert Berners erläuterte Aufbau und Handhabung des erstmals auf CD-ROM verteilten GKS-Handbuches. Die Herausgabe der nächsten überarbeiteten Version ist für Januar 2004 geplant, Redaktionsschluss 30.11.2003.

Arbeitsgruppen/Workshops

In den Workshops wurden aktuelle Themen behandelt, deren Ergebnisse im Plenum vorgestellt wurden:

- (1) Anwendung der neuen CD „Handbuch“: Fragen der Handhabung und Verbesserungsvorschläge.
- (2) **Sachausschüsse** – Einsparungsmöglichkeiten, Wirkung für die Basis:
 - Sachausschüsse arbeiten für den Bundesvorstand, ihre Ergebnisse sollen aber möglichst für die Bereiche und Kreise nutzbare Ergebnisse erarbeiten.
 - Sitzungen der SA müssen sorgfältig unter Nutzung moderner

Kommunikationsmöglichkeiten vorbereitet werden.

- Wochenendtagungen sollten als konzentrierte Arbeitsmöglichkeiten verstärkt genutzt werden;
- aus den Sachausschüssen erwachsen immer wieder engagierte GKS-Mitarbeiter.
- Einsparungsmöglichkeiten ergeben sich nur im Bereich der Reisekosten; dazu sollte die Anzahl der Sitzungen auf vier pro Jahr begrenzt werden (bei entsprechender Auftragslage sind aber zusätzliche Sitzungen möglich); der Internationale Sachausschuss (IS) kommt zur Zeit mit zwei Sitzungen pro Jahr aus (Nutzung moderner Kommunikationsmittel); Personalumfang: Die Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“ (SF) und „Innere Führung“ (IF) benötigen einen Personalkörper von ca. 20 Mitgliedern; IS: 10 Mitglieder; Sachausschuss „Konzeption und Information“ (KI): hier sollte geprüft werden, ob der SA im Exekutivsausschuss (EA) aufgehen sollte (Aufgaben der Kommunikation und Information werden vom Bundesvorstand (BV) wahrgenommen, für Einzelprojekte (Beispiel Kirchentag) sollte eine Projektgruppe gebildet werden.

(3) Allgemeine Einsparungsmöglichkeiten

- Eventuell könnte über einen Mitgliedsbeitrag nachgedacht werden (Voraussetzung dafür ist die Schaffung einer zentralen Mitgliederkartei).
- Weitere Einsparungsmöglichkeiten ergeben sich angesichts der bereits praktizierten Spar-

politik der GKS derzeit nicht.

- Zu erwartende Kostensteigerungen müssen durch weitere Sparmaßnahmen abgedeckt werden (kostengünstige Häuser für Familienwochenenden; Nutzung der wirtschaftlichsten Reisemöglichkeiten).

(4) Zeitschrift AUFTRAG

- Die Qualität des AUFTRAG ist so hoch, dass die Anzahl der jährlichen Erscheinungen unbedingt beibehalten werden sollte. Umfangreichere Beiträge könnten im Internet eingestellt oder dem jeweiligen Heft auf einer CD beigelegt werden. Im AUFTRAG genügt dann ein kurzer Überblick.

(5) Katholikentag Ulm 2004

Motto: „Leben aus Gottes Kraft“

- GKS-Beteiligung:
 - Stand auf der Kirchenmeile (dabei Einladung an CoV zur Mitarbeit); dabei soll ein GKS-Kreis in seiner Arbeit vorgestellt werden;
 - Gesprächskreis: Schutz und Unterstützung von Hilfskräften – Aufgaben des christlichen Soldaten bei der Unterstützung der zivilen Hilfskräfte;
- Bedarf: Kleinstwerbemittel, Getränke, Standaufbau (Unterstützung durch KAS), Personal (Aktive Soldaten melden sich beim zuständigen Standortpfarrer zu der zentralen Werkwoche an, ggf. mit dem Hinweis auf die Mitarbeit als Standpersonal; die Teilnahme als Standpersonal sollte auch dem BuGF mitgeteilt werden.

Gepflegte Arbeitsatmosphäre für die Arbeit der Workshops: im barocken Kaisersaal begleitet die Familie des Kaisers geduldig und ohne Widerspruch die Diskussion um Einsparungsmöglichkeiten



- Pensionäre melden sich bei ihrer Zivilgemeinde als normale Teilnehmer an; soweit sie am Stand mitarbeiten wollen, sollten sie sich beim BuGF anmelden (dann möglichst zentrale Unterbringung und Übernahme der Reisekosten durch GKS)
- Zuschüsse des FGKS werden nach Bedarf angefordert.

Die Bundeskonferenz beschloss, beim Förderkreis die Beschaffung von GKS-Brustanhängern zu beantragen, die allen Mitgliedern des FGKS kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Weitere Abgaben gegen eine entsprechende Spende an den FGKS.

Zum Thema der Bundeskonferenz

Den **Grundsatzvortrag** zum Thema „**PACEM IN TERRIS – ZU DEN ELEMENTEN EINER CHRISTLICHEN FRIEDENSETHIK**“ hielt Frau Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer, welche die Grundelemente christlicher Friedensethik und ihre Implementierung im gesellschaftlichen Denken und Handeln verdeutlichte. (s. Kurzfassung S. 46 ff.; vollständiger Vortrag auf Heft-CD, Ordner „BK-GKS“, Datei <pacem in terris-1.doc>. Zum Jahresthema „PACEM IN TERRIS“ der GKS s.a. einführende Beiträge von Helmut Jermer, S. 45 u. des SA „Sicherheit und Frieden“, S. 46).



Engagiert wie immer – auch im Abschied – Hauptmann Walter Schrader. Im Rahmen eines festlichen Abendessens wurde Schrader geehrt. Nach 10-jähriger Zugehörigkeit als Vorsitzender der GKS im ehemaligen Wehrbereich I schied er wegen Zurrufesetzung als Soldat aus dem Bundesvorstand aus.

Mitgliederversammlung FGKS

Im Rahmen der Bundeskonferenz der GKS fand die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS statt (s. dazu das Protokoll der FGKS-Mitgliederversammlung vom 18.09.2003, S. 77).

Abschluss der BK

Der Bundesvorsitzende hob in seinem Schlusswort die an vielen Orten geleistete hervorragende Arbeit in den Kreisen und Bereichen vor. Er mahnte Offenheit gegenüber interessierten Soldaten an und erinnerte daran, die Darstellungsmöglichkeiten der GKS in den Kasernen aktuell und attraktiv zu halten. Er wies mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, bei allen Planungen wirtschaftlich zu denken und zu handeln.

Neuwahl des Bundesvorsitzenden und seiner Stellvertreter

Während der Bundeskonferenz findet stets eine Bundesvorstandssitzung statt, die alle zwei Jahre den Bundesvorsitzenden und seine beiden Stellvertreter zu wählen hat. Der seit 1989 amtierende Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein wurde ohne Gegenstimmen wiedergewählt.

Beide Stellvertreter der letzten Wahlperiode standen für eine Bestätigung in ihren Ämtern nicht mehr zur Verfügung. Oberstabsfeldwebel Hans-Jürgen Mathias, weil er sich inzwischen außer Dienst befindet, und Oberstleutnant Paul Brochhagen, weil er durch wohnortferne Verwendung und hohe dienstliche Beanspruchung die Aufgabe nicht mit dem erforderlichen Einsatz erfüllen kann. Zu neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte der Bundesvorstand Hauptmann Georg Pauthner, Vorsitzender der GKS im Bereich Bayern, und Oberstabsfeldwebel Johann A. Schacherl, Vorsitzender der GKS im Bereich Nordrhein-Westfalen.

(Klaus Achmann/PS)



Prof. Dr. theol. Ursula Nothelle-Wildfeuer (43) – hier beim Vortrag vor der Bundeskonferenz der GKS –, in Bonn lehrende katholische Sozialethikerin, ist als Professorin für Christliche Gesellschaftslehre an die Theologische Fakultät der Freiburger Universität berufen worden. Zum Wintersemester wird sie dort Nachfolgerin von Prof. Dr. Norbert Glatzel (66), der in den Ruhestand tritt.

Foto u: Bundesvorsitzender Oberst Karl-Jürgen Klein mit seinen neuen Stellvertretern Hptm Georg Pauthner (l.) und Johann A. Schacherl auf dem Schlosshof Hirschberg.

*Fotos von der BK:
F. Brockmeier (8), PS (2)*



PACEM IN TERRIS – Utopie oder Wirklichkeit?

Zum Leitthema der Bundeskonferenz der GKS vom 17.–19. September 2003
auf Schloss Hirschberg bei Beilngries/Obb.

HELMUT JERMER

Vor 40 Jahren, am 11. April 1963, veröffentlichte Papst Johannes XXIII. die Enzyklika PACEM IN TERRIS – Über den Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sieht in diesem päpstlichen Lehrschreiben eine Art moralische Dienstvorschrift, die für sie bindend ist. Die berühmte Enzyklika hebt die christlich-abendländische Vernunft- und Naturrechtstradition durch Leitbegriffe einer politischen Ethik hervor und zeigt Wege auf, wie tatsächlich „Frieden auf Erden“ werden kann, wenn alle „Menschen guten Willens“ mitmachen. Demnach kann sich Frieden nur entwickeln in einem „Ordnungsgefüge, das in der Wahrheit gegründet, nach den Richtlinien der Gerechtigkeit erbaut, von lebendiger Liebe erfüllt ist und sich schließlich in der Freiheit verwirklicht.“ Daran mitzuarbeiten sind alle aufgerufen: der einzelne Mensch, Gruppen und Völker. Die Regierungen sollten sich nicht nur mit den Lippen für das Gemeinwohl, sondern mit Herz und Verstand für die Wohlfahrt ihrer Völker engagieren. - Die GKS beschäftigte sich auf ihrer diesjährigen Bundeskonferenz Mitte September in Eichstätt, dem Sitz des Militärbischofs, mit den anspruchsvollen Forderungen dieser Enzyklika und vor allem mit der Frage, welchen Beitrag Soldaten leisten können, dass die ernüchternde Wirklichkeit dieser Welt an den hohen ethischen Anspruch angenähert wird im Sinne der Vaterunser-Bitte: „Dein Reich komme!“

Pacem in Terris! Schön wär's, wenn diese Sozialethik als wirklich weltumspannender Imperativ begriffen würde. Die Regierungen mancher Staaten scheint diese Forderung - im Sinne des Wortes - kalt zu lassen. Tyrannen sorgen sich nicht um „ihr Volk“, sondern quälen es mit ihrem zynischen Regime durch Hunger und Unterdrückung. Nicht immer wird

dem lästerlichen Treiben dieser „staatlich geschützten“ Terroristen ein Ende gesetzt wie auf dem Balkan oder jüngst im Irak. In Afrika und Lateinamerika missachten korrupte politische Eliten das Prinzip Gerechtigkeit; die unterdrückten Menschen sind nicht in der Lage, sich selbst zu helfen. Eine Spirale der Gewalt führt aus Armut, Hunger und Ausbeutung hin zum Hass, der sich in (Bürger-) Kriegen entlädt. Und die sich entwickelt wahnende „erste“ Welt zeigt sich ohnmächtig, wenn in Ruanda-Burundi, im Kongo, in Liberia marodierende Rebellen und zu Mordbuben abgerichtete Kindersoldaten in einem grausamen „Schlachtfest“ ihre eigenen Landsleute massakrieren. Und wer zieht eigentlich den Diktator aus Simbabwe für die von ihm organisierte Hungersnot im eigenen Land zur Verantwortung? In Korea verhungern Menschen, während der Diktator Massenvernichtungswaffen baut und Rüstung exportiert. Der Iran „arbeitet“ ebenfalls mit angereichertem Plutonium, Indien und Pakistan „brauchen“ die Bombe – und unsere Entwicklungshilfe – verrückte Welt. Und auch heute noch werden in vielen Ländern der Erde, nicht nur im Sudan, Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt oder zumindest gegängelt, Christen zumal. Die Liste der amtierenden Despoten könnte noch weiter geführt werden; alle haben sie Sitz und Stimme in der UNO – und Libyen hat den Vorsitz in der Menschenrechtskommission.

Um den Balkan im eigenen Auge nicht zu übersehen: Auch Europa hat da noch so manches Problem: als das Milosevic-Regime in den 90er Jahren die zerfallende Republik Jugoslawien in ein Groß-Serbien überführen wollte, scheute es nicht vor dem grausamen Mittel des Genozids zurück. Die Staaten der EU gingen nur sehr zögernd daran, das Völkerrecht durchzusetzen. Nationale Interessen wirkten wie Bremschuhe. – Die Kaukasus-Region ist bis heute nicht

befriedet. Russische (Groß-)Macht, die seit dem Zerfall der Sowjetunion realiter eine Fiktion ist, verhindert die politische Emanzipation von Staaten und Volksgruppen, die nach jahrzehntelanger sowjetische Unterdrückung endlich zu sich selbst kommen wollen. Islamische Fundamentalisten gießen Öl ins Feuer dieses immer noch andauernden Bürgerkrieges. Ein politisches Drama, wenn religiöser Fundamentalismus und nationaler Fanatismus zu einer binären Waffe werden. Solange sich ungebildete Menschen von fundamentalistischen Mullahs anpredigen und zu Terroristen abrichten lassen, gibt es keinen PACEM IN TERRIS.

Der Beitrag des Soldaten: Frieden und Sicherheit

Die Soldaten der Bundeswehr setzen sich in diesen Tagen in Konfliktregionen dafür ein, dass nach verheerenden Bürgerkriegen wieder „Staat gemacht“ werden kann, dass sich Menschen wieder in Würde entfalten und ihrer täglichen Arbeit nachgehen können. Dieser Auftrag fordert die Soldaten in hohem Maße, und so sehen sie sich auch in diesen Tagen durch ihre gegenüber dem (weltlichen) Dienstherrn eingegangene Verpflichtung herausgefordert, ihren Dienst, ihre Befehle und Weisungen im Lichte der katholischen Friedenslehre zu betrachten.

Der GKS-Bundesvorsitzende, Oberst Karl-Jürgen Klein, meint: „Die Soldaten der Bundeswehr können sich glücklich schätzen, dass ihre Unternehmenskultur – Innere Führung – in hohem Maße mit eben dieser Friedensethik übereinstimmt und dass sie niemand zwingen kann, sich gegen ihr Gewissen zu entscheiden. Die Wehrverfassung schützt die Soldaten vor dem sogenannten Befehlsnotstand, der oft bemühten faulen Ausrede, auf die sich viele uniformierte und uninformierte (abgerichtete) Schergen auch heute noch berufen.“

Der ethische Rahmen für den Dienst des deutschen Soldaten lässt sich so beschreiben: Einsatz für die freiheitliche und demokratische Ordnung des Grundgesetzes und des



Plenum der Bundeskonferenz während des Vortrags von Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer am 18. September 2003 zu *PACEM IN TERRIS*

Völkerrechts, sittliche Bindung an die dort verankerten Werte, aus denen sich wiederum soldatische Tugenden ableiten lassen, eine darauf abgestimmte politische, historische und kulturelle Bildung, militärfachliche Qualifikation, gewissenhafter Gehorsam in „auftragstaktischer“ Freiheit aus Einsicht in dienstliche Notwendigkeiten. Eine so gepflegte Berufsethik ist auf Frieden in Freiheit im Kleinen und im Großen ausgerichtet. – „DEM FRIEDEN VERPFLICHTET“ hat sich die GKS auf die Fahne geschrieben! Katholische Soldaten in der Bundeswehr bemühen sich um Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre. Ihr Tun und Streben orientiert sich an „ihrem Hauptsatz“ des II. Vatikanischen Konzils (1965): „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (Gaudium et Spes, Nr. 79). Dieser Satz möge zu einem kategorischen Imperativ für alle Soldaten auf der Welt werden. □

GKS SACHAUSSCHUSS „SICHERHEIT UND FRIEDEN“

PACEM IN TERRIS

Thesenpapier zu den Elementen einer christlichen Friedensethik

1. Aktualität

1.1 Veränderte Situation

- Die Enzyklika „Pacem in Terris“ ist 40 Jahre alt. Sie entstand in der Zeit der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges. Ihre Schwerpunkt sind daher das Ende des Rüstungswettlaufs, die nukleare Abrüstung, die ethischen Einwände gegen einen mit Massenvernichtungswaffen geführten Krieg.
- Heute stehen andere Themen im Mittelpunkt: Nach dem Ende der Blockkonfrontation sind neue Bedrohungen entstanden. Die Kriege haben andere Ursachen, einen anderen Charakter, andere Teilnehmer.
- Von daher stellt sich die Frage, ob „Pacem in Terris“ heute noch gültige Antworten auf die aktuellen Fragen geben kann.

1.2 Aktuelle Bezüge

Eine Diskussion über friedensethische Grundsätze muss heute aktuelle Bezüge herstellen:

- Welche politischen Ziele und welche konkrete Verantwortung Deutschlands führen zu dem Einsatz in Kundus/Afghanistan?
- Warum gibt es Einwände der

Hilfsorganisationen gegen diesen Einsatz? Welche Ziele verfolgen sie?

- Welche Erfahrungen wurden auf dem Balkan gemacht?

2. Grundsätze einer humanitären Intervention

Die GKS hat eine Position zu den sicherheitspolitischen und friedensethischen Grundsätzen einer humanitären Intervention erarbeitet (siehe „Erklärung der GKS: Kampfeinsätze der Bundeswehr zum Schutz fundamentaler Menschenrechte“; in GKS (Hrsg.) „Soldaten und Christen – Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“, Würzburg 2003, Seite 191 ff.; s.a. beigelegte CD, Ordner „Pacem in terris“, Datei „Kampfeinsätze zum Schutz Menschenrechte.pdf“).

3. Fortentwicklung der VN (Agenda for the Peace / Brahimi-Report)

Die in der Vergangenheit aufgetretenen Mängel bei Planung, Vorbereitung und Durchführung von VN-Blauhelm-Einsätzen führten zu einer grundsätzlichen Untersuchung der VN (bekannt als Agenda for the Peace), die im Brahimi-Report aktu-

alisiert und konkretisiert wurde. Neuere Einsätze zeigen bereits deutliche Konsequenzen dieser Überlegungen (bessere Planungsfähigkeit der VN, Einsätze mit robusterem Mandat usw.).

Neuerdings werden diese hoffnungsvoll stimmenden Ansätze durch eine US-Politik in Frage gestellt, die autonom – d.h. ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat der VN – weltweit mit militärischen Mitteln eingreifen will.

Daraus ergibt sich die Frage nach den Konsequenzen für die Fortentwicklung der VN, für die Durchsetzung des Rechts und für eine internationale Friedensgestaltung.

4. Wertekonsens – Weiterentwicklung des Begriffs der Menschenrechte

In der internationalen Diskussion muss die Frage weiter verfolgt werden, welche Menschenrechte von allen Kulturkreisen als allgemein verbindlich akzeptiert werden.

Nur von daher kann ein Wertekonsens entwickelt werden, der Grundlage einer Weiterentwicklung des Internationalen Rechts sein muss.

Schritte zu einer besseren – wenn auch immer schrittweisen – Verwirklichung des Weltfriedens können nur auf dieser Grundlage getan werden. □



Einleitung: „Frieden ist möglich“ – Ist Frieden möglich?

Was ist aus christlicher Perspektive unter Frieden zu verstehen? Welche Chancen sowie Grenzen hat eine christliche Friedensethik heute? Welchen Beitrag kann sie überhaupt zum weltweiten Friedensprozess leisten in einer säkularisierten und individualisierten Gesellschaft, in der trotz aller Rückschläge und Hemmnisse Stück für Stück unverzichtbare Bausteine für eine Kultur des Friedens entwickelt werden?

1. Biblisch-christliche Elemente des Friedensverständnisses

Im Alten Testament bezeichnet das Wort „shalom“ einen umfassenden, das Sein sichernden Frieden sowohl nach außen wie nach innen. Frieden ist für die Menschen des Alten Bundes Ausdruck für das Leben *„in Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit. Diesen Frieden sahen sie im Bund mit Gott gewährleistet“* (Die Deutschen Bischöfe 1983, Gerechtigkeit schafft Frieden – GsF, 12). Die neutestamentlichen Schriften lassen klar erkennen, dass die christliche Heilsbotschaft insgesamt als die Botschaft vom Frieden zu verstehen ist.

Das bedeutet, dass Gott mit seiner Friedensbotschaft dazu auffordert, diesen Frieden in den konkreten irdischen Verhältnissen in dem vertrauensvollen und gläubigen Wissen darum zu verwirklichen, dass auch ein „Minimalprogramm“ in der Welt schon Achtung verdient. Gemildert wird dadurch zugleich der „moralische Hochleistungsdruck“ in der entlastenden christlichen Überzeugung, dass das Reich Gottes letztlich nicht vom Menschen abhängt.

PACEM IN TERRIS – Zu den Elementen einer christlichen Friedensethik

Kurzfassung des Vortrags von Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer am 18.09.2003 auf Schloss Hirschberg vor der Bundeskonferenz der GKS

2. Grundelemente einer christlichen Friedensethik

Die Erkenntnis, dass „ewiger Frieden“ nicht machbar, sondern ein Geschenk ist, dass aber Schritte auf dem Weg zur Realisierung von Frieden grundsätzlich möglich und deswegen auch notwendig sind, bildet die Grundlage und Motivation für jedes christliche Friedensengagement. 1963 prägte Papst Johannes XXIII. in seinem päpstlichen Rundschreiben „Pacem in terris“ (PT) die moderne theologisch-kirchliche wie sozialetische Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Krieg und Frieden.

Die Enzyklika stellt thematisch ein Novum dar: Ging es bei den Sozialenzykliken seit 1891 immer um die klassischen sozialen Fragen, so kommt nun mit der politischen Ethik und besonders des Friedens als Ziel der Politik ein ganz neuer hochaktueller Fragenkreis in den Blick der Sozialverkündigung der Kirche. Dieser Wendepunkt ist die entscheidende neuzeitliche Antwort von Theologie und Kirche auf die Frage nach dem Frieden.

2.1 Abwendung von der Dominanz der iustum-bellum-Lehre

Diese „iustum-bellum-Theorie“ geht davon aus, dass jeder Krieg ein Übel und deshalb zu vermeiden ist, es sei denn, es erweise sich zur Abwehr eines schweren Unrechts als unumgänglich. Im Kontext dieser Lehre wurden Kriterien entwickelt, die erfüllt sein müssen, um den Einsatz von Waffen zu erlauben. Diese Lehre spielt eine Rolle im Fall eines Angriffs oder im Kontext der Debatte um die Abwehr schlimmster Menschheitsverbrechen hinsichtlich der Begründung von humanitären Interventionen. In Anlehnung zur klassischen Lehre vom „gerechten Krieg“ veröffentlichten die deutschen Bischöfe das friedensethische

Schreiben „Gerechter Frieden“. Aber die Enzyklika PT setzt andere, fundamentalere Akzente:

2.2 Krieg im Atomzeitalter

Erstmalig wird in PT deutlich die Erkenntnis artikuliert, dass Krieg im Atomzeitalter nicht als Instrument zur Lösung von Konflikten eingesetzt werden darf.

2.3 Novum christlicher Friedensethik: Die Menschenrechte

Das Kernstück und absolute Novum der Enzyklika bildet der umfassende und differenzierte Rekurs auf die Menschenrechte als entscheidender Schritt, um Frieden im Zusammenleben der Völker zu begründen und zu sichern. Hier kristallisieren sich alle drei menschenrechtlichen Grundformen als relevant heraus: sowohl die individuellen Freiheitsrechte, die politischen Teilhaberechte als auch die sozialen Grundrechte. Die Sicherung dieser Menschenrechte ist nach PT die entscheidende Voraussetzung des inneren wie äußeren Friedens des politischen Gemeinwesens.

2.4 Bekenntnis zur Menschenrechtserklärung

15 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 gibt die Kirche mit PT eine (kirchliche) Menschenrechtserklärung ab. Johannes XXIII. verweist dabei auf diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als *„Akt von höchster Bedeutung“* (PT 143). Trotz des langen Schweigen der Päpste zur Menschenrechtserklärung von 1948 wegen des fehlenden Gottesbezugs kommt es nun aber in PT zu einer ausdrücklichen Würdigung dieser Erklärung.

Die christlich-lehramtliche Interpretation der Menschenrechte hat ihren Ansatzpunkt ausdrücklich bei dem Verständnis des Menschen als Person. Die Menschenrechte basieren darauf, „dass jeder Mensch sei-

nem Wesen nach Person ist.“ Sie hat, so heißt es in der Enzyklika weiter, „eine Natur, die mit Vernunft und Willensfreiheit ausgestattet ist“ (PT 9). Dass die Menschenrechte überpositiv sind, d.h. sie als transzendenter Grund den einzelnen positiven Gesetzesnormen vorausliegen und von den Staaten nur anerkannt, nicht aber großzügig gewährt bzw. bei vorgeblicher politischer Notwendigkeit auch wieder abgeschafft werden können, ist ein zentraler Punkt in diesem Verständnis der Menschenrechte.

2.5 Betonung der Rechte und Pflichten des Menschen

Die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehende personale Realität des Menschen ergibt sich eben durch die gleichzeitige und das bedeutet gleichursprüngliche Beachtung der Rechte und Pflichten. Zwischen beiden besteht eine Wechselseitigkeit (Reziprozität) sowohl bezüglich des Verhältnisses zwischen den eigenen Rechten und den entsprechenden Pflichten der anderen als auch des Verhältnisses zwischen den Rechten und Pflichten des jeweiligen Trägers selbst.

Diese spezielle Konzeption erfährt noch einmal eine deutliche Bestätigung durch die Betonung des Rechts, das sich in den anderen „profanen“ Erklärungen kaum findet, nämlich das „mit der Würde der menschlichen Person“ verknüpfte „Recht ..., am öffentlichen Leben aktiv teilzunehmen und zum Gemeinwohl beizutragen.“ (PT 26)

2.6 Sozialethischer Ansatz

Die sozialstrukturelle Seite der ethischen Frage ist Gegenstand der christlichen Sozialethik. Frieden lässt sich – diese Erkenntnis ist das Fundament von PT – also in der Komplexität und Vernetzung, wie sie die Welt situation seit dem 2. Weltkrieg und speziell die gegenwärtige kennzeichnen, nicht (mehr) allein durch Appelle an die Moralität und an das sittlich verantwortete Verhalten der einzelnen Bürger bewerkstelligen. PT sucht also mit dieser spezifischen Akzentuierung, auf der Basis unverzichtbarer ethischer Standards politisch und rechtlich verantwortbare Lösungen zu finden für ein Problem, das die Menschheit von alters her belastet.

3. Elemente einer Kultur des Friedens

3.1 Dialog

Wenn die Waffen schweigen, bedarf es zunächst des Dialogs, damit der Frieden in die Herzen und Köpfe der Menschen einkehren kann. Auch zur Friedenssicherung und zum -erhalt sind alle Formen des institutionalisierten Dialogs unverzichtbar. Die innerstaatliche Demokratie bedarf der öffentlichen Debatte und dokumentiert damit gleichzeitig die Korrekturfähigkeit im Blick auf wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entscheidungen. Auf internationaler Ebene sind hier die Einrichtungen wie OSZE und UNO zu nennen.

3.2 Gemeinwohl und Menschenpflichten

Die Menschenrechtskonventionen können die sittlichen Voraussetzungen, von denen sie und damit auch der Frieden leben, nicht selber produzieren und garantieren. Es bedarf also notwendig der Moralität der Gesellschaftsmitglieder, des Gemein sinns, eines Grundkonsenses bezüglich des Wertesystems. Dieser Grundkonsens darf nicht einem möglichen Mehrheitsvotum der Gesellschaft geopfert werden, das Menschenwürde und Menschenrechte anderen Interessen unterzuordnen versucht.

Die Etablierung einer Kultur des Friedens auf der Basis von Menschenrechten hat viel mit der Glaubwürdigkeit der Beteiligten zu tun. Der Versuch, Menschenpflichten zu dekretieren, beinhaltet wiederum die Gefahr des Missbrauchs durch autoritäre Regime. Aus der Perspektive der Ethik erwächst an dieser Stelle ein Problem, weil das Menschenrechtsethos ein Ethos der Freiheit und Selbstbestimmung ist im Gegensatz zu verordneten Pflichten.

3.3 Die Kodifikation von Menschenrechtsstandards

Zur Implementierung des geforderten Menschenrechtsbewusstseins bedarf es der Kodifikation von Menschenrechtsstandards in nationalen und internationalen Abkommen, wie es vielfach schon geschehen ist.

3.4 Demokratie und Sozialstaat

Thomas von Aquin bestimmt den

Frieden als Werk der Gerechtigkeit. Versteht man nun die Gerechtigkeit als Bemühen, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch ein Leben in Würde führen kann und sich in seiner Existenz angemessen entfalten kann, dann schließt sich der gedankliche Kreis zur Rolle der Menschenrechte. Wenn der Staat diese Aufgabe erfüllt, dann kommt die sozialstaatliche und demokratische Dimension des Gemeinwesens zum Tragen.

3.5 Humanitäre Interventionen

Zur Implementierung eines Menschenrechtsethos und -bewusstseins als Fundament des Friedens gehören strukturelle politische oder rechtliche Maßnahmen zur Durchsetzung der Menschenrechte. Aufgrund von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen stellt sich zunehmend die Frage, ob Menschenrechte zur Not auch mit Gewalt durchgesetzt werden können und wie sich dieser Eingriff mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Interventionsverbot – als Prinzipien der UN-Charta – vereinbaren lässt. Die heutige vorherrschende Meinung tendiert dahin, Menschenrechte vorrangig vor dem Gebot der Staatssouveränität zu behandeln.

Gerade Papst Johannes Paul II. spricht von „humanitärem Eingreifen“ als einer Verpflichtung für die Völkergemeinschaft, wenn ein Volk, das angegriffen wird, und dessen Recht auf Leben mit Füßen getreten werde, sich nicht selber verteidigen könne. Dieser Dienst an der Einhaltung, Sicherung und ggf. Wiederherstellung der Menschenrechte ist zutiefst ein unverzichtbarer Friedensdienst.

Friede – Utopie oder regulative Idee

Moralisch-regulative Ideen sind nicht in Vollkommenheit, sondern nur partiell und im Fragment realisierbar. Das macht sie nicht utopisch oder gar funktionslos.

Wird Friede als eine regulative Idee verstanden, dann besteht die Aufgabe nicht darin, den archimedischen Punkt zu finden, an dem der Hebel anzusetzen wäre, um die Welt aus den Angeln zu heben und in einen friedvollen Zustand zu

Fortsetzung auf Seite 49 u.

Förderkreis der GKS (FGKS e.V.)

Protokoll der Mitgliederversammlung am 18. September 2003 in Beilngries/OBB.



Teilnehmer: 47 Personen
Ort: Schloß Hirschberg, Beilngries/OBB.
Zeit: 18. Sept. 2003, 13.30 Uhr bis 14.45 Uhr

Anlagen: (Anlg. 1 – 3 nur in Akte Bundesgeschäftsführer):

1. Teilnehmerliste
2. Tagesordnung
3. Bericht Schatzmeister
4. Satzungsänderung

Das Protokoll wurde durch den Bundesgeschäftsführer der GKS erstellt. Es wird im AUFTRAG veröffentlicht. Das Protokoll gilt als durch den Vorstand FGKS genehmigt, sofern nicht bis spätestens 30.01.2004 schriftlich beim Bundesgeschäftsführer Einspruch dagegen erhoben wird. Eine weitere Genehmigung in der nächsten Mitgliederversammlung entfällt.

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des FGKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, eröffnet die Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS.

Die **Tagesordnung** wurde angenommen (Anlage 2).

Der Vorsitzende wies auf die erfreuliche Mitgliederentwicklung hin, machte aber auch deutlich, dass die Mitgliedschaft im FGKS eine Frage des Selbstverständnisses der GKS-Mitglieder ist.

2. Gemeinnützigkeit

Der Bundesgeschäftsführer erläuterte den Sachstand der Bemühungen um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des FGKS.

3. Bericht des Vorsitzenden

Der Vorsitzende Oberst Klein begründete unerwartete Kostensteigerungen bei der Herausgabe des Buches „Soldaten und Christen – Diener der Freiheit und Sicherheit der Völker“. Er erläuterte die Verteilung der

Kosten verschiedener Projekte auf die Haushaltsjahre 2002 und 2003. Hinsichtlich der vom Förderkreis finanzierten CD-ROM „Handbuch der GKS“ stellte er die erheblichen Einsparungen gegenüber dem konventionellen Handbuch heraus.

4. Bericht des Schatzmeisters

Der Schatzmeister OstFw Berners legte seinen Bericht vor (Anlage 3).

5. Kassenprüfung

Die Kassenprüfer, OstFw a.D. Granrath und Hptm a.D. Riffel, haben den Haushalt 2002 geprüft. Sie bestätigten eine einwandfreie, übersichtliche und vorbildliche Kassenführung. Es gab keine Beanstandungen. Sie schlugen Entlastung des Vorstandes vor.

6. Entlastung des Vorstands

Die Mitgliederversammlung entlastete den Vorstand bei 2 Enthaltungen ohne Gegenstimmen.

7. Wahlen

Als Nachfolger des zurückgetretenen stellvertretenden Vorsitzenden wurde OstFw a.D. Hans-Jürgen Mathias mit 25 von 46 Stimmen gewählt. Der Schatzmeister OstFw Hubert Berners wurde in seinem Amt bestätigt.

8. Änderung der Satzung

Die vorgeschlagenen Änderungen waren den Mitgliedern satzungsgemäß rechtzeitig mit der Einladung zugesandt worden. Die Änderungen wurden einstimmig angenommen (Anlage 4).

9. Beschlüsse

Die Mitgliederversammlung beschloss, dass die Kreisvorsitzenden die Mitgliederliste des FGKS erhalten, um die Mitgliedschaft bei der Abrechnung von Veranstaltungen berücksichtigen zu können. Der Schatzmeister wird entsprechende Listen in regelmäßigen Abständen verteilen.

Fortsetzung von Seite 48

versetzen, sondern in einem offenen Such-, Lern- und Gestaltungsprozess stückweise Frieden immer wirklicher zu machen, auch wenn die konkrete Praxis dem Ideal immer hinterherhinkt und – theologisch gesprochen – auch hinterherhinken darf. Die Verheißung des vollkommenen, ewigen Friedens, wie Gott ihn gibt, ist die regulative Idee, die uns von Gott geschenkt wird. Diese Verheißung motiviert uns, in Gottes Namen uns zu engagieren für Frieden, für Menschenrechte, für das menschenwürdige Leben aller Menschen und Völker, für „Pacem in terris“. (bt)

Dokumentation

- Manuskript des Vortrags auf Heft-CD:
 <43.WdB\BK-GKS\pacem in terris-1.doc>
- Tondokumente: Vortrag im Wortlaut:
 <43.WdB\BK-GKS\Tondokumente\pacem in terris-2.dss>
 Aussprache: <...\Tondokumente\pacem in terris-3.dss>

Beilngries, den 18. Sept. 2003
 Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein,
 Oberst, Vorsitzender FGKS
 und Versammlungsleiter

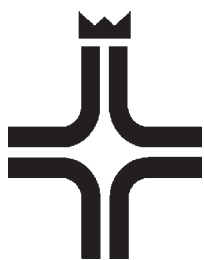
Dr. Klaus Achmann,
 Oberst a.D.,
 Schriftführer

Vorsitzender: Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein,
 Kommandeur Logistikregiment 47, 89160 Dornstadt,
 Tel. 07348/200, Fax: 07348/980-587

Stellv. Vorsitzender: Oberstabsfeldwebel a.D. Mathias,
 Am Wiesengrund 3, 49835 Weitmarschen,
 Tel./Fax 05908/1411

Schatzmeister: Stabsfeldwebel Berners,
 Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt,
 Tel.: 02508-984639 Fax: 02508-985576
 e-Mail: gks@hmt-berners.de

Bundesgeschäftsführer GKS/Geschäftsstelle GKS:
 Oberst a.D. Dr. Klaus ACHMANN, Am Weiden-
 damm 2, 10117 Berlin, Tel. 030/206199- 90,
 FAX – 91, gks.berlin@t-online.de



48. GESAMTKONFERENZ DER MILITÄRSEELSORGER VOM 20.-24. OKTOBER 2003

Militärseelsorge: Vielfältige Belastungen

Afghanistan, Kosovo, Bosnien-Herzegowina: Durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben sich nicht nur Arbeit und Alltag der Soldaten stark verändert, sondern auch die Aufgaben ihrer geistlichen Begleiter. Das wurde bei der Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten deutlich. Militärbischof Dr. Walter Mixa erläuterte, welche Bandbreite an neuen Herausforderungen der Wandel von einer Verteidigungs- zur Einsatzarmee gebracht hat: die Konfrontation der Soldaten mit Verwundung und Tod, mit Armut und Elend, mit vergewaltigten Frauen und die langen Trennungen von der Familie. Zur dreitägigen Konferenz trafen sich rund 100 Militärseelsorger aus ganz Deutschland im Kardinal-Schulte Haus in Bensberg bei Bergisch-Gladbach.

Umfrage: Soldaten wollen Seelsorger im Auslandseinsatz

Wie wichtig angesichts der psychischen Belastungen der Soldaten bei Auslandseinsätzen die Begleitung durch einen Seelsorger ist, zeigt eine repräsentative Erhebung, die Brigadegeneral Winfried Gräber, Stabsabteilungsleiter I im Führungsstab der Streitkräfte, vorstellte. Danach wollen 97 Prozent aller Berufssoldaten bei einem solchen Einsatz durch einen Pfarrer betreut werden. Dieses wünschten sich nicht nur die Getauften, sondern auch die Konfessionslosen. Am wichtigsten sind den Befragten der Beistand im Fall von Unfall oder Tod und die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch. Weniger wichtig seien den Soldaten das Angebot von Gottesdiensten und das Spenden von Sakramenten, so Gräber.

Militärbischof Dr. Walter Mixa ergänzte: Im Einsatz suchten die Soldaten ohne Religionszugehörigkeit oder solche, die sich schon lange vom Glauben abgekehrt haben, das Gespräch mit den Seelsorgern auffallend häufiger als ihre getauften Kameraden. Sie machen

ein Drittel der Soldaten aus. Am wichtigsten sei allen Befragten Beistand im Falle von Unfall oder Tod und das persönliche Gespräch. Als weniger bedeutsam stufen die Soldaten hingegen traditionelle Angebote wie Gottesdienste und Sakramente, Exerzitien und Wallfahrten ein. Insgesamt werden Pfarrer nach den Worten Mixas stärker beansprucht als Truppenpsychologen. Die Hemmschwelle, sich zu öffnen, sei bei den Geistlichen geringer, weil sie keine Dienstvorgesetzten seien, sondern einen zivilen Status haben.

Der Militärbischof hob hervor, angesichts von Tod und Verwundung stellten die Soldaten im Einsatz existenzielle Fragen, die ihnen zu Hause nicht kämen. Insgesamt werde die Militärseelsorge durch den Wandel von einer Verteidigungs- zur Einsatzarmee „bis zur Schmerzgrenze“ beansprucht. Wenn das afghanische Kundus und der Irak als Einsatzorte hinzukämen, werde es personell eng. Derzeit sind von den 89 katholischen Militärseelsorgern zwei im Kosovo, einer in Bosnien-Herzegowina und einer in Afghanistan. Sie arbeiten jeweils mit einem evangelischen Kollegen zusammen.

Seelsorge für die Familien zu Hause

Wichtigstes Thema an den Standorten in Deutschland ist nach den Worten Mixas die Familienseelsorge. Die lange Abwesenheit der Partner, Ehemänner und Väter führe zur Entfremdung; oft richtet die Familie zuhause ihr Leben allein ein.

Heimkehrer fühlen sich deswegen überflüssig. Das bringe Beziehungsprobleme und überdurchschnittlich viele Trennungen mit sich; die Zahlen seien alarmierend. Kein Wunder, dass in der Umfrage die Betreuung der Familien weit oben auf der Rangliste der Soldatenwünsche steht. Belastend seien auch die Erfahrungen mit Elend und Sterben, die die Soldaten von den Einsatzorten mitbrächten. Mit Familienwochenenden, Einkehrtagen, Partnerseminaren und Selbsthilfegruppen wollen die Seelsorger helfen, mit solchen Problemen besser umgehen zu lernen.

Militärgeneralvikar zur Lage der Militärseelsorge

Die wachsende Zahl von Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen ist nach Ansicht von Militärgeistlichen die größte Herausforderung für die seelsorgereische Betreuung. Lange Trennungen von ihren Familien und die Probleme von Fernbeziehungen gehörten zu den täglichen Belastungen der Soldaten, sagte der katholische Militärgeneralvikar Walter Wakenhut in seinem Lagebericht. Die acht im Ausland stationierten Militärpfarrer beider Konfessionen seien als Ruhepole bei der Truppe sehr gefragt.

Die Soldaten nutzten die Gottesdienste als Orte der Ruhe, meint Wakenhut, der kürzlich die deutschen ISAF-Truppen in Afghanistan besucht hatte. Die Seelsorger würden als echte Weggefährten angesehen, weil sie unter gleichen Bedingungen



im Lager lebten und in der gleichen Gefahr schwebten.

Die Risiken der Auslandseinsätze erforderten zunehmend eine besondere Ausbildung der Militärgeistlichen, sagte Wakenhut: „Damit sie sich selbst und andere nicht gefährden, müssen sie z.B. lernen, sich zu tarnen und sich in militärischem Gelände sicher zu bewegen.“ Die Dauer der seelsorgerischen Einsätze liege bei sechs Monaten, ebenso wie für die Bundeswehrkontingente. Rund 8.000 deutsche Soldaten sind derzeit im Ausland stationiert, darunter auch in Kosovo und in Bosnien-Herzegowina.

Während die Aufgaben der Militärseelsorger im Ausland zunehmen, wird ihre Arbeit in Deutschland nicht weniger, verdeutlichte der Militärgeneralvikar in seinem Lagebericht. Der Wandel zur Einsatzarmee beanspruche die Seelsorge „bis zur Schmerzgrenze“, hieß es. Personell sei es mit 92 Planstellen für 97 Dienststellen schon sehr eng. Auch wenn Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) die Bundeswehr reduziere, dürften die Kapazitäten der geistlichen Begleiter keinesfalls gekürzt werden. Sonst sei die „Präsenz in der Fläche“ parallel zur „seelsorgerischen Begleitung im Einsatz“ nicht länger möglich. Um eine gerechte Verteilung der 97 Dienststellen über die ganze Bundesrepublik zu gewährleisten müsse es auch zu Auflösungen, Neugründungen und Verlegungen von Dienststellen der Militärseelsorge kommen. Auch müsse in Nord- und Ostdeutschland die Präsenz der katholischen Militärseelsorge verstärkt werden. Das noch aus alten Zeiten stammende konfessionelle Nord-Süd-Gefälle sei bei der heutigen Mobilität der Soldaten überholt.

Bislang zahlt der Staat für die katholische und evangelische Militärseelsorge zusammen rund 24 Millionen Euro. Die katholische Kirche gibt 8,5 Millionen Euro. Insgesamt gibt es 210 katholische und evangelische Militärseelsorger, die sich hauptamtlich um die Soldaten und ihre Familien kümmern. Von den real vorhandenen 89 katholischen Militärseelsorgern (Geistliche und Pastoralreferenten) sind zwei Pfarrer im Kosovo, einer in Bosnien-Herzegowina und

einer in Kabul tätig. Sie arbeiten mit einem evangelischen Kollegen zusammen und bleiben ein halbes Jahr an ihren Einsatzorten. In den neuen afghanischen Standort Kundus soll ein evangelischer, aber kein katholischer Seelsorger entsandt werden.

Bedeutung des Ehrenamts

Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Standortpfarrer im Nebenamt hob Militärgeneralvikar Wakenhut in seinem Lagebericht die Bedeutung des Ehrenamts auf den verschiedenen Ebenen der Militärseelsorge – in den Mitarbeiterkreisen, Räten und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) – hervor. Das Laienapostolat müsse angesichts der begrenzten Zahl hauptamtlicher Seelsorger und steigender Mobilität der Soldaten unbedingt gestärkt werden. Wegen der großen Belastung der Soldaten sei es jedoch zunehmend schwierig, sie für die Ehrenämter zu gewinnen, hob Wakenhut beim jährlichen Lagebericht der katholischen Militärgeistlichen hervor.

Wörtlich sagte er: „Die Frauen und Männer, die da mitarbeiten, repräsentieren unsere Klientel. Sie können und sollen sagen, was vor Ort an Seelsorge gefordert ist. Das kann nur in einem geordneten und vertrauensvollen Miteinander geschehen. ... Ich kann nur ermutigen, auffordern und bitten, ein besonderes Augenmerk auf unsere Laien zu haben ... Die Förderung des Laienapostolats ist nicht in das Belieben des Einzelnen gestellt. Das Laienapostolat gehört zum Selbstverständnis unserer Kirche und damit auch der Militärseelsorge.“

Erwartungen an die Militärseelsorge

Die oben erwähnte Umfrage unter 5.000 Berufssoldaten war nur ein Teil des Vortrags von Brigadegeneral Winfried Gräber, der sich neben

den „Aktuellen Entwicklungen in der Bundeswehr in den Bereichen Innere Führung, Personal, Ausbildung“ im Wesentlichen mit der „freien Religionsausübung in den Streitkräften – Erwartungen der Soldatinnen und Soldaten an die Militärseelsorge“ befasste.

Diese Erwartungen der Soldatinnen und Soldaten an die Militärseelsorge fasste der General wie folgt zusammen:

- Militärseelsorge soll den Menschen ernst nehmen.
- Soldaten wollen, dass sie zu Hause und im Einsatz in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden, zumal dann, wenn sie sich von denen der Gesellschaft unterscheidet.
- Militärseelsorger sollen die spezifischen Situationen der Soldaten kennen und ihre Eigenarten und beruflichen Anforderungen verstehen.
- Militärseelsorge soll die Besonderheiten der Verbände im Aufgabenbereich wahrnehmen.
- Militärseelsorge soll Probleme lösen.
- Die Militärseelsorge soll präsent sein.
- Die Militärseelsorge soll flexibel und innovativ sein!
- Militärseelsorger sollen sich Zeit nehmen, wenn sie gebraucht werden.
- Die Angebote der Militärseelsorge werden um so bereitwilliger und zahlreicher angenommen, wenn Militärgeistliche persönlich bei ihren Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familien bekannt und anerkannt sind.

(PS, Quellen: KMBA, KNA)



Dokumente zur 48. Gesamtkonferenz auf Heft-CD, Ordner: „43.GesKonf-2003“

BrigGen Gräber
Vortragsmanuskript:
<graeber.pdf>
Bericht zur Lage der
Kath. Militärseelsorge:
<Lage-MS-2003.pdf>

Fotos: F. Bockmeier (1),
PS (2)

„Gerechtigkeit schafft Frieden“ 1983-2003

Christliche Ethik und Bundeswehr heute

ANDREAS MARTIN RAUCH

1983 veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz das Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“, welches maßgeblich vom Bonner Moraltheologen Franz Böckle erarbeitet wurde. Die deutschen Bischöfe waren seinerzeit besorgt über die nur wenig erfolgreichen Bemühungen um Frieden in Europa und in der Welt angesichts der wachsenden Spannungen im Ost-West-Konflikt. Vor allem der NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen mit Zielen in Staaten des Warschauer Paktes löste öffentliche Debatten aus. Ostermärsche, Friedensdemonstrationen und Massenveranstaltungen auf der Bonner Hofgartenwiese schürten die innenpolitische Kontroverse. Eine gesellschaftliche Zerreißprobe zwischen Pazifisten um Persönlichkeiten wie Petra Kelly und dem Bundeswehrgeneral a.D. Gert Bastian auf der einen sowie politischen Entscheidungsträgern und „Verantwortungsethikern“ (Max Weber) um Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der anderen Seite bahnte sich an. Zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen wie die Kirchen spaltete die Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss.

Gottes- und Nächstenliebe

Der große Hirtenbrief von 1983 macht grundlegende Äußerungen über eine christliche Friedensethik, die durch politische Maßnahmen zur Friedensförderung und Friedenssicherung sowie zum Eintreten für eine christlich verstandene Friedenshoffnung zum Tragen kommt. Vor allem legen die deutschen Bischöfe dar, dass die katholische Kirche nicht wie die jüdische Religion einer gesetzesmäßig formulierten Morallehre verpflichtet ist, sondern dass die christliche Ethik über alle anderen Werte das Liebesgebot setzt: „*Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und größte*

Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“ (Mt 22,37-39). In soweit kann bei diesem Hirtenbrief nicht von einer moraltheologischen „Trendwende“ (Norbert Greinacher) oder von einer Abkehr von traditionellen Moralvorstellungen gesprochen werden, sondern allenfalls vom Versuch einer Annäherung an die in Jesus Christus begründete göttliche Heilsbotschaft.

Frieden und gesellschaftliche Gerechtigkeit

Im Kern geht es in diesem Hirtenbrief um die Frage, wie Menschen in Not durch Dienste der Nächstenliebe geholfen werden kann. Frieden im Sinne christlicher Ethik kann es nicht geben, wenn Frieden ausschließlich in einem sicherheitspolitischen Sinne verstanden wird. Vielmehr fordert eine christliche Ethik das Gelingen von Frieden auch unter den Bedingungen gesellschaftlicher Gerechtigkeit. So stellen die deutschen Bischöfe fest: „Der Friede erwächst nicht nur aus dem Erlöschen der Kriegsherde; selbst wenn alle erloschen wären, würden unvermeidlich andere entstehen, solange Ungerechtigkeit und Unterdrückung weiter die Welt regieren.“ **Gerechtigkeit zu üben ist ein Aufruf, der an alle gesellschaftlichen Gruppen ergeht, so auch an die Bundeswehr. Diese stellt sich dieser Herausforderung auch durch die „Innere Führung“.**

Christliche Wertevorstellungen in der Bundeswehr

Das Konzept der „Inneren Führung“ der Bundeswehr, welches maßgeblich von Wolff Graf Baudissin und seinem Mitarbeiterstab entwickelt und politisch durchgesetzt wurde, ist entscheidend von Wertevorstellungen der christlichen Ethik geprägt.

Bei Baudissin erwuchs die Erkenntnis, dass der christlichen Ethik in der Vergangenheit eine zu geringe Bedeutung beigemessen und eben deshalb das Ausbrechen des I. und II. Weltkrieges begünstigt wurde. So

überdeckte die militaristische Grundhaltung in der wilhelminischen Gesellschaft Vorstellungen christlicher Friedensethik. Und in der Weimarer Republik konnte sich demokratisches und christliches Ideengut sowohl in der Gesellschaft als auch in der Reichswehr, die sich weitgehend von der bürgerlichen Gesellschaft abschottete, nur mangelhaft Geltung verschaffen. Damit war den totalitären Vorstellungen eines Adolf Hitler Tür und Tor geöffnet und das Amt eines „Reichsbischofs“ diente lediglich als Legitimationsstütze für die nationalsozialistische Herrschaft. Um so mehr war Baudissin davon getrieben, dass in der neuen Bundeswehr „Staatsbürger in Uniform“ tätig würden, die demokratisch gesinnt und von einer christlichen Ethik angespornt sein sollten. Eben deshalb setzte sich Baudissin nachhaltig für die Schaffung von Militärbischofsämtern ein und aus seinem Denkansatz heraus wird verständlich, dass diese ganz selbstverständlich zum Erscheinungsbild der Bundeswehr gehören und deshalb auch von ihr finanziert werden. Armeen dürfen für Baudissin in einem „Zeitalter der Ideologien“ (Karl Dietrich Bracher) nicht nur aufgrund von Treue-Eiden aktiv sein, sondern bedürfen einer eigenen, von einer rechtsstaatlichen Demokratie getragenen und vom Christentum inspirierten Identität.

Gerechtigkeit nach innen – das Konzept der Inneren Führung

Christliche Ethik in der Sicht der katholischen Soziallehre verlangt nach Friedensförderung und Friedenssicherung sowohl nach außen wie nach innen. Diesem Anspruch des gerechten Friedens und der Schaffung gerechter Strukturen in der Gesellschaft und so auch innerhalb der Bundeswehr kommt das Konzept der Inneren Führung mit dem Amt des Wehrbeauftragten nach; die Militärbischofsämter leisten hierbei im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Beitrag.

Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts musste sich die deutsche Bundeswehr vor allem in einem

ausschließlich sicherheitspolitischen Umfeld engagieren. Vorrangig galt es, eine freiheitliche Grundordnung vor den totalitären Strukturen einer kommunistischen Herrschaft unter der Führung Sowjetrusslands zu bewahren. Bereits die versuchte Verwirklichung dieses Friedensauftrages, also die Wahrung der Souveränität Deutschlands im Frieden und die Vorbereitung auf die Möglichkeit kollektiver Verteidigung, steht in einem inneren Zusammenhang zur christlichen Ethik, heißt es doch bei Paulus: „Ihr aber liebe Brüder, seid zu Freiheit berufen.“ (Gal 5, 13) Der Begriff der „Freiheit“ bezieht sich bei Paulus zwar vorrangig auf die Freiheit des Glaubens und darauf, diese Freiheit nicht durch andere, weltliche Güter zu vernachlässigen oder gar zu verlieren. Der Paulinische Freiheitsbegriff beinhaltet aber auch den Schutz und die freie Entfaltung des Glaubens. Indem die Bundeswehr für eine freiheitliche Grundordnung und für das Recht der Religionsfreiheit eintritt, engagiert sie sich im Sinne christlicher Friedensethik.

Erweiterter Friedensauftrag für die Bundeswehr

Mit dem Ende des klassischen Ost-West-Konflikts und der Auflösung der bipolaren Weltordnung seit 1989 veränderten sich die politischen und auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik. Davon waren die Bundeswehr und die Kirchen gleichermaßen betroffen. In den 90-er Jahren trat der Auftrag der Bundeswehr, für „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ einzutreten, in wachsendem Maße in den Vordergrund. Wir sprechen nunmehr von einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der beispielsweise auch entwicklungspolitische Hintergründe mit einschließt. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass – weltpolitisch gesehen – die Bedeutung von Regionalkonflikten deutlich zunahm. Dies zeigte sich bereits 1991 beim ersten Golfkrieg, den die deutschen Bischöfe aus Sorge um den Weltfrieden zum Anlass eines weiteren Hirtenwortes nahmen.

Inhaltlich vertieft angesichts der neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen nach 1989 wird „Gerech-

tigkeit schafft Frieden“ durch das Hirtenwort „Gerechter Friede“, in dem die Bischöfe für geeignete Strukturen und Institutionen eintreten, mit denen auf internationaler Ebene Friedenssicherung herbeigeführt werden kann. Die Bischöfe plädieren für eine Stärkung der UNO und der OSZE sowie für Maßnahmen, die Unfrieden vorbeugen oder verhindern und dadurch den Weltfrieden stärken. Dieses Eintreten für den „Weltfrieden“ ist für die Bundeswehr von maßgeblicher Bedeutung und kommt in den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 deutlich zum Ausdruck. Ihren tieferen Sinn findet das Streben nach Weltfrieden und einer Weltfriedensordnung in einer vom Liebesgebot inspirierten christlichen Friedensethik.

Friedensförderung und -sicherung im Sinne von „Pacem in terris“

Das Hirtenwort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ muss in engem inhaltlichen Zusammenhang mit der Sozialenzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. (1963) gesehen werden, da es zentrale Aussagen des päpstlichen Schreibens aufgreift. Dies trifft vor allem auf die Verknüpfungen einer christlichen Friedensethik mit den Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit zu: „Der Friede muss ... ein leeres Wort bleiben, wenn er sich nicht in jenem Ordnungsgefüge entwickelt, ... das in der Wahrheit gegründet, nach den Richtlinien der Gerechtigkeit erbaut, von lebendiger Liebe erfüllt ist und sich schließlich in der Freiheit verwirklicht.“ (PT, Nr. 167). Das „aggiornamento“ Johannes XXIII. intendiert, dass die Kirche in die moderne Gesellschaft hineinwirkt und für ihre Nöte und Probleme auch empfänglich ist. Eben dies hat das II. Vaticanum zum Ziel. **Friedensförderung und -sicherung darf sich nicht nur auf die eigenen Landesgrenzen beziehen, sondern muss stets den Weltfrieden in Blick haben.** Dies gilt in besonderem Maße für die Verantwortung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern. „Pacem in terris“ wurde in einer Phase veröffentlicht, als viele ehemalige Kolonien ihre Souveränität erlangten und nun mit großen Pro-

blemen zu kämpfen hatten, die auch aus ihrer kolonialen Vergangenheit erwachsen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts treten nun Probleme in Entwicklungs- und Schwellenländern verstärkt in den Vordergrund, die auch als Nord-Süd-Konflikt umrissen werden. Der Papst unterstreicht, dass Frieden im christlichen Sinne eben nicht nur eine „Nicht-Kriegs-Situation“ umschreibt, sondern auch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt – also 1963 – fordert Johannes XXIII. vor allem die Industrieländer zum Handeln auf, da es Industrieländern keineswegs erlaubt ist, „... andere zu beherrschen, sondern ihnen vielmehr ein Ansporn sein, mehr zum gemeinsamen Fortschritt der Völker beizutragen (PT, Nr. 88). Das aus dieser Forderung abgeleitete politische Engagement wird später als Entwicklungspolitik bezeichnet. In dem die Enzyklika vom „allgemeinen Wohl der Völker“ (PT, Nr. 137) spricht, greift sie bereits den Begriff des Weltgemeinwohls („global governance“) auf, der in den 90er Jahren zunehmend an politischer Akzeptanz gewinnt.

Friedenssicherung durch Auslandseinsätze der Bundeswehr

Das Eintreten für eine „Krisen- und Konfliktprävention“ ist in die Gesamtheit der Bemühungen zur Schaffung eines Weltfriedens und einer Weltfriedensordnung einzufügen. Gerade deshalb gewann in den vergangenen Jahren die entwicklungspolitische Dimension an Gewicht und es ist kein Zufall, dass wichtige Auslandseinsätze der Bundeswehr in Entwicklungsländern wie Somalia, Kambodscha oder Afghanistan sowie in Schwellenländern wie Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo stattfinden. Die humanitären Einsätze der Bundeswehr sind sicherheitspolitisch gesehen nicht notwendig; vielmehr erwachsen sie aus einem Friedensverständnis, dessen tiefere Wurzeln in der christlichen Religion beheimatet sind. Beim Aufspüren dieser christlichen Wurzeln sollten die Enzyklika „Pacem in terris“ und das Hirtenwort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ in einem inneren Zusammenhang gesehen werden.

Diese christlichen Wurzeln sind jedoch bei vielen Bundeswehrsolda-

ten nicht verankert, weshalb sie sich von den päpstlichen und bischöflichen Worten nicht angesprochen fühlen.

Die Masse der deutschen Soldaten in der Bundeswehr und der Soldaten in multinationalen Auslandseinsätzen können mit Religion wenig bis gar nichts anfangen. Viele stammen aus der ehemaligen DDR, deren Religionsfeindlichkeit noch heute nachwirkt. Andere deutsche Soldaten kommen aus osteuropäischen Spätaussiedlerfamilien – ohne Religionsbezug und oftmals mit mangelhaften Deutschkenntnissen. Damit liegen die Soldaten im gesamtgesellschaftlichen Trend, der die Kirchen eher im Abseits sieht, wie die Internet-Befragung „Perspektive Deutschland“ (von McKinsey, ZDF, T-Online, stern) vom April 2003 herausfand. So bezeichnen sich nur noch 39 % der Bundesbürger als religiös, fast genauso viele als Atheisten oder als eher nicht religiös. Selbst unter den Kirchenmitgliedern verabschieden sich viele aus dem kirchlichen Leben: Für ein Drittel spielt der Gottesdienst keinerlei Rolle mehr.

Trotz dieses Meinungsbildes sind Militärseelsorger außerordentlich gerne gesehene Gesprächspartner für Soldaten in Auslandseinsätzen. Das belegen empirische Studien, auch des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Sowohl in der bundesdeutschen Bevölkerung als auch bei den deutschen Soldaten im Bosnienereinsatz ist eine sehr positive Einstellung zur Militärseelsorge festzustellen. **Insgesamt bewerten es über 81 % der Befragten der Gesamtbevölkerung als positiv, dass in der Bundeswehr ein Militär- bzw. Seelsorgedienst vorhanden ist. Diese Werte werden bei den Soldaten im Auslandseinsatz in Bosnien noch deutlich übertroffen. 1998 begrüßten es nahezu 96 % der befragten Soldaten im Feldlager Rajlovac, dass Pfarrer anwesend sind. Und von den Soldaten im Feldlager Rajlovac, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, heißen es 88 % gut, dass Militärpfarrer im Lager sind.** Dabei werden die Pfarrer weitgehend unabhängig von ihrer Konfession durch die Soldaten wahrgenommen. Die Militärgeistlichen im Auslandseinsatz leisten wichtige individuelle Beratungsleistungen; es besteht eine hohe

Nachfrage nach seelsorgerlichen Gesprächen und religiösen Handlungen wie etwa Taufen und Gottesdienste.

Zu einem Geistlichen freiwillig zu gehen und sich ihm anzuvertrauen, hat für Soldaten eine besondere Qualität, da diese bei den Kameraden meist als Respekt- und Autoritätspersonen angenommen werden. Psychologen als Mitglieder des Stabes hingegen sind in die militärische Hierarchie eingebunden, weshalb der persönliche Zugang zu ihnen für Soldaten sich als schwieriger gestaltet. Viele Militärseelsorger erleben durch persönliche Erfahrungen und Gespräche Formen von Friedlosigkeit oder auch von Ungerechtigkeiten innerhalb der Truppe. Die Geistlichen sehen sich konfrontiert mit Alkoholismus und anderen Rauschmitteln, Problemen mit dem Ausleben von Sexualität, Vergewaltigungen und Selbstmorden. Viele Dinge unterliegen dem Beichtgeheimnis und auch nicht der Zuständigkeit der Seelsorger. Als Kirchenvertreter vermögen sie seelische Hilfe zu leisten und darauf aufmerksam zu machen, dass es neben dieser Wirklichkeit noch eine andere Wirklichkeit gibt, die von christlicher Friedenshoffnung bestimmt ist.

Christliche Friedenshoffnung

Die deutschen Bischöfe benennen neben der Friedensförderung und -sicherung die Friedenshoffnung als drittes Element eines „gerechten Friedens“.

Die christliche Friedenshoffnung gründet im Glauben an den auferstandenen Christus und in ihm wurzelt das Friedensdenken von Christen aller Konfessionen. Dieser friedensethische Ansatz findet sich nicht nur im Hirtenwort von 1983 und in „Pacem in terris“, sondern die Benennung des „wahren Friedens“ durchzieht die gesamte katholische Soziallehre. Die Feiern der römisch-katholischen Kirche sowie die päpstlichen Worte zum Weltfriedenstag am 1. Januar eines jeden Jahres unterstreichen die Bedeutung der christlichen Friedenshoffnung, die sich an „alle Menschen guten Willens“ richtet – wie Johannes XXIII. sich in „Pacem in terris“ ausdrückt. Diese christliche Friedenshoffnung spiegelt sich auch in zwei neutestamentlichen Textstellen wieder, bei

Eph 2,13-14 und bei Phil 4,7, in denen Paulus Gott als einen „Gott des Friedens“ charakterisiert.

Friedensauftrag an alle Laien

Sicherlich lassen die beiden Textstellen in den Briefen des Paulus exegetischen Spielraum, vor allem hinsichtlich ihrer Bedeutung für das öffentliche Handeln, also die Politik. Ganz eindeutig spricht Paulus jedoch davon, dass „der wahre Friede“ nur mit Hilfe Gottes möglich ist. Fragen des irdischen Friedens hingegen sind als politische Angelegenheiten zu begreifen. Hier greift das Wort der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des II. Vaticanums, welche politische Angelegenheiten der Gewissensentscheidung des Einzelnen (GS, Nr. 14) zuordnet und überantwortet. Insofern können die Sichtweisen einer christlichen Friedensethik – etwa in der Irakfrage – unterschiedlich ausfallen.

Bei einer ethischen Beurteilung des Regimes von Saddam Hussein sticht besonders der Völkerrechtstatbestand des „Völkermordes“ (Ethnozid) als sittliche Verfehlung hervor, eben als einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Über eine Millionen Kurden wurden von den Anhängern Saddam Husseins getötet – wobei die USA Saddam gewähren ließen und ihn teilweise sogar aktiv unterstützten! Diese Dimension des Ethnozids fällt bei der Frage einer Güterabwägung zwischen dem Gewährenlassen eines Diktators oder einem kriegesischen Eingriff schwer ins Gewicht. In besonderer Weise macht dabei Christen betroffen, dass viele Kurden im Irak den Kreuzestod erlitten. Vor dem Hintergrund der Passionsgeschichte gilt jedoch jenseits von Überlegungen über einen „gerechten Krieg“ das Wort von Papst Johannes Paul II.: „Der Krieg ist nie ein Mittel wie andere, das man zur Beilegung von Auseinandersetzungen zwischen Nationen einsetzen kann. Er ist nie ein unabwendbares Schicksal. Er ist immer eine Niederlage der Menschheit.“

Unabhängig von moraltheologischen Güterabwägungen versucht der Papst zu verdeutlichen, dass der Frieden stets anzustreben sei und der Krieg immer eine schlimme Sache bleibt und noch über lange Zeit Menschen belasten und traumatisieren

kann. Diese noch nach Jahrzehnten bestehenden Belastungen von Kriegsgeschehnissen verdeutlicht eine Phoenix-Filmdokumentation über Kriegsgräberfürsorge in den neuen Bundesländern und Osteuropa. Da werden Deutsche gezeigt, die in der letzten Phase ihres Lebens stehen und ihr „Leben in Ordnung bringen wollen“. Ihr Anliegen ist es, den eigenen Vater in den Kriegsgräbern und auf den Kriegsfeldern des II. Weltkrieges ausfindig zu machen, um ihn „heim“ zu bringen. Dabei werden keine Mühen und Kosten gescheut, um die letzten Überreste des Gefallenen aufzuspüren und nach Hause zu schaffen, damit die eigene Seele Frieden mit sich und Gott findet.

Leid und Not von Soldaten

Die christlichen Friedensreligionen bedienen sich nicht nur in der Bibel der Bildersprache, um Glaubensinhalte auszudrücken, sondern auch in Musik, Literatur, Kunst und in jüngster Zeit verstärkt im Film. Ostern 2003 wurde Günther Rohrbachs Filmdrama „Kalt ist der Abendhauch“ (Deutschland 1999) im deutschen Fernsehen gezeigt, der das Leid und die Not von Soldaten im Krieg aufgreift – was Soldaten im Auslandseinsatz einschließt. Auch hier werden die vom Papst angesprochenen Folgen von Krieg thematisiert, weshalb Krieg stets eine Belastung und eine Niederlage für die Menschen darstellt. Da kehrt nach Jahren der Abwesenheit ein tot geglaubter deutscher Soldat des II. Weltkrieges zu seiner Ehefrau zurück, die sich ihm ganz entfremdet und auch schon eine neue Liebesbeziehung gefunden hat. Von dieser Entfremdung zu Ehefrau und Familie wissen nicht nur Soldaten in Auslandseinsätzen zu berichten. Im Film stürzt der heimgekehrte Soldat bei einer Auseinandersetzung mit der Frau tödlich und wird heimlich im Keller eingemauert, bis er nach fünfzig Jahren in einem kalten See zur Ruhe gebettet wird. Der Filmtitel greift die letzte Strophe von Matthias Claudius „Der Mond ist aufgegangen ...“ auf, in der es heißt: „Nun legt Euch denn Ihr Brüder, in Gottes Namen nieder, kalt ist der Abendhauch ...“ Zur Frage des Glücks dieser Soldatenehe wird gesagt: „Manchmal braucht es ein ganzes Leben, um fünf Minuten glücklich zu sein.“

Autonomie und Gewissensfreiheit des Einzelnen in Friedensfragen

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Ansicht, Katholiken müssten in Politikfragen dem Papst gegenüber Gehorsam üben, stehen die Beschlüsse des II. Vaticanums. In den Konzilsdokumenten wurde die Unabhängigkeit des einzelnen Christen in politischen Angelegenheiten, bei denen er nur dem eigenen Gewissen verpflichtet ist, festgelegt. Die Autonomie des Christen in politischen Fragen verbindet sich eng mit der Stellung des Laien in der Kirche nach dem II. Vaticanum, welches in besonderer Weise das allgemeine Priestertum aller Gläubigen und ihren Friedensauftrag unterstreicht. Konzilsberater Karl Rahner, der wichtigste deutsche katholische Theologe des 20. Jahrhunderts, spricht davon, dass mit dem II. Vaticanum eine „anthropologische Wende“ vollzogen wurde. Es geht nunmehr darum zu versuchen, kirchliches Lehramt und gesellschaftliche Wirklichkeit in eine korrespondierende Beziehung zueinander zu bringen und den christlichen Glauben für religiöse und gesellschaftliche Erfahrungen im Alltag der Menschen zu öffnen. Für die Christen bedeutet die Betonung des Laien in der Kirche, dass nicht nur die Geistlichen in die Pflicht genommen sind, als „gute Hirten“ (Joh 10,11-16; Psalm 23, Hiesekiel 34) in der Nachfolge Christi zu wirken, sondern Geistliche und Laien gleichermaßen. In diesem Zusammenhang ist vorrangig, die „Zeichen der Zeit“ (GS, Nr. 4, 11) zu verstehen, diese Zeichen mit dem christlichen Glauben in Einklang zu bringen und dann auch zu realisieren. Der christliche Glaube ist eben keine Gesetzesreligion, sondern baut auf der Autonomie, Eigenverantwortung und dem Gewissen des einzelnen Gläubigen auf und findet seine Mitte im universellen Liebesgebot Christi: so ist es Christus selbst, der sich im Friedensdienst am Nächsten offenbart, gerade weil alle Menschen Gottes Ebenbild (Gen 1,26-28) sind.

Eschatologische Friedenshoffnung und eucharistisches Geheimnis

Für die Bundeswehr heute vermag die christliche Friedenshoffnung

ein Angebot in zweierlei Hinsicht zu sein. Zum einen werden im Ergründen der Wurzeln des Auftrages der Bundeswehr christliche Dimensionen erkennbar, die dem Einzelnen die Sinnhaftigkeit seines Tuns verdeutlichen. Zum anderen vermag eine christliche Friedensethik dort Hilfe zu leisten, wo Menschen in Not sind, weil sie an ihre Grenzen stoßen. Dies kann sich auf die Widrigkeiten des menschlichen Lebens im allgemeinen, aber auch auf den Bundeswehr-Alltag im In- und Ausland beziehen.

Papst Johannes Paul II. hat diese christliche Friedenshoffnung in seiner vielleicht persönlichsten Enzyklika „Ecclesia de Eucharistia“ vom Gründonnerstag 2003 geradezu als Vermächtnis den Gläubigen mit auf ihren Lebensweg gegeben. Dort heißt es: „Die eschatologische Spannung, welche Eucharistie wachruft, drückt die Gemeinschaft mit der himmlischen Kirche aus und stärkt sie“ (EE, Nr. 19), und an anderer Stelle: „Wahrhaftig ist die Eucharistie ein ‚mysterium fidei‘, ein Geheimnis, das unser Denken übersteigt ...“ (EE, Nr. 15). Der Papst mahnt hier wie die deutschen Bischöfe zur Friedensförderung (EE, Nr. 20) sowie zu einer Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den Völkern, die aus der christlichen Friedenshoffnung erwächst.

Christliche Ethik und Caritas

Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, äußert zu den Ergebnissen von „Perspektive Deutschland“ kritisch: „In der Umfrage steckt ein folgenreicher Fehler: Sie trennt Werke wie Caritas und Diakonie, mit denen die Menschen offenbar recht zufrieden sind, von den Kirchen selbst. Doch das soziale Engagement gehört untrennbar zum Glauben. Bringt man Religion und soziale Erneuerung zusammen, dann funkt es.“ Der innere Zusammenhang von christlicher Ethik und Caritas – so der Moraltheologe Franz Böckle – besteht darin, Menschen in Not zu helfen und menschliches Leid zu mindern. **Soldatisches Handeln kann auch als eine Form sozialen Handelns wahrgenommen und legitimiert sein, gerade in humanitären Auslandseinsätzen.**

Fortsetzung auf Seite 56 u.

„... und nichts als die Wahrheit!“

Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen nur Vorwand für Irak-Krieg?

Wie aktuell dieser Beitrag von Böhler ist und welches Verwirrspiel mit der angeblichen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen Bagdads als Vorwand für den Irak-Krieg getrieben wird, zeigt eine Meldung der Rheinischen Post aus Düsseldorf vom 5. August 2003 in der Rubrik „Politische Umschau“. Unter der Quellenangabe ap (Associated press, die Red.) ist zu lesen: „Schwedische Rüstungsexperten wollen bei einem nicht-offiziellen Besuch im Irak Spuren von verbotenen Waffenprogrammen gefunden haben. Das teilte der Leiter der Delegation mit, ein Mitarbeiter der schwedischen Behörde für Verteidigungsforschung. Sein Team sei auf Hinweise gestoßen, wonach Bagdad noch im vergangenen Jahr chemische und biologische Waffen hergestellt habe. Der Chef der Behörde widersprach allerdings: Es gebe keine neuen Erkenntnisse. Er kündigte einen Bericht an.“

Auch die Aussage von US-Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation vom 28. Januar 2003, der irakische Diktator Saddam Hussein habe sich erst vor kurzem erhebliche Mengen Uran aus Afrika (Niger, die Red.) beschaffen wollen, stellte sich als falsch bzw. aufgebauscht heraus. Dafür haben der CIA-Chef George J. Tenet – dies hätte „niemals in den Redetext aufgenommen werden dürfen“ – und die Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice des amerikanischen Präsidenten die Verantwortung übernommen. Am 4. August 2003 meldet die Rheinische Post unter Berufung auf einen Bericht der britischen Sunday Times, der Ministerpräsident von Niger, Hama Amadou, habe gesagt, dass sein Land nie mit dem Irak über Uranverkäufe verhandelt habe.

In der Untersuchung zum Selbstmord des britischen Biowaffenexperten aus dem Verteidigungsministerium David Kelly hat der beauftragte Lordrichter Brian Hutton am 1. August 2003 in London angekündigt, dass er auf jeden Fall Premierminister Tony Blair, Verteidigungsminister Hoon und den Pressesprecher Campbell als Zeugen laden werde. Dabei gehe es besonders um die Fragen: Wie genau hat die Regierung ihre Irak-Papiere verfasst? Und wer hat den Namen Kelly als BBC-Informanten über Fehler in den Papieren in die Öffentlichkeit gezerzt? (bt)

VOLKER W. BÖHLER

„Glauben Sie mir!“
Richard Perle¹⁾

Wo sind die gefürchteten Waffen?

Wochen sind nun seit dem Fall Bagdads vergangen, die emsige Suche nach den Massenvernichtungswaffen brachte kein Ergebnis, und die Koalition der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gerät mehr und mehr in Erklärungsnot, nicht nur im eigenen Land, sondern auch gegenü-

ber der „Koalition der Willigen“. In Raten leitet der US-Verteidigungsminister Rückzugsgefechte ein, kündigt heute an, die Armee-eigenen Waffeninspektoren zu verringern, um sie dann morgen auf 1400 Mann zu erhöhen, da man mehr Zeit bräuchte. Im Übrigen sei es ja auch denkbar, dass die nicht auffindbaren Waffen bereits vor Kriegsbeginn von den Irakern vernichtet oder außer Landes verbracht wurden.²⁾ Für diejenigen, die immer noch Zweifel an der Seriosität der vom Irak ausgehenden Bedrohung haben, fügte Rumsfeld hin-

zu, „Saddam Hussein habe die Produktion chemischer und biologischer Waffen in zivile Anlagen „eingebettet“ und nur auf Abruf (just in time delivery) fertigen lassen.“³⁾

Was Kritiker dieses Krieges schon immer vermuteten, tat der Stellvertreter von Verteidigungsminister Donald Rumsfelds, Paul Wolfowitz, gegenüber dem Magazin „Vanity Fair“ mit verblüffender Offenheit kund: Einer der Hauptgründe, die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen, wurde aus „bürokratischen Gründen ..., weil es eine Begründung war, auf die sich jeder verständigen konnte“, in den Vordergrund geschoben.⁴⁾ Die Gründe aber seien vielfältig, mit der todbringenden Bedrohung allerdings sei der Krieg besser zu rechtfertigen gewesen.⁵⁾ Als bislang weitgehend unbekannten Kriegsgrund fügte Wolfowitz hinzu, dass man nach einem Sieg im Irak die auf unsicherem saudi-arabischen Territorium stationierten US-Truppen endlich abziehen könne.⁶⁾ Rumsfeld wird über seinen schwadronierenden Vize kaum erfreut gewesen sein; so versuchte Wolfowitz in einem Interview mit der „Washington Post“ den Glaubwürdigkeitsschaden einzugrenzen: „Präsident Bush sei vor allem über die Verbindung zwischen Massenvernichtungswaffen und Terrorismus besorgt gewesen.“⁷⁾ Gerade dieser Grund konnte bis heute auch nicht belegt werden und wird im eigenen Lager von einer bislang Fahnen-patriotisch ausgerichteten Opposition mehr und mehr angezweifelt.

So wirken Bushs Hinweise auf zwei Lkw, die als mobile Labore genutzt werden könnten und die Entdeckung eines „verbotenen Waffensystems“, eher hilflos als seriös.⁸⁾ In seiner simplifizierten Schwarz-Weiß-Sicht hat der Präsident auch keine Bedenken, historische Analogien für den „Kampf gegen das Böse“, den „Schurkenstaat“ Irak, als Rechtfertigungsgrund heranzuziehen, so geschehen während seiner Polen-Reise beim Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz.⁹⁾

Anfang Juni betonte Paul Wolfowitz während der arabischen Sicher-

Fortsetzung von Seite 55

sätzen oder etwa bei der Bekämpfung des Oderhochwassers. Eben deshalb hat im Ergebnis das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ 20 Jahre nach seiner Veröffentlichung in ihren zentralen inhaltlichen Aussagen zur christlichen Ethik nichts an Aktualität, Brisanz und Gültigkeit verloren, wenn es heißt: „Der Friede wächst aus der Gerechtigkeit: Opus iustitiae pax – das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein.“ □

heitskonferenz in Singapur nochmals, dass es bei der Intervention im Irak neben Massenvernichtungswaffen vor allen Dingen um die Terrorbekämpfung und die Befreiung des irakischen Volkes gegangen sei. Auf die Frage, warum Nordkorea, das nach eigenem Eingeständnis über erste Nuklearwaffen verfügt, anders behandelt wird als der Irak, antwortete Wolfowitz: „Betrachten wir es einmal ganz simpel. Der wichtigste Unterschied zwischen Nordkorea und dem Irak ist der, dass wir wirtschaftlich einfach keine Wahl im Irak hatten. Das Land schwimmt auf einem Meer von Öl.“¹⁰ Honi soi, qui mal y pense!¹¹

Unpatriotische Fragen

Auch wenn in den USA eine Kritik an der Administration in Krisenzeiten als unpatriotisch gilt und das Medieninteresse an einer möglichen Manipulation des Geheimdienstes durch die Regierung oder umgekehrt eher als gering einzustufen ist, so werden nun doch Fragen und Kritik laut. Die „New York Times“ erinnert gar an den Hollywoodstreifen „Wag the Dog“, in dem ein imaginärer US-Präsident seinen Geheimdienst eine tödliche Bedrohung erfinden lässt, um einen Präventivkrieg zu inszenieren, der die Öffentlichkeit vor eigenen Skandalen ablenken soll, und kommt zu dem vernichtenden Urteil, dass „das meiste, was uns an Begründung für den Krieg vorgelegt wurde, Fiktion gewesen ist“.¹²

Die demokratische Abgeordnete Jane Harman spricht vom „größten Geheimdienstskandal der US-Geschichte“, der „die Glaubwürdigkeit der Regierung massiv erschüttern wird“.¹³ Der demokratische Senator Jay Rockefeller stellte gar die Frage, warum man den UN-Waffeninspektoren nicht mehr Zeit zugestanden hätte, wenn doch die Waffen so gut versteckt seien, und forderte eine Untersuchung zu den stümperhaft gefälschten Dokumenten, die einen vom Irak beabsichtigten Urankauf in Niger belegen sollten.¹⁴ Der „New York Times“ zufolge soll sich eine Gruppe von CIA-Angehörigen in einem Brief an den Präsidenten darüber beschwert haben, dass „nie zuvor entstellte Informationen so systematisch dazu verwandt wurden, unsere gewählten Repräsentanten in

die Irre zu führen, sodass sie einen Krieg autorisierten“.¹⁵ Außenminister Colin Powell legte Wert auf die Feststellung, dass er die CIA-Berichte „mehrere Nächte“ persönlich überprüft habe, schließlich hat er ja seine Schlussfolgerungen aus diesem Studium in jener denkwürdigen Februarwoche seinen überwiegend skeptischen Kollegen im Weltsicherheitsrat vorgetragen und versucht, einen Beweis für einen ernsthaften Verstoß gegen die Resolution 1441 vorzulegen.

Darauf vertrauend, dass kritische Stimmen im eigenen Land eher die Ausnahme bleiben, fahren die Neokonservativen mit ihrem bisherigen Rechtfertigungskurs fort, erfinden beinahe täglich neue Gründe und versuchen, die Gegner dieses Krieges zu diskreditieren. So erklärte Wolfowitz am 31. Mai gegenüber dem Sender CNN: „Wenn man jemandem zynische Missachtung von Tatsachen und den Leiden der Iraker vorwerfen könne, dann gelte das für die Franzosen im Allgemeinen, für Jacques Chirac im Besonderen“.¹⁶ Dabei geht völlig unter, dass die Resolution 1441 nicht den Sturz des Tyrannen Saddam Hussein forderte, sondern seine Entwaffnung, falls es denn Massenvernichtungswaffen tatsächlich gegeben hätte.

„Right or Wrong“?

Bushs Juniorpartner Blair dagegen schlägt eisiger Wind ins Gesicht. Die BBC berichtete am 29. Mai, die von Washington und London vorgelegten Dossiers seien „manipuliert gewesen, um die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Angriffs zu überzeugen“.¹⁷ Unter Berufung auf einen ungenannten Regierungsvertreter behauptet die BBC, „London habe das Geheimdienstossier vom September 2002 vor seiner Präsentation durch Blair umschreiben lassen, damit es „sexier“ wirke; Ziel sei es gewesen, die Militäraktion besser zu verkaufen“.¹⁸ Insbesondere habe Blair die Passage hinzufügen lassen, nach der der Irak in der Lage sei, binnen 45 Minuten einen Angriff mit biologischen oder chemischen Waffen zu beginnen.¹⁹ Erinnern wir uns: Eines von Blairs Dossiers war in umfangreichen Teilen aus einer zwölf Jahre alten Examensarbeit eines Studenten abgeschrieben worden.²⁰

Sichtlich verärgert machte sich Blairs ehemaliger Außenminister Robin Cook Luft: „Man hat uns gesagt, dass Saddam Waffen hat, die in 45 Minuten einsatzbereit sind; jetzt ist der Krieg 45 Tage vorbei und wir haben immer noch nichts gefunden“.²¹ Der ehemalige Kabinettsminister Tony Benn meinte im Sender LBC zornig: „Der Premierminister hat uns belogen; der ganze Krieg war auf einer Unwahrheit aufgebaut“.²² Die wegen des Irak-Krieges zurückgetretene Entwicklungsministerin Claire Short schlug in die gleiche Kerbe; der Premierminister habe „die Nation zum Narren gehalten und durch Verfälschung von Geheimdienstmaterial versucht, ein Gefühl von Dringlichkeit zu schaffen“.²³

Die britische Tageszeitung „Observer“ kommentiert Blairs Dilemma wie folgt: „... der Verdacht ist eher, dass er seine eigene Überzeugung mit unangreifbaren Tatsachen verwechselt und dünne Beweise entsprechend aufgebauscht hat; nun sagt er implizit, für die Befreiung des Irak habe sich alles gelohnt; Völkermord ist ein Grund für eine Intervention, aber dieser Krieg ist auf einer anderen Grundlage geführt worden“.²⁴

Der außenpolitische Ausschuss des britischen Unterhauses beschloss Anfang Juni die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Sollten sich die Vorwürfe der Manipulation der Geheimdienst dossiers bestätigen, dann stehen Tony Blair schwere Zeiten ins Haus.

Exkurs

Während die Neokonservativen der Bush-Administration auch jetzt noch mit immer neuen Kriegsgründen überraschen, versuchen die Iraker, sich mit der neuen Freiheit zu arrangieren. Nun rächt sich, dass über den Irak nach Saddam nur unzureichend nachgedacht, geschweige denn ein brauchbares Konzept vor Kriegsbeginn für den Wiederaufbau und die Demokratisierung entworfen wurde. Sechs Wochen nach dem Ende der größeren Kampfhandlungen versinkt das Land immer noch im Chaos und in Anarchie, während die Besatzungsmacht nicht in der Lage ist, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. Immerhin haben die Plünderungen nachge-

lassen, da es nichts Lohnenswertes mehr zu plündern gibt. Die Strom- und Wasserversorgung ist nach wie vor völlig unzureichend, es fehlt an einer ausreichenden medizinischen Versorgung. Die neuen irakischen Machteliten, seien sie aus den USA, aus Europa oder dem Iran zurückgekehrt, streiten um Macht und Einfluss; die kurdischen Hilfstruppen aus dem Norden wollen genauso ihren Anteil an der Macht wie die shiitischen Eiferer, die nach dem Gottesstaat rufen.

Die Iraker selbst haben sich so ihre Befreiung nicht vorgestellt. „Bagdad besteht heute nur noch aus Räubern oder Opfern und die Amerikaner sind unfähig, Ordnung zu schaffen“, so ein irakischer Intellektueller.²⁵⁾ Rumsfelds Reaktion auf die Gesetzlosigkeiten und Übergriffe sei hier in Erinnerung gerufen: „Freiheit ist unordentlich ... freien Menschen steht es frei, Fehler und Verbrechen zu begehen.“²⁶⁾

Der erste US-Administrator, Gay Garner, wurde zwischenzeitlich abgelöst, da die Anfangsphase der Stabilisierung und des Wiederaufbaus „inadäquat“ gewesen sei.²⁷⁾ Auch unter dem neuen Administrator Paul Bremer gibt es wenig Fortschritt; die Straßen sind unsicher, alte „Rechnungen“ werden immer noch beglichen, der Widerstand gegen die Besatzungsarmee nimmt zu und die

Zahl der Todesopfer amerikanischer Soldaten steigt. Im Süden, in der britischen Basra-Zone, musste die provisorische irakische Verwaltung aufgelöst werden, da sie von Anhängern der Baath infiltriert war. Ein Militärverwalter hat inzwischen das Kommando übernommen. Bremer hat die Wahl einer neuen irakischen Regierung zurückgestellt und strebt einen repräsentativen Rat an, der von ihm ernannt wird.²⁸⁾ Allmählich wird auch der Bush-Administration klar, dass man nicht eben mal ein verbrecherisches Regime stürzt, Demokratie einführt und nach einem halben Jahr wieder gehen kann. Die „Koalition der Willigen“ tut gut daran, sich auf eine lange Truppenpräsenz im Irak einzustellen und die „Unwilligen“ sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie nicht außen vor sind.

„Ein Gebot der Weisheit ist es, internationalen Regeln zu folgen“

Der „Koalition der Willigen“ blieb die Zustimmung für ihren Krieg versagt; für ihr Besatzungsregime hat ihnen der Sicherheitsrat zähneknirschend seinen Segen erteilt und auf eine stärkere Einflussnahme im Hinblick auf den infrastrukturellen Wiederaufbau und die Verteilung der bald wieder sprudelnden Petrodollars verzichtet. Diese Entschei-

dung war richtig, ging es doch darum, einem durch eine schlimme Diktatur, durch ein unmenschliches Sanktionsregime und durch einen ungerechtfertigten Krieg geschundenen Volk wieder auf die Beine zu helfen. Als nachträgliche Legitimation eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges kann die neue Resolution nicht verstanden werden. Dies hat auch der französische Präsident Jacques Chirac trotz aller Nettigkeiten auf dem G8-Gipfel in Evian in seiner Abschlusskonferenz nochmals deutlich gemacht: Dieser Krieg war „illegitim und illegal, ... ein Gebot der Weisheit sei es, internationale Regeln zu haben und diesen zu folgen.“²⁹⁾

Es scheint, als habe es in diesem Krieg keine Sieger, wohl aber eine ganze Anzahl von Verlierern gegeben. Einer von ihnen ist die Wahrheit. Der liederliche Umgang mit der Wahrheit rückt die Weltmacht USA und ihre Koalition in ein trübes Licht. So bleibt zu hoffen, dass es dann, wenn der Iran, Syrien oder ein anderer „Schurke“ auf der Agenda stehen, nicht nochmals zu einer Nagelprobe zwischen dem „alten und dem neuen“ Europa kommt. Nur dann, wenn Europa mit einer Stimme spricht, kann es – trotz aller Höflichkeitsfloskeln in Evian – gelingen, einen bescheidenen Einfluss zur Mäßigung einzubringen.

Anmerkungen und Quellen

- 1) Laurent, Eric, Die Kriege der Familie Bush, S. Fischer Verlag GmbH, 3. Auflage März 2003, Frankfurt a.M., S. 132 u. 133: Richard Perle auf die Frage des Journalisten David Corn, welche Beweise er habe, dass Saddam eine unmittelbare Bedrohung für die USA darstelle.
- 2) Diederichs, Friedemann, „Die meisten Kriegsgründe sind Fiktion gewesen“, Schleswig-Holsteinische Landeszeitung (S-H LdZtg), P2, 2. Juni 2003
- 3) Schmitt, Uwe, Wolfowitz wehrt sich gegen Vorwürfe, Die Welt, S. 7, 3. Juni 2003
- 4) Schmitt, Uwe, „Der größte Geheimdienst-Flop aller Zeiten“, Die Welt, S. 6, 31. Mai 2003
- 5) Diederichs, Friedemann, Für dumm verkauft, S-H LdZtg, S. 2, 31. Mai 2003 ebd.
- 6) DW, Alliierte bringen sich in Erklärungsnot, Die Welt, S. 1, 31. Mai 2003
- 7) Diederichs, Friedemann, „Die meisten Kriegsgründe sind Fiktion gewesen“, S-H LdZtg, P2, 2. Juni 2003

- 9) Diederichs, Friedemann, Wolf im Schafspelz, S-H LdZtg, S. 2, 2. Juni 2003 und up, Geschichtsunterricht in Auschwitz, Welt am Sonntag, 1. Juni 2003
- 10) Mühlmann, Sophie, Im Fall Nordkorea setzt Wolfowitz auf die Anrainer, Die Welt, S. 7, 2. Juni 2003
- 11) „Verflucht sei, der Schlechte dabei denkt“. Wahlspruch des höchsten britischen Ordens, des Hosenbandordens.
- 12) Diederichs, Friedemann, „Die meisten Kriegsgründe sind Fiktion gewesen“, S-H LdZtg, P2, 2. Juni 2003
- 13) ebd.
- 14) Schmitt, Uwe, „Der größte Geheimdienst-Flop aller Zeiten“, Die Welt, S. 6, 31. Mai 2003
- 15) ebd.
- 16) Schmitt, Uwe, Wolfowitz wehrt sich gegen Vorwürfe, Die Welt, S. 7, 3. Juni 2000
- 17) Thomas, Eric, Wo sind Saddams gefürchtete Waffen?, S-H LdZtg, S. 6, 31. Mai 2003
- 18) ebd.

19) ebd.

- 20) Thibaut, Matthias, Iraks Waffen: Fischer mahnt Blair zur Wahrheit, Der Tagesspiegel, S. 5, 2. Juni 2003
- 21) Thomas, Eric, Wo sind Saddams gefürchtete Waffen? S-H LdZtg, S. 6, 31. Mai 2003
- 22) AP, Bush und Blair in Nöten, Die Welt, S. 4, 30. Mai 2003
- 23) Thibaut, Matthias, Iraks Waffen: Fischer mahnt Blair zur Wahrheit, Der Tagesspiegel, S. 5, 2. Juni 2003
- 24) Aus anderen Blättern, Kurze Beine, Der Tagesspiegel, S. 6, 2. Juni 2003
- 25) Cerha, Birgit, In Bagdad schmeckt die Wahrheit bitter, Rheinischer Merkur, S. 7, 29. Mai 2003
- 26) Schmitt, Uwe, Eisiger Gegenwind im US-Senat für Bush, Die Welt, S. 5, 24. Mai 2003
- 27) ebd.
- 28) Posener, Alan, Das Irakische Experiment, Die Welt, S. 8, 3. Juni 2003
- 29) Hehn, Jochen und Kielinger, Thomas, Chirac nennt Irak-Krieg in Evian erneut „illegitim und illegal“, Die Welt, S. 6, 4. Juni 2003

SACHAUSSCHUSS „SICHERHEIT UND FRIEDEN“

Erkenntnisse aus dem Irak-Krieg

Auf seiner November-Sitzung in Berlin befasste sich der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ mit Aspekten und Ergebnissen des Irak-Krieges.

1. Geopolitische Rahmenbedingungen

Zur Einführung wurde eine landeskundliche Bewertung – Geografie, Geschichte, Bevölkerung, Verkehr, Wirtschaft/Versorgung – gegeben.

Als wesentliche innenpolitische Konfliktfelder wurden benannt: die Auswirkungen des VN-Embargos (Unterernährung, Kindersterblichkeit, unzureichende medizinische Versorgung, Verarmung, Schwarzhandel, Schmuggel), die türkische Wasserentnahme aus Euphrat und Tigris, die große Zahl von Flüchtlingen, die hohe Erdbebengefährdung. Andererseits gebe es kaum noch türkische Militäraktionen gegen die PKK auf irakischem Gebiet. Die Folge dieser Problembereiche ist ein hohes Unzufriedenheitspotential.

Diskussionspunkte:

- Die Wasserzufuhr aus der Türkei ist eher für Syrien als für den Irak ein Problem
- Irak verfügt weltweit über die zweitgrößten bekannten Erdölvorräte
- Das VN-Embargo war moralisch fragwürdig und politisch wirkungslos
- Das Konfliktpotential in und um den Irak berührt auch Europa (Türkei als NATO-Land, Nähe zu Israel, Irak als Teil des „Krisenhalbmondes“ von Nordafrika bis zum Mittleren Orient)
- Das US-Engagement im Irak (und in Afghanistan) ist auch in einem geopolitischen Interesse begründet (Einflussraum Asien mit der aufsteigenden Weltmacht China)

2. Politische, geopolitische und strategische Aspekte des Irak-Krieges

Hierzu wurden die Schritte der US-Einflussnahme auf die strategisch wichtige Region Vorderer und Mittlerer Orient seit dem Rückzug Großbritanniens aus dem Gebiet „east of Suez“ 1968 dargestellt. In dieser Zeit gab es drei US-Interventionen:

- 1987/88 die Unterstützung des Irak im Krieg gegen den Iran,
- 1991 den 1. Golfkrieg,
- 2003 den Irak-Krieg.

Die widersprüchlichen irakischen Stellungnahmen (gem. SR-Res. 687 und Res. 707) zum Besitz von Bio-Waffen und die Schlussfolgerungen der 18 internationalen Experten aus 15 Nationen im März 1998 führten zu dem Bild, dass der Irak keine vollständige Darstellung seiner Bestände und Absichten gegeben habe.

- US-Kriegsziele:

Wechselnde Begründungen:

Regimewechsel,
Zwangsabrüstung,
Stabilisierung der Region,
Auflösung des israelisch-palästinensischen Konflikts,
Zugang zum Öl und
Eindämmung des Terrorismus.

Der Irak habe demgegenüber versucht, den Kriegsbeginn hinauszuzögern und dann die Verteidigung auf die schwer zu erobernden Bevölkerungszentren zu konzentrieren.

- Fortbestehende schwerwiegende Risiken: das Wegtauchen der politischen Führung, das Fehlen einer offiziellen Kriegsbeendigung, die Gefahr weiterer Terroranschläge, das Fehlen starker US-Truppen-Reserven, die vergebliche Suche nach B- und C-Waffen, die unzureichende Kontrolle der kurdischen Kräfte.
- Weitere Risiken, die zu einem grundsätzlichen Sicherheitsproblem in der gesamten Region führen: das „irakische Sicherheitsdilemma“ (ein schwacher Irak als Beute des Iran, ein starker Irak als Sicherheitsrisiko für die Nachbarn), das iranische Nuklearprogramm, die inneren Unruhen in vielen Ländern des Golf-Kooperationsrates.

Vor diesem Hintergrund sei es äußerst schwierig, die Sicherheit in der Region zu organisieren: Ohne Einbeziehung der Länder des GCC wird keine regionale Sicherheit herstellbar sein. Dabei sind wichtige Fragen: Wie und auf welche Art sind

die einzelnen Länder der Region einzubeziehen, welches soll die Rolle der USA sein, wie können Transparenz und Vertrauen aufgebaut, Rüstungskontrolle und Kooperation erreicht werden?

In der Gesamtsicht des Irak-Krieges verbleiben folgende Risiken:

- Vertiefung des Nord-Süd-Konfliktes,
- Entfremdung USA – Europa,
- Rückentwicklung der globalen Ordnungssysteme von einer Rechts- zu einer Machtordnung,
- Schwächung von VN und NATO,
- Veränderung des Völkerrechts,
- Rüstungsspirale bei den sog. „Schurkenstaaten“,
- Schwächung des innereuropäischen Zusammenhalts.

Diskussionspunkte:

- USA entziehen sich der Durchsetzung des Völkerrechts und verweigern den VN eine zentrale Rolle für den Wiederaufbau.
- USA weisen der NATO eine neue Rolle zu: nicht mehr als „gleichwertige“ Allianz mit gleicher Stimme aller Partner, sondern mehr als ein „Sicherheitspool“ aus dem dann mit „coalitions of the willing“ die geeigneten Partner für US-Aktionen ausgewählt werden. Die NATO als „Wertebündnis“ verliert an Bedeutung.
- Deutschland hat durch seine Politik der Verweigerung jeglicher Teilnahme – auch an UN-Aktionen – gegen den Irak zur Entfremdung von den USA, zur Schwächung der NATO und auch Uneinigkeit in Europa beigetragen
- Offen ist, ob die USA auch in Zukunft die sicherheitspolitische Einigung Europas fördern werden. Es gibt Anzeichen, dass es hier ein Umdenken geben könnte, wonach die USA den europäischen Einigungsprozess möglicherweise bremsen könnten, entsprechende Artikel (z.B. im „Weekly Standard“) zirkulieren bereits in den USA.
- wichtig ist, ein klares Interessenprofil und Handlungsmaßstäbe für ein deutsches militärisches Engagement im Ausland zu entwickeln (genannt wurden: Europäischer Rahmen, Nähe zu den USA, Vorliegen eines VN-Sicherheitsmandats, Unterstützung einer VN-Initiative,

Beachtung ethischer Grundsätze: Alle diese Punkte bezeichnen zugleich deutsche Interessen).

- Schwierigkeit, in der Öffentlichkeit internationale Einsätze der Bundeswehr zu erklären (mögliche Ansätze: Globalisierung der Risiken, prinzipiell geografisch nicht begrenzbar Pflicht zu humanitärer Hilfe und zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus.)

3. Erkenntnisse aus dem Irak-Krieg

Es wurde zu wesentlichen militärischen Erkenntnissen aus dem Irak-Krieg vorgetragen:

- Im Vergleich zu früheren Kriegen wurde mit geringeren Kräften ein größerer Raum in kürzerer Zeit erobert, vor allem durch Fortschritte in der vernetzten Kriegführung (Digitalisierung, nahezu Echtzeit-Lagebild, Flexibilität, hohes Angriffstempo, Beeinträchtigung der gegnerischen Führungsfähigkeit, effektives Feuer durch digitalen Verbund, echte „joint“-Kriegführung).
- Für die Soldaten ergeben sich unterschiedliche Aufgaben in enger zeitlicher Verknüpfung: Kampf – Sicherheitskontrolle – humanitäre Hilfe.
- Lehre für die Bundeswehr: Bedarf an unterschiedlichen Verbandstypen: Eingreifkräfte (mit der Fähigkeit zur vernetzten Kriegführung) und Stabilisierungskräfte (ohne die Fähigkeit zur vernetzten Kriegführung); höchste Priorität für Führungsfähigkeit sowie Nachrichtengewinnung und Aufklärung.
- Einzelerkenntnisse aus der amerikanischen Kriegführung: gepanzerte Kräfte bleiben in einer wichtigen Rolle, Hubschrauber-Einsatz sehr schwierig, Herausforderungen bei der Logistik, neue Bedeutung der Auftragstaktik und des „freien Führens“.
- Nach Kriegsende: US-Kräfte mglw. weniger gut vorbereitet als britische für „nation building“..
- Lehren für die Bundeswehr: Betonung streitkräftegemeinsamer Operationen, Herstellung der Interoperabilität mit Verbündeten, Bestätigung der Grundsätze für die Operationsführung, Bedarf an „mittleren Kräften“ (luftverlastbar, hoher Schutzfaktor durch Panzerung, schnell verfügbar)

Diskussionspunkte:

- Kampf gegen Terroristen und Kampf in städtischer Umgebung müssen berücksichtigt werden.
- Umsetzung moderner Konzepte in der Bundeswehr durch Finanzlage bestimmt.
- Aufgabenteilung unter europäischen Verbündeten problematisch, solange eine echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fehlt.

4. US National Security Strategy

Hier wurden Grundzüge der US National Security Strategy erläutert. Jeder US-Präsident hat dem Kongress ein Strategie-Dokument über seine sicherheitspolitischen Ziele und Zukunftsplanungen vorzulegen. Präsident George W. Bush tat dies am 20. September 2002. Das Dokument enthält außer der Einleitung mit Prämissen für die amerikanische Politik acht Kapitel, die sich im Sinne eines umfassenden Sicherheitsverständnisses mit den Bereichen Entwicklungshilfe und Demokratisierung, Welthandel und Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, regionalen Konflikten, Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der neuen sicherheitspolitischen Lage, der Zusammenarbeit mit Europa und den Beziehungen der USA zu den Großmächten beschäftigen. Das Papier macht deutlich, wie sich die USA die künftige Weltordnung vorstellen, was die amerikanischen Werte und Interessen sind und wie die außenpolitischen Interessen der USA wahrgenommen werden sollen.

Aus diesem und anderen Texten geht hervor, dass sich die USA in der Verpflichtung sehen, eine neue Weltordnung zu schaffen („The great strength of this nation must be used to promote a balance of power that favors freedom“.)

- Als Hauptaufgaben sehen die USA: Förderung der Menschenwürde durch politische und wirtschaftliche Freiheit, Sicherheit vor Terrorismus und Massenvernichtungswaffen, das Engagement in Konfliktzonen in Kooperation mit Verbündeten und die Kooperation mit den globalen Machtzentren.
- US-Interessen: Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Bevölkerung; Verhinderung feindlicher regionaler Koalitionen und hegemonialer Mächte;

ungehinderter Zugang zu Schlüsselmärkten, Energiequellen und strategischen Ressourcen; Abschreckung, notfalls Niederwerfung jeder gegnerischer Aggression gegen die USA oder ihre Freunde; Schutz der Freiheit der Meere, des Luft- und Weltraums und der wichtigen lines of communication.

- Bedrohung aus US-Sicht: Geografische Lage der USA ist kein Schutz mehr; Bedrohung durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit moderner Technologie; Russland und China können sich zu einer Bedrohung entwickeln; neue (asymmetrische) Konfliktformen; Verknappung der Ressourcen.

Als zentrales Problem stellte man fest, dass sich die USA die Prävention gegen entstehende Bedrohungen mit Gewaltmaßnahmen vorbehalten und dadurch die Gefahr besteht, das geltende Völkerrecht auszuhöhlen: „America will act against such emerging threats before they are fully formed.“ Die völkerrechtlich zulässige Präemption gegen eine direkte, unmittelbare Bedrohung soll ausgeweitet werden, indem der Begriff „unmittelbare Bedrohung“ an „Fähigkeiten und Ziele des Gegners angepasst“ wird. Der in dem Dokument genannte Begriff „preemption“ wird dort „verdeckt“ verwendet, es handelt sich tatsächlich um Prävention mit militärischer Gewaltanwendung.

Die NATO soll aus US-Sicht in die Pflicht genommen werden und in der Lage sein, „to act wherever our interests are threatened, creating coalitions under NATO's own mandate as well as contributing to mission-based coalitions.“

Diskussionspunkte:

- Die Inhalte der amerikanischen Strategie sollten von einer Redaktionsgruppe des Sachausschusses für die GKS-Kreise aufbereitet werden, z.B. durch einen Artikel im AUFTRAG.
- Der SA SF sollte Anfragen zu einer europäischen Sicherheitspolitik formulieren.
- Die GKS-Erklärung zum Irak-Krieg soll im Sinne einer Bilanz bewertet werden. – Inhalt: Was war das Ziel der Erklärung; wie haben sich die Dinge entwickelt; welche unserer Forderungen gelten weiter; welche zusätzlichen Forderungen müssen wir stellen. (GKS)

Die Zukunft der europäischen Politik im Nahen Osten nach dem Irakkrieg

FELIX NEUGART^{*)}

1. Der Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit haben tief greifende Veränderungen in der sozialen und politischen Struktur des Irak ausgelöst. Der Krieg hat zur Auflösung des sunnitischen Zentrums und zum Aufstieg der Kräfte der Peripherie, der Schiiten oder der Kurden geführt. Auch Stammesführer, alte und neue Parteien sowie religiöse Institutionen stehen bereit, um das derzeitige Machtvakuum zu füllen. Dennoch ist das Netzwerk der Bürokraten, Stammesführer und alten Regimefreunde, das die Herrschaft Saddam Husseins kennzeichnete, bis zu einem gewissen Maße intakt geblieben, und dieses Netzwerk könnte seine Methode der informellen Kontrolle und Belohnung fortführen. Um ein repräsentatives und verantwortliches politisches System aufzubauen, werden die US-Streitkräfte für einige Jahre im Irak bleiben müssen. Dieses Vorhaben wird schwierige Fragen nach der Integration der irakischen Gesellschaft, dem Einfluss des jahrzehntelangen autoritären Regimes und den Auswirkungen der politischen Ökonomie aufwerfen.
2. Die EU sollte eine kohärente Strategie für den Irak als Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren entwickeln. Sie sollte außerdem für die Einhaltung internationaler Legalität als Leitprinzip im Übergangsprozess eintreten. Dieser sollte von einer multinationalen Task Force unter der Federführung der UN überwacht werden und einheimische Akteure zum frühestmöglichen Zeitpunkt mit einbeziehen. Der Aufbau eines inklusiven und verantwortlichen politischen Systems im Irak erfordert die Aufteilung der Öleinkommen unter den diversen Machtzentren, so dass ein System gegenseitiger Kontrolle geschaffen wird, welches die Wie-

- derherstellung einer starken, zentralisierten autoritären Herrschaft verhindert. Die EU sollte ihre europäischen Erfahrungen mit der Gestaltung neuer politischer Institutionen beisteuern und die Reform des Rechtssystems und der Strafverfolgung unterstützen. Darüber hinaus sollte sie den Aufbau der Zivilgesellschaft fördern und praktische Hilfe zu Demokratisierung, Menschenrechten und zivilem Konfliktmanagement anbieten.
3. Der Regimewechsel in Bagdad hatte weitreichende regionale Folgen. Der Regimewechsel und die neue Macht der Schiiten im Irak entsprechen zwar iranischen Interessen, doch das iranische Atomprogramm wird das Land auf Kollisionskurs mit Washington bringen. Syrien ist eingepfercht zwischen drei mächtigen US-Verbündeten. Es ist wahrscheinlich, dass es mit den Ländern der Koalition zu Spannungen über den Transformationsprozess im Irak kommen wird. Die beschädigten Beziehungen der Türkei zu den Vereinigten Staaten werden sich sicherlich wieder verbessern, obschon durch Differenzen in Bezug auf die irakischen Kurden erneut eine Krise ausgelöst werden könnte. Die erfolgreiche Herangehensweise an die Probleme Iraks bedarf einer regionalen Dimension. Der Irak sollte schrittweise in ein Sicherheitssystem mit Iran und anderen Golfstaaten eingegliedert werden, um so die Wahrnehmung des Iraks als Bedrohung abzumildern und jeden Versuch, die Region erneut zu dominieren, zu unterbinden. Der Irak sollte Teil einer aufzubauenden Freihandelszone mit seinen arabischen Nachbarn im Mashrek werden, zu denen er wichtige ökonomische und kulturelle Beziehungen unterhält.
4. Der Regimewechsel in Bagdad hat eine neue Möglichkeit der Befriedung des andauernden israelisch-

palästinensischen Konflikts eröffnet. Sollte die Durchsetzung der Zwei-Staaten-Lösung scheitern, wird die demographische Entwicklung dem Konflikt südafrikanische Züge verleihen und eine Lösung noch schwieriger machen. Die Roadmap stellt eine signifikante Verbesserung dar, weil sie einen sicherheitsorientierten Ansatz, eine umfassende politische Perspektive und die Reform der palästinensischen Institutionen kombiniert. Trotz dieser Vorteile basiert die Roadmap auf einer Phaseneinteilung, die den Extremisten in die Hände spielen wird, und sieht keine starke internationale Beteiligung an dem Prozess vor. Das Quartett sollte auf der Umsetzung der Roadmap bestehen und beide Seiten davon überzeugen, dass Angriffe auf Zivilisten den Friedensprozess zerstören. Außerdem sollte es die Einsetzung einer internationalen Streitmacht in Betracht ziehen und weiterhin Vorschläge zur Lösung der Endstatusfragen erarbeiten.

5. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft wird von drei tief greifenden Veränderungsprozessen beeinflusst werden. Erstens wird der EU-Beitritt von Zypern, Malta und möglicherweise der Türkei die Geometrie der Partnerschaft verändern und sie auf acht arabische Staaten sowie Israel reduzieren. Zweitens wäre nach dem Regimewechsel in Bagdad der Anschluss des Iraks an die Partnerschaft sinnvoll. Allerdings würde dies die geographische Grundlage der Euro-Mediterranen Partnerschaft noch fraglicher machen. Drittens wird die neue Nachbarschaftspolitik der EU den Nicht-Beitrittsländern eine Beteiligung am europäischen Binnenmarkt anbieten. Daher sollte die EU den Aufbau einer Euro-Nahost-Partnerschaft als Rahmen für diverse bi- und multilaterale Kooperationsgruppen ins Auge fassen. □

*) Der Verfasser ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Centrum für angewandte Politikforschung, München. Der Beitrag ist die Zusammenfassung eines Diskussionspapier der VIII. Kronberger Gespräche vom 10. - 12. Juli 2003, organisiert von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. – Das Diskussionspapier auf Heft-CD: <SiPol-FriedEthik\EU-Politik im Nahen Osten nach Irak-Krieg>.

„Leuchttürme für Afghanistan“ –

Gedanken von Generalleutnant Friedrich Riechmann zur Zivil-militärischen Zusammenarbeit in Afghanistan

KLAUS LIEBETANZ

Beim zweiten ressortübergreifenden Treffen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik hat der Befehlshaber des Einsatzführungskommando der Bundeswehr, Generalleutnant Friedrich Riechmann, einen Vortrag zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan“ gehalten. Im Folgenden gibt unser Autor und Fachberater für Katastrophenmanagement die wesentlichen Aussagen des Generals wieder.

Politische Grundlagen und Konzepte der Zivil-militärischen Zusammenarbeit

Zu Beginn seiner Ausführungen ging General Riechmann auf die politischen Grundlagen und Konzepte der Zivil-militärischen Zusammenarbeit ein. Seit 1990 kennzeichneten eine Bandbreite militärischer und nichtmilitärischer Risiken mit erheblichem Gewalt- und Eskalationspotential Szenarien sicherheitspolitischen Denkens. Unter dem Paradigma des Stabilitätstransfers sollten Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik zu Frieden und Sicherheit in der Welt beitragen. In den Vordergrund träten damit Krisenprävention und Deeskalation von Konflikten. Anhand einiger wichtiger Grundlagendokumente wies er darauf hin, dass auch der Einsatz von Streitkräften in einer Konfliktregion – wie z.B. Afghanistan – Bestandteil gesellschaftlicher Maßnahmen ist.

Agenda for Peace der Vereinten Nationen

Eine wichtige Grundlage für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland bilde die Agenda for Peace der Vereinten Nationen, in der die VN (1992) – nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten und verschiedenen großen internationalen Organisationen – die Stärkung der Fähigkeiten und Kapazitäten der Vereinten Nationen

- zur vorbeugenden Diplomatie
- zur Friedensschaffung (peace-making)
- zur Friedenssicherung (peace-keeping)
- und zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (post-

conflict peace-building beschlossen haben.

Wer die Agenda sorgfältig lese, werde erkennen, dass fast jeder Abschnitt, jeder Satz auf Erfahrungen der jüngsten, teilweise schmerzlicher Vergangenheit zurückzuführen sei.

Das Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland von 1994 bezeichnete die Agenda for Peace als „Kompass für die Weiterentwicklung der Vereinten Nationen“.

Die Agenda for Peace sei auch heute noch aktuell und wurde mit den Ergänzungen des Brahimi-Reports vom 21. August 2000 auf den neuesten Stand gebracht.

Verteidigungspolitische Richtli- nien (VPR) vom 21. Mai 2003

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien trügen den wesentlichen Aussagen der Agenda for Peace der Vereinten Nationen Rechnung. So in der Ziffer 44:

„Internationale VN-Friedensmissionen haben sich erheblich gewandelt. Sie reichen von den klassischen Blauhelmissionen über die Konfliktverhütung durch politische Aktivitäten und vorbeugende Truppenstationierung bis hin zum Einsatz bewaffneter Kräfte zur Eindämmung von Konflikten und zur Stabilisierung der politischen Lage. Immer häufiger geht es auch um die Beendigung innerstaatlicher Konflikte und die Wiederherstellung friedlicher Lebensbedingungen für die Bevölkerung. **Dafür benötigen Friedensmissionen ausgewogene militärische, zivile und polizeiliche Fähigkeiten.**“

Sowie in der Ziffer 83:

„Hilfeleistungen der Bundes-

wehr werden bei Vorliegen der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen subsidiär bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Inland sowie zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen und Katastrophenhilfe im Ausland erbracht. Solche Hilfsleistungen der Bundeswehr haben eine neue Qualität gewonnen. Sie werden im In- und Ausland unter Abstützung auf vorhandene Kräfte, Mittel und Einrichtungen gewährt. **Als Beitrag zum Wiederaufbau der gesellschaftlichen Ordnung und der Infrastruktur in Krisengebieten können sie als eigenständige Operationen durchgeführt werden.** Die Verfahren zur Durchführung derartiger Operationen sind im engen Zusammenwirken mit anderen staatlichen Institutionen und zivilen Hilfsorganisationen weiterzuentwickeln.“

Petersbergabkommen vom De- zember 2001 zur Zukunft von Afghanistan

In der Anlage I dieses Abkommens würden die Befugnisse der internationalen Sicherheitstruppe festgelegt. In Ziffer 3 dieses Schriftstücks hieß es: „**Diese Truppe wird dazu beitragen, die Sicherheit in Kabul und den umgebenden Gebieten zu gewährleisten. Diese Truppe könnte gegebenenfalls nach und nach auch in anderen Städten und weiteren Gebieten eingesetzt werden.**“ Und in Ziffer 4 hieß es ergänzend: „**Es wäre auch wünschenswert, dass diese Truppe Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur Afghanistans leistet.**“

Keine Suche der Bundeswehr nach neuen Aufgaben

General Riechmann habe absichtlich die wichtigsten politischen Grundlagen des Auftrages kurz dargestellt, um zu verdeutlichen, dass die Bundeswehr sich keine neue Aufgabe auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit suche. Die Streitkräfte hätten auch nicht die Absicht, irgendjemand zu verdrängen. Das Gegenteil sei der Fall, wie die Zuhö-

rer an seinen folgenden Ausführungen erkennen könnten.

Afghanistan: „A call for security“

(wechselseitige Abhängigkeit von militärischen und zivilen Engagement)

Im Juni dieses Jahres hätten sich 79 große internationale Hilfsorganisationen – darunter so renommierte Hilfsorganisationen wie Save the Children Fund, Oxfam, Human Rights Watch, Caritas Internationalis und Pax Christi International – mit einem Aufruf an die Internationale Gemeinschaft gewandt. Diese Hilfsorganisationen forderten in ihrem wohlbegründeten Aufruf eine Ausdehnung der NATO-Präsenz in Afghanistan, um die Situation der Zivilbevölkerung zu verbessern und ein ungestörtes Arbeiten der Hilfsorganisationen zu gewährleisten.

Keine Sicherheit ohne sichtbare Aufbauleistungen

Frieden, Entwicklung und ein bescheidener Wohlstand für alle seien nur in einem sicheren Umfeld möglich. Dazu wolle auch die Bundeswehr ihren Beitrag leisten. Der Bundestagsabgeordnete und sicherheitspolitische Sprecher Bündnis 90/Die Grünen Winfried Nachtwei käme in seinem abschließenden Reisebericht aus Afghanistan im August diesen Jahres ebenfalls zu dem Ergebnis: „Sicherheit und Wiederaufbau bedingen sich gegenseitig. Kein Aufbau ohne einigermaßen Sicherheit. Keine Sicherheit ohne sichtbare Aufbauleistungen.“

Forderung nach weiteren „Leuchttürmen“ der deutschen und internationalen Hilfe

Unter „Leuchttürmen“ verstehe der General Projekte, die der einfachen Bevölkerung das Leben schnell und wirksam erleichtern. Dazu gehörten unter anderem: Wiederaufbau von Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und der Trinkwasseranlagen. Des weiteren erwähnte er die Wirtschaftsförderung zur Schaffung von Beschäftigung, die Versorgung der Bevölkerung mit Energie und die Wiederherstellung von Bewässerungsanlagen. Insgesamt alle Projekte, die geeignet seien, das Vertrauen der Bevölkerung in eine bessere Zu-

kunft wachsen zu lassen. Längerfristige Projekte sollten dann mit der zu wählenden neuen Regierung vereinbart werden.

Ausdehnung des Bundeswehreinsatzes über Kabul hinaus

Die bisher geleistete Unterstützung sollte sich nicht auf Kabul und die nähere Umgebung der Hauptstadt beschränken, sondern müsste auf andere Gebiete in ganz Afghanistan so ausgedehnt werden, damit durch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau positive Entwicklungen ermöglicht würden und damit der politische Prozess für Afghanistan nicht in Gefahr geriete. Aufgrund der nach wie vor fragilen Sicherheitslage bedürfe es hierfür noch immer eines militärischen Schutzes in allen Regionen des Landes.

Ohne verstärktes ziviles Engagement scheitern die Streitkräfte

Andererseits seien sich die Soldaten sehr wohl bewusst, dass der Erfolg ihres Einsatzes wesentlich von einer großen deutschen und internationalen zivilen Initiative abhängig sei. Die Bundeswehr könne mit ihren militärischen Partnern das zivile Umfeld zwar sicherer machen; aber sie könne den Frieden nicht allein gestalten. Mit anderen Worten, ohne ein verstärktes ziviles Engagement in Afghanistan wäre auch ein Einsatz der Streitkräfte letztlich zum Scheitern verurteilt.

Erfahrungen

Bevor Riechmann auf die erweiterte Fortführung des Bundeswehrengagements zu sprechen kam, erläuterte er, was bislang – im allgemeinen aber auch aus militärischer Sicht – erreicht und welche situationsgerechten Erfahrungen die Bundeswehr gesammelt hätte.

Zunächst sei festzustellen, dass die Stabilisierung Afghanistans nach 23 Jahren Krieg und Bürgerkrieg auf der Basis des im Dezember 2001 auf dem Petersberg entwickelten Konzepts voran gekommen ist.

Beispiele

- AFG hat eine legitimierte Übergangsregierung,
- die Auswechslung einiger Provinzgouverneure sowie
- die Durchsetzung des Rückzugs Ismael Khans vom Posten des

Kommandierenden Generals des VI. AMF Korps in Herat sind erste Belege dafür, wie auch

- die erfolgreiche Durchführung der Währungsreform,
- die Rückkehr von 5 Millionen Kinder, darunter viele Mädchen, in die Schulen (3 Millionen von ihnen im letzten Jahr) und
- die freiwillige Rückkehr von ca. zwei Millionen Flüchtlingen nach AFG.

Aber auch durch unmittelbare militärische Unterstützung erzielte Erfolge seien vorzuweisen:

- Neben der Kernaufgabe von ISAF „Security Operations“ (z.B. Military Patrols und Joint Vehicle Checkpoints) leistete ISAF Unterstützung zur Sicherheit und Absicherung zahlreicher öffentlicher Ereignisse und Vorhaben in KABUL (stellvertretend sei hier die Emergency Loya Jirga im Juni 2002 erwähnt).
- ISAF entwickelte ein maßgeschneidertes Ausbildungsprogramm für die AFG Polizei auf der Strasse. Das Programm wurde zur Fortführung an die „International Police Training Mission“ übergeben.
- ISAF unterstütze bei der Festigung der Beziehungen zwischen GE Police Project und der AFG Border Police.
- Derzeit wird die Spezialisten-Ausbildung für die ANA (Afghan National Army) weiterentwickelt.
- Bei der im Petersbergabkommen als wünschenswert beschriebenen Unterstützung beim Wiederaufbau der Infrastruktur Afghanistans, wurde eine erfolgreiche Zusammenarbeit durch den Wiederaufbau von Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten sowie den Wiederaufbau der Polizei-Hauptquartiere praktiziert.

Ein auf Dauer sicherer afghanischer Staat ist noch nicht erreicht

Das Ziel eines stabilen, sicheren und auf Dauer lebensfähigen Staates, der nicht wieder zu einem „sicheren Hafen“ für Terroristen werden kann, sei noch nicht erreicht. Viele Bemühungen um eine weitere fortschrittliche Entwicklung scheiterten bisher an innerafghanischen Machtkämpfen und tribalen, ethnischen und religiösen Grundvorstellungen. Zum Beispiel könne das Fiskalmonopol des

Staates von der Zentralregierung bislang nur unzureichend umgesetzt werden. Mächtige regionale Machthaber in den Provinzen setzten die von ihnen erzielten Einnahmen nach eigenem Gutdünken ein. Dies hat unmittelbar zur Folge, dass der Regierung in Kabul keine Mittel zur Verfügung stehen, ein Gewaltmonopol in Form einer einsatzbereiten Armee oder einer funktionierenden Polizei aufzubauen, was wiederum die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den regionalen Machthabern bedingt.

„Provincial Reconstruction Teams (PRT)“

Für ein stabiles, lebensfähiges Afghanistan ist es daher unverzichtbar, dass sich staatliche Ordnung und wirtschaftliche Entwicklung über das ganze Land ausdehnen. Die USA haben hierzu im Rahmen der Operation Enduring Freedom das Konzept der sogenannten „Provincial Reconstruction Teams“ oder „PRTs“ entwickelt, in denen unter begrenztem militärischen Schutz zivile Wiederaufbauhilfe geleistet werden soll. In jeder der acht UNAMA-Regionen Afghanistans (United Nation Mission in Afghanistan) soll damit durch für die Bevölkerung erfahrbaren Wiederaufbau der Einfluss der Zentralregierung in Kabul gestärkt und der politische Prozess zur Stabilisierung des Landes voran gebracht werden.

Einsatz auf Beschluss des deutschen Bundestages

Des weiteren führte Riechmann aus, dass der Deutsche Bundestag am 24. Oktober die Fortsetzung und Erweiterung des deutschen Engagements an den internationalen Wiederaufbaumassnahmen in Afghanistan in Form eines erweiterten zivilen und militärischen Engagements in der Region Kunduz beschlossen hätte, nachdem – auf Bitten der afghanischen Regierung und auf deutsche Initiative – die VN das Engagement von ISAF auf Gebiete in ganz Afghanistan beschlossen hätten und vorab sich auch die NATO grundsätzlich bereit erklärt hätte, diese erweiterte Aufgabenstellung im Rahmen ihrer Führungsfunktion für ISAF anzunehmen. Die ersten 27 Soldaten seien am 25. Oktober in Kunduz eingetrof-

fen, um zunächst – in räumlicher Anlehnung an die bestehende US PRT – Basis – die schrittweise Verlegung weiterer Kräfte vorzubereiten.

Wesentlich stärker ausgeprägte zivile Komponente

Die Bundesregierung hätte im Konzept der „ISAF-Insel Kunduz“ die Grundgedanken des PRT-Ansatzes aufgenommen, sähe jedoch eine wesentlich stärker ausgeprägte zivile Komponente vor. Polizeiexperten des BMI würden sich um die Aufstellung, Ausbildung und Einsatzbereitschaft der Polizeikräfte bemühen, Beamte des Auswärtigen Amtes sollten den politisch-administrativen und rechtsstaatlichen Entwicklungsprozesse begleiten und fördern und Experten des BMZ würden die eminent wichtige Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung wahrnehmen.

Bundeswehr nur eine Komponente

Die Komponente Bundeswehr, werde in diesem ressortübergreifenden Team zur Erhöhung der Stabilität und Schaffung eines sicheren Arbeitsumfelds für die zivile Komponente im Einsatzraum unter Ausdehnung des Einflusses der Zentralregierung oder ihrer Nachfolgeorganisation beitragen.

Darüber hinaus sei es Absicht,

- den DDR-Prozess durch Nachrichtengewinnung und Aufklärung und Monitoring zu unterstützen (Disarmament, Demobilization, Reintegration),
- zukünftige weiterführende ANA-Ausbildung mit „embedded trainers“ durchzuführen und
- zur Überwachung eines geordneten Wahlverfahrens beizutragen.

Stärke und Auftrag der militärischen Komponente des PRT Kundus

Die Personalstärke der militärischen Komponente werde ca. 250 Soldaten betragen. Bis zu 100 Soldaten würden Verbindung zu den Gouverneuren der vier Provinzen um Kundus, zu den entsprechenden militärischen Führern und Polizeichefs halten. Die restlichen Soldaten würden damit beschäftigt sein, zweckdienliche Informationen zu sammeln, zu verarbeiten und dem gesamten integrierten PRT unter Federführung

des Auswärtigen Amtes zur Verfügung stellen. Außerdem werde ein Radiosender für die Afghanische Bevölkerung und für die zivilen Helfer betrieben. Eine Beteiligung am Wiederaufbau durch Bundeswehrkräfte erfolge nur als instrumentelle, subsidiäre Aufgabe, d.h. als eine den primär militärischen Zielsetzungen untergeordnete Funktion (Stichwort: *Force Protection* und *Akzeptanzerhöhung*). Eigene größere Hilfsprojekte durch die Bundeswehr hingen von der weiteren Entwicklung ausreichender Projekte durch zivile Helfer ab. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit solle der Koordinierung und/oder Sicherstellung von Unterstützungsleistungen für das zivile Umfeld dienen. Die Schutzleistung für die zivilen Wiederaufbaumaßnahmen könne die Weitergabe/Verbreitung von Informationen über verminten Gebiete, regelmäßige Informationen über die Sicherheitslage und sich entwickelnde potentielle Krisen sowie bei Bedarf die Gewährleistung des „Freedom of Movement“ umfassen.

Keine ständige Begleitung der zivilen Organisationen

General Riechmann betonte ausdrücklich, dass die Bundeswehr nicht daran denke, Personal von Internationalen Organisationen und Hilfsorganisationen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ständig militärisch zu begleiten und zu sichern. Diese Organisationen werden jedoch, wie die Bevölkerung, von dem sichereren Umfeld profitieren und genießen darüber hinaus die Rückfallposition einer Notfallunterstützung – einschließlich einer hoch qualifizierten medizinischen Komponente.

Konzertierte Aktion aller zivilen und militärischen Kräfte

Der Einsatz Deutschlands für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan fordere eine konzertierte Aktion aller zivilen und militärischen Kräfte der am Friedensprozess Beteiligten, den o.a. Bundesministerien, den staatlichen und zivilen Hilfsorganisationen und der Bundeswehr, um eine nachhaltige politische und wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Krisenregion zu erreichen.

In solchen komplexen Situationen dürfe es nicht um Konkurrenz,

sondern muss es um gegenseitige Ergänzung von militärischen/polizeilichen und zivilen/humanitären Elementen gehen. Wenn Riechmann für eine Symbiose beider Pole plädierte, dann nicht im Sinne einer unterschiedslosen Verschmelzung/Vermischung, sondern definitionsgemäß als Zusammenleben ungleicher Lebewesen zu gegenseitigem Nutzen.

Erwartungen an die Partner und Akteure des Friedensprozesses

- Eine frühest mögliche Zusammenarbeit und Abstimmung sowie möglichst gemeinsame Vorbereitung und transparente Organisation aller am Friedensprozess in AFG beteiligten DEU Kräfte zu praktizieren und zwar nicht allein in Bezug auf die technisch-organisatorische Koordination, sondern auch über Grundsätze und Standards der Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen,
- ideologische Bedenken zurückzustellen,
- mangelnde Kenntnisse der Gegenseite sowie Vorurteile und Berührungssängste zu verringern,
- bürokratische Zuständigkeitsantworten zu vermeiden und
- evtl. vorhandene Ressortegoismen zurückzudrängen.

Mit diesem Konzept ist es möglich, mit begrenzten Kräften große Wirkung zu erzielen und die Lebenssituation der Menschen vor Ort rasch, deutlich und nachhaltig zu verbessern.

Afghanen müssen ihre Probleme selbst lösen

General Riechmann betonte mehrfach, dass die Afghanen und insbesondere die in naher Zukunft gewählte Zentralregierung ihre Probleme, wie die Drogenbekämpfung und die vorhandene Kriminalität selbst lösen müssten. Sie würden allerdings beim Aufbau von geeigneten Polizeikräften, rechtstaatlichen Institutionen und eigenen Streitkräften durch die internationale Gemeinschaft unterstützt. Das persönliche Erlebnis, dass sich Frieden auszahle, würde die Unterstützung für politische Reformen und die Regierung in Kabul wachsen lassen und damit zum Entstehen eines funktionsfähigen, stabilen Staates Afghanistan beitragen. Alle, die in den Erkundungsmissionen vor Ort waren, teilten nach Auffassung des Generals diese Beurteilung.

„Schiefe Ebene“ zu Gunsten der afghanischen Zentralregierung

Langfristig ging Riechmann davon aus, dass sich auf der Zeitschiene eine „Schiefe Ebene“ abzeichnete, die zu Gunsten der Zentralregierung verlief. Mit jedem Monat, an dem zivile Projekte für die Bevölkerung, der Aufbau von effektiven afghanischen Polizeikräften und der afghanischen Streitkräfte (ANA) vorankämen, werde die Situation für die Zentralregierung und das gesamte Land stabiler. Deutsche Streitkräf-

te, ihre Verbündeten und die Masse der zivilen Helfer sollten Afghanistan erst verlassen, wenn der Prozess zu einer stabilen und nachhaltigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unumkehrbar geworden sei. Der General räumte allerdings ein, dass die Situation in Afghanistan ungleich schwerer sei als auf dem Balkan. Dies läge nicht zuletzt an dem großen kulturellen Unterschied der Regionen. Der Einsatz verlange von den deutschen Soldaten große Geduld und charakterliche Festigkeit, die auch bei punktuellen Schwierigkeiten und Katastrophen nicht aufgegeben werde.

Große Erwartungen an die Deutschen

Die Menschen in Kunduz setzten große Hoffnung auf ein deutsches Engagement in der Region. Deutsche Helfer und deutsche Soldaten seien dort äußerst willkommen und könnten auf breite Akzeptanz und Unterstützung rechnen. Dies schaffe eine gute Ausgangsposition für effektive Unterstützung. Diese enorme Erwartungshaltung berge aber auch die Gefahr einer Enttäuschung, wenn die deutsche zivile und internationale Hilfe zu schwach ausfallen würde und/oder zu lange auf sich warten ließe. General Riechmann plädierte am Ende seiner Ausführungen nochmals für eine große deutsche Anstrengung. Die Menschen in Afghanistan hätten diese Hilfe verdient.

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALE FRIEDENSEINSÄTZE:

Positive Bilanz

Das Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) hat ein Jahr nach seiner Gründung eine positive Bilanz gezogen. ZIF-Direktor Winrich Kühne verwies Ende September 2003 in Berlin darauf, dass inzwischen 79 Zivilisten an Einsätzen von EU und der OSZE beteiligt seien. Bis zu Jahresende steige die Zahl deutscher Wahlbeobachter auf insgesamt 500 seit September 2002. Derzeit arbeiteten Zivilisten bei Friedenseinsätzen als OSZE-Demokratisierungshelfer in Bosnien-Herzegowina oder als juristische Berater im Kosovo. Für die Wahlen in

Russland und Aserbaidshan stellte das ZIF insgesamt 150 Beobachter bereit. Als Beispiele gelungener Krisenprävention wird auf die Baltischen Staaten mit ihren großen russischen Minderheiten und auf Mazedonien verwiesen. In beiden Fällen habe eine Destabilisierung und der Ausbruch von Gewalt verhindert werden können. In nächster Zeit will das Zentrum eine Personalreserve von 1.000 Personen aufbauen.

Das ZIF hat die Aufgabe, ziviles Fachpersonal zu rekrutieren, in zweiwöchigen Trainingskursen praxisnah vorzubereiten und in enger Zusam-

menarbeit mit dem Auswärtigen Amt für internationale Einsätze bereitzustellen.

Die Beziehung zu Bundeswehr und Polizei mit denen das ZIF bei Training und Betreuung eng zusammenarbeitet, bezeichnete Kühne als ausgezeichnet.

Als besondere Probleme des Friedenseinsatzes nennt das ZIF den weiterhin ungeklärten Status der zivilen Einsatzkräfte im Gegensatz zu Militär und Polizei. Ferner müsse die Qualität bei der Auswahl noch verbessert werden. Problematisch sei auch die Rückkehr der Einsatzkräfte ins Berufsleben. Im Gegensatz zu skandinavischen Ländern, genießt der Friedensdienst bei der deutschen Wirtschaft noch kein Ansehen. (KNA)

Interkulturelle Kompetenz – eine Forderung für den Auslandseinsatz

KLAUS LIEBETANZ

Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag, den unser Autor und Fachberater für Katastrophenmanagement, Klaus Liebetanz, für die J9-Abteilung (Zivilmilitärische Zusammenarbeit, Ausland) des Einsatzführungskommando am 8. Mai 2003 in Potsdam hielt. Die Ausführungen beziehen sich im Wesentlichen auf Unterlagen des AT-Verbandes^{*)} für den Lehrgang „Praxisorientiertes Training für ausreisende Helfer in der humanitären Hilfe“ und auf Studienmaterial der Universität Alborg, die dänische Studenten für den europäischen Markt ausbildet. Der Beitrag ist stark gekürzt und soll der interkulturellen Sensibilisierung von Soldaten (wie auch zivilen Helfern, Kaufleuten, Missionaren, Diplomaten, Personal für Beobachtermissionen der OSZE, zivilen Friedensfachkräften) im Auslandseinsatz dienen.

Interkulturelle Kompetenz dient der Nachhaltigkeit von Projekten

Der zurzeit vorherrschende Einsatzauftrag der Bundeswehr, nämlich die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase (*post-conflict peace-building*) macht eine intensive Auseinandersetzung mit anderen Kulturen zwingend notwendig. Dies gilt in besonderer Weise für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit, um Missverständnisse zwischen Soldaten und lokalen Partnern oder gar einen kompletten Misserfolg zu vermeiden. Projekte, die nicht „inkulturiert“ werden, haben in der Regel kaum eine Chance auf Nachhaltigkeit. Hier kann im Wesentlichen auf die Erfahrung der europäischen Entwicklungshilfe zurückgegriffen werden. Milliarden von DM wurden dort anfangs buchstäblich in den Sand gesetzt, weil mit europäischem Denken

geplante Projekte von einheimischen Kulturen nicht angenommen wurden. Anfang der 70'er Jahre entwickelte die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) das Verfahren der „Zielorientierten Projektplanung“ (ZOPP), bei der die Partner vor Ort und deren Kultur von vorneherein in Zielfindung, Planung und Durchführung eingebunden wurden, um eine Nachhaltigkeit der Projekte zu erreichen.

Die eigene mentale Landkarte erkennen

Gewöhnlich sehen wir die Welt durch unsere eigene kulturell gefärbte Brille und gehen unbewusst davon aus, dass andere Menschen genauso denken müssten, wie wir selbst. Wir sollten uns deshalb Klarheit über unsere eigene mentale Landkarte gewinnen. Insofern dient die Beschäfti-

gung mit der interkulturellen Kommunikation auch der Selbsterkenntnis. In einem zweiten Schritt müssen wir lernen auch andere mentale Landkarten zu verstehen. Dann werden wir besser einordnen, was in der Zusammenarbeit mit anderen Kulturen realisierbar ist und was nicht. In diesem Zusammenhang soll auf den treffenden Ausspruch von Edward T. Hall hingewiesen werden:

„Die mentalen Landkarten, die wir in uns tragen, basieren auf unseren eigenen kulturellen Erfahrungen. Sie sind nur ein wenig besser wie jene, welche Columbus benutzte, als er 1492 nach Westindien segelte. Es gibt noch große unentdeckte Kontinente – weiße Flecken menschlicher Erfahrung – über die der westliche Mensch kaum etwas weiß.“

Definition von Kultur

Kultur ist ein universelles, für eine Gesellschaft, Organisation und Gruppe aber sehr typisches Orientierungssystem (Abb.1). Dieses Orientierungssystem wird aus spezifischen Symbolen gebildet und innerhalb einer Gesellschaft weitergegeben oder überliefert. Es beeinflusst das Wahrnehmen, Denken, Werten und Handeln aller Mitglieder und definiert damit ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Kultur als Orientierungssystem schafft den Mitgliedern ein Handlungsfeld und damit die Voraussetzung zur Entwicklung eigenständiger Formen der Umweltbewältigung.

Interkulturelle Kommunikation

Interkulturelle Kommunikation findet statt, wenn Vertreter mindestens zweier verschiedener Kulturen und Sprachen miteinander in eine kommunikative Wechselbeziehung treten.

Kulturstandards

Darunter werden alle Arten des Wahrnehmens, Denkens, Werten und Handelns verstanden, die von

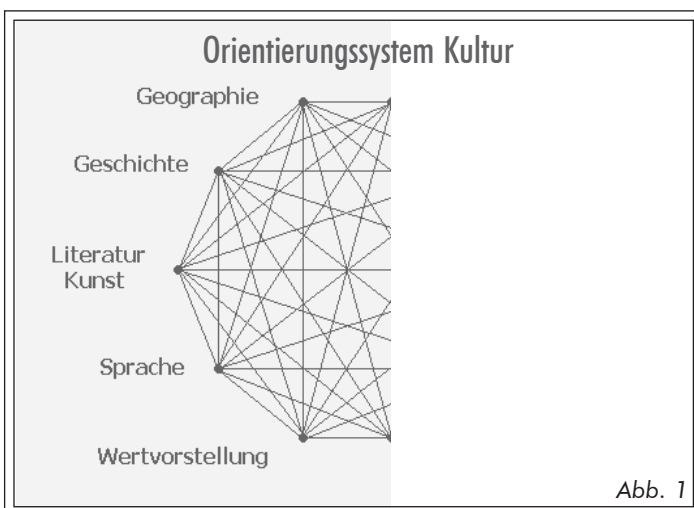


Abb. 1

^{*)} AT-Verband:
Verband zur
Förderung
angewandter
sozialer, um-
welt-
verträglicher
Technologien,
53113 Bonn,
Kaiserstr.
201

der Mehrzahl der Mitglieder einer bestimmten Kultur für sich und andere als normal, typisch, selbstverständlich und verbindlich angesehen werden. Eigenes und fremdes Verhalten wird auf der Grundlage dieser Kulturstandards beurteilt und reguliert. Dazu gehört u.a. wie man sich begrüßt, wie man Geburtstag feiert, wie sich Geschlechter untereinander verhalten und ähnliche Riten. Diese Kulturstandards sind tief im Unterbewusstsein verankert und schwer zu verändern. So z.B. das Vermeiden von Schweinefleisch in der islamischen Kultur. Deutsche hätten sicher große Schwierigkeiten Hundefleisch zu essen, auch wenn dieses garantiert trichinenfrei wäre, während Chinesen Hundefleisch als Delikatesse genießen.

Zentrale Kulturstandards (s.Abb.2)

Kulturelle Dimensionen

Der Soziologe Geert Hofstede hat ein Modell entwickelt, das auf den folgenden fünf spezifischen Kulturellen Dimensionen beruht:

Hohe versus niedrige Machtdistanz (Power distance Index, PDI)

Der PDI bezieht sich auf den Grad der Gleichheit bzw. Ungleichheit der Mitglieder eines Landes. Ein hoher PDI zeigt die ungleiche Verteilung von Macht und Wohlstand. Die betreffende Gesellschaft entspricht eher einem Kastensystem, in dem eine Aufwärtsbewegung der Bürger nahezu ausgeschlossen ist. In Länder mit einem niedrigen PDI sind die Chancen der Bürger an Macht und Wohlstand teilzunehmen weit größer.

Individualismus vs. Kollektivismus (Individualism, IDV)

Dieser Faktor zeigt den Grad der Zustimmung einer Gesellschaft zu individuellen oder kollektiven Leistungen. Ein hoher IDV gibt an, dass Individualität und individuelle Rechte eine überragende Bedeutung haben. Die Beziehungen zwischen den Individuen sind nur locker gestaltet; jede/jeder ist gefordert, für sich und seine engste Familie zu sorgen. Ein niedriger IDV signalisiert eine mehr kollektive Beziehung mit engen Bindungen der Individuen. In solchen kollektiven Gesellschaften sind die Menschen von Geburt an in

starken Gruppen („in-group“) mit großem Zusammenhalt integriert, die sie ihr Leben lang im Austausch für ihre Gruppenloyalität beschützen.

Maskulinität vs. Femininität (Masculinity, MAS)

Der MAS zeigt an, in welchem Grad sich die Gesellschaft nach der traditionellen Geschlechterrolle richtet, in der Männer eine dominierende Rolle spielen. In Ländern mit einem hohen MAS gibt es eine deutliche Trennung der Geschlechterrolle (z.B. Männer sollen Erfolg und Durchsetzungsvermögen haben, hart und auf materiellen Erfolg ausgerichtet sein, während von Frauen erwartet wird, dass sie bescheiden, zärtlich und für die „Lebensqualität“ zuständig seien. In Gesellschaften mit niedrigem MAS gibt es kaum Differenzierungen zwischen den Geschlechtern. In diesen Kulturen werden Frauen in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens gleichbehandelt (z.B. in Skandinavien).

Hohe Unsicherheitsvermeidung versus niedrige Unsicherheitsvermeidung (Uncertainty Avoidance Index, UAI)

Dieser Index zeigt den Grad der Toleranz mit dem die betreffende Gesellschaft in unsicheren, unstrukturierten Situationen umgeht. Ein hoher UAI signalisiert eine geringe Toleranz gegenüber unsicheren und mehrdeutigen Situationen. Alle Lebensbereiche sind mit klaren Regeln, Gesetzen und Kontrollen versehen,

um Unsicherheiten von vornherein auszuschließen. In einer Gesellschaft mit niedrigen UAI gibt es mehr Toleranz gegen über einer Vielzahl von Möglichkeiten. Wechsel wird eher akzeptiert. Die Risikofreude ist größer.

Konfuzianischer Dynamismus (Long-term Orientation, LTO)

Ein hoher LTO-Grad zeigt eine starke Bindung an traditionelle Werte mit einer hohen Arbeitsethik. Langfristige Erfolge werden durch harte Arbeit heute erwartet. In Kulturen mit einem niedrigen LTO-Wert ist ein Wandel eher möglich. Der chinesische Kulturkreis hat z.B. einen sehr hohen LTO-Index. Konfuzianische Grundwerte wie Ordnung, Anerkennung von Autorität, Achtung vor dem Alter, Familienzusammenhalt, Disziplin, Enthaltsamkeit, Sparsamkeit sind in besonderer Weise in dieser Kultur vertreten. Wohlstand gilt, wie Macht, als Beweis von Tugend, als Demonstration moralischer und kultureller Überlegenheit gegenüber den vermeintlichen Untugenden des Westens. Dies hat auch erhebliche Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg. In den Philippinen machten die Chinesen Anfang der 90er Jahre 1% der Bevölkerung aus, waren aber für 35% der Umsätze der einheimischen Firmen verantwortlich. In Indonesien mit 2-3% Chinesen stellten sie jedoch 70% des einheimischen Kapitals. Thailand (10% Chinesen); sie besaßen 9 von 10 der größten Unternehmens-



Abb. 2

gruppen des Landes. Malaysia (33% Chinesen); sie dominieren die Wirtschaft vollständig. Seit einigen Jahren investieren die Auslandschinesen in hohem Maße in China. Das jährliche Wirtschaftswachstum der VR China beträgt 7-8%.

Ländervergleich der Kulturellen Dimensionen im Internet

Unter www.geert-hofstede.com werden 56 Länder und Kulturkreise mit ihren typischen Ausformungen der o.a. kulturellen Dimensionen beschrieben. Es handelt sich hierbei um soziologische Beschreibungsmerkmale, deren Inhalte nur die Gesamtkultur beschreiben. Natürlich gibt es auch in einer kollektivistischen Kultur Menschen, die eher individualistisch orientiert sind und umgekehrt. Aber grundlegend können solche Dimensionen gut zur Erklärung und Verbesserung des interkulturellen Kontaktes und der Zusammenarbeit genutzt werden.

Arbeitsrelevante Kulturstandards

In diesem Abschnitt sollen stärker Dimensionen berücksichtigt werden, die sich als besonders nützlich für das Verständnis von angepasstem Verhalten in anderen Kulturen erwiesen haben.

Individualistische und kollektivistische Gesellschaften

Das Aufwachsen in einer stärker kollektivistischen oder eher indivi-

dualistischen Gesellschaft hat einen starken Einfluss auf die Entwicklung der eigenen Identität, der Wahrnehmung der eigenen und fremden Person. Für Kommunikation und Rückmeldeverhalten (z.B. Lob, Tadel, kritische Bemerkungen) ergeben sich folgende Verhaltensweisen: In einer kollektivistischen Gesellschaft mit hoher Machtdistanz können sich Funktionsträger oder Autoritäten (Soldaten, lokale Autoritäten) auch sehr stark als Vertreter des betreffenden Kollektivs fühlen. Mangelnder Respekt ihnen gegenüber ist dann nicht nur eine individuelle Beleidigung, sondern wird als gegen die ganze Organisation/Gruppe gerichtet erlebt. Konkret bedeutet dies für Führung und Motivation, dass MitarbeiterInnen in einem kollektivistischen Land von ihren Führungskräften zwar klare Anweisungen erwarten, Lob und Kritik sollten aber eher indirekt formuliert sein und es sollte auf laute und harte Äußerungen verzichtet werden, da es sonst nicht nur zum Gesichtverlust des/der Mitarbeiter(in) kommen kann, sondern auch zum Verlust desselben der Führungskraft. So hat z.B. in Thailand ein sonst im afrikanischen Raum sehr erfahrener Logistiker einer Hilfsorganisation gegen die o.a. ungeschriebenen Regeln mit erheblichen Folgen verstoßen. Er war mit dem Arbeitstempo von lokalen Hilfskräften beim Bau einer Bewässerungsanlage nicht einverstanden und

brachte dies auch mehrfach lautstark zum Ausdruck. Als dann einer lokalen Hilfskraft auch noch der Spaten zerbrach, lachte ihn der Europäer aus. Am nächsten Tag erschienen die lokalen Mitarbeiter nicht mehr zur Arbeit. Der Konflikt konnte nur dadurch gelöst werden, dass der europäische Logistiker abgelöst wurde.

Vom Umgang mit der Zeit

Ein weiterer zentraler Kulturstandard sowohl in der Selbst- wie auch in der Fremdwahrnehmung ist der Umgang mit der Zeit. Nach wie vor wird z.B. Pünktlichkeit als eine der deutschen Kardinaltugenden beschrieben.

Zeitsysteme im Vergleich (Abb. 3)

Die monochrome Zeit bestimmt hauptsächlich das Leben in den USA, Deutschland, Schweiz, Großbritannien, Niederlande, während die südeuropäischen, asiatischen, südamerikanischen, afrikanischen und arabischen Staaten immer in einer polychronen Zeit gelebt haben und zum großen Teil noch leben. So erleben viele Afrikaner, im Gegensatz zu Europäern, Vergangenheit als etwas, das vor uns liegt, da sie ja bekannt und überschaubar ist, während Zukunft als unbekannte Größe, da unsichtbar, hinter uns liegt. In vielen Sprachen des Kontinentes gibt es außerdem keine Zukunftsform in der Grammatik; damit ist Zukunft nicht denkbar und Planungsvorhaben und -vorstellungen sind nur relativ kurzfristig vorstellbar. Dagegen ist für Deutsche in der Regel die Zeit fest eingeplant. Eine Sache wird nach der anderen abgearbeitet. Der Terminkalender hat eine große Bedeutung.

Grundausbildung in Geduld

Dies bedeutet für Nordeuropäer in vielen Einsatzgebieten, den eigenen Umgang mit der Zeit zu relativieren und Aktivitäten so zu strukturieren, dass sie zwar möglichst den eigenen Anforderungen, aber auch den Rahmenbedingungen der lokalen Kultur entsprechen. Jede(r) ausreisende Helfer(in) sollte deshalb, besonders wenn er/sie aus einem extrem monochromen Land kommt, eine „Grundausbildung in Geduld“ absolvieren.

Häufig hat das jeweilige Zeitsystem Bestimmungsscharakter für die Art der Selbst-, Fremdwahrnehmung und die sozialen Beziehungen



In monochronen Kulturen

- Nicht nur die Zeit ist eingeteilt, sondern auch die Arbeitsvorgänge werden voneinander getrennt, Berufsleben vom Privatleben usw.
- Der Mensch empfindet sich als Individuum.

In polychronen Kulturen

- Der Schwerpunkt liegt eher auf ganzheitlichen Prozessen und Querverbindungen zwischen verschiedenen Bereichen
- Das Zwischenmenschliche wird gefördert, der Mensch empfindet sich als Gruppenmitglied.

Abb. 3

Kontextunabhängige Kommunikation

Bei einer kontextunabhängigen Kommunikation ist die Masse der Information in der Sprache enthalten. Was diese „direkte Kommunikation“ gewöhnlich für Deutsche heißt, verdeutlicht Abb. 4.

Kontextabhängige Kommunikation

Kontextabhängige (indirekte) Kommunikation ist das genaue Gegenteil zu dem Vorgenannten. Sie ist häufig in kollektivistischen Gesellschaften anzutreffen; hier erwarten die Menschen mehr Aufmerksamkeit von ihrem Gegenüber, als es z.B. in kontextunabhängigen Gesellschaften (mit einer eher direkten Kommunikation) der Fall ist. Der Sinn einer Botschaft, der in diesen Ländern gesendet oder empfangen wird, wird häufig sehr stark durch Gesten und andere nonverbale Signale, durch den Rang und die Person des Sprechers sowie durch sorgfältiges „zwischen den Zeilen lesen“ mitbestimmt. Dies stellt eine große Schwierigkeit für Menschen aus einer kontextunabhängigen Kultur dar, da z.B. Deutsche nicht daran gewöhnt sind, soviel Aufmerksamkeit auf den Kontext zu legen und so zu „entschlüsseln“, was nun wirklich gemeint ist.

Formulierung von Bitten und Wünschen

Indirekte Kommunikation ist das soziale Schmiermittel in vielen kollektivistischen Gesellschaften. Wichtigster Aspekt ist sicherlich die Aufrechterhaltung der Harmonie. Im folgenden werden einige Hinweise für eine effektive indirekte Kommunikation gegeben: Das Beziehungsohr weit öffnen: disharmonische Klänge vermeiden und bei Meinungsverschiedenheiten erst diese aus dem Weg räumen.

- Das Gespräch wie eine Spirale aufbauen: langsam zum Hauptthema kommen und je nach Aufmerksamkeit/Interesse des Partners andere Themen einflechten und wieder auf das Anliegen zurückkommen.
- Den eigenen Wunsch in ein längeres Gespräch einpacken und Zeit mitbringen. Am Anfang Kontakt: über Befindlichkeiten (Familie, ge-

meinsame Erlebnisse, ...) reden, sich auf den Gesprächspartner einstellen. Gemeinsame Interessen an der eigenen Bitte herausfinden und darlegen.

- So argumentieren, dass der Gesprächspartner schwer abschlagen kann ohne sein Gesicht zu verlieren. Dem Partner Zeit lassen und keinen Entscheidungsdruck oder gar -zwang ausüben.

Formulieren von Absagen

Wer eine Bitte abschlagen will oder muss, sollte sehr stark auf etwaige Disharmonien achten. Zeigen, dass die Bitte gehört wurde, aber nicht darauf eingehen. Themen- oder Aktivitätswechsel „Wie kommt der Bau der Wasserleitung voran? Auf später unverbindlich verschieben: „Wir können ja mal.“ Darauf hinweisen, dass das nicht im eigenen Verantwortungsbereich liegt. Mitteilen, gleich oder zwischendurch wichtige oder dringende Sachen erledigen zu müssen, eventuell eine Mitarbeiterbesprechung.

Kulturschock

Leben und arbeiten für längere Zeit in einer fremden Kultur kann zum Kulturschock führen, weil man bemüht ist, Situationen in einer fremden Kultur auf dem Hintergrund der eigenen kulturell bedingten Erfahrungen zu interpretieren. Dies kann zu Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit führen (Stichwort: Psychohygiene und Stressbewältigung). Der Stress kann möglicherweise so intensiv erlebt werden, dass es zu starken eigenen Handlungsvorsätzen („Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“) und einem kompletten Rückzug in das eigene kulturelle Ghetto oder sogar zum Abbruch des Einsatzes kommen kann.

Interkulturelle Kompetenz

Interkulturelle Kompetenz ist dann erreicht, wenn man das Verhal-

Direkte Kommunikation bedeutet für Deutsche:

- Das zu sagen, was zu sagen ist: Kritik und Lob müssen geäußert werden, müssen „raus“.
- Offen und umfassend sein: klipp und klar etwas auf den Tisch bringen.
- Sofort agieren und reagieren: auf den Punkt gebrachte Argumente und Schlagfertigkeit werden als positive Kommunikationsfertigkeit angesehen.
- Direkt, ohne Umwege zur Sache kommen: zeitraubende Einleitungen sind nicht gefragt.
- Ziel- und ergebnisorientiert vorgehen: werden von Gesprächspartnern andere Themen eingeflochten, so wird das häufig als Abschweifen und Ablenken interpretiert.
- Klare Fragen erfordern klare Antworten: alles andere ist nur „rumeiern“; gilt als ausweichen, etwas verbergen.
- Die Artikulation einer eigenen Meinung ist wichtig und wird auch erwartet: darin zeigt sich auch Stärke und Kompetenz.

Abb. 4

ten eines Menschen auf seinen kulturellen Hintergrund verstehen und adäquat darauf reagieren kann. Dazu ist aber auch ein Perspektivenwechsel erforderlich, der kulturell anders bestimmtes Handeln als alternative Lösung eines gemeinsamen Problems ansehen kann.

Schlussbemerkungen

Dieser Beitrag kann nur als ein erster allgemeiner Einstieg in die Problematik der interkulturellen Kommunikation gelten. Wie wir gesehen haben, entstehen viele interkulturelle Konflikte aufgrund kulturell bedingter unterschiedlicher Wahrnehmungs-, Bewertungs-, und Handlungsmuster und unterliegen direkt oder indirekt den verschiedenen Kulturstandards, die wir über unsere Sozialisation (Elternhaus, Schule, Gleichaltrige, Medien, Ausbildung und Arbeitsplatz) gelernt haben. Für einen konkreten Auslandseinsatz ist eine eigene **länder-spezifische Vorbereitung** unerlässlich. Dazu gehören u.a. eine Unterweisung in Geschichte, Kultur, Sprache, Religion, politisches System, geografische Lage und die speziellen Probleme der betreffenden Region. Zweckdienlich ist auch ein **spezifischer Verhaltenskodex**, damit sich der ausländische Besucher mit den Gepflogenheiten und der Denkweise des Gastlandes intensiv vertraut machen kann. □

Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung aufklären

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) fordert eine umfassende Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung. „Unabhängige Untersuchungen werden behindert, es fehlt ein ausreichender Wille, Taten aufzuklären und Täter zu bestrafen“, sagte Percy MacLean, Direktor des Instituts am 10. September 2003 in Berlin. Das DIMR fordert deshalb Bundesregierung, Bundestag und Parteien auf, für Menschenrechte keinen Terrorabbau zu geben und sich entschieden und öffentlich für die rückhaltlose Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.

Angesichts des schwersten Terroranschlags der Geschichte bedürfe es unstreitig einer harten Bestrafung der Täter und einer effektiven Vorbeugung gegen die Begehung weiterer Gewalttaten, wobei auch ein entschiedenes Engagement zur Beseitigung der Ursachen der Entstehung von Terrorismus geboten sei, so MacLean weiter. Aber es sei inakzeptabel, dass professionelle, öffentliche Formen der Beobachtung und Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen behindert und Täter nicht zur Verantwortung gezogen würden.

Betroffen seien zum einen zahlreiche unaufgeklärte Fälle in **Afghanistan**, z.B. die mutmaßliche Tötung von mindestens 1.000 Kriegsgefangenen im Herbst 2001 unter Kontrolle von General Dostum, die in Containern erstickt sein sollen; die blutige Niederschlagung eines Aufstandes von Taliban-Gefangenen in Qala-i Jhangi in der Nähe von Mazar-i Sharif (Nov. 2001) mit geschätzten 400 Toten; gezielte Bombenangriffe auf eine Hochzeitsgesellschaft am 1. Juli 2002 mit etwa 48 Toten und 117 Verwundeten; und schließlich die „versehentliche“ Tötung mehrerer Tausend Zivilisten z.B. durch den Einsatz von Splitterbomben.

Es gebe kein transparentes Verfahren, um in Erfahrung zu bringen, was in all diesen Fällen wirklich geschehen sei, obwohl sich der jeweilige Tatort unter Kontrolle der afghanischen Regierung und der Anti-Terror-Koalition befinde. Die beschuldigten Akteure entschieden selbst, ob eine Untersuchung stattfinden solle. An rechtsstaatlich zwingend gebotenen *unabhängigen* Untersuchungen fehle es völlig. Zudem hätten alle Staaten, die Soldaten nach

Kabul entsandt haben – einschließlich **Deutschland** –, mit der afghanischen Regierung ein Immunitätsabkommen abgeschlossen, das eine Überstellung ihrer Staatsangehörigen an den Internationalen Strafgerichtshof von ihrer eigenen vorherigen Zustimmung abhängig mache und damit das gerade erst in Kraft getretene Statut des Gerichtes in höchst bedenklicher Weise unterlaufe.

Auch in den **USA** würden – so der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte – durch unrechtmäßige Abschottungsmaßnahmen rechtsstaatliche Kontrollen staatlichen Handelns massiv behindert. So habe man in Abschiebungsverfahren pauschal ausgeschlossen, was später ein Berufungsgericht als verfassungswidrig eingestuft habe; ferner seien rund 600 gefangene Taliban offensichtlich vorwiegend zu dem Zweck nach Guantánamo auf Cuba verbracht worden, um sie einer kritischen Öffentlichkeit, einer rechtsstaatlichen Justiz und einem fairen Verfahren zu entziehen und sie auf diese Weise ohne richterliche Kontrolle unbegrenzt und unter höchst zweifelhaften Bedingungen in Haft halten zu können.

Ganz allgemein zeigten sich nur wenige Staaten in der Folge des 11. September bereit, auf Vorschläge für eine Überwachung („Monitoring“) ihrer Anti-Terrorismus-Maßnahmen seitens internationaler Menschenrechtsinstanzen (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, UN-Sonderberichterstatter) einzugehen. Verstärkt werde vielmehr versucht, sich jeglicher Beobachtung von außen zu entziehen. (DIMR)

Dokumentation

Das Thema „Menschenrechtsverletzungen bei der Terrorismusbekämpfung“ ist angesichts der vielfältigen und langdauernden Auslandseinsätze für Soldaten der Bundeswehr von aktueller Bedeutung. Die deutsche Wehrgesetzgebung und die „Unternehmenskultur Innere Führung“ der Bundeswehr sowie das daraus resultierende ethische Selbstverständnis der Soldaten verbieten die Verletzung von Menschenrechten. Dennoch muss vorgebeugt werden, dass in Grenzfällen, in Krisen- und extremen Stresssituationen dieser Ethos auch nur ins Wanken gerät.

Gewissen setzt Wissen voraus!

Deshalb gibt AUFTRAG auf der Heft-CD Berichte und Beiträge wider zum Thema

„Menschenrechtliche Erfordernisse bei der Bekämpfung des Terrorismus“.

Diese entstanden bei einem Arbeitsgespräch, das am 19. April 2002 vom Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin veranstaltet wurde. Sie sind auf der CD im Ordner <SiPol-FriedEthik>, Datei <MR und Bekämpfung Terrorismus> zu finden.

Inhalt der Dokumentation

Vorwort

Frauke Seidensticker / Werner Lottje

1. Kurzbericht zum Arbeitsgespräch
Andreas Zumach
2. Terrorismus und die Vereinten Nationen
Christiane Wandscher
3. Menschenrechtliche Erfordernisse bei der Bekämpfung des Terrorismus
Thomas Bruha
4. Welche Grenzen legt der internationale Menschenrechtsschutz der Terrorismusbekämpfung auf?
Stefan Oeter
5. Zur Rolle des VN-Sicherheitsrates nach dem 11. September
(Auszüge aus der Diskussion)
6. Terrorismus und Internationales Strafrecht
Florian Jeßberger
7. Die Erfahrungen internationaler Menschenrechtsorganisationen
Dick Oosting
8. Zur rechtsstaatlichen Problematik des Terrorismusbekämpfungsgesetzes
Erhard Denninger
9. Auswirkungen des 11. September auf die deutsche Menschenrechtspolitik
Walter J. Lindner
10. Herausforderungen des Terrorismus: Konsequenzen für die Entwicklungspolitik
Jochen Böhmer

„Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ von Samuel P. Huntington

KLAUS LIEBETANZ

Bei diversen Tagungen, Symposien und Kolloquien der letzten Jahre zur „zukünftigen politischen Entwicklung der Welt“ wird mit steter Regelmäßigkeit auf S. P. Huntingtons Buch „Kampf der Kulturen“ (The Clash of Civilizations) kritisch hingewiesen. Besondere Aktualität und Bestätigung erhält Huntingtons These von der prädominanten Bedeutung von Religion und Kultur durch die derzeitige Situation im Irak, welche offensichtlich durch die amerikanische Administration falsch eingeschätzt wurde. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte dieses bedeutenden politischen Buches erscheint daher sinnvoll. Unser Autor und Fachberater für Katastrophenmanagement, Klaus Liebetanz, knüpft mit diesem Beitrag an seine Ausführungen über „Interkulturelle Kompetenz – eine Anforderung für den Auslandseinsatz“ in dieser Ausgabe des AUFTRAG's an.

Wer ist Samuel P. Huntington?

Samuel Huntington, geb. 1927, ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter des John-M.-Olin-Instituts für strategische Studien an der Harvard Universität. Darüber hinaus arbeitete der Mitbegründer der Zeitschrift „Foreign Affairs“ als Berater des US-Außenministeriums (Clinton Administration). In zahlreichen Fachpublikationen hat sich Huntington mit Perspektiven der Weltpolitik im 21. Jahrhundert auseinandergesetzt. „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ wurde in 26 Sprachen übersetzt und ist häufig in mehreren Auflagen erschienen.

Im Folgenden sollen einige seiner Kernaussagen in kurzer holzschnittartiger Form dem Leser vorgestellt werden, wobei die religiösen Überzeugungen und die kulturelle Dimension als besonders identitätsstiftend herausgestellt werden.

Religion definiert Identität

Die Menschen leben nicht von der Vernunft allein. Sie können erst dann ihr Eigeninteresse klären und rational verfolgen, wenn sie sich selbst definiert haben. Interessenpolitik setzt Identität voraus. In Zeiten eines rapiden gesellschaftlichen Wandels lösen sich angestammte Identitäten auf. Das Ich muss neu definiert, neue Identitäten müssen geschaffen werden. Fragen der Identität gewinnen Vorrang vor Fragen des Interesses. Die Menschen müssen sich

fragen. Wer bin ich? Wohin gehöre ich? Die Religion bietet auf diese Fragen überzeugende Antworten, und religiöse Gruppen bieten kleine soziale Gemeinschaften, die die durch Urbanisierung Verlorenen ersetzen. Alle Religionen, meint Hassan al-Turabi, bieten den Menschen „ein Gefühl der Identität und eine Orientierung im Leben ...“ In diesem Prozess entdecken oder erschaffen sie neue historische Identitäten. Alle Religionen, was immer ihre universalistischen Ziele sein mögen, postulieren eine grundlegende Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen, zwischen einer überlegenen In-Gruppe und einer anderen, minderwertigen Out-Gruppe. Gesellschaftliches Engagement und politischer Konflikt werden nicht nur Mittel zur Interessendurchsetzung, sondern dienen auch dem viel fundamentalen Zweck, Identität zu definieren (vgl. S. 147 ff.). Dies gilt in besonderer Weise für den Konfuzianischen Dynamismus, dem der chinesische Kulturkreis und nicht zuletzt die Volksepublik China ihren erstaunlichen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg verdankt.

Kontextabhängige Kultur

Das Entstehen einer großchinesischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstandes wurde erheblich erleichtert durch ein „Bambusgeflecht“ familiärer und persönlicher Bindungen und eine gemeinsame Kultur. Auslandschinesen sind bes-

ser als Westler oder Japaner gerüstet, in China Geschäfte zu tätigen. In China hängen Vertrauen und Engagement von persönlichen Beziehungen ab, nicht von Verträgen, Gesetzen oder anderen juristischen Dokumenten (vgl. S. 268 ff.). Ein anderer wichtiger Kulturkreis ist der Islam.

Islam: Bewusstsein ohne Zusammenhalt

Die Struktur der politischen Loyalität unter Arabern und generell unter Muslimen ist das Gegenteil dessen gewesen, was im modernen Westen üblich war. Für diesen ist der Nationalstaat höchstes Objekt politischer Loyalität gewesen. Engere Loyalitäten, wie Sprache- und Religionsgemeinschaften oder Kulturen, sind diesem untergeordnet und gehen in der Loyalität zum Nationalstaat auf. Im Westen hat die Loyalität zum Nationalstaat ihren Höchstwert tendenziell in der Mitte, wobei die Loyalitätskurve annähernd ein umgekehrtes U bildet. In der islamischen Welt ist die Struktur der Loyalität fast umgekehrt gewesen. Der Islam hat in seiner Hierarchie der Loyalitäten eine hohle Mitte. Die zwei fundamentalen, ursprünglichen und dauerhaften Strukturen sind auf der einen Seite die Familie, die Sippe, der Stamm gewesen und auf der anderen Seite in aufsteigendem Maßstab die Einheiten Kultur, Religion und Reich. Stämme sind zentral für die Politik arabischer Staaten gewesen, von deren viele ganz einfach „Stämme mit einer Flagge“ sind (z.B. die Sudaris in Saudi-Arabien).

In Zentralasien waren historisch gesehen nationale Identitäten nicht existent. Die Loyalität galt dem Stamm, der Sippe und der erweiterten Familie, nicht dem Staat. Die stärkste einigende Kraft unter den Menschen, stärker als die Kraft des Emirs, war der Islam. Im Islam sind die kleine Gruppe und der große Glaube, der Stamm und die Ummah, Grundlage von Loyalität und Bindung gewesen, während dem Nationalstaat viel weni-

ger Bedeutung zukommt. Darüber hinaus ist der Gedanke des souveränen Nationalstaats unvereinbar mit dem Glauben an die Souveränität Allahs und dem Primat der Ummah. Nach dem 1. Golfkrieg setzte Saddam Hussein bewusst auf die Einbindung von irakischen Clans und Stämmen, von denen er einige durch die Verteilung von Posten und eine Einbindung in die Baath-Parteistruktur für sich gewinnen konnte. Dies war sicher ein Grund der Fehleinschätzung der Bush-Administration über das Verhalten der irakischen Bevölkerung, von der man angenommen hatte, es würde die Amerikaner sofort als Befreier begrüßen (vgl. S. 279 ff.).

Offensichtlich hat sich die derzeitige Administration nicht an die klugen Ausführungen von Huntington gehalten.

Die Aversion der Muslime gegen den Westen

Muslime fürchten und ärgern sich über die Macht des Westens und die Bedrohung, die sie für ihre Gesellschaft und ihre Überzeugungen darstellt. Sie halten die westliche Kultur für materialistisch, korrupt, dekadent und unmoralisch. Sie halten sie aber auch für verführerisch und betonen daher um so mehr die Notwendigkeit, ihrem Einfluss auf die muslimische Lebensform zu widerstehen. Zunehmend greifen Muslime den Westen nicht darum an, weil er sich zu einer unvollkommenen, irrigen Religion bekennen würde – die doch gleichwohl auf einer „heiligen Schrift“ beruht –, sondern darum, weil er sich zu überhaupt keiner Religion bekennt. In muslimischen Augen sind Laizismus, Irreligiosität und daher Unmoral des Westens schlimmere Übel als westliches Christentum, das sie hervorgebracht hat. Im Kalten Krieg war für den Westen sein Widersacher „der gottlose Kommunismus“; im Kampf der Kulturen nach dem Kalten Krieg ist für Muslime ihr Widersacher „der gottlose Westen“ (s.S. 342 u.).

Der Irrtum des Universalismus

Normativ vertritt der universalistische Glaube des Westens das Postulat, dass die Menschen weltweit sich westliche Werte und Institutio-

nen und die westliche Kultur aneignen sollten, weil diese das höchste, aufgeklärteste, liberalste, modernste und zivilisierteste Denken der Menschheit verkörpern. Dieser Glaube an die Universalität der westlichen Kultur ist nach S. Huntington falsch, unmoralisch und gefährlich. Die falschen Grundannahmen einiger westlicher Autoren kritisiert Michael Howard mit den Worten: „Die verbreitete Annahme des Westens, dass kulturelle Verschiedenheit eine historische Kuriosität ist, welcher durch das Heranwachsen einer gemeinsamen, westlich orientierten, anglophonen Weltkultur, die unsere Grundwerte prägt, bald der Boden entzogen sein wird, ist schlicht nicht wahr.“ Das ist die zentrale These vom „Kampf der Kulturen“. Sie wird mehrfach durch Beispiele im Buch belegt. Der Glaube, dass nichtwestliche Völker westliche Werte übernehmen sollten, ist unmoralisch aufgrund der Mittel, die notwendig wären, um ihn in die Tat umzusetzen.

Wenn nichtwestliche Gesellschaften neuerlich durch westliche Kultur geprägt werden sollten, dann kann das nur als Resultat einer gewaltsamen Expansion, Etablierung und Einflussnahme westlicher Macht geschehen. Die notwendige logische Konsequenz des Universalismus ist Imperialismus. Außerdem widerspricht jede diesbezügliche Bemühung den westlichen Werten der Selbstbestimmung und Demokratie. In dem Maße, wie asiatische und muslimische Kulturen mehr und mehr auf die globale Relevanz ihrer Zivilisation pochen, wird dem Westen mehr und mehr der Zusammenhang zwischen Universalismus und Imperialismus einleuchten. Gefährlich ist der westliche Universalismus, weil er zu einem großen interkulturellen Krieg zwischen Kernstaaten führen könnte, und er ist gefährlich für den Westen, weil er zur Niederlage des Westens führen könnte (s.S. 510 ff.).

Die Einzigartigkeit der westlichen Kultur

Der Westen unterscheidet sich von den anderen Kulturen nicht durch die Art seiner Entwicklung, sondern durch die Eigenart seiner Werte und Institutionen. Hier zu zäh-

len vor allem Christentum, Pluralismus, Individualismus und Rechtsstaatlichkeit; sie ermöglichten es dem Westen, die Modernität zu erfinden, weltweit zu expandieren und Gegenstand des Neides anderer Gesellschaften zu werden. In ihrer Gesamtheit sind diese Merkmale dem Westen eigentümlich. Europa ist nach den Worten von Arthur Schlesinger Jr., „die Quelle, die einzige Quelle ... für Ideen wie individuelle Freiheit, politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und kulturelle Freiheit ... Dies sind *europäische* Ideen, nicht asiatische, nicht afrikanische, nicht nahöstliche, es sei denn, sie wären übernommen worden“. Diese Ideen machen die westliche Kultur einzigartig, und die westliche Kultur ist wertvoll nicht, weil sie universal wäre, sondern weil sie wirklich einzigartig ist. Die vornehmste Aufgabe der führenden Politiker des Westens ist daher nicht, andere Kulturen nach dem Bild des Westens umformen zu wollen, was nicht in ihrer schrumpfenden Macht läge, sondern die einzigartigen Qualitäten der westlichen Kultur zu erhalten, zu schützen und zu erneuern. Weil sie das mächtigste Land des Westens sind, fällt diese Aufgabe überwiegend den USA zu (vgl. S. 513).

Tendenzen des Verfalls in den westlichen Gesellschaften

Viel bedeutsamer als wirtschaftliche und demographische Fragen sind Probleme des moralischen Verfalls, des kulturellen Selbstmords und der politischen Uneinigkeit des Westens. Zu den oft genannten Beispielen für moralischen Verfall gehören:

- die Zunahme asozialen Verhaltens wie Kriminalität, Drogenkonsum und generell Gewalt
- der Verfall der Familie, damit zusammenhängend die Zunahme von Ehescheidungen, uneheliche Geburten, Mütter im Teenageralter und Alleinerziehenden;
- zumindest in den USA der Rückgang des „Sozialkapitals“, d.h. der freiwilligen Mitgliedschaft in Vereinen, und das Schwinden des mit solchen Mitgliedschaften einhergehenden zwischenmenschlichen Vertrauens;

- das generelle Nachlassen der „Arbeitsethik“ und der zunehmende Kult der vorrangigen Erfüllung persönlicher Wünsche;
- abnehmendes Interesse für Bildung und geistige Betätigung, in den USA am Absinken der akademischen Leistungen ablesbar.

Das zukünftige Wohlergehen des Westens sowie sein Einfluss auf andere Gesellschaften hängen in erheblichem Umfang davon ab, ob und wie es ihm gelingt, mit diesen Tendenzen fertig zu werden, in denen natürlich der moralische Überlegenheitsanspruch von Muslimen und Asiaten gründet (vgl. S. 500ff).

Erneuerung der westlichen Identität

Manche Amerikaner haben für den Multikulturalismus in ihrer Heimat geworben; manche haben für Universalismus im Ausland geworben; und manche haben beides getan. Multikulturalismus in der Heimat gefährdet die USA und den Westen (Grundrechte des Einzelnen contra Grundrechte von ethnischen und religiösen Gruppen, Gefahr der Spaltung eines Landes). Universalismus im Ausland gefährdet den Westen und die Welt. Beide leugnen die Einzigartigkeit der westlichen Kultur. Die globalen Monokulturalisten wollen die Welt Amerika gleichmachen. Die heimischen Multikulturalisten wollen Amerika der Welt gleich machen. Ein multikulturelles Amerika ist unmöglich, weil ein nichtwestliches Amerika nicht amerikanisch ist. Eine multikulturelle Welt ist unvermeidbar, weil das globale Imperium unmöglich ist. Die Bewahrung der USA und des Westens erfordert die Erneuerung der westlichen Identität. Die Sicherheit der Welt erfordert das Akzeptieren der multikulturellen Welt (vgl. S. 524 u.).

Kernstaaten, konzentrische Kreise, kulturelle Ordnung

In der heute entstehenden globalen Politik werden die Supermächte des Kalten Krieges abgelöst von Kernstaaten der großen Kulturkreise, die für andere Länder zum Hauptpool von Anziehung und Abstoßung werden. Am deutlichsten sichtbar ist

dieser Vorgang in dem westlichen, dem orthodoxen und dem sinischen Kulturkreis. Hier sind kulturelle Gruppierungen im Werden, die sich zusammensetzen aus Kernstaaten, Mitgliedsstaaten, kulturell ähnlichen Minderheitspopulationen in angrenzenden Staaten und – umstrittener – aus kulturell andersartigen Nachbarvölkern, welche die Kernstaaten aus Sicherheitsgründen zu dominieren wünschen. Die Staaten dieser kulturellen Blöcke legen sich gerne wie ein konzentrischer Kreis um den Kernstaat oder die Kernstaaten, was dem Grad ihrer Identifikation mit und Integration in diesem Block entspricht.

Huntington beschreibt im Einzelnen folgende weltpolitische bedeutsamen Kulturkreise mit ihren jeweiligen Führungsmächten, die zugleich auch Kernwaffen besitzen:

Nordamerika (USA), West- und Mitteleuropa mit Katholiken und Protestanten (EU) mit dem Führungst tandem Frankreich und Deutschland, die orthodoxen Teile Europas und Asiens mit der Führungsmacht Russland, der Konfuzianismus (China) und Hinduismus (Indien). Dem islamischen Kulturkreis fehlt bislang eine anerkannte Führungs- und Atommacht. Japan sieht Huntington langfristig im sinischen Kulturkreis. Afrika (südlich der Sahara) und Lateinamerika besitzen bis auf absehbare Zeit keine eindeutige Führungsmacht mit Atomwaffen und sind von Führungsmächten anderer Kulturkreise abhängig (vgl. S. 246 ff).

Merkmale von Bruchlinienkriegen

Kriege zwischen Sippen, Stämmen, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften und Nationen hat es zu allen Zeiten und in jeder Kultur gegeben, weil sie in der Identität des Menschen verwurzelt sind. Die Konflikte neigen dazu, partikularistisch zu sein insofern, da es ihnen nicht um übergreifende ideologische oder politische Streitfragen geht, die für Nichtbeteiligte von direktem Interesse wären. Sie können aber bei außenstehenden Gruppen humanitäre Besorgnisse auslösen. Sie neigen auch dazu, brutal und blutig zu sein, weil fundamentale Fragen der Identität auf dem Spiel stehen. Auch neigen sie dazu langwierig zu sein; sie

mögen durch Feuerpausen oder Abmachungen unterbrochen werden, aber diese pflegen nicht eingehalten zu werden, und der Konflikt flammt wieder auf. Der entscheidende militärische Sieg einer Seite in einem derartigen um Identität geführten Bürgerkrieg erhöht dagegen die Wahrscheinlichkeit eines Völkermordes. Bruchlinienkonflikte entstehen entlang der Grenzen zwischen den Kulturkreisen. Die meisten der Konflikte hat der islamische Kulturkreis, wie z.B. in Afghanistan, an der südlichen Grenze der ehemaligen Sowjetunion, auf dem Balkan (Bosnien, Kosovo), der Nahe Osten und der Kaschmirkonflikt zwischen Indien und Pakistan (insgesamt 21 Bruchlinienkonflikte). Auch an den Grenzen der anderen Kulturkreise gibt es solche Konflikte, z.B. zwischen Singhalesen und Tamilen (Buddhisten und Hindus), zwischen Kroaten und Serben – Katholiken und Orthodoxen (vgl. Seite 410 ff.).

Die Dynamik von Bruchlinienkriegen

Das Kulturbewusstsein steigert sich im Verhältnis zu anderen Identitäten. Es entsteht eine „Hassdynamik“, vergleichbar dem „Sicherheitsdilemma“ in den internationalen Beziehungen, bei dem Ängste, Misstrauen und Hass beider Seiten einander verstärken. Jede Seite dramatisiert und verstärkt den Unterschied zwischen den Mächten des Guten und den Mächten des Bösen und versucht schließlich, aus diesem Unterschied den definitiven Unterschied zwischen den Lebendigen und den Toten zu machen. Diese Identität ist fast immer religiös definiert. Psychologisch gesehen bietet die Religion die gewisseste und stabilste Rechtfertigung für den Kampf gegen die „gottlosen“ Mächte, die als bedrohlich empfunden werden. Die jeweilige lokale Gruppe erwartet Hilfe von ihrer kulturellen Kin-Gruppe*) (Unterstützung durch kulturell verwandte Länder und durch die u.U. weit entfernte kulturelle Diaspora; Näheres zum Begriffes „Kin-Gruppe“ s. Kasten S. 74), so z.B. die afghanischen Mudschaheddin von den strenggläubigen Moslems in Saudi-Arabien oder die orthodoxen Serben von den orthodoxen Russen. Bruch-

linienkriege sind per definitionem lokale Kriege zwischen lokalen Gruppen mit weitreichenden Verbindungen und fördern damit die kulturelle Identität der an ihnen Beteiligten (Anm. d. Red.: zu „Bruchlinienkriegen“ s. Heft-CD: <SiPol-Friedensethik/Harms-Bruchlinienkrieg.pdf>). Die Kontrahenten verstehen ihren lokalen Krieg nicht bloß als Kampf gegen eine andere lokale ethnische Gruppe, sondern als Kampf gegen eine andere Kultur. Die Bedrohung wird daher durch die Ressourcen einer führenden Kultur vergrößert und untermauert, und eine Niederlage hat Konsequenzen nicht nur an sich, sondern für die ganze eigene Kultur. In dem Maße, wie ein Bruchlinienkrieg an Heftigkeit zunimmt, verteuert jede Seite ihre Gegner und stellt sie oft als Untermenschen hin, deren Tötung legitim ist. „Tolle Hunde muss man erschießen“, äußerte Jelzin und meinte damit tschetschenische Guerillakämpfer. „Diese Brut muss man erschießen ... und wir werden sie erschießen“, äußerte der indonesische General Try Sutrisno im Hinblick auf das Massaker in Ost-Timor 1991. Massenmord, Folter, Vergewaltigung und die brutale Vertreibung der Zivilbevölkerung werden gerechtfertigt, sobald der Hass der einen Gemeinschaft sich am Hass der anderen mästet. In Kriegen zwischen den Kulturen ist die Kultur der Verlierer.

Infolge des „Kin-Land-Syndroms“ bergen Bruchlinienkonflikte ein viel höheres Eskalationspotential in sich als intrakulturelle Konflikte und bedürfen zu ihrer Eindämmung und Beendigung für gewöhnlich interkultureller Kooperation. Im Gegensatz zum Kalten Krieg sichert der Konflikt nicht von oben nach unten, er kocht von unten her hoch (vgl. S. 434 ff.).

Ein globaler Krieg unter der Beteiligung von Kernstaaten

Ein globaler Krieg unter Beteiligung der Kernstaaten der großen Kulturkreise der Welt ist nach Huntington höchst unwahrscheinlich; aber nicht unmöglich. Eine ge-

fährliche Quelle eines weltweiten interkulturellen Krieges könnte eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zwischen Kulturkreisen und ihren Kernstaaten sein. Falls er weiter andauert, wird der Aufstieg Chinas, verbunden mit dem zunehmenden Selbstbewusstsein dieses „größten Mitspielers in der Geschichte des Menschen“, die internationale Stabilität zu Beginn des 21. Jahrhunderts enormen Belastungen aussetzen. Der Aufstieg Chinas zur beherrschenden Macht in Ost- und Südostasien würde den amerikanischen Interessen, wie sie immer wieder gesehen worden sind, diametral zuwiderlaufen. Wie könnte sich bei dieser amerikanischen Interessenlage ein Krieg zwi-

Kin-Gruppe

soziologischer Terminus technicus.

Nach Huntington entscheidet sich die Frage nach der subjektiven Identität des Menschen immer an der Zugehörigkeit zu einer kulturellen Einheit, welche wiederum einem der großen Kulturkreise – i.e. die an Einfluss einbüßenden westlichen Kultur, die islamische Welt, die japanische Zivilisation, das hinduistische Indien, die slawisch-orthodoxe Welt, das konfuzianische China, Schwarzafrika und Lateinamerika – zuzuordnen ist. Bräuche und Sitten, die Sprache, Wertesysteme, Lebensweise, Geschichte und vor allem Religion sind die Quellen der Selbstdefinition und letztendlich Ursache für die Abgrenzung gegenüber anderen Kultureinheiten.

schen den USA und China entwickeln? Huntington beschreibt auf den Seiten 515 bis 522 seines Buches folgendes Szenario, das zu einem Weltbrand führen könnte: Es ist das Jahr 2010. China ist dank seiner wirtschaftlichen Expansion noch selbstbewusster geworden. Die Erschließung der Erdölreserven im Südchinesischen Meer ist rasch vorangekommen, im Wesentlichen unter chinesischen Vorzeichen, aber mit vietnamesischer Kontrolle über einige Gebiete, die von amerikanischen Firmen erschlossen werden. Mit gesteigertem Selbstvertrauen auf seine Möglichkeiten der Machtausübung kündigt China an, dass es seine vollständige Kontrolle über das Südchinesische Meer herstellen wird, über das es bereits Souveränitätsrechte beansprucht hat. Es kommt zu

einem Gefecht zwischen chinesischen und vietnamesischen Verbänden. Die Chinesen, begierig darauf, ihre Demütigung von 1979 wettzumachen, marschieren in Vietnam ein. Die Vietnamesen bitten die USA um Beistand. Daraus entwickelt sich ein anfänglich konventionell geführter Kampf, der sich zu einem atomaren Schlagabtausch ausweitet. Auch Russland wird in die atomare Auseinandersetzung miteinbezogen, weil es eine chinesische Hegemonie in Ostasien verhindern will. Japan versucht sich zunächst neutral zu verhalten und verweigert den USA, von japanischen Stützpunkten aus zu operieren. Später wechselt es auf die Seite Chinas. Indien nutzt die Paralysisierung der Weltmächte und rechnet konventionell und atomar mit Pakistan ab. In der amerikanischen Heimatfront, die eine enorme atomare Verwüstung zu verarbeiten hat, geben die zahlenmäßig sehr stark gewordenen Hispano-Amerikaner den „engstirnigen“, nach Westen orientierten WASP-Eliten (weiße angelsächsische Protestanten) die Schuld an den gewaltigen Verlusten in der Zivilbevölkerung und an der erheblichen Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes und kommen an die Macht, gestützt auf das Versprechen umfassender Marshall-Plan-artiger Hilfe durch die boomenden lateinamerikanischen Länder zu erhalten, die den Krieg ausgesessen haben. Das neutral gebliebene Indonesien übernimmt nach der weitgehenden Zerstörung Chinas die Führungsrolle in Südostasien. Das Zentrum der Weltpolitik verlagert sich nach Süden (vgl. 515 ff.).

Konsequenzen des „Weltuntergangsszenario“

Wenn dieses Szenario dem Leser absurd, unplausibel und phantastisch vorkommt, dann um so besser. Hoffen wir, dass kein anderes Szenario eines globalen Kampfes der Kulturen größere Plausibilität besitzt. In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, dass niemand in Europa in den 80-er Jahren ernsthaft geglaubt hätte, das wenige Jahre

später die Völker von Restjugoslawien – also mitten in Europa – in so barbarischer Weise über einander herfallen würden bis zum Völkermord. Das Plausibelste und damit Irritierendste an Huntingtons Szenario ist jedoch die Ursache des Krieges: das Eingreifen eines Kernstaates der einen Kultur (USA) in einen Streit zwischen dem Kernstaat einer anderen Kultur (China) und einem Mitgliedsstaat dieser anderen Kultur (Vietnam).

Huntingtons Lehre sollte wohl sein: In der kommenden Ära sei zur Vermeidung großer Kriege zwischen den Kulturen erforderlich, dass Kernstaaten davon absehen, bei Konflikten in anderen Kulturen zu intervenieren. Das sei eine Wahrheit, die zu akzeptieren manchen Staaten, besonders den USA, schwer fallen wird. Dieses Prinzip der Enthaltung, demzufolge Kernstaaten sich der Intervention bei Konflikten in anderen Kulturen enthalten, ist die erste Voraussetzung für Frieden in einer multikulturellen, multipolaren Welt. Die zweite Voraussetzung ist das Prinzip der gemeinsamen Vermittlung, d.h. Kernstaaten verhandeln miteinander, um Bruchlinienkriege zwischen Staaten oder Gruppen innerhalb ihrer jeweiligen Kultur einzudämmen oder zu beenden. In diesem Zusammenhang schlägt Huntington eine Erweiterung des Sicherheitsrates um fünf neue Ständige Mitglieder ohne Vetorecht vor, nämlich: Deutschland, Japan, Indien, Nigeria und Brasilien (vgl. S. 521 ff.).

Kritik am „Kampf der Kulturen“

Huntington stellt mit Recht die Bedeutung der Bruchlinienkriege für die weitere Entwicklung der Welt heraus. Darüber hinaus gibt es jedoch eine Reihe von Kriegen, die unabhängig von Religion, Ethnie oder Kultur geführt werden. In diesen Kriegen geht es um Diamanten, Gold, Coltan (s. Kasten), Erdöl und andere wertvolle Bodenschätze vornehmlich in Afrika.

Des weiteren beurteilt Huntington die Rolle von Bruchlinienkriegen zu pessimistisch. Er schreibt auf Seite 478 folgendes: *„Die Kriege zwischen den Religionsgemeinschaften auf dem Balkan mögen nachlassen und zeitweilig auch zum Stillstand kommen, aber niemand wird einen entscheidenden Sieg verbuchen, und kein Sieg bedeutet: kein Ende. Der spanische Bürgerkrieg war ein Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg. Der bosnische Krieg ist eine weitere blutige Episode in einem andauernden Kampf der Kulturen“*. Huntington hat sein Buch zwischen 1993 – 1995 geschrieben. Die Ereignisse

Coltan

in Afrika gängige Kurzform für das Erz Columbium-Tantalit, auch Niobium-Tantalit; einer der begehrtesten und teuersten Rohstoffe der Welt; unscheinbares, schwarzes, bröseliges Mineral. Aus Coltan wird das begehrte Metall Tantal gewonnen. T. ist ein seltenes, extrem hitze- und säureresistentes, sehr dichtes und zugleich einfach zu verarbeitendes Metall. Aufgrund seines hohen Schmelzwertes wird T. in der Raumfahrtindustrie und in der Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet. Deshalb vom Pentagon als „strategische Ressource“ eingestuft. Unverzichtbarer Bestandteil von Mobiltelefonen oder Spielekonsolen zum Glätten von Spannungen, als Mini-Akku und essenzielle elektronische Bauteile wie Widerstände oder Transistoren. – 80 % des derzeit bekannten weltweit vorhandenen Coltans soll im Boden des Kongo liegen. Preis für ein Kilo Coltan bei 360 US-\$ (Stand 2000).

auf dem Balkan haben sich jedoch anders entwickelt, als Huntington es vorausgesehen hat. 1999 folgte die Kapitulation von Milosevic vor der NATO im Kosovo. 2001 erfolgte der Umsturz in Serbien mit der Folge, dass Zoran Djindjic, ein westlich orientierter Reformier, Ministerpräsident wurde. Serbien führt seitdem einen prowestlichen Kurs und will der EU beitreten. Die Übergabe von Milosevic an das Haager Kriegsverbrechertribunal bildete den Höhepunkt dieser erfreulichen Entwicklung. Die Friedenskonsolidierung der NATO und der Bundeswehr hat sich positiv auf die friedliche Entwicklung auf dem Balkan ausgewirkt.

Dazu zählen auch die umfangreichen CIMIC-Aktivitäten, nicht zuletzt der Bundeswehr, und die faire Behandlung der Serben. So z.B. verwendet die Bundeswehr jeden dritten Soldaten ihrer Einsatzkontingente auf die Sicherung von Serben, Sinti und Roma. Bruchlinienkonflikte bedürfen des gerechten Ausgleichs aller beteiligter Gruppen. Nur so kann eine friedliche Phase eingeleitet werden. Die deutschen Streitkräfte haben bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgephase den richtigen Weg eingeschlagen und sollten sich auch durch schmerzliche Rückschläge nicht davon abbringen lassen, mit und für die lokale Bevölkerung zu arbeiten.

Schlussbemerkungen

Es ist zweifellos das große Verdienst von S.P. Huntington die herausragende Bedeutung von Religion und Kultur für die weitere politische Entwicklung des 21. Jahrhunderts in umfangreicher, detaillierter Weise mit über 600 Quellenangaben nachgewiesen zu haben. Da für die deutschen Streitkräfte „internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ die wahrscheinlichste Aufgabe sein wird (vgl. die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 21.05.03 Nr. 78), ist es für die Soldaten der Bundeswehr unerlässlich, sich intensiv mit anderen Kulturen zu befassen. Samuel P. Huntingtons Werk „Der Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert“ ist es Wert, nicht nur von Offizieren und Feldwebeln der Bundeswehr gelesen zu werden. □

Ergänzende Literatur siehe Heft-CD: <SicPol-Friedensethik/Harms-Bruchlinienkrieg.pdf>.

Universität der Bundeswehr München, Fachbereich Soziologie, Seminar Militär, Krieg und Gesellschaft; Seminararbeit „Bruchlinienkriege nach Samuel P. Huntington“, vorgelegt von Leutnant zur See Kenneth Harms, SWI 99.

Folter ist immer rechtswidrig

Ein Argumentationspapier zur „aktuellen Folterdebatte in Deutschland“

BENJAMIN SCHULZ

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) in Berlin hat Ende April 2003 ein „Policy Paper“ zur sog. Folterdebatte in Deutschland veröffentlicht, d.h. zur Zulässigkeit von Folter in Ausnahmefällen. Die Verfasser kommen zu dem plausiblen Ergebnis, dass Folter uneingeschränkt und absolut rechtswidrig ist. Wenn sich die Argumentation in dem Papier auch weitgehend auf den Polizeieinsatz beschränkt, ist die rechtliche wie ethische Begründung auch für Soldaten relevant. Sie können bei Einsätzen vor allem im Rahmen der „Anti-Terror-Koalition“ u.a. möglicher Einsätze durchaus auch mit solchen Ausnahmefällen konfrontiert werden. – Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung des von Petra Follmar, Dr. Wolfgang Heinz und Benjamin Schulz erarbeiteten Policy Papers. Das Papier „Zur aktuellen Folterdebatte in Deutschland“ selbst kann im Wortlaut auf der Heft-CD unter <FOLTER DIMR.pdf> im Ordner „GESELLSCHAFT“ eingesehen werden.

Die Diskussion hatte sich am Mordfall Metzler entzündet. Dort drohte die Polizei dem Beschuldigten das „Zufügen von Schmerzen“ an, um so das Versteck des vermeintlich noch lebenden Opfers zu erfahren.

Im Kern ging und geht es darum, ob es in bestimmten Fällen (um vom Tod bedrohte Menschen zu retten) rechtmäßig ist, zu foltern bzw. ob der Staat dies durch Gesetz legitimieren darf. Die Debatte war dabei auf Folter zu präventiven Zwecken (Lebensrettung, Verhütung von Straftaten) beschränkt, Folter zu repressiven Zwecken (Verfolgung von Straftaten) forderte niemand.

Das Vorgehen der Polizei rief z.T. Verständnis hervor, gerade vor dem Hintergrund der „guten Absicht“ dahinter und der extremen Situation, ein entführtes Kind vor dem ansonsten sicheren Tod zu retten.

Ungeachtet dessen änderte diese spezielle Situation nichts daran, dass das Handeln der Polizei gegen die deutsche und die internationale Rechtsordnung verstieß.

Denn das Verbot der Folter ist eines der elementaren Menschenrechte und genießt eine unantastbare Stellung. Folter verletzt die Würde einer Person, ihre Ehre, ihren Willen, letztlich ihre Seele.

Dieser Schutz vor Folter ist international und national festgelegt: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Art. 5 AEMR), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 7 Abs. 1 IPBR),

das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung (Art. 2 Absatz 1 CAT), die Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 3 EMRK) und die Europäische Grundrechtscharta (Art. 4 EGRC) verbieten die Folter. Deutschland hat den IPBR, das CAT und die EMRK ratifiziert, d. h. sie sind unmittelbar geltendes Recht. Die besondere Bedeutung des Folterverbots wird daran offenbar, dass es absolut gilt, d. h. ohne Ausnahme. Dies ist in Art. 4 Abs. 1 u. 2 IPBR, Art. 2 Abs. 2 CAT und Art. 15 EMRK geregelt, die festlegen, dass vom Folterverbot in keinem Fall abgewichen werden darf. So sollen mögliche Grauzonen oder Ausnahmeherechtigungen (z.B. durch ein Gesetz) von vornherein unterbunden werden.

National verbietet die Folter auf Verfassungsebene das Grundgesetz (Art. 104 Abs. 1 Satz 2 GG und Art. 2 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) und auf Gesetzesebene das Strafgesetzbuch (§§ 343 und 340 StGB), die Strafprozessordnung (§ 136 a StPO) und Landespolizeigesetze (z.B. § 12 Abs. 4 Hessisches Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung).

Darüber hinaus ist das Folterverbot ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, der für jegliches staatliches Handeln gilt. In der Rechtstradition der Aufklärung war dies so selbstverständlich, dass es der Gesetzgeber nicht für nötig hielt, diesen Grund-

satz zu normieren; erst später wurde speziell für das Strafverfahrensrecht der § 136 a StPO zur Klarstellung eingefügt.

Dieser Schutz gilt auch, wenn die Folter nur angedroht, im Ergebnis aber nicht angewandt wird. Denn auch die Drohung mit Folter ist verboten, weil eine solche Drohung eine erniedrigende Handlung ist, welche die o.g. Normen ebenso nicht zulassen.

Das Folterverbot gilt daher so uneingeschränkt bzw. absolut, dass Folter nicht legal sein kann und damit stets rechtswidrig ist. Eine andere Frage ist, ob den Folternden im Einzelfall eine geringe Schuld trifft, sodass er nur milde zu bestrafen ist. In extremen Situationen kann dies der Fall sein; allerdings indiziert die Rechtswidrigkeit der Folter und der hohe Status des Folterverbots die Schuld des Folternden, die dann aber u.U. relativ gering ausfallen kann. Diese Ebenen von Rechtswidrigkeit und (persönlicher) Schuld müssen auseinandergehalten werden.

Wegen der Absolutheit des Folterverbots ist der Staat auch nicht berechtigt, die Folter in Ausnahmefällen gesetzlich zu legitimieren. Tut er es dennoch, verstößt er gegen internationales Recht und das Grundgesetz.

Folter in Ausnahmefällen kann auch nicht dadurch legitimiert werden, dass Parallelen zum sog. finalen Todes- oder Rettungsschuss gezogen werden. Beim finalen Rettungsschuss ist die Polizei berechtigt, eine Person zu erschießen, wenn nur so das Leben von durch diese Person unmittelbar mit dem Tod bedrohten Menschen gerettet werden kann (etwa bei Geiselnahmen). Es wird argumentiert, dass die Folter dann als „milderes“ Mittel erlaubt sein muss, wenn sogar in bestimmten Fällen die Tötung zulässig ist. Diese Argumentation lässt aber u.a. außer Acht, dass die Folter nach allen internationalen und nationalen Normen absolut ungesetzlich ist, die Tötung eines Menschen dagegen unter bestimmten Voraussetzungen nicht. Das mag ein Wertungswiderspruch im internatio-

Fortsetzung auf Seite 77 u.

100.345 Christen um ihres Glaubens willen verhaftet, 938 verloren ihr Leben

Die Religionsfreiheit wird täglich und an vielen Orten auf der Welt mit Füßen getreten. Das stellt der von „Kirche in Not“ erstellte Bericht für das vergangene Jahr fest. Am 26. Juni 2003 wurde das Werk in Rom der Presse vorgestellt. Es berichtet unter anderem, dass im letzten Jahr 938 Christen wegen ihres Glaubens ums Leben kamen. Weitere 629 wurden verletzt und 100.345 verhaftet. Der „Jahresbericht 2003“ gibt auf 455 Seiten mit Tabellen, Landkarten und Analysen einen guten Überblick darüber, wie es mit der Religionsfreiheit in den einzelnen Ländern gehalten wird.

Am schlimmsten ist die Lage laut Bericht für die Christen derzeit in **Nigeria**, im **Sudan**, in **China** und **Kuba**. Auch in **Europa** gibt es in einigen Ländern schwierige Situationen: etwa in **Weißrussland**, wo durch die Gesetzgebung die Religionsfreiheit stark eingeschränkt wird; ferner in **Rumänien**, wo die Katholiken des byzantinischen Ritus ihre 1948 von den Kommunisten beschlagnahmten Gotteshäuser bis heute nicht zurückbekommen haben.

Auf 30 Seiten wird die Situation in **Russland** erläutert, wo „hinsichtlich der Achtung der Religionsfreiheit neue Schwierigkeiten besonders für die katholische Kirche aufge-

taucht sind.“ Priester seien ausgewiesen worden und man habe sich der katholischen Kirche gegenüber wegen eines vermeintlichen „katholischen Expansionismus“ feindselig verhalten.

Für **Amerika** beginnt der Bericht mit der Situation mit **Mexiko**, wo sich „die Wogen in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche allmählich glätten“, während in **Kolumbien** im Jahr 2002 insgesamt 127 Christen ermordet worden sind. In **Kuba** werden 86 Christen in Haft gehalten, weil sie von ihrem Glauben Zeugnis abgelegt haben. Auch ist es immer noch sehr schwierig, eine Erlaubnis zum Kirchenbau oder zur Kirchenrenovierung zu bekommen. In **Venezuela** „wurde die Kirche zur Zielscheibe von Kontrollen und Bedrohungen durch die Polizei. Auch fehlte es nicht an Schmähungen von höchster institutioneller Warte.“ Aus den **USA** sind dagegen positive Nachrichten zu vermelden – die Religionsfreiheit am Arbeitsplatz und in Bildungsstätten nimmt mehr und mehr zu.

In **Asien** sind Fortschritte (wie in **Osttimor**) und Zeichen der Öffnung (wie in **Qatar**) zu beobachten, doch insgesamt wird dort die Religionsfreiheit nach wie vor in mehr Ländern verletzt als in anderen Kontinenten. In **Indien** sind es die „Anti-

konversionsgesetze“ der radikal-nationalistischen Hindus, die die Christen verängstigen. In **Saudi-Arabien**, **Vietnam**, **Burma** und **Laos** bestehen die weithin bekannten Probleme immer noch. In **Nordkorea** sind 100.000 Christen in Lagern inhaftiert.

In **China** wird die Religion nur dann unterstützt, wenn sie hinter der Regierung steht: Religion wurde in China völlig von der Politik aufgesogen. Das ist besorgniserregend, denn es führt zu einer Kontrolle der Regierung über die Religion. Es geht so weit, dass die Machthaber Bischöfe ernennen und sich in Glaubensangelegenheiten einmischen. Nicht nur die schwierige Lage der Katholiken, sondern auch die Verfolgung der Protestanten und der Anhänger der Falung-Gong-Bewegung, die von den chinesischen Behörden als „gefährlich“ eingestuft werden, ist hier zu nennen.

Zwar werden Nicht-Muslime in islamischen Ländern weiterhin diskriminiert, doch im Gegenzug wurden seit den Terroranschlägen vom 11. September auch die Kontrollen der radikalen islamischen Gruppierungen verschärft. Es sei, so heißt es in dem Bericht, eine langsame, aber unaufhaltsame Verschiebung des internationalen Terrorismuszentrum vom Nahen Osten in die südlichen Regionen des asiatischen Kontinentes festzustellen. **Jordanien** zum Beispiel scheint ein moderner und toleranter Staat zu sein. In **Afrika** werden vor allem der **Sudan** und **Nigeria** genannt, wo eine Radikalisierung des Islam eingesetzt hat, in deren Rahmen auch die Scharia eingeführt wurde. In **Ozeanien** hingegen werden Toleranz und Religionsfreiheit geachtet.

Der Bericht soll vor allem darauf hinweisen, wo Menschen um ihres Glaubens willen verfolgt werden. Der „Jahresbericht 2003“ ist Pater Werenfried van Straaten (1913-2003) gewidmet, dem Gründer von „Kirche in Not“.

(PS/ZENIT.org)

Fortsetzung von Seite 76

nalen wie nationalen Recht sein. Es ist aber auch nicht überzeugend, ein Übel (Folter) mit dem Argument zu gestatten, ein anderes Übel (Todeschuss) sei schließlich auch legitim. Das hieße, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Zusammenfassend ist damit Folter einschließlich ihrer Androhung stets und ohne Ausnahme rechtswidrig. Härten aus diesem Verbot können im extremen Einzelfall über die Ebene der Schuldfrage der handelnden Polizisten gelöst werden. Diese Lösung muss jedoch äußerst

vorsichtig gehandhabt werden, um nicht zu einer Relativierung des Folterverbots zu führen.

Das Institut wurde 2001 auf Empfehlung des Deutschen Bundestages gegründet. Es informiert über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland und trägt zur Prävention von Menschenrechtsverletzungen sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte bei. Seine Aufgaben reichen von Information und Dokumentation über Forschung und Politikberatung bis zu menschenrechtsbezogener Bildungsarbeit.

Historische Chance

Kosovo im Jahr 4 nach dem NATO-Krieg: Noch immer liegt in der seit Juni 1999 unter UN-Verwaltung (UNMIK) stehenden früheren „Autonomen Provinz“ vieles im Argen. Eigentumsrechte sind mit der Status-Frage weiter ungeklärt. Die Wirtschaft ist zusammengebrochen, die Arbeitslosenquote liegt laut UNMIK-Chef Michael Steiner bei 56 Prozent – bei Serben und Roma sogar bei fast 100 Prozent. Noch Mitte Mai lud Steiner Vertreter der provisorischen Provinzverwaltung von der Teilnahme für drei internationale Konferenzen aus, weil ihre Resolutionen und Gesetzentwürfe einseitig pro-albanisch seien und dem Willen zur Aussöhnung widersprächen.

Auch Vertreter der serbisch-orthodoxen Kirche beklagen fast gebetsmühlenartig, dass es im Kosovo weder die von Steiner propagierte „Multiethnizität“ noch Demokratie gebe. Es herrschten „Gesetzlosigkeit, Intoleranz und Rechtlosigkeit“ gegenüber allen Nicht-Albanern. Fakt ist, dass albanische Extremisten – wohl als fehlgeleitete Reaktion auf die systematische Ermordung und Vertreibung von Kosovo-Albanern durch die serbische Armee, Polizei und Zivilisten – seit 1999 mehr als 110 orthodoxe Kirchen zerstört haben. Nach dem Untergang von Slobodan Milosevics skrupellosem Apartheidsystem wartet der Bildungsbereich immer noch auf einen strukturierten Wiederaufbau. Die Wertevermittlung in dem mehrheitlich moderat muslimischen Land ist vor allem von westlichem Konsumismus und Sozialdarwinismus bestimmt.

In dieser fast trostlosen Situation genießt die kleine, bis zu 70.000 Mitglieder zählende katholische Gemeinschaft einen großen Vertrauensvorsprung. Den Katholiken, die im Kosovo rund drei Prozent der Bevölkerung stellen, wird eine Art natürlicher Brückenfunktion zugeschrieben. Sie sind überwiegend Albaner, „Blutsbrüder“ jener albanischen Muslime, die dem Katholizismus nach der Niederlage der Christen auf dem Amselfeld 1389 allmählich den Rücken kehrten und sich fortan der Religion der türkischen Besatzer zuwandten. Zugleich werden die Katholiken als christliche „Glaubensbrüder“ der orthodoxen

Serben gesehen, deren Aggressionen und Bluttaten nach dem Ende des Kriegsfrühlings 1999 vielerorts ebenfalls blutig vergolten wurden. Zudem wirkt bis heute nach, womit Katholiken Ende der 1980er Jahre kosovarische Geschichte schrieben.

Zwei katholische Intellektuelle waren die Köpfe einer Versöhnungsinitiative ohne Vorbild: In spektakulären Zeremonien schworen damals rund 20.000 albanische Großfamilien der traditionellen Blutrache ab. Im ganzen Land reichten sich albanische Muslime die Hände; viele traten zum Katholizismus über. Die Katholiken als Experten für Versöhnung, das Bild ist haften geblieben. Zwar sitzen derzeit nur vier Katholiken im Kosovo-Parlament. Doch selbst albanische Muslime in Spitzenpositionen der kosovarischen Administration – bis hin zu Staatspräsident Ibrahim Rugova oder Regierungschef Bajram Rexhepi – setzen auf die Kirche. Staatliche Fördergelder für die fast mittellose katholische Kirche sind nicht vorhanden. Allerdings übertrug die Regierung ihr zuletzt ein Grundstück von 13.000 Quadratmetern bebaubarer Fläche im Zentrum der Hauptstadt Pristina. Bislang in der im Süden gelegenen Provinzstadt Prizren ansässig, arbeiten der Apostolische Administrator, Bischof Marko Sopi, und sein Stab nun intensiv am Projekt „Präsenz in der Hauptstadt“. Unter den 500.000 Einwohnern Pristinas gibt es nur rund 1.250 Katholiken. Dennoch soll nun nach den Vorstellungen der Kirchenführung ein großer Baukom-

plex mit Kathedrale, Bischofshaus, Grundschule, Schwesternheim, Kindergarten, Begegnungszentrum, Bibliothek und Theater entstehen. Allerdings fehlt bislang sogar das Geld, um einen tragfähigen Bauplan zur Genehmigung vorzulegen.

Präsident Rugova hatte im Februar bereits angekündigt, der Papst werde zur Grundsteinlegung kommen. Wenig Gehör – weder bei der Kirchenleitung noch bei der politischen Führungsriege – finden dabei warnende Stimmen, dass für ein solches Großprojekt, das trotz aller betonten ethnischen wie religiösen Offenheit einer politischen Manifestation gleichkommt, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte mit ins Boot geholt werden sollten. Für den Fall der Errichtung einer großen katholischen Kathedrale haben die wenigen radikaleren Muslime, die derzeit mit reichlich fließenden Geldern aus Saudi-Arabien in der Region Pristina Dutzende neuer – freilich leer stehende – Gebethäuser errichten, bereits den Bau einer noch größeren Moschee angekündigt. Bischof Sopi will trotzdem keine Zeit verlieren: „Der politische Wind weht derzeit für uns, aber er kann sich auch wieder drehen. Deshalb müssen wir jetzt anfangen; fertig stellen können wir es später.“

Behutsamere Kreise des kosovarischen Klerus setzen weniger auf große Bauprojekte, dafür mehr auf Versöhnungs- und Bildungsarbeit im Kleinen. Neben einer Öffnung der Kirche für interessierte Nicht-Getaufte plädieren sie für einen pastoralen Neubeginn. Priester und Laien spielten im Kosovo „immer noch bestimmte Rollen, wie im Theater“, so ein altgedienter Pfarrer im Süden des Landes, dessen Gottesdienste regelmäßig auch Muslime besuchen. Stattdessen müssten Laien und Klerus bei den drängenden gesellschaftlichen Fragen kooperieren, etwa beim Aufbau kirchlicher Schulen.

(KNA – ID Nr. 25 / 18. Juni 2003)

CHRISTEN IM IRAK:

Zwischen allen Stühlen oder Vermittler zwischen islamischer und westlich-moderner Welt

Ein halbes Jahr nachdem Washington offiziell das Ende der Kämpfe im Irak verkündet hat, der Krieg aber tatsächlich in einer zweiten Phase andauert, fühlt sich die Minderheit der Christen zwischen Euphrat und Tigris zwar nicht in der Freiheit ihrer religiösen Praxis, wohl aber durch die innenpolitischen Umstände bedroht. Die Anschläge und der Partisanenkampf gegen die Besatzungstruppen sowie gegen internationale Einrichtungen und Hilfsorganisationen fordern auf Seiten der Alliierten mehr Opfer als der erste Militärschlag gegen das Regime von Saddam Hussein.

Schätzungsweise 500.000 Christen sind nach kirchlichen Angaben noch im Irak geblieben. Ein innenpolitisches Vakuum haben die Alliierten nicht verhindern können; und in diesem suchen die verschiedenen politischen und islamischen Kräfte Positionen zu erringen, die es ihnen erleichtern, eines Tages das Land regieren zu können. Andererseits wollen der Ex-Diktator und seine Anhänger durch die Destabilisierung der Lage die Macht wieder zurückerobern. Unübersichtliche Fronten, und die Christen sehen sich dazwischen. Die chaldäischen Bischöfe haben in einem Schreiben an die US-Zivilverwaltung die volle Gleichberechtigung der Christen mit den anderen ethnischen und religiösen Gruppen gefordert. Der Vatikan stützt dieses Anliegen.

Viele Christen überlegten, bedauert Bagdads lateinischer Erzbischof Jean Sleiman, den Irak zu verlassen. Er versteht die Motive, hält das Weggehen jedoch für einen Fehler. Die arabischen Christen sollten gewiss sein, mahnt er, „dass Gott auf sie im Nahen Osten wartet und nicht in anderen Ländern“. Als Institution, sagt Sleiman, habe die Kirche im Krieg relativ wenig gelitten und könne daher heute den Menschen „nicht nur spirituell, sondern auch sozial und ökonomisch“ helfen. Der chaldäische Erzbischof Gabriel Kassab von Basra im Süd-Irak bestä-

tigte während eines USA-Besuchs Ende Oktober, dass christliche und humanitäre Hilfsorganisationen aus dem Ausland, die eng mit den Kirchen im Irak kooperierten, von Anschlägen bislang verschont geblieben seien. Ihre Arbeit sei für die Menschen in Not und vor allem für Kinder und Jugendlichen unabdingbar. Die Mitarbeiter kirchlicher Hilfswerke wollen bislang trotz der großen Risiken im Irak bleiben und ihre Projekte fortführen. Zurzeit sind rund 70 Prozent der Menschen im Weststromland auf ausländische Hilfe angewiesen. Nichtregierungsorganisationen bedauern, dass sich die staatliche Hilfe westlicher Geberländer mehr an politischen als an humanitären Aspekten orientiere. Jüngst haben die Zusammenschlüsse katholischer Orden in den USA und in Großbritannien an ihre Regierungen appelliert, für einen Wiederaufbau im Irak zu sorgen, von dem die Bevölkerung profitiert und bei dem die Menschenrechte geschützt werden. Sleiman und Kassab machen keine Stimmung gegen die Alliierten und sehen realistisch, dass deren schneller Abzug hohe Risiken nach sich ziehen würden. Aber sie vertreten doch den Standpunkt, das Land sollte möglichst bald wieder von den Irakern selbst, gestützt auf einheimische Polizei und Armeekräfte, verwaltet und regiert werden. Das irakische Volk stehe vor dem Problem, erklärt der chaldäische Bischof Antoine Audo von Aleppo/Syrien, in eine pluralistische Welt einzutreten. Für die herrschende Stammesmentalität wirke eine Gesellschaft nach amerikanischem Muster zerstörerisch. Die Christen in Nahost könnten in dieser schwierigen Phase als Vermittler zwischen islamischer und westlich-moderner Welt fungieren. In der Freude über die erreichte Freiheit übersehen Sleiman und Kassab nicht, dass es für die Iraker jetzt darauf ankomme, auch zu wissen, wozu sie diese nutzen wollten. Sleiman: „Die Freiheit ist Realität, aber sie wird noch überdeckt durch

Anarchie und Gewalt.“ Trotz der „komplexen Situation“ sollte die Zukunft positiv angegangen werden.

Patriarch der Chaldäischen Kirche gewählt

Die Synode der mit Rom unierten chaldäisch-katholischen Kirche hat Anfang Dezember im Vatikan einen neuen Anlauf zur Patriarchenwahl unternommen. Papst Johannes Paul II. hatte das 22 Bischöfe zählende Gremium für den 2. und 3. Dezember in den Vatikan berufen. Bei diesem Treffen ist ein Nachfolger für den verstorbenen Patriarchen Raphael I. Bidawid bestimmt worden.

Patriarch Raphael I. Bidawid war am 7. Juli verstorben; Ende August hatte sich die Synode in Bagdad versammelt, um einen neuen Patriarchen zu wählen, doch sämtliche Wahlgänge verliefen ohne Ergebnis. Unter den Synodalen herrschten tiefgehende Auffassungsunterschiede über den künftigen Kurs der Kirche, die ihren historischen Schwerpunkt im heutigen Irak hat.

Durch die kontinuierliche Auswanderungsbewegung seit Beginn des 20. Jhs. leben aber heute in der Diaspora – vor allem in den Vereinigten Staaten – fast genau so viele chaldäisch-katholische Christen wie in der einstigen Heimat. In einigen nordamerikanischen Städten wie Detroit oder San Diego gibt es ganze chaldäisch geprägte Viertel.

Der chaldäische Bischof der nord-syrischen Metropole Aleppo, Antoine Audo, schien zunächst der aussichtsreichste Kandidat zu sein. Er erhielt aber nur 12 von 20 Stimmen; für die Wahl zum Patriarchen hätte er 14 Stimmen benötigt, da das orientalische Kirchenrecht Zweidrittelmehrheit vorsieht. Nach Angaben aus Kirchenkreisen wurde gegen Audo – der aus dem Jesuitenorden kommt – ins Treffen geführt, dass er zu „lateinisch“ geprägt sei und dass er das in der Umgebung von Mossul auch noch im Alltag gesprochene ostaramäische Idiom nicht beherrscht.

Kontrast zwischen „amerikanischen“ und irakischen Chaldäern

Auch zwei Bischöfe aus der amerikanischen Diaspora hatten Chancen – Bischof Sarhad Jammo, der die chaldäische Diözese „St. Peter the Apostle of San Diego“ leitet, und Bischof Ibrahim Namo Ibrahim, dessen Sitz den Titel „Saint Thomas the Apostle of Detroit“ trägt. Die beiden Bischöfe haben zwar keine „latinisierenden“ Tendenzen, sondern stehen gerade in den USA fest auf dem Boden der ostsyrischen Tradition. Sie sind beide im Irak geboren, aber als naturalisierte „Amerikaner“ bestehen gegen sie bei den Chaldäern in der Heimat Vorbehalte. Denn die Chaldäer hatten dem Baath-Regime wegen seiner säkularen Tendenz einiges abgewinnen können, während sie jetzt befürchten, vom sogenannten „Westen“ aus Gründen des politischen Kalküls einem mehr oder minder islamistischen Regime ausgeliefert zu werden.

Die Probleme bei der Patriarchenwahl haben beim chaldäisch-katholischen Klerus im Irak Bitternis ausgelöst. „Gerade in dieser Zeit der Unsicherheit würde unsere Kirche eine klare spirituelle Führung brauchen, die auf der Höhe der Zeit ist“, heißt es im Klerus.

Kirche des alten Perserreichs

Die chaldäisch-katholische Kirche ist der unierte Zweig der Kirche des alten Perserreichs. Die Apostolische Kirche des Ostens – früher fälschlich oft als „nestorianische“ Kirche bezeichnet – hatte sich außerhalb der römischen Reichsgrenzen entwickelt und war vor allem aus politischen Gründen zur Reichskirche auf Distanz gegangen. Im sassanidischen Persien vor der islamischen Invasion kam es zwar immer wieder zu blutigen Christenverfolgungen, trotzdem ging die Christianisierung Mesopotamiens und des westlichen Iran rasch voran. Der Patriarch der Apostolischen Kirche residierte in der Doppelstadt Seleukia-Ctesiphon unweit des heutigen Bagdad, wo auch der Shahan-Shah seinen Sitz hatte.

Auch nach der islamischen Invasion breitete sich die Apostolische

Kirche des Ostens weiter aus – bis nach Zentralasien, in die Mongolei, nach China und Japan. Der Patriarch zählte zu den einflussreichsten Persönlichkeiten am Hof des Kalifen in Bagdad. Erst die blutig-bürokratische Christenverfolgung unter Timur-Lenk („Tamerlan“) beendete die Blütezeit der Kirche, die fortan auf Mesopotamien und Kurdistan beschränkt blieb. Im 16. Jh. kam es zu einer Unionsbewegung, weil ein Teil der

Bischöfe das System der erblichen Patriarchenwürde (vom Onkel auf den Neffen) nicht mehr akzeptieren wollte. Aus dieser Unionsbewegung entstand die chaldäisch-katholische Kirche.

Die kulturellen Leistungen der Apostolischen Kirche des Ostens, die das Wissen der Antike an den Islam weiterreichte, werden erst heute von der historischen Forschung gewürdigt. (PS nach: KNA u. ZENIT)

Polen: Jagd auf Eiserne Kreuze

JOACHIM GEORG GÖRLICH

Am 1. Mai 2004 werden sich für Polen die Türen zur Europäischen Union öffnen und das Land ist keineswegs europareif. Die Wirtschaftslage ist katastrophal und wird von zahlreichen Korruptionsaffären geschüttelt, in die Teile der Führungsschichten des regierenden Bündnisses der demokratischen Linken (SLD) und Teile der Generalität verwickelt sind, mit Inhaftierungen einschließend.

Die Generalität, an ihrer Spitze der Ex-Chef der Ingenieureinheiten General Ryszard Zuchowski, soll sich bei der Bewaffnung und Versorgung der IRAK-Einheiten bereichert haben. Staatspräsident Aleksander Kwasniewski denkt daran, sich von seinem SLD (Postkommunisten) zu trennen und eine eigene Partei zu gründen.

Um davon abzulenken, wird zur bei Kommunisten altbewährten anti-deutschen Keule gegriffen. Die Kampagne wird angeführt vom Magazin „Wprost“ (Direkt), dessen Inhaber und Chef der einstige II. KP-Chef Polens, Marck Krol, ist. Der „Zweite“ war stets zuständig für Agitation und Propaganda. Obwohl das geplante deutsche Vertreibungszentrum mit Sitz vorher kein Thema war, ist es zum Leitmotiv geworden.

Im Oppelner Oberschlesien scheint es sich für die deutsche Minderheit nicht gelohnt zu haben, mit der SLD kommunal und auf Wojewodschaftsebene eine Koalition zu haben. Denn: Dort beäugen amtliche Kontrolleure – von der deutschen Minderheit wieder kostenträchtig restaurierte – Kriegerdenkmäler der

Weimarer Zeit, die den Soldatentod von 1870/71 oder 1914/18 beklagen. Ferner Grabinschriften von deutschen Landsern, die aus der Gegend stammen, hier entweder in den letzten Kriegstagen fielen oder irgendwo in Deutschlands Lazaretten verstarben und jetzt auf den „normalen“ Friedhöfen bei ihren Verwandten ruhen. Unter den Namen, die die Kriegerdenkmäler anführen, gibt es auch einige gefallener deutsch-jüdischer Mitbürger.

Die Häsher bezeichnen die Eisernen Kreuze als „nationalsozialistische Embleme“, die entfernt werden müssen. Wohlwissend, dass es das Eiserne Kreuz bereits seit 1813 gibt, dass permanent Bundeswehrkraftfahrzeuge durch die Wojewodschaft fahren, sei es auf Kameradenvisite oder zu Manövern, die das Emblem zeigen, und dass Staatspräsident Kwasniewski kürzlich auf dem Hintergrund eines deutschen Panzers anlässlich einer gemeinsamen Truppenvereidigung posierte.

Auch das Wort „gefallen“, eher sein Kürzel „gef.“ muss – analog klassifiziert – verschwinden.

Es ist ein ehemaliger polnischer Berufsoffizier, der sich als Bürgermeister weigert, diesem Ukas nachzukommen: Krystof Fabianowski. Weder in seiner Stadt, noch auf den dazugehörenden Dörfern werde er Hand anlegen. Für ihn ist, wie jetzt ein polnischer Major im Irak, ein Soldat „gefallen“. Und er sei auch nicht bereit, Denkmäler im Rahmen „Polnischer Vorurteile“ zu schänden.

Fortsetzung auf Seite 81

Die russische Bevölkerung über den Krieg in Tschetschenien

PAUL ROTH

Der Krieg im Irak hat für geraume Zeit das Blutvergießen in Tschetschenien vergessen lassen. Ob die jüngsten Wahlen in Tschetschenien (*Präsidentenwahlen am 05.10.2003, Anm. d. Redaktion*) wieder geordnete Verhältnisse herbeiführen können, bleibt abzuwarten. Doch ist es unwahrscheinlich. Der Hass auf die russischen Besatzungstruppen ist groß. Der eigentliche Anlass für den ersten tschetschenischen Krieg (1994-1996) sowie für den zweiten (ab 1999) ist der Wunsch der Tschetschenen, ebenso aus der Sowjetunion (jetzt aus Russland) auszuscheiden wie die einstigen Unionsrepubliken des Kaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidschan). Diese waren Unionsrepubliken gewesen und konnten daher verfassungsgemäß souverän werden, als die Sowjetunion Ende 1991 zerfiel. Tschetschenien war jedoch nur ein „Autonomes Gebiet“, dem eine Selbständigkeit nicht zustand.

Vernichtungskrieg und Gegenterror

Noch vor dem Zerfall der Sowjetunion hatte Tschetschenien sich für unabhängig erklärt. Moskau war jedoch nicht bereit, auch dieses Territorium preiszugeben. Es befürchtete,

dass damit die Südflanke Russlands gefährdet würde und weitere Völkerschafften (z.B. die Daghestaner) im Kaukasus ihre Unabhängigkeit fordern würden.

Der Bürgerkrieg wurde von beiden Seiten grausam geführt. Manchmal glaubt man Ähnlichkeiten zum Krieg im Irak zu entdecken. So warfen die „Moskowskie nowosti“ (Nr. 1/95) Präsident Putin vor, gegen die Verfassung zu verstoßen, die nur im Falle einer Aggression die Verhängung des Kriegszustandes erlaubte. Die Berichterstattung der Medien wurde und wird behindert. Dass trotzdem Berichte über den brutalen Vernichtungskrieg, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, ans Licht kommen, ist einzelnen mutigen russischen Journalisten zu verdanken, so z.B. Anna Politkowskaja.

Sie ist jahrelang immer wieder nach Tschetschenien gefahren, hat berichtet über die Zerstörung von Städten und Dörfern, die willkürlichen „Säuberungsaktionen“, bei denen junge und alte Männer misshandelt oder erschossen werden. Dazu kamen massenhafte Plünderungen und Vergewaltigungen durch Soldaten und Offiziere. Ihre Feststellungen kann man in deutscher Sprache nachlesen: „Die Wahrheit über den Krieg. Tschetschenien“ (DuMont, Köln 2003).

Fortsetzung von Seite 80

Viele, die sich an die ersten Nachkriegsjahre in Oberschlesien erinnern, wissen von damals, wie deutsche Grabinschriften verschmiert, Grabplatten zerschmettert wurden und bei deutschen Soldatenfriedhöfen auf Geheiß der Kommunisten die Birkenkreuze herausgerissen wurden. Und wer es wagte, an den Gräbern Blumen niederzulegen oder „nur“ zu beten, wurde von Polens „Stasis“ (UB) einkassiert und hatte drakonische Strafen zu zahlen. Die vielen jüdischen Friedhöfe in der Re-

gion hatten die Nazis in Ruhe gelassen. Die rote „Volksmacht“ ließ sie zumindest verkommen; Schändung der Gräfte waren an der Tagesordnung.

Der Verfasser dieser Zeilen wiederholt das, was er vorgehalten hat: Er ist froh, dass sein Vater seine letzte Ruhe auf einem Athener Soldatenfriedhof und nicht in heimatlicher Erde gefunden hat. Dort stört keinen das Eisene Kreuz und das „gef“. Obwohl das griechische Volk nicht minder unter der NS-Herrschaft gelitten hat. □

Die tschetschenische Bevölkerung wehrte sich in einem Partisanenkrieg gegen den russischen Einmarsch. Seit 1995 bekam der Krieg eine neue Dimension durch die Devise: „Besetzt ihr unser Land und macht die Bevölkerung zu Geiseln, so werden wir das ebenso auf eurem Gebiet machen!“ In russischen Augen war das natürlich Terror. Das bekannteste Beispiel ist die Geiselnahme im Moskauer Musical-Theater im Oktober 2002. Westliche Proteste gegen das Verhalten der russischen Truppen in Tschetschenien wurde von russischer Seite mit der Begründung zurückgewiesen, man wehre sich nur gegen den Terrorismus.

Nach dem 11. September 2001, dem Terrorangriff auf die beiden Hochhäuser in New York, förderte Moskau eine Annäherung an die USA. Es nutzte die Gelegenheit, um das Thema Tschetschenien unter den Teppich „Terrorismus“ zu fegen. Auch hier sind einige Ähnlichkeiten zum Krieg im Irak zu finden. Im April 2003 wies die UN-Menschenrechtskommission einen Antrag europäischer Staaten zurück, in dem Moskau willkürliche Hinrichtungen und Folter vorgeworfen worden war. Die Antragsteller konnten von den 53 Staaten in der Organisation nur 15 gewinnen.

Die Stimme des Volkes

Während im Verlauf des ersten tschetschenischen Krieges in Russland immer wieder Kritik an dem Einsatz russische Truppen geäußert wurde, hat sich vor allem seit der Geiselnahme im Moskauer Theater die Stimmung zugunsten des zweiten tschetschenischen Krieges verschoben. Man sagt ferner in Moskau, Putin wäre u.a. deswegen zum Präsidenten gewählt worden, weil man in ihm die „starke Hand“ vermutete, um in Tschetschenien „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen.

Die „Nesawisimaja gaseta“ (04.04.03) veröffentlichte einen langen Text von Igor Chlebnikow „Die Stimme des Volkes lässt tief blicken. Tschetschenien, Terrorismus und antiterroristische Operationen im Spiegel der russischen öffentlichen Meinung“. Er hat dazu den Jahresband „Öffentliche Meinung 2002“ ausgewertet.

Im August 2002 erklärten 79 Prozent der Befragten, sie hätten Angst, Opfer eines Terroranschlages zu werden. Nur 12 Prozent hielten die tschetschenischen Kämpfer für Soldaten, die für die Unabhängigkeit ihrer Heimat ihr Leben einsetzten, 77 Prozent der Befragten nannten die tschetschenischen Kämpfer „Banditen“, „Mörder“, 86 Prozent waren überzeugt, dass die „tschetschenischen Separatisten“ mit internationalen Terrororganisationen verbunden sind. 55 Prozent glaubten, dass der Sieg Moskaus in Tschetschenien erungen werden kann. Bis zu einer Ordnung der Verhältnisse würden noch viele Jahre vergehen, meinten 42 Prozent; 27 Prozent waren überzeugt, dass Tschetschenien noch Jahrzehnte ein Unruheherd bleiben werde. Und nur 9 Prozent waren überzeugt, dass Tschetschenien früher oder später unabhängig von Russland werden müsse. Die Probleme Tschetscheniens sollten mit Gewalt gelöst werden, meinten 27 Prozent; 16 Prozent hingegen traten für eine Lösung durch Verhandlungen ein. 33 Prozent schließlich waren überzeugt, dass eine Verbindung von Gewalt und Verhandlungen notwendig sei.

Misstrauen und Feindschaft

Eine große Mehrheit (68 Prozent) der Befragten ist überzeugt, dass die nächste Generation von Tschetschenen sich Russland gegenüber feindlicher verhalten wird und Rache üben möchte für die Opfer. Nur 14 Prozent meinen, dass die Jugend sich Russland gegenüber freundschaftlicher verhalten wird.

In Russland haben sich Konflikte zwischen Völkernschaften verschärft. 36 Prozent sind der Meinung, die Tschetschenen seien selber schuld an ihrem Elend und 32 Prozent meinen, die Leiden der tschetschenischen Bevölkerung würden durch die westliche Propaganda übertrieben, um Russland anzuklagen und zu demütigen. 20 Prozent glauben an die Leiden der Tschetschenen und meinen, man solle auf die Meinung aus dem Westen hören. 67 Prozent halten einen Dialog mit den Tschetschenen als gleichberechtigten Bürgern für unmöglich, würden nur die Sprache der Gewalt verstehen. 44 Prozent haben festgestellt,

dass sich in den letzten Jahren die Beziehungen zwischen den Völkernschaften verschlechtert haben und 40 Prozent haben mehr nationalistische Äußerungen bemerkt. 30 Prozent empfinden gegenüber Tschetschenen Unglauben und Angst und 36 Prozent Gereiztheit und Hass. Folge solcher Anschauungen ist die Meinung von 40 Prozent, dass man tschetschenische Kämpfer auf der Stelle töten solle, wenn der Verdacht besteht, dass sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben. 19 Prozent meinen, man solle mit ihnen verfahren wie mit Kriegsgefangenen. 55 Prozent halten die „Säuberungen“ für gerechtfertigt, rund 68 Prozent glauben Informationen in den Medien über Übergriffe der russischen Streitkräfte nicht. 37 Prozent sind einverstanden damit, dass die russischen Streitkräfte bei ihren „Säuberungsaktionen“ Menschenrechte verletzen. 34 Prozent sind der Meinung, gegen Menschenrechtsverletzungen müsse mit allen Mitteln eingeschritten werden, die „Säuberungen“ sollten jedoch fortgesetzt werden. Die angeführten Zahlen beweisen, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung die „antiterroristischen Operationen“ in Tschetschenien billigt.

Die Folgen des Terrorüberfalls auf das Musical

Die Meldung über die Geiselnahme im Oktober 2002 in Moskau rief bei 36 Prozent Zorn, bei 34 Prozent Angst hervor. Sieben Prozent begannen durch den Terrorakt angeregt, über das Problem des Tschetschenienkrieges nachzudenken. Nur 9 Prozent empfanden Mitgefühl mit den Geiselnehmern und sogar ein gewisses Verständnis für die Ursachen, die sie zu dem Terrorakt veranlasst hatten.

In Zukunft, so meinen einige Soziologen, könne das dazu führen, dass ein Teil der Bevölkerung nicht nur Verständnis für die „Banditen“ aufbringt, sondern sogar den Terror rechtfertigt. 45 Prozent hielten die tschetschenischen Kämpfer für schuldig an der Aktion; aber 35 Prozent machten die russischen Sonderdienste – so z.B. das Innenministerium – verantwortlich. Und 15 Prozent hielt die russische Führung für verantwortlich, da sie die Kampfoperati-

onen in Tschetschenien fortsetze. Eine Folge der Geiselnahme in Moskau war die Zunahme jener, die für die Zunahme der „antiterroristischen Operationen“ sind, insgesamt 54 Prozent.

Die Ermordung eines Kritikers

Am 17.04.2003 wurde in Moskau der Duma-Abgeordnete Sergej Juschenkow vor seinem Haus ermordet. Niemand in Moskau bezweifelt, dass es sich um einen politisch motivierten Auftragsmord handelt. Juschenkow gehörte zu einer kleinen Gruppe von Abgeordneten, die den Tschetschenienkrieg kritisierten. Nach seiner Meinung waren die Sprengstoffanschläge im Jahre 1999 auf drei Wohnblocks vom Geheimdienst und nicht von Tschetschenen durchgeführt worden. Mit der gegen die Tschetschenen als angeblichen Tätern ausgelösten Welle der Empörung – so Juschenkow – sei Putin der Weg in den Kreml gebahnt worden.

Die Präsidentschaftswahl

Bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2003 in Tschetschenien hat der von Moskau eingesetzte Verwaltungschef Achmed Kadyrow mit über 80 % der Stimmen die Wahl gewonnen. So jedenfalls das amtliche Ergebnis. Kadyrow war, bevor er von Moskau eingesetzt wurde, Mufti. Die OSZE kritisierte die Wahl als von Moskau gesteuert. Die russische Menschenrechtsorganisation „Memorial“ hatte schon vor der Wahl kritisiert, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen faire Wahlen unmöglich seien. Knapp einen Monat vor der Wahl, am 9. September, waren die Vertreter aller Muftiate des Nordkaukasus in Tscherkessk zu einer Sitzung des „Rates des Koordinationszentrums der Muslime des Nordkaukasus“ zusammengekommen. Sie verurteilten den Extremismus von Muslimen. Hauptanliegen dieser Sitzung war jedoch ein Aufruf an die Bevölkerung Tschetscheniens, Kadyrow zu wählen. Niemand kann sagen, ob dieser Aufruf sich zugunsten Kadyrows ausgewirkt hat, zumal die offizielle Geistlichkeit kein besonderes Vertrauen in der Bevölkerung genießt. So jedenfalls urteilt die „Nesawisimaja gaseta“ vom 17.10.2003. □

7. INTERNATIONALER KONGRESS RENOVABIS

Suche nach Heimat – Migration in Europa

HEINRICH DORNDORF



Der 7. Internationale Kongress *RENOVABIS*, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, fand im 10. Jahr seit Bestehen vom 28. bis 30. August in Freising im Kardinal-Döpfner-Haus auf dem Domberg statt.

Aus 22 Nationen waren ca 320 Teilnehmer, davon 100 aus Mittel- und Osteuropa, angereist, um sich mit der Problematik: Migration in Europa und der damit verbundenen Suche nach einer neuen Heimat zu befassen.

Beschäftigten sich die vorherigen Kongresse hauptsächlich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus, dessen Folgen und einem zukünftigen Leben der Christen im ehemaligen Ostblock, so stand diesmal die Migration von ca. 56 Millionen Menschen in Europa (weltweit sind es etwa 175 Millionen) im Mittelpunkt des Kongresses. Migranten sind Menschen, die ihre Heimat verlassen oder verlassen müssen, oft unter schmerzlichen Bedingungen (Verlust von Heimat, Kultur, Familie, Freunde), aber auch um bessere Lebensbedingungen zu erhalten.

Bei der Migration wird unterschieden nach drei geographischen Begriffen: Herkunftsland – Durchgangsland (Transitmigranten) – Aufnahmeland, unabhängig von der Wanderungsbewegung, wobei z. B. die Hauptrichtung Ost-West ist. – Wenn wir jemanden begrüßen so geschieht dies oft mit den Worten: „Herzlich willkommen“. Anders sieht es wohl bei der Migration aus. Sind alle willkommen, die zu uns kommen? So sind Millionen auf der Suche nach einer neuen Heimat, die ihnen zunächst fremd ist. „Gott schuf den Menschen nach seinem Abbild, unabhängig von der Herkunft“, so Friedrich Kardinal Wetter bei der Eröffnung des Kongresses.

Ein Zeugnis besonderer Art brachte Bischof Joseph Werth aus Novosibirsk; er verglich die Völkerwanderung nach dem Untergang des römischen Reiches mit der Wanderungsbewegung nach dem Untergang des Kommunismus. Zunächst jedoch begann am 28.08.1941 die Zwangsvertreibung der Rußlanddeutschen durch Stalin hinter den Ural in die verschiedensten Sowjetrepubliken. „Als Rußlanddeutscher ist man

immer auf der Flucht“, so sein Statement. Viele dieser Menschen wollen deshalb zurück in die unabhängig gewordenen Länder, also in ihre alte Heimat, oder auch nach Deutschland in die Heimat ihrer Ahnen und treffen dann eine fremde Heimat eine andere Sprache, ja Ablehnung an. (Unter jugendlichen Rußlanddeutschen gibt es bereits Banden, die sich bekriegen, aber sich ein Einmischen der Einheimischen verbieten).

Eine Lösung, die allerdings einen langen Atem braucht, brachte der Prager Erzbischof Miroslav Kardinal Vlk zum Ausdruck. Fremde dürfen keine Fremden bleiben. Sie sollten auch nicht in Ghettos leben, denn sonst könnten Parallelgesellschaften entstehen: Einheimische – Zuwanderer, daraus entstehen Parallelkulturen wie im früheren Kommunismus. „Asylrecht ist Menschenrecht“, so seine Aussage. In seinem Vortrag beschrieb Kardinal Vlk die Lage der Tschechei. Tschechien gilt als Land in der Pufferzone der Migrationsbewegung (ferner gehören zu dieser Zone Polen, Slowakei und Ungarn). Da Deutschland als Durchgangs- oder Zielland und die Ukraine als eines der Herkunftsländer gilt, kommt seinem Land eine besondere Bedeutung zu: Unterschiedliche Immigrationsgruppen, kurze Aufenthaltsdauer, relative hohe Anzahl von Asylbewerbern, relativ hohe Zahl von Transitmigranten, die meistens illegal ins Land geraten. War Tschechien ein typisches Auswanderungsland in den beiden letzten Jahrhunderten, so kommen nach der Wende mehr Menschen in das Land. Einerseits Einwanderer aus dem Osten und andererseits aus dem Westen. Aus dem Osten kommen in der Regel junge Männer mit relativ hoher Bildung,

aber sie sind oft auf schlecht bezahlte Handarbeit angewiesen, oder aber sie verdienen sich ihr Auskommen als Kleinstunternehmer. Die Zuwanderer aus dem Westen kommen mit hohen Bildungsabschlüssen, werden gut bezahlt und nehmen u. a. als Manager, Sprachlehrer qualifizierte Arbeitsplätze ein. Wichtig ist es, so der Kardinal, dass sich Zuwanderer und Einheimische kennen lernen und die Angst voreinander verlieren.

Migration findet statt!, ob wir es wollen oder nicht. Von den 56 Millionen Migranten halten sich ca. drei Millionen illegal in den europäischen Ländern auf. Hier könnte eine soziale Explosion stattfinden. Allerdings gehen von „Illegalen“ kaum Verbrechen aus, diese Menschen wollen unauffällig bleiben, denn wenn sie sich offenbaren droht ihnen Abschiebung.

Weihbischof Dr. Josef Voß aus Münster, der in der deutschen Bischofskonferenz die Kommission für Migrationsfragen leitet, stellte die Situation der Migration für Deutschland dar. Früher richtete sich die Migration nach Osten aus. Mit dem Zeitalter der Industrialisierung jedoch änderte es sich. Besonders im Ruhrgebiet fanden die „Ruhrpolen“ und „Ruhrmasuren“ ihre neue Heimat. Ganz krass war die Zuwanderung allerdings nach Ende des 2. Weltkrieges: Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen, Anwerbung von Gastarbeitern, Zuwanderung nach der Wende, Einbürgerung von Spätaussiedlern (hier kommen in den nächsten Jahren noch ca 90.000 Menschen zu uns, deren Vorfahren vor Generationen ausgewandert sind). In diesem Zusammenhang müssen unsere Gesetze weiter entwickelt werden, insbesondere in Hinsicht auf Migration. Zuwanderer und Asylanten sollten ein Recht auf Arbeit erhalten, denn je länger man es ihnen verwehrt, je weniger können sie sich um sich selbst kümmern. „Migranten bescherten den aufnehmenden Gesellschaften keinen Kulturschock. Die Westfalen sind auch anders als die Bayern“, so Voß. Er nannte auch die

Hauptgründe der Migration: Kriege, Bürgerkriege, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Probleme. Je länger jedoch Ausländer in Deutschland leben und arbeiten, je weniger steigt die Sehnsucht in ihre alte (dann fremde) Heimat zurückzukehren. So ist Deutschland schon längst ein Einwanderungsland geworden.

Daraus folgt, dass Migration auch eine Aufgabe der Kirche ist. Weihbischof Voß zitiert sowohl aus Gen 1,27: „Gott also schuf den Menschen als sein Abbild, als Abbild Gottes schuf er ihn, als Mann und Frau schuf er sie“ als auch aus dem Grundgesetz: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen ..., die Würde des Menschen ist unantastbar ..., politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Migration und Integration bleiben die Herausforderungen unserer Zeit. Das Erlernen der Sprache im Aufnahmeland ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Nur so können Begegnung und Kommunikation stattfinden. Auch Voß ist strikt gegen eine Ghettobildung. Ein besonderes Problem für die Kirche sind die in Deutschland lebenden Illegalen, aus welchen Gründen auch immer. Aus Angst vor Abschiebung wagen sie nicht zum Arzt zu gehen, Kinder erfahren keine Schulausbildung, Illegale werden als billige Arbeitskräfte gehalten und sind so ihren Arbeitgebern rechtlos ausgeliefert. Wenn also kirchliche Organisationen diesen Menschen helfen, so laufen sie Gefahr sich strafbar zu machen.

Allerdings gibt es unterschiedliche Tendenzen bei der Migration von Jugendlichen. Aus Lettland kommen hauptsächlich Mädchen zu uns, um schnell viel Geld zu verdienen. Ergebnis in vielen Fällen: Abgleiten in die Prostitution.

In Rumänien herrscht die Tendenz vor: Selbst in 50 Jahren tut sich hier nichts, also nur fort.

Anders dagegen die Situation in der Tschechei und Slowakei. Hier gibt es fast keine Abwanderung in den sogenannten goldenen Westen. Jugendliche wollen am Aufbau ihres Landes mitwirken.

Der Generalsekretär des Europarates, Dr. Walter Schwimmer, betrachtete die Migration in Europa unter den Gesichtspunkten: Chance oder Gefahr?, aus der Sicht des Euro-

Fortsetzung auf Seite 85 u.

Christen und Muslime in Deutschland

Neue Arbeitshilfe der deutschen Bischöfe

Drei Monate nach dem „Erfolgssbuch“ der GKS „DIE WELT DES ISLAM AUS WESTLICH DEMOKRATISCHER SICHT“ (Sonderdruck AUFTRAG 251 / Juli 2003) ist nun eine pastorale Handreichung der deutschen Bischöfe mit dem Titel „CHRISTEN UND MUSLIME IN DEUTSCHLAND“ erschienen (Arbeitshilfe 172 vom 23.09.2003 der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Druckschriften – Die Arbeitshilfe kann als pdf-Datei aus dem Internet herunter geladen werden:

<http://dbk.de/schriften/DBK5.Arbeitshilfen/ah172.pdf>).

Wegen der unterschiedlichen Ansätze, die Welt(-Religion) des Islam zu betrachten, ergänzen sich beide Werke. Darin setzt sich die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) für die Muslime hier zu Lande ein. Die Arbeitshilfe ist ein Element für das Bemühen um ein angemessenes Verständnis des Islam und ein besseres Verhältnis zwischen Christen und Muslimen. Ein Bemühen, wie Kardinal Lehmann bei der Vorstellung der Arbeitshilfe es ausdrückte, „letztlich nur erfolgreich sein wird, wenn es sich jenseits von Vorurteilen einerseits und Blauäugigkeit andererseits vollzieht“.

Unter Hinweis darauf, dass die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit nicht nur darin bestehe, ein religiöses Bekenntnis zu haben, sondern auch in der Freiheit, den eigenen Glauben privat und öffentlich auszuüben, erklären die Bischöfe: „Als Christen treten wir nicht nur für uns selbst, sondern auch mit Blick auf die Muslime für dieses umfassende Verständnis von Religionsfreiheit ein.“

Woraus etwa folgt, dass die Muslime in Deutschland nach Auffassung der Bischofskonferenz „zweifelsfrei“ das Recht haben, Moscheen zu errichten. Die Religionsfreiheit für Muslime in der Bundesrepublik, so die Bischöfe, könne nicht davon abhängig gemacht werden, dass Christen in islamischen Ländern gleichermaßen eine solche Religionsfreiheit zugestanden bekämen, „so sehr Letzteres auch zu wünschen wäre“. Der Gedanke, die in Deutschland lebenden Muslime für das in die Verantwortung zu nehmen, was deren Glaubensgenossen in anderen Ländern den Christen schuldig blieben, wäre mit dem hiesigen Verständnis von Religionsfreiheit und mit der von Christen geforderten Haltung der Nächstenliebe nicht vereinbar, wird in der Schrift hervorgehoben. Ungeachtet dessen aber müsse man Muslimen gegenüber die Sorge um die Religionsfreiheit der Christen in islamischen Ländern offen zum Ausdruck bringen, betonen die Bischöfe.

Der 277 Seiten umfassende Text ist die Neufassung einer vor zehn

Jahren ebenfalls in dieser Reihe vorgelegten Publikation gleichen Titels.

In dem mit „Von der Wahrnehmung zur Begegnung“ überschriebenen ersten Teil der neuen „Arbeitshilfe“ geht es unter anderem um die Entwicklung der islamischen Präsenz in Deutschland und um die Frage „Glauben und Handeln – was verbindet, was unterscheidet Muslime und Christen?“. In einem mit „Einzelfragen“ überschriebenen zweiten Teil werden – geordnet nach Stichworten wie Beschneidung, Krankenhaus, Muezzinruf oder Schächten – Punkte behandelt, die nach Ansicht der Bischöfe für die Arbeit der katholischen Kirche in wichtigen seelsorglichen Handlungsfeldern und allgemein für eine gelingende Begegnung von Christen und Muslimen in Staat und Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind.

Hier findet sich auch das Stichwort „Kopftuch“: Die Bischöfe sehen nicht, dass es im Islam eine eindeutige Kopftuchpflicht gibt, plädieren aber dafür, die Gewissensentscheidung von Musliminnen, die der Überzeugung seien, dass ihnen ihre Religion eine solche Pflicht auferlege, zu respektieren. – Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Arbeitshilfe stand die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Fall Ludin noch an. Ihr war in Baden-Württemberg die Übernahme in den Schuldienst verweigert worden, weil sie als Muslimin auch im Unterricht das Kopftuch nicht abnehmen wollte. (PS/KNA)

Gregorios III. Laham – „Wächter“ der Griechisch-Katholisch-Melkitischen Kirche

VOLKER W. BÖHLER

Bis zu seinem Rücktritt im November 2000 hatte der melkitische Patriarch Maximos V. über einen Zeitraum von 33 Jahren die Geschicke seiner Kirche geleitet. Zum Nachfolger wählte die Bischofssynode den Erzbischof von Jerusalem, Lutfi Laham, der den Namen Gregorios annahm. Gregorios heißt im Griechischen „Wächter“ und so versteht dieser Patriarch auch sein Amt: Wächter über weltweit zwei Millionen Gläubige.

Der Name „Melkiten“ kommt aus dem Arabischen und bedeutet König oder Kaiser. Er kennzeichnet die der Reichskonfession treuen Patriarchate von Alexandria, Antiochia und Jerusalem, die der christologischen Lehre des Konzils von Chalzedon (451) folgten, und grenzt diese von Monophysiten und Nestorianern ab. Auch nach dem großen Schisma zwischen Byzanz und Rom (1054) war im Patriarchat von Antiochia der Wunsch nach Einheit mit Rom nie versiegt und so kam es, dass mit der Wahl Cyrills V. die Einheit wieder hergestellt wurde. Die anti-römisch gesinnten Bischöfe allerdings widersetzten sich dieser Wahl und es kam zu einer Verdoppelung der Hierarchie des Patriarchats.

Als „Patriarch von Antiochia, dem gesamten Orient, von Alexandria und Jerusalem“ ist Gregorios III. heute das Oberhaupt von über 2 Millionen Gläubigen, die in Syrien, dem Libanon, Israel, Palästina, Ägypten und einer weltweiten Diaspora leben. Die Melkitische Kirche ist keine Nationalkirche, sie ist eine orientalisch-katholische Kirche in voller Gemeinschaft mit Rom und fest in der Tradition der Ostkirchen verwurzelt.

Gregorios III. wurde 1933 in einem Vorort von Damaskus geboren, dort, wo der Apostel Paulus seine Bekehrung erfuhr. Der Patriarch entstammt dem Salvatorianer-Orden, studierte in Rom und erlangte als Fachmann für den Interreligiösen Dialog, die Ökumene und die Liturgie einen hervorragenden Ruf. Als Patriarchal-Vikar und später als Erzbischof von Jerusalem erwarb er sich in einem politisch schwierigen Umfeld große Verdienste. Msgr. Lutfi Laham wurde 1981 zum Bischof geweiht. Nach seiner Wahl zum Patriarchen gewährte ihm der Heilige Vater im Dezember 2000 die „ecclesiastica communio“, die Kirchengemeinschaft mit Rom.

Gregorios III. wirkte 26 Jahre in Jerusalem, die Jahre davor verbrach-

te er hauptsächlich im Libanon. Diese von Kriegen, Terror, Aufständen und einer rigiden Besatzungspolitik heimgesuchte Zeit prägte den Patriarchen nachhaltig und seine große Sorge gilt den Christen im Heiligen Land, deren Zahl in den letzten 50 Jahren rapide gesunken ist. Gregorios III. wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Präsenz der Christen im Nahen Osten für eine Aufweichung der verhärteten Fronten unabdingbar ist.

Patriarch Gregorios III. ist ein großer Freund der Deutschen und 43 Jahre intensiver Kontakte verbinden ihn mit unserem Land. Die Begegnung mit dem Patriarchen wird zum unvergesslichen Erlebnis, auch deshalb, weil sich Gregorios III. in einer hoffnungslos erscheinenden Situation im Heiligen Land ein fröhliches Herz bewahrt hat, das ihm Zuversicht und Mut für sein Wächteramt gibt. □

Anm. d.Red.: Einen ausführlichen Bericht von V.W. Böhler über den Patriarchen und die Griechisch-Kath.-Melkitische Kirche findet der interessierte Leser auf der Heft CD unter <KiruGes\Gregorius-III>.

Fortsetzung von Seite 84

parates. Zugewanderte Ausländer werden oft als Aussenseiter gesehen. „Gute Ausländer“ sind Menschen, die leben wie wir, oder uns in Sprache, Aussehen und Kultur nahe sind. Zweifellos gibt es Chancen der Migration, die sowohl den Migranten helfen, als auch dem Land, das sie aufnimmt. In vielen Ländern Europas gilt, wie auch in Deutschland, dass die Bevölkerung ohne Zuwanderung schrumpfen würde, sonst drohen Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Allerdings wenn ausländische Arbeiter Geldüberweisungen an ihre Familien tätigen, so fördern sie damit

die Wirtschaftskraft ihres Heimatlandes und wirken so der Migration entgegen. Zu den Gefahren zählen die wachsende Zahl rechtsextremer Parteien in einigen Ländern, ferner Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen. Ein weiterer Punkt ist, laut Schwimmer, die heimliche Zuwanderung, also der Aufenthalt von Illegalen. Hier sind die Regierungen der Herkunfts-, Durchgangs- und Zielländer besonders gehalten die Menschenrechte zu achten. – Die Migration in Europa erfordert auch ein gemeinsames europäische Programm, das sich mit Zuwanderungsfragen beschäftigt.

Suche nach Heimat – Migration in Europa, dieses Thema wird uns in der nächsten Zeit noch häufig berühren. Das umstrittene Zuwanderungsgesetz ist ein Element dabei. Wie halten wir es mit den Zugewanderten, oder als Zugewanderte mit den Einheimischen?

Anmerkung: Wir Soldaten sind schon lange „Migranten“ in Deutschland. Bei einer Versetzung kommt stets ein neues Umfeld auf uns zu. Lernen wir daraus und betrachten Migranten in Europa, in Deutschland nicht nur als Almosenempfänger und lästige Eindringlinge. □



Die Rechtsstellung der Räte in Deutschland

Erhalten Laien in Kirchengremien ihre Autorität durch Wahl oder durch die Zustimmung des Bischofs?
Plädoyer für ein eigenständiges Laienengagement in den Räten –

Auf die Bedeutung des eigenständigen Engagements der katholischen Laien in Gesellschaft und Kirche hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, hingewiesen. Während der Vollversammlung des obersten Laiengremiums der katholischen Kirche in Deutschland bekräftigte Meyer am 21. November 2003 unter Bezug auf das II. Vatikanische Konzil und die Würzburger Synode den festen Willen der Katholiken, das unverzichtbare und freie Vereinigungsrecht in den katholischen Räten wahrzunehmen. Meyer unterstrich, dass er sich in dieser Sache in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bischöfe wisse.

Der ZdK-Präsident hob mit seinen Ausführungen auf seine Auseinandersetzung mit dem Regensburger Diözesanbischof Gerhard Ludwig Müller vom Frühjahr 2003 ab. Bischof Müller hatte einen Dekanatsratsvorsitzenden abgesetzt und aus dem diözesanen Katholikenrat gewiesen. Dies hatte der Bischof unter anderem mit dessen Mitgliedschaft in der Kirchenvolksbewegung begründet, die sich „gegen das zur göttlichen Verfassung der Kirche gehörende Bischofsamt“ gewendet habe. Auf eine Beschwerde des abgesetzten Laien in Rom hatte die Kleruskongregation – in Unkenntnis der in den deutschen Diözesen geübten Praxis, die zwischen Pastoralräten nach dem CIC von 1983 und Katholiken-/Diözesanräten nach dem Beschluss der Würzburger Synode von 1975 unterscheidet – die Absetzung für rechtmäßig erklärt. (PS)

HANS JOACHIM MEYER

Aus aktuellen Gründen bedarf die Rechtsstellung der Räte, die eine der beiden Säulen des deutschen Laienkatholizismus bilden, einer grundsätzlichen Klarstellung. Auch wenn es in dem konkreten Streitfall, über den ich in der letzten Vollversammlung berichtete, inzwischen zu einer Einigung gekommen ist, was wir ausdrücklich begrüßt haben, so ist dadurch doch keineswegs die notwendige Klarheit eingeleitet.

Charakter der Räte in Deutschland

Wer den Charakter der verschiedenen Räte in Deutschland richtig verstehen will, muss zunächst wissen, dass das II. Vatikanische Konzil zwei Beschlüsse gefasst hat, die für die Klärung dieser Frage sorgfältig auseinander gehalten werden müssen:

1. empfahl das Konzil in seinem Dekret über die Bischöfe mit dem Titel „Christus Dominus“ im Artikel 27 in den Diözesen einen Pastoralrat einzurichten, „dem es zukommt, unter der Autorität des Bi-

schofs das zu erforschen, was die pastoralen Werke in der Diözese angeht, es zu erwägen und dazu praktische Schlussfolgerungen vorzulegen.“ Was der Text bis in die Wahl der Verben deutlich macht, ist, dass die als Pastoralräte bezeichneten Gremien ihr Mandat – direkt oder indirekt – vom Bischof erhalten und dass der Bischof daher auch der Adressat der von diesen geleisteten Beratung ist. Bekanntlich gibt es auch in Deutschland solche Diözesanpastoralräte. Sie sind jedoch mit jenen Diözesanräten, deren Mitglieder von Laien gewählt werden, nicht identisch.

2. Das II. Vatikanische Konzil hat ein Dekret über das Laienapostolat mit dem Titel „Apostolicam Actuositatem“ beschlossen. In diesem wird u.a. im Artikel 26 empfohlen, auf pfarrlicher, zwischenpfarrlicher und interdiözesaner, aber auch auf nationaler und internationaler Ebene beratende Gremien einzurichten, welche „die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich der Evangelisierung und Heiligung, im caritativen und sozialen Bereich und in anderen Bereichen bei entsprechen-

der Zusammenarbeit von Klerikern und Ordensleuten mit den Laien unterstützen. Unbeschadet des je eigenen Charakters und der Autonomie der verschiedenen Vereinigungen und Werke der Laien werden diese Beratungskörper deren gegenseitiger Koordinierung dienen können.“

Für das richtige Verständnis dieses Textes müssen wiederum zwei Dinge klar unterschieden werden: Die Empfehlung, koordinierende Räte für das Apostolat aus Priestern, Ordensleuten und Laien einzurichten, und die Feststellung, dass dadurch der je eigene Charakter und die Autonomie der Laienvereinigungen nicht berührt werden. Der zweite Punkt ist schon deshalb wichtiger und höherrangiger, weil er auf Artikel 31 der Kirchenkonstitution *Lumen Gentium* fußt, welcher lautet:

„Den Laien ist der Weltcharakter in besonderer Weise eigen ... Sache der Laien ist es, kraft der ihnen eigenen Berufung in der Verwaltung und in der Gott gemäßen Regelung der zeitlichen Dinge das Reich Gottes zu suchen ...“

Bekanntlich hatte Rom bis zum II. Vatikanum den Anspruch vertreten, jede Laienaktivität müsse unter bischöflicher Leitung stehen und sei „ein Werkzeug in der Hand der Hierarchie“ (Pius XII.) Gerade angesichts mancher Tendenz, das Neue in den Beschlüssen des II. Vatikanischen Konzils herunterzuspielen oder gar zu leugnen, ist es geboten, an diese Tatsachen immer wieder zu erinnern. Die Konsequenzen aus dieser neuen Sicht der Laienaktivität wurden dann vom Konzil selbst in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ gezogen, die ja in wichtigen Teilen eine wahre Charta des Laienkatholizismus ist.

Umsetzung durch die Würzburger Synode

Für Deutschland sind die beiden Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils umgesetzt worden durch die Gemeinsame Synode der Bistümer

der Bundesrepublik in Würzburg und durch die Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke in der DDR in Dresden. Als jetzt in ganz Deutschland geltende Grundlage ist hier der Würzburger Beschluss „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ vom Mai 1975 zu nennen. Auch dieser Beschluss geht, wie das Konzil, von zwei Arten von Gremien aus, nämlich einerseits von einem **Diözesanpastoralrat**, der durch Beratung des Bischofs „an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in den der gemeinsamen Verantwortung obliegenden Aufgaben der Diözese“ teilnimmt (III, 3,3) und andererseits von einem **Katholikenrat der Diözese**, der als Zusammenschluss von Vertretern des Laienapostolats definiert wird. Die Mitglieder dieses Gremiums erhalten ihr Mandat durch Wahl aus dem Kreis derer, die sie repräsentieren, oder durch Zuwahl in dieses Gremium. Ein solcher Rat fasst seine Beschlüsse unabhängig.

Unterschied vom Pastoralrat und Katholikenrat

Mit anderen Worten: Die Würzburger Synode hat bei ihrer konkreten Umsetzung des Konzilsbeschlusses die in Deutschland geschichtlich gewachsene Laienaktivität weiter entwickelt und hat neben die Pastoralräte einen besonderen Typ von repräsentativen Laienräten gestellt. Bei ihrem Beschluss ist sie im Wesentlichen von den im Dekret über das Laienapostolat genannten eigenständigen und unabhängigen Laienvereinigungen ausgegangen. Die im Würzburger Synodenbeschluss genannten **Katholikenräte** sind also keine koordinierenden Gremien, aus Priestern, Ordensleuten und Laien. Sie sind vielmehr, so der offizielle Terminus, **Zusammenschlüsse von gewählten Vertretern des Laienapostolats** aus den Räten der nächst unteren Ebene, aus den Laienorganisationen und aus hinzugewählten Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft. Zur Unterscheidung von den Diözesanpastoralräten hatte die Würzburger Synode für diese Zusammenschlüsse die Bezeichnung „Katholikenrat der Diözese“ eingeführt. Viele der dann nach der Würzburger Synode geschaffenen Gremien tragen andere Bezeichnungen wie

Diözesanrat, Diözesanversammlung oder Diözesantag. An deren rechtlicher Natur ändert sich dadurch jedoch nichts. Auf der Grundlage des Würzburger Beschlusses sind dann in der Folgezeit die verschiedenen von den Bischöfen bestätigten oder erlassenen Satzungen der Diözesan- oder Katholikenräte sowie der Dekanats- und der Pfarrgemeinderäte in den Diözesen entstanden. Auf der gleichen Grundlage gibt es das von der Deutschen Bischofskonferenz bestätigte Statut des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, inzwischen in der von der Vollversammlung beschlossenen Fassung vom November 1995. Bekanntlich ist das ZdK auf gesamtdeutscher Ebene „der Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertretern der Diözesanräte und der katholischen Verbände sowie von Institutionen des Laienapostolats und von weiteren Persönlichkeiten aus Kirche und Gesellschaft“, dessen Statut in Bezug auf seine Zusammensetzung, seine Aufgaben und seine Rechtsstellung ebenfalls dem von der Würzburger Synode entwickelten Modell entspricht.

Deutsches Partikularrecht und Codex Juris Canonici von 1983

In Bezug auf die Weltkirche handelt es sich beim Beschluss der Würzburger Synode und bei den Satzungen um partikulares Recht in Deutschland. Der Codex Juris Canonici von 1983 enthält zwar in seinem Canon 511 universalkirchliche Bestimmungen über die Pastoralräte, nicht aber über die im Konzilsdekret über das Laienapostolat genannten Gremien. Der CIC enthält allerdings zwei Bestimmungen, die in diesem Zusammenhang genannt werden sollten, nämlich das Recht der katholischen Laien zur Meinungsäußerung (CIC 212, §§ 2 und 3) und das Koalitionsrecht der katholischen Laien (CIC 215). Jedenfalls gibt es keinen Konflikt mit den auf der Grundlage des Würzburger Synodenbeschlusses entstandenen Räten in Deutschland und deren Rechtsstellung. Gleichwohl gab es nach 1983 in Deutschland eine Debatte über den rechtlichen Charakter der Pfarrgemeinderäte. Denn diese verbinden in der Tat Elemente der pastoralen Beratung und der eigenverantwortlichen Laienaktivität. Daran

machte sich die Frage fest, wer einem Pfarrgemeinderat vorsitzen soll – der Pfarrer oder – wie es der gewachsenen deutschen Praxis entspricht – ein gewählter Laie. Mit dieser Frage hat sich eingehend die Gemeinsame Konferenz – das durch die Würzburger Synode geschaffene Beratungsgremium von gewählten Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und des ZdK – beschäftigt und seine Ergebnisse im vom Vorsitzenden der DBK und dem Präsidenten des ZdK unterschriebenen Protokoll vom 15. Oktober 1987 festgehalten. Dort heißt es:

„Zur Frage des Vorsitzes im Pfarrgemeinderat wird in der Konferenz festgestellt, dass in dieser Frage kein Handlungsbedarf bestehe, weil der Pfarrgemeinderat gegenüber dem im Codex aufgeführten Pfarrpastoralrat ... ein aliud, wenn auch kein totaliter aliud sei. ... Es bestehe Konsens darüber, dass es bei den bisherigen Regelungen bleiben soll.“

Mit anderen Worten: Auch in Zukunft ist nach Auffassung der Gemeinsamen Konferenz der Vorsitzende des Pfarrgemeinderats ein gewählter Laie – Mann oder Frau.

Ganz generell wird im Protokoll *„im Blick auf die Räte des Laienapostolats gemeinsam festgehalten, dass sich hier zwei Bereiche berühren, das Vereinigungsrecht und das Verfassungsrecht. Dadurch, dass die Räte ihre Satzungen selbst beschließen und der Bischof diese in Kraft setze, sei bei den Räten zuerst das Vereinigungsrecht angesprochen. Diese seien freie Initiativen, die sich unter Anerkennung des kirchlichen Amtes zusammenschließen. Gleichzeitig seien diese Räte in die Diözesen eingebaut und ein Organ für die Gesamtgestalt der Diözese. Sie seien von oben gesetzt und von unten gewachsen. Deswegen müsse festgestellt werden, dass das vereinigungsrechtliche Element überwiege.“*

Vereinigungsrechtlicher Charakter der Räte

Wegen des primär vereinigungsrechtlichen Charakters der Räte war es denn auch für die Würzburger Synode selbstverständlich, dass sich die Mitgliedschaft in einem solchen Gremium allein aus der Wahl durch die von diesem Laien repräsentierten katholischen Christen ergibt. Diese

Rechtsgrundlage ist für uns unverzichtbar, und wir werden sie mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Darum weisen wir auch mit Entschiedenheit jeden Versuch zurück, wie er jüngst in einem Brief aus Rom unternommen wurde, in Bezug auf die Mitglieder von Donum Vitae Unvereinbarkeitsregeln einzuführen und auf diesem Wege einen wesentlichen Teil der aktiven katholischen Laienschaft aus dem kirchlichen Leben auszugrenzen. Ganz ausdrücklich möchte ich dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, dafür danken, dass er öffentlich dieses Schreiben in seiner Bedeutung tief gehängt hat. Wer es gut meint mit der Katholischen Kirche in Deutschland, möge mit dafür sorgen, dass es dort auch bleibt.

Folgerungen

Freilich müssen wir stets bedenken, dass die Räte in Deutschland, unbeschadet ihrer wesentlichen Verankerung in den Beschlüssen des II. Vatikanums, in ihrer konkreten rechtlichen Ausgestaltung partikularrechtlichen Charakter haben. Daraus ergeben sich aus meiner Sicht zwei Konsequenzen: Einerseits sind Beschwerden in Rom in Bezug auf Konflikte in und mit einem solchen Rat, wie sie unlängst ein gewählter Laienvertreter eingebracht hat, alles andere als klug und sinn-

voll, andererseits kann die rechtliche Relevanz von Antworten auf solche Beschwerden nur höchst fragwürdig sein. Im konkreten Fall ist überdies die Zuständigkeit der Kleruskongregation, bei der diese Beschwerde schließlich landete, nicht erkennbar.

Tatsächlich lassen denn auch die Zitate aus deren Antwort in einer Pressemeldung des Regensburger Ordinariats, diese römische Behörde habe die Entscheidung des Bischofs „bestätigt“, den Schluss zu, dass diese sich nur auf einen Pastoralrat und nicht auf einen Katholikenrat im Sinne des Würzburger Beschlusses beziehen kann.

Ich habe diese rechtliche Frage relativ ausführlich behandelt, damit wir uns in unserer Arbeit in den Räten auf unsere inhaltlichen Aufgaben konzentrieren können, weil über deren Stellung und deren Selbstverständnis keine Unklarheit besteht. Ganz ausdrücklich will ich betonen, dass es darüber, wie die beiden von mir konkreten Fälle gezeigt haben, mit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bischöfe überhaupt keine Meinungsverschiedenheit gibt. Dafür bin ich sehr dankbar. Denn nicht zuletzt gehört ein konstruktives und vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem kirchlichen Amt und den katholischen Räten zu den Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit unserer Räte. □

Vatikanischen Museen als virtuelle Galerien

Dank einem ehrgeizigen Multi-Mediaprojekt können, wie die katholische Nachrichtenagentur ZENIT meldete, die Sixtinische Kapelle und andere Meisterwerke aus allen Epochen der Kunst auf dem Computer betrachtet werden. Diese Neuheit präsentiert sich auf der Webseite des Heiligen Stuhles unter dem Link „Vatikanische Museen“. Die wichtigsten Werke Michelangelos, Raffaels und Leonardos, die Abteilung für ägyptische und die für griechisch-römische Kunst werden übers Internet präsentiert, versehen mit fachmännischen Erklärungen.

Mittels einer beweglichen Lupe können die Bilder vergrößert werden, wie es bei der Präsentation hieß. Auch hat man sehr viel Sorgfalt auf die Erklärung der Gemälde verwendet. Unter anderem werden auch die Bibeltexte genannt, durch die sich die Künstler inspirieren ließen, damit der Betrachter die tiefere Bedeutung der Werke verstehen kann.

Aus urheberrechtlichen Gründen können die Bilder nicht heruntergeladen werden, sondern verschwinden automatisch, wenn ein solcher Versuch unternommen wird.

Die offizielle Webseite des Heiligen Stuhles (www.vatican.va), die an Weihnachten 1995 eröffnet wurde, gehört heute zu den weltweit am häufigsten besuchten Internetseiten: monatlich wird sie von 50 Millionen Besuchern aus 150 Ländern geöffnet. □

Zusammenfassung der kirchlichen Soziallehre im Internet

„Sozialagenda“ von Iustitia et Pax nun online

Wie die katholische Nachrichtenagentur ZENIT meldete, kann man im Internet eine thematische Präsentation der Haupttexte des kirchlichen Lehramtes über die Soziallehre einsehen. Es handelt sich hierbei um die „Die soziale Agenda – eine Sammlung von Texten aus der katholischen Soziallehre“, die der Päpstliche Rat „Iustitia et Pax“ am 28. April 2000 in mehreren europäischen Sprachen veröffentlicht hat.

Kurz vor seinem Tod hatte der damalige Präsident des Rates, François Xavier Kardinal Nguyễn Văn Thuận, den Wunsch geäußert,

dass diese Texte eine weitere Verbreitung in der Welt finden mögen. Als Reaktion auf dieses Anliegen wurde die Soziale Agenda nun ins Internet gestellt und ist unter <http://www.thesocialagenda.com/deutsch/index.html> in verschiedenen Sprachen für alle abrufbar, die an der kirchlichen Soziallehre interessiert sind.

Die Soziale Agenda greift die verschiedenen Bereiche der kirchlichen Soziallehre gemäß der 75 zu diesem Thema vom kirchlichen Lehramt promulgierten Dokumente auf, angefangen bei den Heiligen Clemens und Augustinus bis hin zu

den jüngsten Schriften von Leo XIII. und den Päpsten des 20. Jhs.

Als Kardinal Van Thuân 2000 die Soziale Agenda vorstellte, wies er auch darauf hin, dass der Päpstliche Rat „Iustitia et Pax“ dafür sorgen wolle, dass die kirchliche Soziallehre weitere Verbreitung finde und zur Kenntnis von immer mehr Menschen gelange. „Diese Sammlung ist ein ausgezeichnetes Instrument für alle, die einen direkten Kontakt zu den Quellen des Lehramtes wünschen und diese gleichzeitig in systematischer Weise einsehen wollen“, hatte der vietnamesische Kardinal damals erklärt. □

Nova Militia Christi Hierosolymitana

(Ritterschaft Christi)

BERNHARD SORHAGE



Man trifft immer wieder auf Gemeinschaften, die sich Ritterorden oder Rittervereinigungen nennen, die sich dem Brauchtum widmen, sich manchmal fragwürdige Ziele gesetzt haben, die sich aber auch dem christlichen Glauben und seiner Förderung verschrieben haben. Es finden sich evangelische, katholische und auch ökumenische Ausrichtungen.

Bekannt sind die berühmten im Mittelalter gegründeten Ritterorden wie die Malteser und sein evangelischer Zweig die Johanniter, bekannt

ist der Deutsche Orden sowie die Ritter vom Hl. Grab zu Jerusalem. Daneben existieren heute noch viele kleinere Zusammenschlüsse von ritterlichen Gemeinschaften, die nicht von den beiden großen Kirchen anerkannt sind.

Der geschichtlich Interessierte kennt auch die dritte zur Zeit der Kreuzzüge im Jahre 1118/1119 von Hugo de Payns gegründete Bruderschaft der „ARMEN RITTER CHRISTI VOM TEMPEL SALOMONS ZU JERUSALEM“, die später als Templerorden zu Ruhm und Reichtum kommen sollte und im

Jahr 1312 von Papst Clemens V. auf Betreiben des französischen Königs, Philipp des Schönen aufgehoben bzw. zerschlagen wurde. Viele Tempelritter wurden gefoltert und auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Der letzte Großmeister Jaques de Molay fand am 18. März 1314 auf diese Weise den Tod.

In Portugal konnte der Orden reformiert durch den König mit dem Placet des Papstes Johannes XXII unter dem neuen Namen Christusorden überdauern. Diese ritterliche Gemeinschaft ist fest mit der Geschichte Portugals verbunden und erlangte schon früh wie ehemals die Templer großes Ansehen. So schreibt Hieronymus Megiser in seinem Buch „VON DEM DREYFACHEN RITTERSTAND UND ALLEN RITTER ORDEN DER CHRISTENHEIT“ bereits im Jahr 1593 (s. Abb. 1).



Von dem Dreyzehenden Geistlichen Orden / der Ritter Jesu Christi. Cap. XVII.

Um das Jar Christi 1326. Entstandt in Portugal under König Dionysio / der Orden der Ritter Jesu Christi. Dann als gemelter König gesehen / das der Tempelherren Orden / allenthalben außgetilget ward / hat er ihnen den namen und habit verändert / und sie Ritter Jesu Christi genennet / auch vom Papst erlangt / daß alle Ritter in Portugal möchten Heurathen. Diese Ritter tragen auff einem schwarzen habit / ein rothes Creutz / und darinn ein weisses. Leben under der Cistercienser Regul. König Philip in Hispanien / als regierunder König in Portugal / ist Großmeister dieses Ordens / der hat darvon 150000. Der Orden ist sehr mächtig : dann er viel gefäll hat auß den newlich erfundenen Landtschafftten in Africa / Asia und Brasil / auch auß allen Insuln der Oriental Indien. Deß Ordens Großmeister hat seinresidentz zu Maurino / und ist der Apt zu Alcosian dem Cistercienser Closter / allweg / Mittobristen deß Ordens / der hat macht diese Ritter zu erwehlen / zu straffen auch ihnen neuen Satzungen fürzuschreiben. Mehrers von diesem / mag man lesen / bey Hieron. osor. L. r. de reb. Eman.

Abbildung 1

1. Templerorden

Doch bevor ich auf den Nachfolgeorden der Templer, den Orden der Christusritter, eingehe und die NOVA MILITIA CHRISTI HIEROSOLYMITANA vorstelle, zum besseren Verständnis noch Einiges über die Templer Portugals.

Der Orden wurde in Jerusalem weit von der iberischen Halbinsel entfernt von Hugo de Payens und acht weiteren Rittern gegründet. Der Portugiese Fr. Bernardo da Costa glaubt in seiner „Geschichte des Ordens der Christusritter“ im Jahr 1771 unter Angaben von Beweisen die Namen der übrigen Mitbegründer des Templerorden angeben zu können. Dies waren:

1. Hugo von Payens die Brüder
2. Godofredo de Santo Admaro (Gottfried de Saint-Omer),
3. Ruralo,
4. Gaufrido,
5. Pagano de Monte Desiderio,
6. Archembaudor de Monte Amaro,
7. Gaudmaro,
8. Arnaldo,
9. André

André (Andreas), ein Onkel des Heiligen Bernhard von Clairvaux, wurde einst zu Bernhard gesandt, um ihn zu bitten, die Ordensregel für die neue Gemeinschaft zu erstellen. Die von Bernhard entworfene und vom Papst anerkannte Regel ist nachzulesen bei Hermann Josef Roth und Anton Großmann „Bernhard von Clairvaux – An die Tempel-Ritter“, Sankt Meinrad Verlag 1990.

Die Templer sahen im Heiligen Land wie auch in Spanien und Portugal ihre Aufgabe darin, den Kampf gegen den Feind des christlichen Glaubens, den Muselmanen, zu führen. Donna Teresa, die Regentin der Grafschaft Portucale schenkte dem Templerorden im Jahre 1127 die Ortschaft Fonte Arcada in der Nähe von Penafiel und am 19. März 1128 die Burg Soure. Hierzu gehörten auch alle strategisch wichtigen Gebiete zwischen Coimbra und Leiria. Diese Schenkungen trugen zur Stärkung des Orden der Templer bei.

Afonso Henriques, Stammvater der 244 Jahre überdauernden Dynastie von Burgund, regierte von 1139 bis 1185 als erster König von Portugal. Im Jahre 1143 leistete er dem

Heiligen Stuhl den Lehnseid. Doch erst im Jahre 1179 bestätigte ihn Papst Alexander III. mit der Bulle *Manifestis Probatum* als König und gestatte ihm, neue Gebiete von den Mauren zu erobern.

Vom Kaiser von León und Kastilien und den übrigen Königen der iberischen Halbinsel wurde die Unabhängigkeit Portugals nach der Schlacht von Ourique anerkannt. Für die Eroberung des portugiesischen Gebietes waren die Ritter vom Tempel so maßgebend, dass Afonso Henriques dem Hl. Bernhard als Dank für die siegreiche Beendigung eines Feldzuges die Gründung eines Klosters versprach. So ließ Afonso nach der Eroberung von Santarém am 15. März 1147 und von Lissabon am 24. Oktober des gleichen Jahres das Kloster von Alcobaça errichten. Der 1156 zum vierten Ordensmeister des Templerordens von Portugal gewählte Gualdim Pais diente dem König als wichtigster Ordensmann. Der vermutlich in Amares geborene Pais war in Palestina mit den Templern in Berührung gekommen. Als portugiesischer Tempelmeister begeisterte er sich für die Stadt Tomar und machte sie zum zentralen Ort des Ordens im Königreich. Hier wurde er auch am 13. Oktober 1195 in der Kapelle Santa Maria dos Olivais begraben.

Vom Zeitpunkt der Eroberung Santaréns an erhielt der Orden der Tempelritter zahlreiche Schenkungen wie beispielsweise Santarém (1147) selbst, Ceras (1159), Almourol und Tomar (1160). Der portugiesische Zweig des Templerordens wurde von insgesamt 24 Ordensmeistern geleitet. Bruder Bernardo da Costa nennt in seinem 1771 erschienenen Buch „*História da Militar Ordem de Nosso Senhor Jesus Christo*“ als ersten portugiesischen Ordensmeister Dom Guilherme Ricardo, der sich noch Procurator nannte. Er muss aber der Bruderschaft der Templer in Portugal bereits vor deren offiziellen Anerkennung im Konzil von Troyes durch Papst Honorius II. am 14. Januar 1128 vorgestanden haben. Bruder Bernardo weist diese Feststellung durch Schenkungsurkunden an den Orden nach. Dom Guilherme Ricardo übte das Amt bis zum Jahr 1139 aus. In diesem Jahr fiel er an der Seite seines Königs Afonso Henriques in der Schlacht von Campo de

Ourique, wie Aufzeichnungen des Klosters von Tomar belegen sollen.

Der 24. und letzte Ordensmeister in Portugal war Dom Vasco Fernandes. In seine Amtsperiode fiel die Aufhebung des Templerorden durch Papst Clemens V. Vasco Fernandes führte die Templer in Portugal von 1293 bis zur Auflösung des Ordens 1312 an. Er muss ein allseits anerkannter Mann gewesen sein. Denn in einer Schenkungsurkunde wird er als „ruhmreicher Freiherr“ angeredet. Der Meister selbst überlebte die Auslöschung seines Ordens um zwölf Jahre und starb 1323. In seinen letzten Lebensjahren übte er noch das Amt eines Komtur des Nachfolgeordens, des Christusorden aus.

Seit Bestehen in Portugal unterstützte der Templerorden stets die Herrscher des Landes im Kampf gegen den Mauren und der Rückeroberung des Territoriums. Bruder Bernardo da Costa schreibt in seinem Geschichtsbuch über den Orden: „... das erhabenste Thema dieses Werkes ist die Religion, die heroische Ehrfurcht, mit der die meisten Vorgänger Seiner Majestät (Dom José I.) für diesen Militärorden eintraten, ihn begünstigten und ausstatteten, vor allem die große Gunst, die sie den Ordensrittern bezeugten, die Vorrechte, mit denen sie die vom Orden geleisteten Dienste auszeichneten, und der Eifer, mit welchem die Ritter sich an den Eroberungen beteiligten.“

Die Wertschätzung des Templerordens verdeutlicht das Testament Dom Afonsos III. aus dem Jahr 1271, in dem er dem Orden zweitausend Pfund schenkte, die größte Menge Geld, die die Ritter bis dahin erhalten hatten.

Die Templer dehnten sich zunächst nach Süden aus später ostwärts, überquerten das Gebiet von Belver und beherrschten den größten Teil der Region, wo der Tejo in das Territorium Portugals einfließt. Mehrere Ortschaften wie Alpalhão, Nisa, Arès und Ródão gehörten zu dem Gebiet, was von ihnen verteidigt und besiedelt wurde. Die Ritter entfalten ihre militärischen Tätigkeiten besonders in den Grenzgebieten zu den Mauren, um hier deren Angriffe abzuwehren.

Um eine Bedrohung des Königreiches Portugal von den Flanken durch die Mauren zu verhindern, wurde vom

König, aber auch von den Tempelrittern eine Kolonisierung und Besiedlung nach Süden, Osten und Nordosten gefördert, um eine sichere Grenze zwischen den Flüssen Tejo und Coa zu erhalten.

Die portugiesischen Besitzungen der Templer wurden nach Auflösung des Ordens später im Jahre 1319 auf den Christusorden übertragen. König Dom Dinis konnte sich der Auffassung des französischen Königs, Philipp des Schönen, und des Papstes Clemens V. nicht anschließen und den Templerorden krimineller Machenschaften bezichtigen. Zu groß waren die Wertschätzung und die Anerkennung für die geleisteten Verdienste des Ordens für Portugal bei König und auch Volk, so dass Dom Dinis den Orden der Templer 1317 erneuerte und in den Christusorden reformierte. Das Eigentum der Templer wurde auf den Christusorden übertragen. Die im übrigen Europa verfolgten Tempelritter flohen nun nach Portugal, wo sie als Christusritter an der Verteidigung Portugals teilnahmen.

2. Christusorden

Das rote Tatzenkreuz auf den weißen Mänteln der Tempelherren war mit Aufhebung des Ordens 1312 ausgelöscht. Es sollte aber in geänderter Form mit kleinerem weißen Innenkreuz (sog. Unschuldskreuz, s. Abb. 2 re.) im Christusorden neu entstehen. Dieses Kreuz kann in Portugal an alten Gebäuden besichtigt werden.

Zwei Jahre nach Gründung des Christusorden aus dem ehemaligen Templerorden durch König Dionysius von Portugal erkannte Papst Johannes XXII mit der Bulle *Ad ea ex quibus* am 14. März 1319 den Orden der Christusritter offiziell an.

Die Zielsetzung des neugegründeten Christusorden war nahezu die gleiche wie die der ehemaligen Templer. Er wollte hauptsächlich die Feinde des christlichen Glauben bekämpfen, wobei er sich nicht wie besonders die Ritter vom Tempel auf den Kampf im Heiligen Land konzentrierte, sondern auf die Rückeroberung Portugals von den Mauren. Der erste Ordensmeister der Christusritter war Dom Gil Martins. Es

wurde festgelegt, dass die Professritter ihre zukünftigen Meister wählen und der Abt von Alcobaça für die Supervision des Ordens zuständig war. Satzungsgemäß verfügte der Orden über 69 Ritter, 9 Kleriker und 6 sog. Sergeanten. Wie bereits schon gesagt, übereignete der König die Besitzungen der Templer an den Christusorden so z.B. die Ortschaft Castro Marim. Außerdem ließ der König den Ordensmeister und die Ordensoberen den Treueid leisten. König Denis war bei seinen Zeitgenossen hoch angesehen. „Der König kann alles, was er will“, hieß es damals.

Während der Zeit der Entdeckungen zeigte Portugal sich der Welt. Prinz Heinrich genannt der Seefahrer (Dom Henrique), der Sohn von Dom João I. (1385-1433) war mit bereits 26 Jahren zum Ordensmeister gewählt worden. Er bekämpfte in Ceuta die Mauren und sorgte dafür, dass sich Portugal über das Meer hinaus ausdehnte. Weiterhin nahm er selbst an der Kolonisierung von Madeira und den Azoren teil. Heinrich gründete die Seefahrtsschule von Sagres. Hier erlernte man die Kunst der Seefahrt mit dem Ziel neue Länder zu entdecken, einen Seeweg nach Indien zu finden und den christlichen Glauben zu verbreiten. Als die Reichtümer aus diesen Seefahrten stark anwuchsen, beschloss Prinz Heinrich im Jahre 1449, die Ordensregeln des Christusorden neu zu formulieren, um den Orden zu Wachstum und Wohlstand zu führen.

„Man glaubt, dass der Christusorden von den Templern das Ordenskleid der Professritter übernommen hat, auf dem er nur das 1146 eingeführte Kreuz ersetzte, das zum beson-

deren Ordenszeichen werden sollte. In der 1449 auf Veranlassung des Prinzen Heinrich geänderten Ordensregel der Christusritter wurde festgelegt, dass das Skapulier Tag und Nacht zu tragen ist, tagsüber unter dem Koller, nachts am Körper. Man dürfe sich auf keinen Fall von ihm trennen. Die weißen Umhänge, die am Kapitel, an Festtagen, beim Empfang der Kommunion und am Tage des eigenen Begräbnisses zu tragen sind, müssen knöchellang und an der rechten Seite offen sein. Auch die Klerikerbrüder tragen lange Gewänder. Wegen der Reit- und Waffenübungen haben die Gewänder der Ritter keine einheitliche Länge. Sie müssen jedoch mindestens bis zum Knie reichen. Die Mäntel und Umhänge müssen so getragen werden, dass das Kreuz immer gerade auf der Brust zu sehen ist. Das kanonische Kreuz war für Vikare und Brüder aus Wolle und für Komture und Ritter aus Seide einschließlich der Umrisse in roter Farbe gefertigt. Ausdrücklich verboten waren grüne, rote und gelbe Stoffe. An den Festtagen Weihnachten, am Tag der Beschneidung Jesu, am Fest der Hl. drei Könige, Mariä Lichtmess, in der Karwoche (von Palmsonntag bis Ostern) an Christi Himmelfahrt, an Pfingsten, Heilige Dreieinigkeit, Fronleichnam, Auffindung des Hl. Kreuzes Heimsuchung Marias, Unserer lieben Frau auf dem Berge Karmel, Mariä Himmelfahrt, Mariä Geburt, Erhöhung des Heiligen Kreuzes, Allerheiligen, Darstellung Marias, Mariä Empfängnis und an Mariä Verkündigung war es für Komture und Ritter vorgeschrieben, den weißen Umhang/Mantel zu tragen. Wenn diese Anordnung nicht befolgt wurde, musste als Strafe Kerzenwachs für das Kloster gestiftet werden.“

Die Anzahl der Mitglieder des Christusorden nahm Mitte des 15. Jh. signifikant zu, als die portugiesischen Seefahrer auf dem Atlantik nach Süden vordrangen.

Heinrich der Seefahrer/Dom Henriques baute während seiner Amtszeit als Meister des Christusor-



Abbildung 2: Portugisische Münze auf deren Rückseite das Christuskreuz (re) zu sehen ist. Es handelt sich um einen ¼ Portugalöser zu 2 ½ Dukaten aus dem Jahr 1675 bis 1692. Auf der Vorderseite ist eine stehende Madonna mit Kind über einem verzierten ovalen Stadtwappen abgebildet. Die Rückseite der Münze zeigt das Kreuz des portugiesischen Christusorden. (In der Inschrift findet der Numismatiker das Münzzeichen, die gestielte Blume des Münzmeisters Hermann Lüders)

den die Stadt Tomar den späteren Mittelpunkt des Ordens aus. So ließ er den „Claustro da Lavagam“, den Kreuzgang der Reinigung und den „Claustro do Cemitério“, den Kreuzgang des Friedhofs errichten und das Christuskloster umbauen und vergrößern. Dieses Kloster wurde später ganz in die Burg von Tomar integriert.



Abbildung 3: Es soll zur Verdeutlichung des Christuskreuzes nochmals die Rückseite einer 400 Reis-Silber-Münze gezeigt werden, wie sie in Portugal in den Jahren 1799-1801 im Umlauf war. Interessant ist die lateinische Inschrift: **IN HOC SIGNO VINCES** (in diesem Zeichen siegst du)

Die Erkenntnisse der Templer aus dem Orient nutzte Heinrich für seine Entdeckungen der Seewege, wobei die von ihm gegründete Seefahrerschule von Sagres den zentralen Ort für die Entwicklung des Neuen darstellte.

Nach dem Tod Prinz Heinrichs wuchs der Christusorden weiter, wurde mächtiger und gewann mehr an Einfluss. Der Mittelpunkt des Ordens war nunmehr die Stadt Tomar, die weiterhin von ihm gefördert wurde.

Große Veränderungen standen dem ursprünglich rein militärischen und christlichen Orden im Jahre 1496 bevor. Es wurde in diesem Jahr für den Christusorden das Zölibat abgeschafft und ab dem Jahr 1505 galt auch das Armutsgebot für die Ordensmitglieder nicht mehr. Diese Änderungen der Ordensvorschriften, die vom Papst bestätigt wurden, führte dazu, dass sich die Zahl der Christusritter sehr erhöhte. So zählte im Jahr 1495 der Orden 80 Kapitel und im Jahr 1521 bereits 454. Als im Jahr 1515 der Christusorden der Krone unterstellt wurde, wurde er zum Teil dem Einfluss des Hl. Stuhles entzogen, obwohl der Papst ge-

maß den Bestimmungen von 1319 das Recht hatte, selbst Ordensritter zu ernennen, so dass sich seit dieser Zeit ein vatikanischer bzw. ein portugiesischer Zweig entwickelte (hierauf soll später noch eingegangen werden). Ab 1522 wurden im Orden zwei unterschiedliche Organisationen gebildet, eine zivile und eine militäri-

sche mit unterschiedlichen Aufgaben. Im Laufe der Zeit wurde nach und nach der christliche Grundgedanke zurückgedrängt und Ritter des Christusorden zu sein, war mehr eine Frage des Ansehens und der Ehre.

Bis zum Ende des 15. Jh. war der Christusorden noch maßgeblich an den Entdeckungen Portugals beteiligt. Doch nach der Entdeckung Brasiliens durch den Christusritter Álvares Cabral begann der langsame Niedergang des Ordens.

Gründe für diesen Niedergang waren einmal der Verlust des Kreuzzuggedankens, weil ganz Westeuropa christianisiert war, und durch die Entdeckung der Neuen Welt, die zu Wohlstand und Reichtum führte, ließ die Disziplin und die religiöse Genügsamkeit nach. Auch die Weiterentwicklung der Waffentechnik ließ die Kampftaktik des Ordens veralten, so dass der Christusorden sich allmählich zu einen Verdienstorden des portugiesischen Staates wandelte. Unter dem Einfluss der Königin Donna Maria I. verlor der Christusorden im Jahr 1789 in Portugal seinen religiösen Charakter. Der Papst verlieh nunmehr den Christusorden, den

„Ordine Supremo del Christo“, auch als höchste Verdienstauszeichnung des Hl. Stuhles bis heute. So wurde der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck von Papst Leo XIII (1878-1903) mit dem vatikanischen Christusorden ausgezeichnet. Bismarck hatte den Papst in einer Kolonialfrage mit Spanien um die Karolineninseln (1525 von Portugiesern entdeckt) um Vermittlung gebeten.

Noch einmal zurückkommend auf König Dom Dinis, der den Tempelorden Portugals in den Christusorden umwandelte und der 1319 den gesamten Besitz der Templer auf den Christusorden übertrug, glauben portugiesische Historiker, dass dieser König nicht nur an der wirtschaftlichen Zukunft der Templer interessiert war, vielmehr wollte er auch von den Kenntnissen der Tempelherren profitieren. Denn diese Ritter hatten große Erfahrungen in der Seefahrt gewonnen, als sie über Jahrhunderte hinweg Christen in das Heilige Land begleiteten. Der König Dionysius/Denis soll neben der Eroberung Portugals den Wunsch gehegt haben, sein Reich mit geeigneten Partnern nach Übersee auszudehnen.

Prinz Heinrich, der fünfte Sohn von König Dom João I. und Donna Filipa von Lencastre, wurde 1420 Führer des Christusorden. Er konnte somit mit reichlichen Mitteln für die Durchführung seiner Pläne für die Erkundungs- und Eroberungsfahrten nach Übersee rechnen. Er ließ im Auftrag der Krone 70 große Schiffe und zahlreiche Landungsboote bauen und eroberte Ceuta. Hier wurde er von seinem Vater gemeinsam mit zwei älteren Brüdern nach Eroberung der marokkanischen Stadt (1415) zum Ritter geschlagen. Die Schiffe Heinrichs segelten bis zu den kanarischen Inseln.

Heinrich bewunderte den Geist der Kreuzzüge. Er bemühte sich daher um die Unterstützung des Papstes, neue Länder in Afrika zu erobern, um dort nicht allein den christlichen Glauben zu verbreiten sondern auch Gewinne für Portugal zu erzielen.

Die Segel der Schiffe zierten das rote Templerkreuz (s. Abb. 5, s.S. 58).

Die Azoreninseln und Madeira wurden kolonisiert und an der afrika-



Abbildung 4: Im Jahr 1960 wurde von Portugal zum 500. Todestag von Heinrich dem Seefahrer (Dom Enrique el Navegador) eine silberne Gedenkmünze zur Erinnerung an den Förderer der portugiesischen Seefahrt und Entdeckungen herausgegeben.

nischen Küste suchte man nach neuen Ländern und Schätzen. Bei allen diesen portugiesischen Unternehmungen war der Christusorden führend finanziell, aber auch aktiv beteiligt. In der Bulle *Sane Charissimus* übertrug der Papst Martin V. dem Christusorden die zivile und religiöse Verwaltung der eroberten Gebiete.

Der Christusritter Vasco da Gama entdeckte den Seeweg nach Indien und wurde vom König Portugals als Anerkennung zum Großadmiral Indiens ernannt (s. Abb. 6).

Álvares Cabral auch Christusritter verließ am 09.03.1500 Lissabon mit einer Ostindienflotte und erreichte am 24.04.1500 die Küste Brasiliens. Die Fahne mit dem Christuskreuz wurde auf dem neu entdeckten Territorium gehisst und die Messe gelesen. Der Name, den die Entdecker dem neuen Land gaben – Vera Cruz – wurde bald durch den Namen seines wichtigsten Produktes dem Brasilholz ersetzt.

3. Nova Militia Christi Hierosolymitana

Nachdem nun der alte Christusorden (Ordo Militia Christi) nicht mehr existent ist und nur noch eine Verdienstauszeichnung Portugals und des Vatikans darstellt, haben sich Frauen und Männer in der Ritterschaft der Nova Militia Christi Hierosolymitana, in der Neuen Ritterschaft Christi zusammengefunden. Die Gemeinschaft sieht sich in der

Abbildung 5: Eine portugiesische Briefmarke zeigt die Schiffe der alten portugiesischen Flotte mit dem roten Tempelkreuz – Auch Christoph Columbus segelte unter diesem Kreuz über den Atlantik. Interessant ist, dass Columbus mit der Tochter eines ehemaligen Großmeister des Christusorden verheiratet war. Von dem Ordensmeister soll er Seekarten und Logbücher erhalten haben.



Tradition des portugiesischen Christusorden. Sie setzt sich wie der alte Orden für eine christliche Weltanschauung ein besonders in einer Zeit, in der die Werte des christlichen Abendlandes von Zerfall gezeichnet sind. Die Nova Militia Christi will die kämpferischen Überlieferungen des alten Christusordens aufgreifen und mit den Waffen des Geistes für den christlichen Glauben kämpfen. Sie sieht ihre Aufgabe in der aktiven Mitarbeit in der Pfarrgemeinde und sonstigen kirchlichen Einrichtungen.

Weiterhin will die neue Ritterschaft unerschrocken Angriffen der Medien oder der Öffentlichkeit gegen Kirche und Papst durch die unterschiedlichsten Möglichkeiten der Gegendarstellung und richtigstellender Information entgegenreten. Die Mitglieder der Gemeinschaft wollen ihr Leben nach Gott ausrichten. Dies geschieht besonders in täglichen Gebet, im Lesen der Schrift sowie in der Feier des Gottesdienstes und dem Empfang der Sakramente.

Mehrere Geistliche und Seelsorger – selbst Mitglieder der Ritterschaft – sorgen für die spirituelle Ausrichtung der Gemeinschaft. Eingeladene Fachleute referieren über die unterschiedlichsten Themen des christlichen Glaubens, der Kirche oder des menschlichen Zusammenlebens, so dass eine intellektuelle Wei-

terbildung des einzelnen in Glaubens- ethischen oder moralischen Fragen erfolgen kann.

Nach kanonischem Recht ist die Nova Militia Christi eine Bruderschaft mit kirchlichem Status durch die Deutsche Bischofskonferenz, Can 299 § 3 CIC. CC 321 ff. Die Bruderschaft hat sich bereits über die deutschen Grenzen hinaus ausgebreitet wie beispielsweise in die Schweiz, nach Italien oder Palästina.

Wenn die Ritterschaft heute den Anspruch erhebt, die Tradition des portugiesischen Christusorden fortzuführen, dann sieht sie ihre Legitimation im Geiste der Anfänge des Ordens, mit der Ermahnung zur Bescheidenheit. Wie ehemals im Mittelalter der Christusorden sieht die Neue Ritterschaft Christi außer im Einsatz für das christliche Glaubensgut in Brüderlichkeit und Barmherzigkeit ihr eigentliches Bemühen.

Die Mitglieder der Ritterschaft tragen neben dem Kreuz des alten portugiesischen Christusorden zu ihren Gottesdiensten einen weißen Mantel, wie es auch in alten Zeiten Brauch war. Das Weiß des Mantels symbolisiert die Reinheit und die Unschuld. Das rote Kreuz auf dem Mantel erinnert an die Farbe des Blutes, Symbol für die Hingabe an Gott. □



Abbildung 6: Vasco da Gama



Abbildung 7: Eine portugiesische Silbermünze von 1968 zeigt den Seefahrer, Entdecker und Christusritter Álvares Cabral.



Zum Jahreswechsel – Aspekte der GKS-Arbeit im Jahr 2004



**Der Bundesvorsitzende
an die Kreise und
Ansprechpartner der GKS,
die Mitglieder des
Bundesvorstandes und
des Vorstandes der
Zentralen Versammlung**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

der Blick auf das zu Ende gehende Jahr 2003 kann uns mit Freude erfüllen – aber nicht ohne zugleich sorgenvolle Gedanken wachzurufen.

Der wichtigste und uneingeschränkt positive Aspekt ist zweifellos das unverändert große Engagement einer großen Zahl von GKS-Mitgliedern. Sie erfüllen unsere Gemeinschaft mit Leben, sie verwirklichen unseren Anspruch als Laien in der Militärseelsorge, sie gestalten das Miteinander katholischer Laien in der Bundeswehr. Darin liegt in erster Linie die Daseinsberechtigung und die Bedeutung der GKS.

Zugleich wird deutlich, wie schwierig unsere Arbeit in vielen Bereichen geworden ist. Das Umfeld in der Bundeswehr und in der gesamten Gesellschaft ist für katholische Laienarbeit sicherlich nicht einfacher geworden. Besondere Sorge bereitet mir die wachsende dienstliche Belastung durch immer neue Aufgaben und eine zunehmende Zahl von Versetzungen. Wer kann noch Kraft und Zeit für eine ehrenamtliche Aufgabe aufbringen?

Und doch: Ich bin davon überzeugt, dass wir, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, in dieser Bundeswehr eine wichtige Aufgabe haben: Wir müssen unsere Gedanken über Krieg und Frieden, über humanitäre Interventionen, über die unverzichtbaren Bestandteile des Konzepts der Inneren Führung, über die Verantwortung von Vorgesetzten und Untergebenen sicherlich zunächst im eigenen Kreis vertiefen, dann aber immer wieder an unsere Kameraden herantragen. Unsere Gemeinschaft behütet ein Wissen um die ethischen Grundlagen unseres soldatischen Berufes, das in der Bundeswehr mehr und mehr verloren zu gehen droht. Wie ernst diese Sorge ist, zeigt der Rückgang der Politischen Bildung und der Lebenskundlichen Unterrichte und Arbeitsgemeinschaften.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich ganz von selbst die Schwerpunkte, die wir im Jahr 2004 setzen müssen:

1. Thematische Arbeit in den Bereichen, Kreisen und Sachausschüssen

Ich verkenne nicht, dass die Bereiche und Kreise eine ganz wichtige Funktion der Gemeinschaftsbildung haben. Religiöse und gesellschaftliche Veranstaltungen bilden einen wesentlichen Teil unseres Gemeinschaftslebens.

Gleichzeitig darf aber die thematische Arbeit nicht in den Hintergrund treten. Wir müssen uns der nicht immer einfachen, oft mühseligen Aufgabe stellen, uns mit den schwierigen Fragen zu befassen, die unser Beruf mit sich bringt. Und wir müssen unsere Ergebnisse und Überzeugungen zu unseren Kameraden, vor allem zu unseren Vorgesetzten hintragen und sie einladen, sich damit auseinander zu setzen.

a. Krieg und Frieden

Das erste wichtige Thema ist die Frage nach Krieg und Frieden. Wo immer ein Einsatz der Bundeswehr im Ausland diskutiert wird, sind wir aufgefordert, die ethischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen eines solchen Einsatzes zu hinterfragen und das Ergebnis unserer Überlegungen nach außen zu vertreten. Nicht immer werden die einzelnen Kreise der GKS alle oft sehr komplizierten Einzelheiten selbst bewerten können. Dann ist es Aufgabe des zuständigen Sachausschusses, das Thema aufzubereiten und die Kreise und Bereiche mit Materialien und Empfehlungen zu unterstützen.

Unser großer Vorteil bei dieser Thematik liegt darin, dass Völkerrecht, Grundgesetz, Soldatengesetz und die Friedenslehre der Katholischen Kirche uns Maßstäbe an die Hand geben, auf die wir uns berufen können. Die in Jahrhunderten erarbeiteten Grundsätze der katholischen Friedenslehre haben das Völkerrecht maßgeblich mitgeprägt. Unsere christliche Auffassung von der Priorität der individuellen Gewissensentscheidung gegenüber allen von außen kommenden Vorgaben wird von den Grundsätzen des Soldatengesetzes getragen, nach denen kein Befehl befolgt werden darf, dessen Befolgung die Ausführung eines Vergehens oder Verbrechens beinhalten würde.

So klar diese Grundsätze sind, so schwierig ist in der Regel ihre Anwendung in einer konkreten Situation. Jeder Einsatz der Bundeswehr begann bisher in einer Grauzone der Ungewissheit über die konkreten Verhältnisse in dem jeweiligen Einsatzland. Oft ist die völkerrechtliche Bewertung äußerst kompliziert und selbst unter Experten strittig. Wir können auch nicht ausschließen, dass sich innenpolitischer Streit um einen solchen Einsatz entwickelt.

Von umso größerer Bedeutung ist die Klarheit in den Grundsätzen. Wir halten daran fest, dass die ethischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen, wie wir sie in unseren Erklärungen immer wieder formuliert haben, vollständig erfüllt sein müssen, ehe unsere Soldaten in einen Einsatz geschickt werden dürfen. Wir halten ebenso unverändert daran fest, dass wir von den politisch Verantwortlichen und von unseren Vorgesetzten klare und umfassende Informationen fordern, die uns ein eigenständiges Urteil ermöglichen.

Wenn aber diese Voraussetzungen erfüllt sind, wollen wir als christliche Soldaten mit voller Überzeugung und mit hohem professionellem Anspruch unseren Dienst leis-

ten. Dieser Dienst ist immer auf die Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens, auf den Schutz gefährdeter Minderheiten oder auf die Hilfestellung bei Katastrophen gerichtet. Daher können wir ihn guten Gewissens versehen.

b. Ethische Bildung

Ein zweites großes Thema ist unmittelbar mit diesen Überlegungen verbunden. Wer sich verantwortlich Gedanken über Krieg und Frieden, über humanitäre Interventionen und Kriseneinsätze macht, kann dies nur auf einer festen ethischen Grundlage tun. Wir müssen uns immer wieder der Frage stellen, was wir als Soldaten tun, als Vorgesetzte befehlen, als Untergebene ausführen dürfen.

Dabei genügt es aber nicht, einen Grundsatz zu zitieren ohne ihn unter Bezug auf konkrete Fallgestaltungen mit Inhalt zu füllen. Es ist leicht, den Schutz der Zivilbevölkerung zu fordern – aber wo finden wir Maßstäbe für den Vorgesetzten, der Luftangriffe zu planen hat und die möglichen Verluste unter der Zivilbevölkerung allenfalls grob abschätzen kann? Wie kann ein solcher Maßstab aussehen? Welche Rolle spielt die größere Zielgenauigkeit der Waffen, wie ist eine extreme Flughöhe zu bewerten? Wann also werden solche Luftangriffe unzulässig und wie reagieren Befehlende und Ausführende auf eine solche Beurteilung?

Dies ist nur ein Beispiel für mögliche Fragestellungen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Andere Probleme will ich nur als Stichworte nennen: Wie gehen wir mit Soldaten um, die sich im Einsatz – womöglich an einsatzentscheidender Stelle – ernste Gewissensfragen stellen und ihren Auftrag nicht mehr ausführen können? Wie verhalten wir uns in Situationen, in denen unsere Rules of Engagement ein bestimmtes Verhalten fordern, wir aber glauben, aus humanitären oder anderen Gründen anders handeln zu müssen? Und nicht zuletzt im Erinnerung an den Kosovo-Krieg: Wie verhalten wir uns zukünftig, wenn Bundesregierung und Parlament einen Einsatz fordern, die völkerrechtliche Grundlage – nämlich das Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – aber offensichtlich fehlt?

Sich mit diesen Problemen zu befassen setzt eines voraus: **ethische Bildung**. Und genau hier liegt möglicherweise der Kern der Verantwortung unserer Gemeinschaft gegenüber den eigenen Mitgliedern und gegenüber anderen Kameraden. Wir müssen daran mitwirken, dass das Bewusstsein für Erlaubtes und Verbotenes geschärft wird. Wir müssen uns und unsere Kameraden, unserer Vorgesetzten und Untergebenen auf die Bedeutung dieser Fragen aufmerksam machen, sie gewissermaßen zu einem ethischen Bewusstsein „erziehen“. Dies ist vielleicht der wichtigste Beitrag, den wir leisten können, wenn es darum geht, der Bundeswehr auch in der Zukunft ihren besonderen Charakter zu erhalten: Ihre Angehörigen sind Staatsbürger in Uniform und keine Söldner, der Gehorsam ihrer Soldaten kennt gesetzlich festgelegte Grenzen, der innere Antrieb ihrer Soldaten ist zutiefst der Wunsch, zu Frieden und menschenwürdigen Verhältnissen in der Welt beizutragen.

2. Verantwortung in Kirche, Staat, Gesellschaft, Bundeswehr

Schon mehrfach habe ich darauf hingewiesen, dass wir mit unseren Überlegungen nicht im eigenen Kreis bleiben dürfen, sondern in die Bundeswehr hineinwirken sollen.

Aber auch dies genügt noch nicht: Wenn wir uns umsehen, wer in Deutschland als katholischer Verband öffentlich Stellung nimmt, finden wir zu fast allen Themen eine Vereinigung, die dazu christliche Überzeugungen in die öffentliche Diskussion einbringt. Anders ist dies bei der Sicherheitspolitik und bei ethischen Fragen des soldatischen Dienstes. Lediglich pax christi veröffentlicht gelegentlich eine Stellungnahme aus einer spezifisch pazifistischen Sicht. Wir, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten, gehen ebenfalls von Fall zu Fall mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, um in bestimmten Einzelfragen zur Meinungsbildung beizutragen. Insgesamt stelle ich aber ein ernstes Defizit bei der Vertretung katholischer Standpunkte zu sicherheitspolitischen Fragen durch katholische Verbände fest.

Ganz gewiss können wir mit unseren beschränkten Mitteln und unseren zeitlich nur begrenzt verfügbaren ehrenamtlichen Mitarbeitern diese Lücke nicht vollständig füllen. Aber wir müssen uns bewusst machen, dass in der Öffentlichkeit ein Bedarf an Stellungnahmen aus unserer Sicht besteht. Öffentliche Erklärungen der GKS sind daher keineswegs ein Selbstzweck, sie sind ein notwendiger Beitrag zur Meinungsbildung interessierter Menschen.

Ich sehe hier eine wichtige **Aufgabe unserer Sachausschüsse**. Sie sind dazu eingerichtet, sich im Auftrag des Bundesvorstandes mit den sicherheitspolitischen und berufsethischen Fragen zu befassen, die sich uns als Soldaten stellen. Ihre Arbeit muss einerseits auf die Unterrichtung des Bundesvorstandes sowie der GKS-Bereiche und -Kreise gerichtet sein. Andererseits müssen sie stets im Auge behalten, dass sie auch die Verantwortung tragen, Erklärungen zu entwerfen, mit denen der Bundesvorstand unsere Positionen in der Öffentlichkeit zum Tragen bringen kann.

Der Bundesvorstand wird sich im nächsten Jahr mit den Sachausschüssen befassen. Ihre Struktur und Arbeitsweise sollen überprüft und an unseren Bedarf an inhaltlicher Arbeit, aber auch an unsere finanziellen Möglichkeiten angepasst werden.

3. Religiöse Betätigung

Bei all dem darf sich unsere Arbeit nicht im Diskutieren erschöpfen. Immer wieder müssen wir uns an die religiösen Wurzeln unserer Gemeinschaft erinnern. Von daher stehen **Gottesdienst und gemeinsames Gebet** an einer zentralen Stelle unseres Gemeinschaftslebens. Ich fordere die Kreise und Bereiche auf, dies bei ihren Planungen stets zu berücksichtigen. Die Sitzung eines GKS-Kreises ohne ein Gebet oder ein geistliches Wort, ein Familienwerkwochenende ohne regelmäßige Gottesdienste sollten undenkbar sein.

Auch die inhaltliche Arbeit muss kirchliche und religiöse Themen einbeziehen. Als katholische Christen müssen wir uns sorgfältig informieren, um unsere Überzeugung auch vertreten zu können. Sie werden im Alltag immer wieder erleben, dass Sie als Christ, als Katholik angesprochen werden. Man erwartet dann von Ihnen, dass Sie sachkundig Stellung beziehen, gleichgültig, ob sich die Frage auf die Autorität des Papstes, auf die Haltung der Kirche zu bioethischen Fragen oder auf Ihre persönlichen Überzeugungen bezieht.

Von unserer religiösen Bindung her ergibt sich auch das Bedürfnis, eng mit unseren **Standortpfarrern** zusammenzuarbeiten. Sie benötigen die Unterstützung der

Laien, wir benötigen unsere Pfarrer. Ich halte es für selbstverständlich, dass die GKS-Mitglieder ihre Mitarbeit in den Mitarbeiterkreisen und Seelsorgebezirksräten anbieten. Wir wollen unseren Pfarrern mit dem Selbstbewusstsein eines selbständigen und unabhängigen katholischen Verbandes gegenüberreten. Dabei wollen wir uns als freiwillige und einsatzbereite Partner erweisen. Ebenso aber gilt es den Standortpfarrer in seiner Autorität und Zuständigkeit zu respektieren.

Beim Ökumenischen Kirchentag bewährte sich eine immer enger werdende Zusammenarbeit mit unseren evangelischen Brüdern, der Cornelius-Vereinigung. Auch beim bevorstehenden Katholikentag in Ulm werden wir sie zur Beteiligung an unserem Stand einladen. Was auf der Bundesebene der GKS begann, muss sich jetzt auf der Ebene der GKS-Bereiche und -Kreise fortsetzen. Gerade uns Soldaten ist aus der Erfahrung im Einsatz und in Auslandsverwendungen die **ökumenische Zusammenarbeit** ein besonderes Anliegen. Ich bitte Sie, in der Begegnung mit unseren evangelischen Brüdern die von unseren kirchlichen Autoritäten vorgegebenen Grenzen zu beachten – aber auch auszuschöpfen. Dabei können gerade diese Grenzen Anlass zu vertiefenden Gesprächen zwischen den Konfessionen sein.

4. Mitgliederwerbung

Jeder Verband ist darauf angewiesen, sich ständig um neue Mitglieder zu bemühen. So auch die GKS.

- Wir leiden unter den ungewöhnlich zahlreichen Versetzungen: GKS-Angehörige werden versetzt und nicht immer gelingt es, sie einem neuen GKS-Kreis zuzuführen.
- In manchen Regionen Deutschlands sind wir nur in sehr geringem Umfang vertreten. Wenn dies in den neuen Bundesländern noch leicht zu erklären ist, zeigt sich doch auch in den alten Bundesländern an manchen Stellen, dass vorhandene GKS-Kreise und Ansprechpartner verschwinden und nur wenige neue dazukommen.
- Viele scheiden aus dem aktiven Dienst aus. Sie bleiben natürlich GKS-Mitglieder – oft die treuesten. Aber wir müssen daran arbeiten, dass die deutliche Mehrzahl unserer Mitglieder im aktiven Dienst steht.

Ich halte es daher für geboten, dass das Jahr 2004 ein Jahr der Mitgliederwerbung wird. Ich fordere Sie alle auf, dies in den GKS-Bereichen und -Kreisen mit großem Nachdruck zu unterstützen. Es gibt eine Reihe von Hilfestellungen:

- Die GKS-Erklärungen (einzelne Faltblätter oder das Buch „Soldaten und Christen“ können als Werbematerial genutzt werden.
- Interessierte Soldatinnen und Soldaten sollten zu den GKS-Veranstaltungen eingeladen werden.
- Oft warten manche nur darauf, angesprochen zu werden: Ergreifen Sie die Initiative!
- Gehen Sie zu Ihren Vorgesetzten und informieren Sie über unseren Verband!
- Das GKS-Faltblatt enthält nicht nur Grundinformationen über die GKS, sondern auch eine Anmeldeformular: Jeder, der diese Karte an den Bundesgeschäftsführer schickt, erhält ein Antwortschreiben mit einigen wichtigen Unterlagen und die Adresse des nächsten Ansprechpartners

- Wenn auch erst längerfristig von Bedeutung, so doch besonders wichtig und daher hier ebenfalls aufzuführen: Werbung für die GKS-Akademie Oberst Helmut Korn (10. Seminar: November 2005).

Die Notwendigkeit der Mitgliederwerbung stellt sich auch für den **Förderkreis der GKS**. Schon in den zurückliegenden Jahren hat uns die Unterstützung durch den Förderkreis vieles ermöglicht, was sonst aus finanziellen Gründen nicht möglich gewesen wäre. In der Zukunft werden wir uns noch mehr als bisher in der Schere zwischen zunehmenden Kosten und zurückgehenden Kirchensteuermitteln zurechtfinden müssen. Da wir auf keinen Fall die Ausgaben für unsere Kernaufgaben verringern wollen, werden wir uns für andere notwendige Ausgaben noch stärker als bisher auf den FGKS abstützen müssen. Bitte versuchen Sie daher alles, um neue Mitglieder für den FGKS zu gewinnen.

Dies setzt aber eines voraus: Wie wollen Sie überzeugend für den FGKS werben, wenn Sie nicht selbst Mitglied sind! Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass **alle GKS-Mitglieder auch dem FGKS beitreten**. Betrachten Sie dies als gewissen Ausgleich dafür, dass Sie für Ihre Mitgliedschaft in der GKS keinen Beitrag bezahlen. Ich nehme die Vorsitzenden der GKS-Bereiche und -Kreise in die Pflicht, dieses Ziel zu unterstützen und mit Nachdruck für die Mitgliedschaft im FGKS zu werben.

5. Veranstaltungen 2004

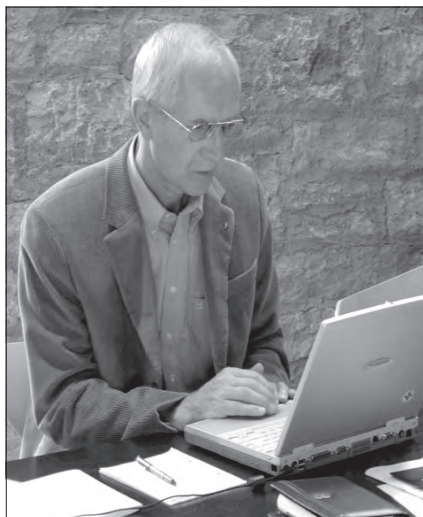
In den Anlagen finden Sie Hinweise auf eine Reihe von Veranstaltungen, die im kommenden Jahr auf Bundesebene angeboten werden. Ich möchte auf einige davon besonders hinweisen:

- **Gemeinsames Seminar von Pax Christ und GKS:** Erstmals wollen wir versuchen, Einsatzerfahrungen zwischen Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen auszutauschen. Hochrangige Referenten haben bereits zugesagt. Als Teilnehmer kommen alle in Frage, die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit zwischen Militär und zivilen Hilfsorganisationen im Einsatz haben und dies aktiv in die Diskussion einbringen können. Interessenten melden sich beim Bundesgeschäftsführer.
- **Katholikentag Ulm:** Wir werden dort mit einem Informationsstand vertreten sein. Wie beim Ökumenischen Kirchentag wird Standpersonal benötigt, das den Dialog mit den Besuchern führt.
- **Jakobus-Wallfahrt:** Diesmal wieder in Spanien. Wir suchen vor allem aktive Soldaten als Teilnehmer.
- **Kindererholung in Österreich:** Unsere österreichischen Freunde veranstalten ein Zeltlager und laden dazu Kinder von GKS-Angehörigen ein.

Mit den besten Wünschen für ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes Neues Jahr 2004 für Sie und Ihre Angehörigen

Karl-Jürgen Klein

Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein
Oberst
Bundesvorsitzender GKS



Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS

Die langjährigen Kontakte mit pax christi festigen sich zunehmend. Das nächste Gespräch der Vorstände wird im November in Bonn stattfinden. Geplant ist ferner die Zusammenarbeit bei der Gestaltung eines Seminars, bei dem die Einsatzerfahrungen von Soldaten und Angehörigen ziviler Hilfsorganisationen gegenübergestellt werden sollen. Die Vorbereitungen für dieses Seminar werden zwischen dem Bundesgeschäftsführer der GKS und dem Generalsekretär von pax christi abgestimmt.

Die Bemühungen um die steuerrechtliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit der GKS und des Förderkreises der GKS blieben bisher ohne Erfolg. Die Verhandlungen mit dem zuständigen Finanzamt in Berlin laufen derzeit noch.

Eine ganze Reihe von Vorhaben, die vom GKS-Büro koordiniert, aber verantwortlich von GKS-Mitgliedern in die Hand genommen und durchgeführt wurden, konnte abgeschlossen werden: Das „Blaue Buch“ mit den Erklärungen der GKS erschien unter dem (geänderten) Titel „Soldaten und Christen für den Frieden“. Neue Faltblätter über die GKS und zum Thema „Seminare 3. Lebensphase“ sind verfügbar. Das Handbuch konnte in erster Auflage auf CD-ROM verteilt werden (nächste Ausgabe Anfang 2004). In einem Sonderheft „Die Welt des Islam aus westlich demokratischer Sicht“ wurden z.T. schon früher im AUFTRAG veröffentlichte Artikel mit neuen Inhalten zusammengefasst und breit verteilt.

(Klaus Achmann)

Im Mittelpunkt der GKS-Aktivitäten des ersten Halbjahres stand die Vorbereitung des Ökumenischen Kirchentages. Die GKS war in der AGORA mit einem Informationsstand vertreten, der gemeinsam mit unseren evangelischen Freunden von der Cornelius-Vereinigung (CoV) und der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS) geplant, vorbereitet und betrieben wurde. Den GKS-Mitgliedern, die sich bei Vorbereitung und Durchführung engagierten, ist zu danken. Darüber hinaus waren Vertreter der GKS an den Vorbereitungen und der inhaltlichen Gestaltung eines der großen Foren mit einem sicherheitspolitischen Thema beteiligt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der zurückliegenden Monate waren die Vorbereitung der Bundeskonferenz auf Schloss Hirschberg und die Sorge um einen reibungslosen Ablauf. Im Vorfeld der Konferenz mußten die Beiträge für den Lagebericht der GKS zusammengetragen, redaktionell bearbeitet und gedruckt werden. Dem KMBA ist zu danken, dass dort wie im Vorjahr der Druck übernommen wurde.

In der Vorbereitung und Durchführung der Politikergespräche hat sich die Zusammenarbeit mit dem KMBA gut eingespielt. Leider musste das im Oktober geplante Gespräch mit MdB Christian Schmidt (CSU) ausfallen, weil der Abgeordnete einen schweren Verkehrsunfall hatte und das Gespräch absagen musste. Das nächste Gespräch mit MdB Günther Nolting (Sicherheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag) ist für den 27. November 2003 geplant.

Aus der Arbeit der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Oberst a.D. Dr. Achmann wurde vor drei Jahren von der Deutschen Bischofskonferenz als Vertreter der GKS in die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) berufen. Der Kommission gehören katholische Einrichtungen und Organisationen in Deutschland an, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche tätig sind. Träger der Kommission sind die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Ihr Vorsitzender ist der Bischof von Trier, Prof. Dr. Marx. Über die Herbstsitzung der Kommission im Oktober 2003 berichtet Dr. Klaus Achmann:

Mehrere Ausschüsse der Kommission hatten Arbeitsergebnisse vorgelegt, die beraten und gebilligt wurden.

Die einleitenden Berichte aus der Arbeit der Kommission umfassten im Bereich „Entwicklung“ die Bemühungen um eine Mitgestaltung der Weltwirtschaftskonferenz (WTO-Ministertreffen) in Cancun. Bei einer Bilanzkonferenz im Vorfeld der Konferenz am 21.08.2003 in Berlin wurden von Bischof Dr. Reinhard Marx und dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, gemeinsame Positionen erarbeitet.

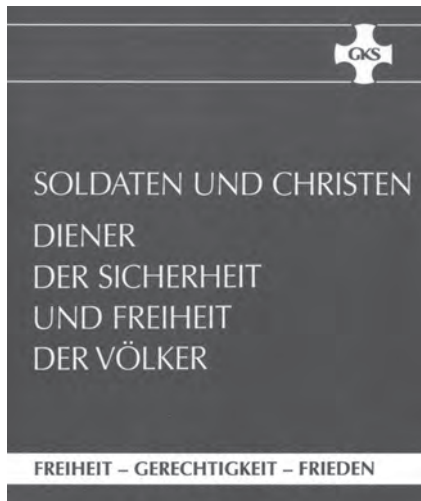
Weiterhin befasst sich eine

Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ mit den wechselseitigen Verpflichtungen von Industrie- und Entwicklungsländern. Zur Zeit arbeitet die Gruppe an einer Studie zum Thema „Migration aus den Entwicklungsländern.“

Im Bereich „Menschenrechte“ stand Indonesien im Mittelpunkt: Zum einen die Auswertung des indonesischen Menschenrechtstribunals zu den Geschehnissen in Osttimor, zum anderen die geplante Einladung prominenter Vertreter des indonesischen Islam nach Deutschland.

Der Vorstand berichtete zum Be-

Fortsetzung auf Seite 98



Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein schreibt zu dem von der Gemeinschaft im April 2003 herausgegebenen Buch: „In einer Zeit der Verunsicherung und des Wandels, aber – wie wir alle hoffen – auch in

Fortsetzung von Seite 97

reich „Frieden“ über Gespräche mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages zu einem Bericht über die Lage der Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina und den Abschluss eines Grundlagenpapiers „Kirchlicher Dienst am Frieden“ durch die Ständige Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ (in der mit OTL a.D. Helmut Jermer ebenfalls ein GKS-Mitglied vertreten ist).

Prof. Thomas Hoppe, der Leiter der Projektgruppe „Gerechter Friede“ (GKS-Mitglied: Oberst a.D. Dr. Achmann) trug einen kurzen Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten an einer umfassenden Studie zum Thema „Einwirkungen und Interventionen in Angelegenheiten anderer Staaten zum Schutz der Menschenrechte“ vor. Das Ergebnis der Studie soll der Öffentlichkeit im März 2004 im Rahmen eines von der GKS gemeinsam mit pax christi inhaltlich gestalteten Seminars vorgestellt werden.

Die von der Kommission gebilligten Arbeitsergebnisse, die von Projektgruppen vorgelegt wurden, befassten sich mit zwei Themen:

- „Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit: Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit“; inhaltlicher Schwerpunkt einer Stu-

Die GKS mischt sich ein

Ein Buch zum Selbstverständnis und zur Verantwortung der Soldaten. Hrsg. Gemeinschaft Katholischer Soldaten; Redaktion Jürgen Bringmann; Vorwort des Katholischen Militärbischofs Dr. Walter Mixa. 378 Seiten, Vinzenz-Druckerei Würzburg, 2003

einer Zeit trotz aller Unsicherheiten positiver Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für die, für unser aller Zukunft, freue ich mich, Ihnen die eben in diese Zukunft weisende neueste Grundsatzveröffentlichung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) „Soldaten und Christen – Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ übergeben zu können.

Hier wird dokumentiert, wie christliche Soldaten ihren Dienst über Jahrzehnte gesehen und erfüllt haben und dass sie diesen Dienst auch angesichts neuer Herausforderungen

- an die internationale Welt (Friedens-) Ordnung
- an unsere eigenen nationalen legitimen (Sicherheits-) Interessen
- an die Sozial- und Friedenslehre der Kirche

im Einsatz für und in Übereinstimmung mit dem Anspruch unseres Landes und auch der übrigen Länder und Gemeinschaften dieser nicht mehr national, regional oder auch nur kontinental einzugrenzenden Welt leisten wollen, dem Anspruch auf

- Sicherheit der Menschen,
- Freiheit der Menschen und Völker,
- Menschenwürde und Menschenrechte,
- Recht und Gerechtigkeit in der Welt,
- Frieden zwischen den Menschen und Völkern.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesen Beiträgen, basierend auf den Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit – denn wir dürfen nie unsere Geschichte und unsere Erfahrungen aus dem Auge verlieren – Wege aufzeigen und Entscheidungshilfen für unsere Zukunft geben können – für die Politik, die Gesellschaft, die Kirche und auch für unsere Streitkräfte, die Bundeswehr. Ein hoher Anspruch? Wer keine hohen Ansprüche stellt, wird keine großen Ziele erreichen! – Dieses Buch ist derzeit das Grundsatzdokument der GKS.“

Das Buch reflektiert die historische und die aktuelle sicherheitspolitische Entwicklung aus dem Blickwinkel der katholischen Soziallehre, insbesondere ihrer Friedensethik: Vom Kalten Krieg bis zur terroristischen Bedrohung, von Rüstungskontrolle und Abrüstung – wie sie z.B. durch den NATO-Doppelbeschluss bewirkt und in der Washingtoner Erklärung besiegelt wurde, trotz sogenannter „Friedensbewegung“ und „Ostermarschierer“ – über die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa und mit dem da-

die mit diesem Titel waren Versöhnungsprozesse und Traumabarbeitung. Die Diskussionen der Kommission darüber waren wegen der aktuellen politischen Fragestellungen zu einem Vertreibungszentrum von besonderer Bedeutung. Die Sorge um das Wiederaufleben längst überholt geglaubter Vorurteile führten zu einer Empfehlung an die Bischofskonferenz, nach Wegen zu suchen, wie gemeinsam mit den polnischen Bischöfen ein mahndendes Wort gefunden werden könnte.

- „Geschlechtergerechtigkeit und weltkirchliches Handeln“; eine weitere Studie mit diesem Titel wurde mit geringfügigen Änderungen als zunächst internes Impulspapier verabschiedet. Der Vorstand wurde beauftragt, geeignete Schritte zur Implementierung zu ergreifen.

Schließlich befasste sich die Kommission mit einem eigenen kirchlichen Beitrag zur Erreichung des sogenannten „Millenniumszieles 2015“, das die Halbierung der extremen Armut anstrebt. Dazu wurden Ansätze vorgestellt, die u.a. auch eine Zusammenarbeit mit dem DGB und mit solchen NGO's ins Auge fassen, die auf diesem Gebiet engagiert sind. (Klaus Achmann)

mit verbundenen Ende der Teilung Deutschlands. Die außen- und sicherheitspolitische Emanzipation der Bundesrepublik fordert die Bundeswehr heraus wie nie zuvor: von der „Friedensarmee“ im Kalten Krieg mutiert sie zur „Einsatzarmee“ und gibt dabei, trotz dauernder knapper Mittel ein recht gutes Bild ab.

Die GKS hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1970 immer dann zu einer „ethischen Intervention entschlossen, wenn sich bedenkliche Entwicklungen anbahnten, die zur Kritik herausforderten, oder auch, wenn sie sich bestätigend und staatstragend glaubte äußern zu sollen.

Die gesammelten Erklärungen und Stellungnahmen waren immer auch als „Übersetzung“ eines meist

doch recht komplexen und komplizierten sicherheitspolitischen Sachverhalts für die eigenen Mitglieder gedacht, die nicht so in der Materie stehen, wie die Sachausschüsse der GKS, die konzeptionell und programmatisch arbeiten.

Mit dem Band macht die GKS auf ihre Sicht der Dinge aufmerksam und stellt daneben ihre grundsätzlichen Aussagen zu Aufgaben, Zielen, Selbstverständnis sowie die sie tragenden und fordernden Leitsätze vor. Mit ihren Positionen beteiligt(e) sich die GKS an der öffentlichen Diskussion und belegt damit, dass sie ihren „Weltauftrag“ als Laienverband der katholischen Kirche ernst nimmt und sich einbringt, wenn es um „ihre“ Angelegenheiten geht. (GKS)

chen dafür in Frage kämen. Er kam zu dem Ergebnis, dass tatsächlich eine religiöse Interpretation von Konflikten zur Gewalt beitragen kann. Diese Erkenntnis sei eine neue Herausforderung für die Friedensethik. Der Fundamentalismus ist nach Bendel als religiöse Antwort auf Krisen und Konflikte der Moderne zu interpretieren. Es sei zu befürchten, dass er eine große Zukunft hat, da das Religiöse nicht auf das Private beschränkt werden kann.

Bendel führte weiter aus, dass alle großen Religionen gegenwärtig fundamentalistische Züge entwickelten, sei es als Reaktion auf die Globalisierung, oder sei es – so besonders im Islam – als Antwort auf die als bedrohlich empfundene westliche Moderne. Merkmale des Fundamentalismus seien

- eine Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Religion als Folge des Empfindens eines Verlustes („Reaktivität“)
- die Auswahl dessen, was man brauchen kann („Selektivität“)
- die Aufteilung in Gut und Böse („moralischer Manichäismus“), oft auch verbunden mit der Auffassung, die ganze Geschichte sei ein Kampf zwischen Gut und Böse mit dem Ziel einer apokalyptischen Endlösung.
- die Vorstellung einer göttlich begründeten Gesellschaft, die Berufung auf göttlichen Willen, das Streben nach religiösem Heil statt nach pragmatischen politischen Lösungen.

Die Suche nach fundamentalistischen Zügen im Islam führt nach Bendel zu mehreren Aspekten: Insbesondere gelte der Westen den Muslimen als areligiös und werde von daher als Bedrohung wahrgenommen. Gerade weil der Islam als Voraussetzung für die „ideale Gesellschaft“ angesehen werde, müsse die „Unterdrückung durch den Westen“ als besonders demütigend empfunden werden. In letzter Konsequenz strebe der Islamismus sogar die fundamentalistische Reform islamischer Staaten an, deren Führungen zu diesem

GKS-SACHAUSSCHUSS „SICHERHEIT UND FRIEDEN“

Religion als Konfliktursache?

Das Fallbeispiel „Islam“

1. Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ befasste sich nach den Attentaten in Washington vom 11. September 2001 mit der Frage, ob und unter welchen Umständen Religionen auch Konfliktursachen sein können. Als erstes Fallbeispiel wählte der Ausschuss aus gegebenem Anlass den Islam, nicht ohne sich die Betrachtung weiterer Religionen unter dem gleichen Aspekt für die Zukunft vorzunehmen.
2. In einem ersten einführenden Vortrag ging Dr. Thomas Elßner vom Institut für Theologie und Frieden in Hamburg zunächst auf die geschichtliche Entwicklung des Islam ein, erläuterte seine Kernaussagen und behandelte wichtige Einzelaspekte wie den Koran, Sunna und Shia. In der Diskussion wurde vor allem die Frage nach dem Begriff des „Heiligen Krieges“ thematisiert. Elßner führte dazu aus, dass nur eine Minderheit von Muslimen die Verbreitung des Islam mit Waffengewalt wolle. Dagegen folge die mehrheitliche gemäßigte Auffassung einer Inter-

pretation des Begriffs „dschihad“ als der immerwährenden Aufgabe, sich selbst zu vervollkommen. Allerdings gelte auch für die gemäßigte Richtung der Grundsatz, dass der Islam auf jeden Fall gegen Angriffe zu verteidigen sei. Von Bedeutung sei auch, dass sowohl der Koran als auch die islamische Rechtsordnung (Scharia) die Pflicht zur religiösen Toleranz gegenüber Christen und Juden kennen. Auch äußerten Vertreter der in Deutschland lebenden Muslime ihre Loyalität zur Werteordnung des Grundgesetzes. Dies ändere jedoch nichts an der normativen Leitidee der Muslime, dass ein globaler „Gerechter Friede“ nur durch die Errichtung der islamischen Ordnung erreicht werden kann.

3. Als nächstes ging in einer weiteren Sitzung WissOR i.K. Dr. Bendel vom Zentrum Innere Führung in Koblenz der Fragestellung nach, ob die Religion ein eigenständiger Faktor in der Genese von Gewalt sei oder ob ausschließlich oder überwiegend soziale und wirtschaftliche Ursa-

Zweck als häretisch erklärt würden.

4. In einer weiteren Arbeitssitzung befasste sich der Sachausschuss mit einem Artikel von Johannes Reisser: „Vom Umgang mit Islam und Muslimen“ (Stiftung Wissenschaft und Politik, Feb. 2002). Reisser untersuchte die islamischen Reaktionen auf die von Muslimen als bedrohlich empfundene Fremdbestimmung:
 - In einem ersten Schritt sei es zu einer Anpassung der islamischen Lehre an die kulturelle Moderne gekommen (islamischer Reformismus)
 - Es folgte der Islamismus, die Behauptung des Islam als umfassendes Gesellschaftssystem
 - Schließlich kam es zur geistigen Abschottung und zu aktionistischem Widerstand gegen den Westen (vom Autor als „Dschihad-Islam“ bezeichnet).

Allen drei Entwicklungsformen ist nach Reisser gemeinsam, dass sie keine Entwicklung, sondern Selbstbehauptung und Macht anstreben; die politischen Ziele seien eher diffus; soweit konkrete Ziele zu erkennen sind, seien sie meist nationalistisch geprägt.

Für Politiker, die sich mit dem Islam befassen, wie auch für Dialogpartner von Muslimen nennt Reisser eine Reihe wesentlicher Erkenntnisse als Voraussetzung zur Vermeidung von Missverständnissen:

- Triebfeder des Islamismus ist nicht der Islam, sondern fast immer eine konkrete Lebenssituation von Muslimen, die von diesen als okroyierte Fremdbestimmung empfunden wird und Frustration hervorruft
- Nicht „der“ Islam (dies sei eine von uns konstruierte aber falsche Vorstellung) handelt, sondern immer einzelne Muslime.
- Islamische Solidarität heißt nicht islamisch Einheit. Dennoch ist das Solidaritätspotential ein wichtiger politischer Faktor für die islamischen Länder wie auch für die westliche Politik. Bedrohungsvorstellung von einer alles überrollenden islamischen

Welle sind jedoch grundlos.

- Die Identifizierung mit dem Islam ist für viele Muslime nicht vorrangig. Viele verstehen sich primär als Angehörige einer ethnischen Gruppe.
5. In einer abschließenden Sitzung diskutierte der Sachausschuss mit Militärfarrer Weinbrenner, der sich intensiv mit dem Islam in Deutschland befasst hat, Geschichte und Rechtsquellen des Islam, vor allem aber die Rolle des Islam in Deutschland.

Dabei wurde deutlich, dass es für die Muslime in Deutschland keine verfasste Religionsgemeinschaft gibt. Stattdessen gibt es mehrere Organisationen:

- DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.), maßgeblich von der türkischen Religionsbehörde bestimmt; Präsident von DITIB ist ein türkischer Botschaftsrat; ca. 110.000 Mitglieder; der in Deutschland bestehende Hauptverein besteht aus zahlreichen Einzelvereinen, denen jeweils ein vom DITIB bestellter türkischer Imam vorsteht. Diese Imame sind Staatsbeamte der Türkei und predigen einen türkischen Staatsislam. Türkische Kinder lernen den Islam in türkischer Sprache, sind daher mit Deutschen in religiösen Fragen nicht kommunikationsfähig. Deutsche staatliche Behörden sehen DITIB meist (zu Unrecht) als einzigen islamischen Ansprechpartner an.
- IGMG (Islamische Gesellschaft), Milli Görüş, ca. 100.000 Mitglieder; wird wegen islamistischer Tendenzen vom Verfassungsschutz beobachtet
- Verband islamischer Kulturzentren, ca. 100.000 Mitglieder, klarer hierarchischer Aufbau, sufische Ordnung
- Schiiten: Islamische Zentrum Hamburg, stark vom Iran bestimmt
- ICCB, Vorsitzender: Kaplan („Kalif von Köln“), lange Zeit in Haft, islamistische Vereinigung
- Jam‘at un-Nur, ca. 5.500 Mitglieder, sufisch, erzieht zur Inte-

gration in die deutsche Kultur

- Graue Wölfe, nach anti-türkischen Ausschreitungen stärkerer Zulauf, besonders bei türkischen Jugendlichen mit zunehmenden nationalistischen Tendenzen
- Aleviten, aus deutscher Sicht problemlos; Gleichberechtigung der Frauen; Gebete finden nicht in Moscheen statt, sondern als sog. „Kreisgebete“ an beliebigen Orten, auch unter Teilnahme der Frauen.

Anträge islamischer Organisationen auf Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts wurden bisher regelmäßig abgelehnt.

Es bestehen zwei getrennte islamische Dachverbände:

- Der Islamrat mit ca. 30 Mitgliedsverbänden, darunter auch IGMG; neue Bezeichnung: „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland / Islamischer Weltkongress Deutschland (altpreussische Tradition)“; diese Bezeichnung soll die lange Tradition islamischer Organisationen in Deutschland zum Ausdruck bringen und die Anerkennung als Körperschaft erleichtern. Tatsächlich gibt es aber keine kontinuierliche muslimische Gemeindebildung in Deutschland.
- Zentralrat der Muslime in Deutschland mit 18 Mitgliedsverbänden, darunter ATIB, Islamische Zentren in München, Hamburg, Aachen; Deutsche Muslimliga Hamburg und Bonn).

6. Der Sachausschuss schloss seine Behandlung des Islam mit dieser Diskussion ab, da ab Mitte 2002 die Fragen nach den völkerrechtlichen und ethischen Grundlagen eines möglichen Krieges im Irak in den Vordergrund rückten. Auch bei dieser Thematik blieben die aus der Diskussion über den Islam gewonnenen Erkenntnisse eine wichtige Hintergrundinformation und trugen zum Verständnis der Akteure auf arabischer Seite bei.

(Klaus Achmann)

Aus der Praxis – für die Praxis

Seminar für Funktionsträger der GKS

Nach dem erfolgreichen und gut besuchten „Seminar für Funktionsträger der GKS“ im Jahr 2002 soll im November 2004 erneut eine Schulung für alle angeboten werden, die jetzt oder zukünftig in der GKS als Vorsitzende, Geschäftsführer oder in anderen Funktionen Verantwortung tragen. Ziel ist dabei, den Teilnehmern einerseits Informationen über die katholische Militärseelsorge und die GKS zu geben, andererseits praktische Hinweise für die Arbeit („aus der Praxis – für die Praxis“) in unserer Gemeinschaft zu geben.

Programm und weitere Einzelheiten gehen den Teilnehmern nach der Anmeldung zeitgerecht zu.

Den Seminarteilnehmern entstehen keine Kosten. Für Ehepartner und Kinder (Achtung: keine Kinderbetreuung während des Seminars!) sind anteilige Beiträge wie für ein Familienwerkwochenende zu bezahlen. Bundesbahnfahrkarten werden den Teilnehmern auf Wunsch zugestellt. Bei Benutzung eines Pkw werden die Kosten einer Bahnfahrt 2. Klasse erstattet.

Bitte melden Sie sich bzw. Vertreter aus Ihrem Bereich mit dem Formblatt möglichst frühzeitig – spätestens bis 31. Juli 2004 – an, damit wir planen können.

Weiter Informationen:
Bundesgeschäftsführer der GKS
Am Weidendamm 2, 10117
Berlin
Tel: 030-2061999-0, Fax: -1
Email: GKS.Berlin@t-online.de

Beginn: Freitag, 26.11., 17.00 Uhr

Ende: Sonntag, 28.11., nach dem Frühstück

Ort: Kardinal-Schulte-Haus,
Bergisch-Gladbach-Bensberg

Veranstalter: Bundesvorstand der GKS

Inhalt:

- Zielsetzung und Auftrag der Militärseelsorge
- Selbstverständnis der GKS
- Organisation der GKS
- Zusammenarbeit auf Landesebene
- Arbeit des GKS-Kreises (Haushalt, Abrechnungen, Veranstaltungen usw.)

(Name, Vorname)

(PLZ, Ort, Datum)

(Straße)

(Telefonnummer)

(Mitglied des GKS - Kreises / Mitglieds - Nr. FGKS)

An den
Stellv. Bundesvorsitzenden der GKS
Johann - A. Schacherl
Dellbusch 369
42279 Wuppertal

(Kontonummer / Bankleitzahl)

(Kreditinstitut)

Verbindliche Anmeldung ! *

**Hiermit melde(n) ich/wir mich/uns verbindlich zum
Seminar für Funktionsträger der GKS vom 26. 11. 2004 bis 28. 11. 2004
im Kardinal Schulte Haus in Bergisch - Gladbach an.**

Name:..... Vorname:..... DstGrd:..... Konfession:.....

Einheit:..... PLZ/Dienstanschrift/Tel.:.....

Ehefrau: Vorname:..... Konfession:.....

Die Kosten für Kinder (bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) und Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) werden aus dem Haushalt der GKS übernommen. Ältere Kinder haben die Eigenleistungen wie ein Erwachsener zu zahlen.

Kinder Vorname:..... Geb.Datum..... Konfession:.....

Kinder Vorname:..... Geb.Datum..... Konfession:.....
[für weiterer Kinder bitte Rückseite verwenden]

☐ Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen, bitte entsprechendes Formular zusenden

☐ Anreise erfolgt mit PKW

[zutreffendes bitte ergänzen bzw. streichen]

(Unterschrift, Datum)

Um Rücksendung der schriftlichen Anmeldung an o.a. Anschrift wird bis **31.07.2004** gebeten.
(Später eingehende Anmeldungen können u.U. NICHT berücksichtigt werden.)

* Sollten Sie oder andere durch Sie angemeldete Personen Ihre Teilnahme absagen müssen, (bitte schnellstmögliche Mitteilung an mich) und kann der Platz, der Ihnen und allen von Ihnen angemeldeten Personen, nicht ohne Kosten storniert werden, müssen wir uns die Nachforderung aller in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vorbehalten.

„Wir arbeiten guten Mutes weiter“

Erfolgreiche Konferenz der GKS Nordrhein-Westfalen – bleibt Wehmut

Ich möchte Ihnen Mut für die vor uns liegenden Aufgaben in der GKS Nordrhein-Westfalen machen. Und diese Arbeit birgt viel Freude, Zuversicht und Zufriedenheit in sich, vor allem dann, wenn junge Menschen zur Mitarbeit in dieser unverzichtbaren Gemeinschaft gewonnen werden können. Und gerade deshalb arbeiten wir unverdrossen weiter an unseren Zielen.“ Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der GKS NRW, OStFw Johann-A. Schacherl, die Jahreskonferenz dieses Bereiches. Zugleich machte er aber auch deutlich, dass alle Verantwortlichen ihren Teil dazu beitragen müssen, um die GKS in den „Köpfen und Herzen der Soldaten/innen und ihren Familien präsent zu halten.“

Aus fast allen GKS-Kreisen in NRW waren die Delegierten mit ihren Familien zur „Wolfsburg“, der Katholischen Akademie der Diözese Essen, nach Mülheim angereist. Neben ihnen konnten Schacherl und seine Vorstandskameraden, mit Ausnahme des aus gesundheitlichen Gründen verhinderten Oberst a.D. Rolf Gotzmann, leider letztmalig in diesem Kreis den Katholischen Lei-

tenden Militärdekan (KLMD) Köln-Wahn, Msgr. Rainer Schadt, sowie den Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, willkommen heißen.

Nach dem traditionellen Entzünden der Kerze und dem gemeinsam gesprochenen Gebet der GKS und einer kurzen Vorstellungsrunde stieg die Konferenz noch am ersten Abend in die Arbeit ein; es waren zwei verdiente aktive Kameraden aus dem Bereich der GKS NRW zu verabschieden.

Nach dem Frühstück, dem Morgenlob und der offiziellen Verabschiedung des Geistlichen Beirates der GKS NRW, Militärdekan Msgr. Rainer Schadt, der Anfang Oktober als KLMD nach Glücksburg wechseln wird, brachen die Ehefrauen zu einem gemeinsamen Spaziergang und die Kinder zur Betreuung mit viel Spiel und Spaß unter der Leitung von Gabriele Schingen auf.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der Vorsitzende zunächst auf die Situation in seinem Zuständigkeitsbereich ein. „Es ist nicht zu verkennen, dass nicht an allen Standorten etwas in Richtung GKS läuft. Das

liegt nicht allein an der Neuausrichtung der Streitkräfte und der Umstrukturierung der Truppe, sondern auch an der zunehmend zögerlichen Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern vor allem bei jüngeren Kameraden. Es ist daher ernsthaft zu überlegen, ob nicht Abhilfe geschaffen werden kann, wenn noch mehr Mitglieder aus dem Kreis der Reservisten oder Soldaten „außer Dienst“ zur Mitarbeit gewonnen werden könnten“, so Schacherl, der auch mitteilte, dass in NRW derzeit 11 GKS-Kreise, 6 Ansprechpartner und 1 Einzelmitglied aktiv in den Standorten für die GKS tätig seien. Er informierte weiterhin über die Schwerpunkte der Vorstandsarbeit im zurückliegenden Jahr, die jährlich stattfindenden Familienwerkwochen und der sonstigen Aktivitäten.

In seinem Statement zur Lage der GKS auf Bundesebene stellte der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein heraus, dass überwiegend nur durch persönliches Ansprechen von geeigneten Soldaten/innen neue Mitarbeiter/innen für die GKS gewonnen werden könnten. Er wolle sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass mindestens die Hälfte der finanziellen Mittel der GKS den Intensivformen der Glaubensvermittlung, wie etwa Familienwochenenden und -werkwochen zur Verfügung stehen. Daher unterstütze er auch weiterhin zentrale und standortübergreifende Veranstaltungen auf den Ebenen der Bereiche.

Es folgte die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes der GKS in NRW. Die Wahlleitung hatte der Bundesvorsitzende übernommen. Als Vorsitzender wurde OStFw Johann-A. Schacherl bestätigt. Als Stellvertreter wurden Oberstleutnant Artur Ernst wieder- und Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer neugewählt. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Der neue Vorstand berief anschließend OStFw Hubert Berners erneut zum Geschäftsführer für den Bereich der GKS in NRW.

Am Nachmittag gab Militärdekan Rainer Schadt einen ausführlichen und aktuellen Überblick zum Sachstand der Umstrukturierung der Katholischen Militärseelsorge. Er stellte heraus, dass die Schwerpunkte der Militärseelsorge künftig vor allem in der Einsatzbegleitung, der Familien-



Der Vorstand der GKS im Bereich NRW mit dem scheidenden LKMD Msgr. Rainer Schadt; (v.l.) Geschäftsführer Hubert Berners, stellv. Vorsitzender Artur Ernst, Msgr. Rainer Schadt, Vorsitzender Johann-A. Schacherl und Stellvertreter Rüdiger Attermeyer



pastoral an den Standorten sowie im Lebenskundlichen Unterricht zu sehen seien. Er dankte bei dieser Gelegenheit allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der GKS, ohne die „das Schiff Gemeinde nicht zu steuern wäre.“

Es schlossen sich die Berichte aus den Standorten und den GKS-Kreisen in NRW an, in denen neben verschiedenen personellen Veränderungen vorwiegend die Aktivitäten und durchgeführten Maßnahmen dargestellt und besprochen wurden.

Mit einem Familiengottesdienst in der Hauskapelle erlebte die Konferenz einen weiteren Höhepunkt. Die Kollekte wird dem von der GKS unterstützten Projekt „Nachbarschaftshilfe“ der Zentralen Versammlung zur Verfügung gestellt.

Mit einigen Bildern vom Ökumenischen Kirchentag in Berlin, einem Referat über die Enzyklika „Pacem in Terris“ durch Stabsfeldwebel a.D. Siegfried Granrath und einer abschließenden Gesprächsrunde zur Klärung offener Fragen, fuhren die Delegierten und ihre Familien nach einem gemeinsamen Mittagessen am Sonntag gestärkt an Leib und Seele in ihre Standorte zurück. „Es war eine gute Konferenz mit greifbaren, vernünftigen und durchführbaren Ergebnissen. Wir sind in der GKS in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf einem guten Weg. Dafür sei allen, die daran aktiv mitgearbeitet haben und künftig mitarbeiten auf das Herzlichste gedankt,“ so Johann-A. Schacherl abschließend. □



Artur Ernst überreicht Frau Martin zum Abschied einen Blumenstrauß

GKS NRW verabschiedete sich von ihrem geistlichen Beirat

Im Rahmen der Konferenz der GKS NRW in Mülheim/Ruhr blieb es dem Vorsitzenden OstFw Johann-A. Schacherl vorbehalten sich in diesem Rahmen stattfindenden Zusammenkunft einer für alle Betroffenen traurigen Pflicht nachzukommen. Er hatte die Aufgabe, den Geistlichen Beirat der GKS in NRW, Monsignore Rainer Schadt, der mit Wirkung vom 01. Oktober 2003 nach Glücksburg versetzt wird, zu verabschieden.

„Fast zeitgleich haben wir unsere Arbeit in NRW begonnen, haben viele gemeinsame Schlachten geschlagen und sind Freunde geworden!“ Mit diesen Worten begann

Johann-A. Schacherl seine kurze Ansprache, in der er die jederzeit gute Zusammenarbeit und das einvernehmliche Verhältnis des Katholischen Leitenden Militärdekan Köln zur GKS in NRW herausstellte. Mit den besten Wünschen für die Zukunft, Gottes Segen und einem Geschenk der GKS in NRW, einem großen Bild des „Kölner Kappelschens“ (für alle Nicht-Kölner sei gesagt, dass dies der Kölner Dom ist) und viel Applaus drückten die Delegierten und mitangereisten Familienangehörigen den Dank und die Anerkennung für die jahrelange gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit Msgr. Rainer Schadt aus, der sich seinerseits auch für die vielen guten Stunden, die gemeinsame Arbeit und das ihm entgegengebrachte Vertrauen bedankte. □

GKS NRW verabschiedete zwei verdiente Kameraden

Im Rahmen der Konferenz wurden zwei engagierte Kameraden aus dem Bereich NRW durch den Vorsitzenden OstFw Johann-A. Schacherl verabschiedet. Es waren dies der ehemalige Vorsitzende des GKS Kreises Bonn, Oberstleutnant a. D. Wolfgang Martin, und der Ansprechpartner der GKS in Dülmen, Oberstabsfeldwebel a.D. Gerold Rückert.

Der Vorsitzende würdigte in einer Ansprache die Arbeit der beiden und dankte Ihnen für die Unterstützung. Als Dank und Anerkennung überreichte er beiden die Urkunde der GKS in NRW und eine Flasche Wein aus dem bischöflichen Winzergut des Bistums Trier. Den mitan-



Johann-A. Schacherl erläutert Gerold Rückert die Dankurkunde



GKS-KREIS BAD NEUENAH - AHRWEILER

Großer Andrang beim Frühlingsfest der GKS im Bachemer Tal

Feldgottesdienst mit Taufe an der Lourdeskapelle.

Am Samstag, den 24. Mai, feierte der GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler sein traditionelles Frühlingsfest im Bachemer Tal an der Lourdeskapelle und Sängerrheim.

Vom Treffpunkt an der Pius-Kirche wanderten die Familien bei schönem Frühlingswetter durch das Bachemer Tal zur Lourdeskapelle. Dort begrüßte Vorsitzender Walter Schäffer alle und freute sich über die große Resonanz. Vor der Kapelle feierte Militärpfarrer im Nebenamt Schmidt mit der Gemeinschaft einen Gottesdienst in der freien Natur. Zur Freude aller wurde der kleine Leon Trabert während dieses Gottesdienstes getauft. Pfarrer Schmidt erläuterte das Gleichnis des Weinstocks mit seinen Reben und führte aus, dass u.a. alles Gute, das Eltern ihren Kindern in der Familie zukommen lassen, einmal zurückfließe.

Zum Mittagessen wurde der Grill angeheizt und die leckeren Würstchen und Steaks mundeten allen. Dazu hatten einige Frauen ein tolles Salatbuffet aufgebaut. Am Nachmittag konnten sich die Kinder bei vielen Spielen so richtig austoben und schöne Preise gewinnen. Zum Kaffee lockte eine bunte Kuchenauswahl, viele Frauen hatten „ihren“ Spezialkuchen gebacken.

Zum Ausklang saß man in gemütlicher Runde auf der Terrasse des Sängerrheimes zusammen.

(Text und Fotos Michael Wilke)

MILITÄRGEMEINDE UND GKS-KREIS HAMMELBURG

Deutsche und amerikanische Militärgemeinden feiern Welfriedenstag

Unter den besonderen Ereignissen im Irak stand der traditionelle Gottesdienst zum Welfriedenstag, den die GKS Hammelburg zusammen mit der amerikanischen Militärgemeinde St. Franziskus aus Schweinfurt feierte

Die gegenseitigen Besuche sind schon feste Tradition geworden. Aber angesichts der Zuspitzung der Ereignisse im Irak hatte der Besuch der amerikanischen Soldatenfamilien am 23. März 2003 eine besondere Bedeutung erhalten. Zahlreiche amerikanische Sol-

daten mit ihren Familien waren auch diesmal der Einladung des GKS-Vorsitzenden Oberstleutnant Franz Herrler nach Hammelburg gefolgt, der neben Bürgermeister Ernst Stroß auch den evangelischen Standortpfarrer Thomas Linder begrüßen konnte. Den Gottesdienst zelebrierte der katholische Standortpfarrer Pater Johannes Strobel OFM zusammen mit dem amerikanischen Militärpfarrer Father W. Dynek. Die Gruppe St. Johannes aus Hammelburg umrahmte den Gottesdienst mit modernen und lebendigen Liedern. Wie auch große Teile der Messe wurden zahlreiche Lieder zweisprachig gesungen.

Pater Strobel stellte den Frieden als eine Gabe Gottes heraus, daher sei er auch nicht erzwingbar. In seiner Predigt trat der amerikanische Militärpfarrer für Frieden in der Welt ein. Doch auch die Sorge um das Leben der Soldaten im Einsatz in der ganzen Welt, besonders im Irak, beschäftigte ihn. In Bezug auf das Tagesevangelium verwies er auf die Beachtung der Zehn Gebote. Pater Strobel ging im Anschluss weiter auf das Tagesevangelium ein. Er erinnerte die Gemeinde, die Fastenzeit als Vorbereitung auf Ostern zu nutzen. Selbstkritisches Leben und Mitarbeit in der Gemeinschaft seien dazu sehr hilfreich. In den

Fürbittgebet: (v.l.) LTC Correl, Hptm Ludwig Deschner, der US-amerikanischen Militärpfarrer Father W. Dynek, der katholische Standortpfarrer Hammelburg, Pater Johannes Strobel OFM und Stabsfeldwebel Edwin Metzler.



Fürbitten beteten die Gottesdienstbesucher für die Bewahrung der göttlichen Schöpfung, die Einhaltung der Menschenrechte und für alle Soldaten im Einsatz. Die Bitte um Frieden und Toleranz in der Welt kam in mehreren Gebeten zum Ausdruck.

Father Dynek lobte die Gastfreundschaft in Hammelburg – sie könne ein Beispiel für andere Militärgemeinden in Deutschland sein.

Der Kommandeur der Infanterieschule, Brigadegeneral Johann Berger, strich in seiner Ansprache die Tradition

Pfarrfest zum 30-jährigen Bestehen der Militärgemeinde

Festliche Jubiläumssstimmung herrschte am Sonntag, dem 7. Juli, in der Christkönigkirche auf dem Lagerberg, als die katholische Militärkirchengemeinde und Kuratie gleichzeitig mit ihrem traditionellen Pfarrfest ihr 30-jähriges Bestehen feierte.

Der Festtag begann mit einem feierlichen Gottesdienst, der von fünf Priestern zelebriert wurde. Der Standortpfarrer, Pater Johannes Strobel OFM, der sich derzeit in Bosnien im Einsatz befindet, übermittelte per Fax ein Grußwort an die Gemeinde. Er wird vom katholischen Standortpfarrer Veitshöchheim, Wolfgang Bier, vertreten.

Zu Beginn des Gottesdienstes blickte der Vorsitzende des Militärseelsorgebezirksrates und des Mitarbeiterkreises, Oberstleutnant Andreas Wacker, in Anwesenheit des Generals der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule, Brigadegeneral Johann Berger, und des zweiten Bürgermeisters der Stadt Hammelburg, Stefan Seufert auf die Geschichte der Christkönigkirche zurück. Nach dem Baubeginn am 6. Dezember 1972 wurde die Kirche am 23. August 1973 eingeweiht. Wegen der Urlaubszeit im August wurde schon damals festgelegt, das Pfarrfest künftig im Zeitraum Ende Juni/Anfang Juli stattfinden zu lassen. Im Jahr 1983 entstanden ergänzend zur Kirche der Pfarrsaal und das Pfarrhaus. Wacker dankte den ebenfalls anwesenden ehemaligen Standortpfarrern Georg Sell, Wolfgang Witzgall, Norbert Sauer, dem Militärdekan Msgr. Georg Kestel als Vertreter des Militärbischofsamtes in Berlin und schließlich dem Leitenden Militärdekan im Wehrbereich IV, Reinhold Barthmann für ihr Wirken zum Wohle der Kirchengemeinde. Weiter rief er den ersten Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Conrad Weberpals und seine Frau Elisabeth sowie den ers-

Das Fest mit seinen geistlichen und soldatischen Akteuren muss festgehalten werden.

Vordere Reihe v.l.: Reinhold Barthmann, Kath. Leitender Militärdekan München, Brigadegeneral Johann Berger, General der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule Hammelburg, Wolfgang Bier, Kath. Standortpfarrer Veitshöchheim, Msgr. Wolfgang Witzgall, ehem. Militärpfarrer Hammelburg; zweite Reihe: Oberstleutnant Franz Herrler, Vorsitzender GKS Hammelburg, Militärdekan Georg Kestel, Kath. Militärbischofsamt, Georg Sell, ehem. Militärpfarrer Hammelburg, Oberst Wolfgang Krippel, Leiter VN-AusbZentrum der Bw; hintere Reihe: Obergefreiter Meder, Oberstleutnant Andreas Wacker, Vorsitzender des Militärseelsorgebezirksrates und des Mitarbeiterkreises der Militärkirchengemeinde Hammelburg, Oberleutnant Sell. (Texte und Fotos Constantin Deschner)

on der Veranstaltung heraus. Es sei, so Berger, nicht „unsere Aufgabe“ hier über politische Entscheidungen zu sprechen, sondern vielmehr das Anliegen für den Frieden in der Welt zu beten. Gerade die amerikanischen Soldaten und ihre Angehörigen, die besonders betroffen seien, sollten eingeschlossen werden. Beim anschließenden Mittagessen im Unteroffiziersheim kam man schnell miteinander ins Gespräch; sorgte doch beispielsweise der tägliche Dienst für interessanten Gesprächsstoff.

ten Kirchenpfleger Josef Bekesch in Erinnerung. Zusammen mit Pfarrer Georg Sell trugen sie entscheidend zum Kirchenbau bei. Wackers Dank galt weiter allen Helfern, die sich in den Dienst der Gemeinde stellen und den Gemeindemitgliedern für ihre Treue.

Auf die Bedeutung der Seligpreisungen für den Christen von heute ging Pfarrer Bier in seiner lebendigen Predigt ebenso ein, wie auf das Hochfest der drei FrankenaPOSTEL. So kommt es z.B. darauf an, zuerst am Frieden im Kleinen, in der Familie und der Gemeinde, zu arbeiten. 30 Jahre Kirchengemeinde beinhalten naturgemäß Höhen und auch Tiefen. Daher käme den Vorstehern (Pfarrern) in Anlehnung an die Tageslesung die tragende Rolle zu, die Gemeinde am Leben zu halten. Kirche müsse ein Ort der Wahrheit sein, wo Themen „unverfälscht, klar, konkret“ in Orientierung an Gott angesprochen werden können. Während des Gottesdienstes gedachte die Gemeinde ihrer Wohltäter und den bei Einsätzen gefallenen Soldaten.

Im Anschluss an den Gottesdienst herrschte bei guter Witterung reger Festbetrieb rund um die Christkönigkirche. Für die musikalische Unterhaltung sorgte das aus Veitshöchheim angereiste Heeresmusikkorps 12 unter der Leitung von Oberstleutnant Wilhelm Bruckhaus, sowie der Alleinunterhalter Dieter Nöth. Die Kinder konnten ihr Geschick an den verschiedenen Stationen der Spielstraße wie Dosenwerfen, Fischen und Torwandschießen unter Beweis stellen. Für das leibliche Wohl war natürlich bestens gesorgt, so durfte beispielsweise der Eintopf und ein Weißwurstfrühstück nicht fehlen.

Beim gemütlichen Beisammensein pflegte man alte Bekanntschaften und viele angeregte Gespräche, in die auch die ehemaligen Militärggeistlichen miteinbezogen wurden. Trotz des umfangreichen organisatorischen Aufwandes waren sich die Angehörigen der Militärkirchengemeinde am Ende sicher, dass sich das Engagement gelohnt hat und das gelungene Jubiläum noch lange in Erinnerung bleiben wird.



Interessant, lehrreich und erholsam

Familien der GKS Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland verlebten ein gemeinsames Wochenende im Hunsrück

Zu einem Familienwochenende am zweiten Advent kamen Mitglieder der GKS aus Standorten im Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland im Hotel „Zur Katz“ in Halstenbach-Ehr zusammen. 26 Erwachsene mit zehn Kindern hatten den Weg in den Hunsrück gefunden, um in ruhiger Atmosphäre vom Alltag auszuspannen.

Nach Anreise, Abendessen und Vorstellungsrunde berichtete der Bereichsvorsitzende der GKS, Stabsbootsmann Joachim Riederle, von der diesjährigen Woche der Begegnung in Beilngries, insbesondere aber von der Bundeskonferenz der GKS und ihren wichtigsten Ergebnissen.

Anschließend erstattete Hauptmann a.D. d.R. Matthias Völkel einen eindrucksvollen Bericht über seine in diesem Jahr durchgeführte Fußwallfahrt auf dem Jakobusweg von Lourdes (Südfrankreich) nach Santiago de Compostella (Spanien). Diesen etwa 1.000 Kilometer langen Weg legte er als Einzelpilger und nur von seinem treuen Esel Birk begleitet innerhalb von 40 Tagen zurück. Er stellte heraus, dass er unterwegs – mit der umgehängten Muschel als Jakobspilger klar erkennbar – stets gut aufgenommen wurde. Jedoch seien die Etappen von zunächst 18 bis 25 Kilometer, später durchaus auch 30 bis 35 Kilometer täglich bei unterschiedlichsten Witterungsbedingungen zu bewältigen gewesen: „Mehrtägiger Dauerregen oder brütende Hitze über 40 Grad Celsius im Schatten waren durchaus an der Tagessordnung,“ so der 53-jährige ehemalige Flugsicherungsoffizier.

Der Pilgerweg habe nicht nur körperlich, sondern auch seelisch ein Maximum von ihm abverlangt. Trotzdem möchte er keinen der Tage seines Weges missen, auf den ihn persönliche, religiöse, aber auch kulturelle Beweggründe gebracht hätten. „Der Wunsch, den Weg so zu gehen, wurde in den letzten Jahren immer stärker, so dass ich im direkten Anschluss an den Eintritt in den Ruhestand den Plan in die Tat umsetzte,“ so Matthias Völkel, der seine Zuhörerschaft mit seinen Erlebnissen auf dem „Camino“ (= Pilgerweg), lustigen, aber auch nachdenklichen Passagen, in den Bann zog und keine Frage unbeantwortet ließ.

Nach Morgenlob und Frühstück am Samstag beschäftigten sich die Erwachsenen und älteren Jugendlichen im Bildungsteil der Veranstaltung mit Afghanistan, während die Kinder das Schwimmbad des Hauses nutzten oder sich zum Spielen zurückzogen. Referent war Major d.R. Joachim Engel, ein versierter Kenner des Landes und des Islam. Engel stellte die Lebensumstände und Machtstrukturen der Afghanen, die innere und äußere Situation des Landes, die geschichtliche Entwicklung und vor allem auch die Perspektiven auf eine mögliche Demokratisierung heraus. Besonders beleuchtete er dabei die Rolle des Islam und die möglichen Ursachen des Terrors, den Dschihad (= großer heiliger Krieg) und der Taliban (= Schüler, Studenten der islamischen Religion). Seinen Vortrag schmückte er mit Gegenständen landesüblicher Tracht, afghanischer Musik und stimmungs-

vollen Fotos aus. Stabsbootsmann Joachim Riederle ergänzte aus seinen bei einem ISAF-Einsatz in Kabul gemachten Erfahrungen und ließ eindrucksvolle Erlebnisse einfließen.

Am Nachmittag besuchte die Gruppe den „imposanten“ Weihnachtsmarkt in Boppard und besichtigte einige Sehenswürdigkeiten dieses kleinen Städtchens am Rhein. Ein besonderes Abenteuer für die Kinder war die Fahrt mit der Regionalbahn auf historischer Streckenführung von Ehr nach Boppard und zurück.

Am Abend stand dann eine vom stellvertretenden Vorsitzenden Hauptmann a.D. Günter Neuroth organisierte Weinprobe auf dem Programm, welche die Winzerin Elisabeth Ries vom Weingut „Königshof“ aus Boppard moderierte. Die GKS'ler konnten eine Reihe ausgesuchter Rheinweine aus Bopparder Lagen verkosten und erhielten viel Hintergrundwissen über die unterschiedlichen Weine und Rebsorten.

Am Sonntagmorgen bot der Katholische Leitende Militärdekan Koblenz, Monsignore Carl Ursprung, den Teilnehmern des Familienwochenendes die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch. Anhand der Fragen ging er auf aktuelle Probleme, Strukturen und personelle Besetzungen in seinem Verantwortungsbereich der Katholischen Militärseelsorge ein. Der Bereichs-Geschäftsführer der GKS, Hauptmann a.D. Heinrich Dorndorf, berichtete über den Renovabis-Jahreskongress und ließ einige Kurzmitteilungen aus den Standorten und den GKS-Kreisen folgen.

Im Anschluss feierte die Gruppe einen adventlichen Familiengottesdienst. Die Kollekte wurde dem ZV-Projekt „Nachbarschaftshilfe“ zur Verfügung gestellt. Nach dem gemeinsamen Mittagessen kehrten die Anwesenden dann in ihre Wohnorte zurück, um die Erfahrungen eines lehrreichen und gleichsam erholsamen Wochenendes reicher.

(Wilfried Puth)

AUFTRAG 252/253



Der Bereichsvorsitzende der GKS StBtm Joachim Riederle (rechts), dankt Major d.R. Joachim Engel für seine Ausführungen zum Thema Afghanistan und überreichte ihm den AUFTRAG-Sonderdruck „Die Welt des Islam“.



APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI) 2003

Aufbruch zu neuen Ufern — Quo vadis AMI?

Die diesjährige AMI-Konferenz fand auf Einladung der slowenischen Militärseelsorge vom 22. – 28.09.2003 in Celje in Slowenien statt.

Erstmals traf man sich in einem der neuen demokratischen Ländern. Slowenien, ein Land mit 2 Millionen Einwohnern und seiner Hauptstadt Ljubljana (400.000 Einwohner) existiert in seiner heutigen Form erst seit 1991. Zu 90% katholisch, bietet das Land wunderschöne Küsten, eine alpine Bergwelt und abwechslungsreiche Landstriche, die durch Weinberge und schöne Kirchen geprägt sind. Slowenien das Land der Kirchen überrascht durch die Vielzahl seiner im ganzen Land präsenten Kirchen aller Größen.

Celje als Tagungsort mit ca. 50.000 Einwohnern reicht in seiner Geschichte weit zurück in die römische Zeit und war bekannt unter dem Namen Celea. Insgesamt waren alle Teilnehmer zutiefst beeindruckt von der modernen Entwicklung des Landes auf der einen Seite und der traditionellen nicht zu überbietenden Gastfreundschaft auf der anderen Seite.

Zu Beginn der Konferenz begrüßte der Staatssekretär im Verteidigungsministerium die Konferenzteilnehmer aus den Ländern: Belgien, Bosnien-Herzegowina, Großbritannien, Deutschland, Kongo-Brazzaville, Kroatien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Slowakei, Slowenien und Spanien.

Auffallend war, dass einige der „alten“ demokratischen Länder, wie Italien, Frankreich und Portugal fehlten und neue Länder, wie Kroatien, Slowakei, Bosnien-Herzegowina und Slowenien dazu kamen.

Daneben waren die Delegationen langjähriger Teilnehmerländer, wie die Philippinen und Kolumbien aus

innenpolitischen Gründen verhindert bzw. an der Ausreise gehindert worden.

Eines der beiden Hauptthemen der diesjährigen Konferenz befaßte sich mit dem heiklen Thema: „Kann und darf es einen präventiven Krieg geben?“.

Das Thema wurde von drei Seiten durch Vorträge beleuchtet. Der ethischen durch den slowenischen Bischof Dr. Stres, der derzeit auch mit den Aufgaben eines Militärbischofs betraut ist, der pragmatischen durch GM a.D. Manfred Eisele, den ehemaligen Assistant Secretary General UN und der juristischen durch den slowenischen Juristen Weingerl, der derzeit in internationalem Recht in Oxford promoviert.

Tenor der Vorträge war, dass eine juristische Bewertung dieses Problems sehr schwierig ist, es keinen gerechten Krieg geben kann, obwohl die Notwendigkeit, Krieg zu führen entstehen kann und dass die UN, die zwar im Rahmen des Irakkrieges angeschlagen, jedoch nicht tödlich getroffen war, in diesem Zusammenhang zukünftig die einzigen und richtigen Ansprechpartner sein müssen.

Wobei Bischof Stres zu Recht darauf hinwies, dass eine Reaktion von Staaten in der UNO häufig nur

dann erfolgt, wenn Eigeninteressen berührt sind und so lässt sich sehr häufig feststellen, dass die Entscheidung vom Krieg zum Krieg aus politischen und wirtschaftlichen Gründen erfolgt, die Rechtfertigung dieser Entscheidung nach dem Krieg stets jedoch unter ethisch-moralischen Aspekten versucht wird.

Neben dem Thema präventiver Krieg, beschäftigte sich die Konferenz mit dem Themenbereich: „Was kann AMI für die neuen Demokratien leisten“.

Bereits zu Beginn der Konferenz, mit den Beiträgen der Nationen, wurde deutlich, dass die Interessen an AMI und existierende Probleme in den Ländern zwischen den „alten“ und „neuen“ Ländern stark differierten.

AMI bedeutet für die neuen demokratischen Länder, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowakei und Slowenien Hoffnung. Sie erwarten von den Ländern dieser Organisation Hilfe und Unterstützung auf ihrem Weg in die Demokratie, der für die Streitkräfte im Land doppelt schwer ist.

In diesen Ländern herrscht noch immer die Meinung vor, dass sich Christ und Soldat sein nicht verträgt. Die alte Nomenklatura sitzt häufig noch am Ruder und die kommunistische Vergangenheit verhindert noch, dass sich Offiziere zum Glauben bekennen.



Gruppenbild von den Teilnehmern der AMI-Konferenz 2003 in Ljubljana/Slowenien

Obwohl erste Veränderungen erkennbar sind und wie kleine Pflänzchen sprießen, so hat sich der Direktor der Polizeiakademie in der Slowakei zum katholischen Glauben bekannt und eine Kapelle in der Kaserne errichten lassen, ist der Weg zu einer funktionierenden Laienorganisation noch weit.

Militärseelsorge, auch ohne derzeit existierende Laienorganisationen sieht dort ihre Aufgabe im vermitteln christlicher Werte und von Christian Leadership. Dabei erhoffen sie sich Unterstützung von den Ländern, die diesen Weg bereits gegangen sind.

Sie haben inzwischen aber auch erkannt, dass im Westen nicht alles Gold ist, was glänzt. Waren sie nach dem Wechsel der Systeme noch uneingeschränkt beeindruckt vom Westen und seinen „anscheinend“ gelebten Werten, so kam mit der Zeit die Ernüchterung. Inzwischen wurde bereits offen die Frage gestellt, ob der Osten nicht fester im Glauben verwurzelt sei, als der Westen und damit zumindest bei den Gläubigen nicht auch das Leben nach christlichen Werten, das wir uns auf die Fahne schreiben, stärker ausgeprägt sei.

Blickt man dabei auf die Situationsberichte der westlichen Länder, Belgien, der Niederlande, Spaniens, Österreichs und auch Deutschlands, so liegt diese Vermutung ebenfalls nahe. Ehemals funktionierende Laienorganisationen, wie in Holland, Belgien und Spanien werden systematisch in ihrer Ausübung behindert, die Mitglieder erleiden teilweise als Katholiken Nachteile in ihrer Karriere und eine Nachwuchsarbeit findet wegen Erfolglosigkeit nicht mehr statt. Der Westen bewegt sich rückwärts und der aktive Laie in den Streitkräften stirbt aus.

Der Osten geht derzeit den entgegengesetzten Weg und erhofft sich trotzdem vom Westen Hilfe zur Selbsthilfe. Sie wollen aber nicht nur einfach kopieren, sondern sich, wie alle anderen auch, selbst entwickeln.

Bezeichnend dafür war das riesige Presse- und Fernsehecho in Slowenien mit dem das Ziel, welches man sich mit dem Tagungsort Celje in einem der neuen demokratischen Länder gesetzt hatte, eindeutig er-

Redner bei der Konferenz u.a. der Chef des Generalstabs der slowenischen Streitkräfte, Generalmajor Lipic

reicht wurde. Für das Land war es ein Novum, dass der Chef des Generalstabs, GM Lipic, eine katholische Konferenz eröffnet. Für die anwesenden Offiziere war dies bis dato unvorstellbar und gleichzeitig ein Zeichen. Für die Militärseelsorge und die Katholiken im Land war diese Konferenz bereits ohne auf das Konferenzergebnis zu sehen ein großer Erfolg.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich AMI an einem Scheidepunkt seiner Existenz befindet. Der Zerfall des bis dato existierenden aktiven Laienapostolates in den Streitkräften westlicher Nationen, respektive das damit einhergehende Desinteresse der Militärseelsorge an AMI in diesen Ländern, würde unweigerlich zu einer Auflösung von AMI führen, gäbe es nicht heute die neuen demokratischen Länder im Osten, denen AMI auf ihrem Weg zur Christianisierung ihrer Streitkräfte helfen möchte.

Deutlich wird dieser Versuch in dem Antrag Kroatiens auf Vollmitgliedschaft im AMI, welchem stattgegeben wurde und der spontanen Einladung des slowakischen Militärbischofs Fratissek Rabek, die AMI-Konferenz 2004 in der Slowakei in Bratislava durchzuführen. Entscheidend wird sein, wie sich die alten Länder weiterentwickeln und ob man gewillt ist, den Weg mit den neuen demokratischen Ländern gemeinsam zu gehen. Dieses muss sich dann aber auch zwingend in den zu behandelnden Themen einer AMI-Konferenz niederschlagen. Sie müssen möglicherweise zunächst wieder mehr nach innen gerichtet werden. Die AMI-Konferenz 2004 in der Slowakei, in der das Thema: „Die Situation und Probleme der Soldatenfamilie heute – Aufgaben der Pastoral und der Streitkräfte“, behandelt werden soll, ist ein erster Schritt und es wird sich zeigen, ob AMI auch über sein Jubiläumsjahr 2005 hinaus (40 jähriges Bestehen) sinnvoll lebensfähig bleibt. (Reinhard Kloss)



Jakobuswallfahrt 2004

Soldatenwallfahrt findet 2004 in Spanien auf der Strecke zwischen EL CEBREIRO und SANTAGO DE COMPOSTELA statt.

Die traditionelle Jakobuswallfahrt, an der sich die GKS seit 1987 beteiligt, findet 2004 anlässlich des „Heiligen Jahres“, was immer dann der Fall ist, wenn der Festtag des hl. Jakobus (25. Juli) auf einen Sonntag fällt, wieder in Spanien statt. Ausgangs- und Endpunkt der Wallfahrt werden in Madrid sein. Diese Lösung bietet den deutschen Teilnehmern die Möglichkeit, für die Anreise die Angebote der „Billigfluglinien“ zu nutzen, um damit die Gesamtkosten niedrig zu halten.

Dieses Ereignis ist als geistig-religiöse Begegnung mit dem Glauben, den Mitmenschen, der Landschaft und der Kulturgeschichte der durchwanderten Regionen, sowie als Auseinandersetzung mit dem eigenen Ich in einem neuen Umfeld ausgelegt.

Es wird deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Jakobuswallfahrt ein physisch und psychisch forderndes Unternehmen ist und ein hohes Maß an Einordnungsbereitschaft, Disziplin und Zurückstellung persönlicher Interessen, Neigungen,

Fortsetzung auf Seite 109

Fortsetzung von Seite 108

Jakobuswallfahrt 2004

Gepflogenheiten und Gewohnheiten erfordert.

In diesem Jahr können bis zu 25 deutsche Soldaten/Soldatinnen aller Dienstgrade, ggf. mit ihren Partnern, teilnehmen. Soldaten der Reserve oder im Ruhestand können sich im Rahmen der verfügbaren Plätze beteiligen. Die abschließende Entscheidung über die Teilnahme behält sich der Bundesvorstand der GKS vor.

• Die Planung sieht vor:

- am 24.06.: Anreise / Eintreffen der Pilger in Madrid, Kasernenquartier
- am 25.06.: Anfahrt mit spanischen Bussen nach Astorga, Kaserne
- dann 7 Tage Fußwallfahrt mit täglich wechselnden Quartieren
- am 03.07.: Abschluss der Wallfahrt in Santiago de Compostela, Monte del Gozo

- am 04.07.: Rückfahrt nach Madrid., Kasernenquartier.
- am 05.07.: Rückflüge nach Deutschland.

• Zu den Kosten (Eigenbeiträge):

Unter Berücksichtigung der Möglichkeiten, auf die bereits angesprochen Flugangebote zurückgreifen zu können, was jedoch eine frühzeitige verbindliche Zusage erforderlich macht, gehen wir von folgenden Eigenbeiträgen aus:

- GWDL: 215 EUR
- A1 – A4: 260 EUR
- A5 – A8: 330 EUR
- A9 – A12: 370 EUR
- A13 – A15: 440 EUR
- ab A16: 465 EUR
- Teilnehmer, die nicht aktive Soldaten und nicht Mitglied im Förderkreis der GKS sind, zahlen einen Aufschlag von 30 EUR.

• Anmeldung:

Die Anmeldung per Brief, Fax oder @ beim Bundesgeschäftsführer der GKS Postfach 640232 10048 Berlin Fax: 030/20619991 gks.berlin@t-online.de muss bis 30.04.2004 verbindlich beim Bundesgeschäftsführer in Berlin eingegangen sein. Frühzeitige Zusagen reduzieren die Flugkosten.

• Sonstiges:

Die Pilger erhalten rechtzeitig detaillierte und aktuelle Informationen. Die Vorbereitung der Pilgerreise wird, wie in den vergangenen Jahren, in den bewährten Händen von Oberst a.D. Thiele liegen. Ob er auch die Wallfahrt als solche leiten kann, ist derzeit noch offen.

(GKS)

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Russische Generale im Militärbischofsamt

Im Rahmen des 11. Dialog-Seminars der Stiftung Wissenschaft und Politik mit den Streitkräften der Russischen Föderation vom 5. bis 15. Oktober 2003 besuchten elf Generale und vier Obersten der russischen Streitkräfte die Kurie des Katholischen Militärbischofs. Seminarleiter General a.D. Peter Heinrich Carstens hatte Wert darauf gelegt, dass die hohen russischen Offiziere auch die deutsche Militärseelsorge „vor Ort“ kennen lernen konnten. Seitens der Militärseelsorge gab LWissDir i.K. Harald Oberhem, Leiter des Grundsatz-Referates im KMBA, Informationen zur rechtlichen und organisatorischen Gestalt, vor allem aber zu den Zielsetzungen und der Praxis der Katholischen Militärseelsorge in der Bundeswehr.

Als Vorbereitung der Gäste war ein (fiktiver) Dialog zwischen einem russischen Militärggeistlichen und einem jungen Offizier während des 1.

Weltkrieges – enthalten in Alexander Solschenizyns Werk „November 16“ – angeboten worden. Dies hatte eine gewisse Verwunderung erzeugt. Die praktischen Fragen der russischen Gäste richteten sich auf die „ökumenische“ Praxis in der Ausübung der Militärseelsorge und die Beziehung der Militärseelsorge zur „vaterländischen Beziehung“. Der Leiter der russischen Delegation, Generalleutnant Walerij G. Jewnewitsch, Stellvertretender Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte Friedenstruppen der Russischen Armee, der sich persönlich zum orthodoxen Glauben bekennt, hob mehrfach hervor, welche Bedeutung eine Militärseelsorge für alle einer Religionsgemeinschaft angehörigen Soldaten der russischen Armee hätte. Als Dank überreichte er Direktor Oberhem das Abzeichen der russischen KFOR-Truppen, die Jewnewitsch eine Zeit lang befehligt hatte. (KMBA)



Elf Generale und vier Obersten besuchten am 12. Oktober 2003 das Kath. Militärbischofsamt in Berlin. Foto u., vorne v.l.: LWissDir i.K. Harald Oberhem, Generalleutnant Walerij G. Jewnewitsch, General a.D. Peter Heinrich Carsten





MdB Christa Reichard neue Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V., Bonn)

Die Mitgliederversammlung der KAS wählte am 8. Mai 2003 in Berlin die CDU-Bundestagsabgeordnete Christa Reichard zur neuen Vorsitzenden. Sie tritt die Nachfolge von Generalleutnant a.D. Winfried Weick an, der die Geschicke der Arbeitsgemeinschaft über fünf Jahre lenkte und in dieser Zeit vor allem die Auslands- und Familienbetreuung verstärkte.

In seiner Laudatio dankte der Militärgeneralvikar des Katholischen Militärbischofsamtes, Prälat Walter Wakenhut, Weick und der Arbeitsgemeinschaft insgesamt für die gute und verlässliche Betreuung im Dienste der Soldaten. Er zeigte sich zufrieden darüber, dass die KAS unter ihrem Vorsitzenden sehr frühzeitig die neuen Betreuungsherausforderungen in Zusammenhang mit dem erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr erkannt und sich diesen gestellt hat. Als Zeichen der Dankbarkeit des Militärbischofs verlieh er dem scheidenden Vorsit-

zenden die Ehrenmedaille der Militärseelsorge.

Besondere Worte des Dankes fand auch der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (EAS), Generalmajor a.D. Dr. Freiherr Günter von Steinaecker, für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen EAS und KAS, die in der Amtszeit von Winfried Weick u.a. zu regelmäßig stattfindenden gemeinsamen Vorstandssitzungen geführt hat.

Generalleutnant a.D. Winfried Weick übergibt an seine Nachfolgerin „ein Schiff, das nicht vor sich hindümpelt, sondern mit schneller Fahrt auf Kurs liegt“.

Die neue Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft möchte die gute Arbeit ihres Vorgängers weiterführen und fühlt sich im besonderen Maße der Sorge um die Familien der Bundeswehrangehörigen verpflichtet. In der 47-jährigen Geschichte der Arbeitsgemeinschaft ist sie die erste Frau an der Spitze der KAS,



dies zu einer Zeit, in der die Streitkräfte in allen Laufbahnen und Verwendungen für Frauen geöffnet werden.

Den stellvertretenden Vorsitz der Katholischen Arbeitsgemeinschaft wird weiterhin Stabsfeldwebel Frank Hübsche innehaben. Zu Beisitzern wurden erneut Hauptmann Dieter Scholle, Oberstleutnant a.D. Jobst Schulze-Büttger und Dr. jur. Lothar Weber sowie erstmals Oberfeldapotheker (w) Ruth Nobis gewählt.

(KAS)



Um gleich einem möglichen Missverständnis entgegenzutreten: das Bild oben rechts auf dieser Seite ist das „Einsatz-Plakat“ der KAS, mit der sie für die Familienbetreuung wirbt.

Die neue Vorsitzende der KAS, Christa Reichard, Mitglied des Deutschen Bundestages, zeigt das untere Foto gemeinsam mit ihren Vorgängern Generalleutnant a.D. Winfried Weick (l.) und General a.D. Dieter Clauß (r.), rechts neben Frau Reichard Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut.

Generalleutnant a.D. Winfried Weick wurde in Anerkennung seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der KAS von Papst Johannes Paul II. in den Stand eines Ritters des Silvesterordens erhoben (s. dazu S. .. Personalia) (Fotos KAS)



Erkundung OASE Kabul

ARGE EAS/KAS bereitet sich auf Einsatzbetreuung in Afghanistan vor

Unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Christa Reichard, die vom Geschäftsführer der KAS Rainer Krotz und dem Leiter der Bauabteilung Otto Winkelhag sowie von Vertretern aus dem BMVg und dem EinsFüKdo begleitet wurde, erkundete eine aus EAS und KAS gebildete Arbeitsgemeinschaft (ARGE EAS/KAS) im Zeitraum im August 2003 die Voraussetzungen zum Bau einer Betreuungseinrichtung OASE im Feldlager Camp Warehouse in Kabul. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei die Belieferung mit Waren fern in Afghanistan, die Rekrutierung von einheimischem Personal für den Gastronomiebetrieb, die besonderen klimatischen und hygienischen Voraussetzungen sowie zur Verfügung stehende Bauplätze. Diese Erkundung vor Ort konnte alle Fragen zufriedenstellend klären. Somit ist die ARGE – vorbehaltlich des noch abzuschließenden OASEN-Vertrages mit dem BMVg – in der Lage, eine Betreuungseinrichtung vergleichbar den OASEN in den großen Feldlagern auf dem Balkan auch in Kabul zu errichten und zu betreiben.

Wichtig für diese Bereitschaft war die Erkenntnis, dass eine deutliche Verbesserung der Betreuungssituation im Camp Warehouse von den Soldaten wie der Militärseelsorge gleichermaßen gewünscht wird.

Die ARGE-Delegation konnte sich vor Ort ein sehr anschauliches Bild über die spartanischen Lebensbedingungen für die ISAF-Angehörigen machen: Bei einer mehrheitlich sechsmonatigen Stehzeit in einem gefährlichen Umfeld untergebracht, und in weiten Teilen behelfsmäßigen Feldlager, eingebettet in eine karge und trostlose Umgebung und konfrontiert mit einer fremdartigen Kultur, werden besondere Anforderungen an die Belastbarkeit der Soldaten gestellt. Der allgegenwärtige feine Sand, der laufend durch Windböen bis hin zu Sandstürmen in Bewegung gehalten wird und auch vor Fahrzeugmotoren, Unterkunftsbereichen oder auch Diskettenlaufwerken nicht halt macht, Außentemperatur,

ren, die sich zwischen 40 Grad Celsius im Sommer und minus 25 Grad im Winter abspielen, sowie die fehlende Möglichkeit, ohne Einsatzauftrag den begrenzten Raum des Feldlagers zu verlassen, leisten ihr Übriges, um den Einsatz der ISAF-Angehörigen zu erschweren.

Unter solch harten Rahmenbedingungen erscheint eine intensive Betreuung notwendig – notwendiger als in allen anderen derzeitigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. In diese Situation eine OASE hineinzubringen, die für sich den Anspruch erhebt, Gastfreundschaft und ein Stück Heimatgefühl zu vermitteln, wie auch ein Ort für die Arbeit der Militärseelsorge zu sein, ist eine ganz besondere und dankbare Aufgabe. Drei Monate nach Vertragsunterzeichnung kann eine OASE in Kabul eröffnet werden, so dass es nun von einem positiven Votum und schnellem Mitzeichnungsgang in den Bundesministerien der Verteidigung und Finanzen abhängt, ob die ISAF-Soldaten vielleicht schon Weihnachten in ihrer OASE feiern können.

Aufgrund der Arbeit von Christa Reichard im Parlamentarischen Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit ergab sich für die Delegation auch die Möglichkeit, Eindrücke von der Wiederaufbauarbeit in Kabul, dem Bemühen um Festigung geordneter staatlicher

Strukturen in der afghanischen Zivilgesellschaft zu erhalten. Bemerkenswerte Erkenntnisse dabei waren, dass die Afghanen, die nach 23 Jahren Bürgerkrieg erstmals ruhige und verhältnismäßig sichere Lebensumstände in der Hauptstadt dazu nutzen, durch eigenes Zupacken ihre ärmlichen Lebensumstände zu verbessern. Auch besteht eine breite Toleranz gegenüber Christen, so lange sie nicht mit missionarischem Eifer auftreten.

Die ARGE EAS/KAS betreibt seit 1997 sogenannte OASEN als feste Betreuungseinrichtungen, derzeit in den Feldlagern Rajlovac, Prizren-Feldlager und Prizren-Airfield. Aufgabe der OASEN ist es, in den Einsatzgebieten in ruhiger und gemüthlicher Atmosphäre Gastronomie nach deutschem Standard und Gewohnheit anzubieten, Heimat für die Arbeit der Militärseelsorge zu sein sowie Möglichkeiten zur individuellen Freizeitgestaltung, z.B. durch die Ausleihe von Gesellschaftsspielen oder Zeitschriften, das Angebot von Premiere-Sportübertragungen oder das Mitspielen in einer Lagerband zu fördern. Aus den Gewinnen der Gastronomiebetriebe finanziert die ARGE einen Teil ihrer Auslands- und Familienarbeit, wie auch den Bau weiterer Auslandseinrichtungen.

(KAS)

Sachsen unter sich: MdB Christa Reichard nutzte die Erkundung, um sich ein Bild von der Situation der deutschen Soldaten in Kabul zu machen und traf sich im Feldlager mit Soldaten aus Sachsen





Der Werdegang

Am Samstag, 27. September 2003, empfing Walter Hütten zusammen mit drei weiteren jungen Männern im Dom zu Aachen aus der Hand von Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff die Priesterweihe.

Walter Hütten wurde am 20. Juni 1950 in Düren geboren. Man kann ihn also mit Fug und Recht als Späberufenen oder als „vir probatus – bewährten Mann“ bezeichnen. Nach einer Ausbildung zum Industriekaufmann trat er 1969 in die Bundeswehr ein und leistete in der Luftwaffe seinen Soldatendienst, bis er 1997 mit dem Dienstgrad eines Oberstabsfeldwebels ausschied.

In dieser Zeit engagierte er sich ehrenamtlich in der Katholischen Militärseelsorge und hier vor allem im organisierten Laienapostolat. So war er 18 Jahre einer der beiden

LEBENSWEGE:

„Manchmal feiern wir mitten im Tag ein Fest“

Walter Hütten – ehemaliger Berufsunteroffizier zum Priester geweiht

BRIGITTE MATHIAS

stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Diese vertrat er im Vorstand der Zentralen Versammlung, dem oberstes Laiengremium der Militärseelsorge (vergleichbar einem Diözesanrat).

Im Jahr 1995 wurde Walter Hütten von Papst Johannes Paul II. die Auszeichnung „Ritter vom Orden des Hl. Papstes Silvester“ verliehen. Er war damit der erste Unteroffizier, der diese hohe päpstliche Anerkennung erhielt. Die Auszeichnung beruhte zum Einen auf seinen Verdiensten um die Organisation und Durchführung internationaler Soldatenwallfahrten, insbesondere der jährlichen Jakobuswallfahrten nach Santiago de Compostela, die deutsche und spanische Soldaten zusammenführte. Zum Anderen wurde damit sein langjähriges Engagement auf der Bundesebene der GKS und in der Katholischen Militärseelsorge allgemein gewürdigt. Da der Ritter des Silvesterordens eine Auszeichnung für Laien ist, dürfte er heute eine Ausnahme unter den Priestern sein, die bei besonderen Verdiensten mit der „Er-

nennung zum Hauskaplan seiner Heiligkeit“ mit dem Titel „Monsignore“ ausgezeichnet werden.

Natürlich war Hütten auch in seiner Heimatgemeinde St. Joachim in Düren-Nord ehrenamtlich tätig.

Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er vier Jahre im Studienhaus St. Lambert in Lantershofen Philosophie und Theologie. Danach war er in der Pfarrgemeinde St. Donatus in Aachen-Brand zunächst als Pastoralpraktikant und nach der Diakonweihe im November 2002 dort als Diakon tätig. Nach der Priesterweihe wird er nun in den beiden Willicher Gemeinden St. Katharina und St. Mariä Rosenkranz als Kaplan wirken.

Die Priesterweihe

Die Feier der Priesterweihe im Hohen Dom zu Aachen stand unter dem Leitsatz: „So soll euer Licht leuchten, damit sie euren Vater im Himmel preisen.“ (vgl. Mt 5, 16) Es war ein feierlicher Festgottesdienst mit hervorragenden musikalischen Beiträgen durch den Aachener Domchor, unter intensiver Beteiligung bei Gesang und Gebet durch die anwesenden Familienangehörigen, Freunde und Gäste der vier angehenden Priester. In großer Zahl waren ehemalige Kameraden von Walter Hütten aus seiner Zeit bei der Bundeswehr und GKS-Mitglieder gekommen, unter ihnen der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein mit seiner Gattin.

Sehr würdevoll wurde die eigentliche Weihe mit den Versprechen der Weihekandidaten und Handauflegung durch Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff vollzogen. Es folgten das Anlegen der priesterlichen Gewänder, die Salbung der Hände und die Überreichung von Brot und Wein.

Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff mit seinen vier Neupriestern, rechts neben ihm Walter Hütten



Danach tauschte der Bischof mit jedem Neupriester einzeln den Friedensgruß, aus und besiegelte damit dass er sie in ihrem Dienst als neue Mitarbeiter annimmt. Es traten dann die anwesenden Priester und Diakone – es waren sehr viele – vor und tauschten ebenfalls mit den Neupriestern den Friedensgruß aus.

Im weiteren Verlauf des Festgottesdienstes folgte die Eucharistiefeier, die mit dem feierlichen Auszug aller Priester und Diakone endete.

Zu einer anschließenden Begegnung in der Domsingschule hatten die Neupriester eingeladen. Dieser Einladung sind sehr viele Personen gefolgt, so dass der Raum gut gefüllt war und sich lange Schlangen vor den Neupriestern zur persönlichen Gratulation gebildet hatten. Der Bundesvorsitzende, Oberst Klein, gratulierte Walter Hütten im Namen aller GKS-Mitglieder herzlich zu seiner Priesterweihe und wünschte ihm Gottes Segen und Begleitung für die kommende Zeit. □

Die Primizfeier

HELMUT FETTWEIS

Bereits einen Tag später, am Sonntag, den 28. Sept. 2003, feierte Walter Hütten in seiner Heimatpfarre St. Joachim in Düren-Nord seine Primiz (*lat. prima missa – erste Messe*). Der Tag stand unter der Losung „Gott, du Freund des Lebens“.

Wer als Gast zu dieser Feier geladen war stellte fest, die Pfarrei St. Joachim hatte viel aufgeboten, um die Primiz würdig zu begehen. Vom üblichen Flaggenschmuck abgesehen, war die Menge der Teilnehmer bemerkenswert. Nicht nur Schützen, Karnevalsverbände, Vertreter weiblicher und männlicher Orden waren zu erkennen, auch viel Prominenz aus den Parteien und der Politik.

Die Pfarrei kann seit 1897 auf eine erstaunliche Fülle von Primizen zurückblicken, und es wurde erkennbar, dass Pfarrer Bernhard Naphausen auf eine sehr harmonische Gemeinde verweisen kann. Die Gestaltung des Gottesdienstes war geprägt von der Liebe zur Musik und der Treue zum Wort.

Die anschließende Begegnung im Pfarrheim war nicht nur durch die

Zahl der wohlwollenden Redner, sondern vor allem durch die Gastfreundschaft, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pfarrei demonstrierten, eine Aussage über den guten Geist unter den Pfarrkindern.

Um 15 Uhr spendete der Neupriester dann in einer Dankandacht den Primizsegen, dem nach traditioneller Glaubensauffassung eine besondere Kraft innewohnt. Wer geglaubt hatte, dass hier nur noch eine kleine Schar zu finden wäre, musste feststellen, dass die große Kirche gut besucht war und dass viele auch zum persönlichen Primizsegen von Walter Hütten in Ruhe und Gelassenheit anstanden.

Die Gemeinde drückte damit ihre Freude über den Neupriester aus und gab Walter Hütten die Gewissheit, dass viele Menschen wohlwollend hinter ihm stehen. □



Eine Abordnung mit der GKS-Fahne aus dem Bereich Nordrhein-Westfalen unterstrich die Freude der Gemeinschaft, in der Walter Hütten über lange Jahre in führender Aufgabe tätig war, dass einer der Ihren nun wieder in Dienstfunktion steht: als Priester Jesu Christi.

(Fotos F. Brockmeier)

Präsident des Päpstlichen Laienrates

Papst Johannes Paul II. hat **Bischof Stanislaw Rylko**, der seit 1996 Sekretär des Päpstlichen Laienrats war, zum neuen Präsidenten dieses Dikasteriums ernannt. Er folgt **Kardinal Francis Stafford** nach, der zum Hauptpönitentiar der katholischen Kirche ernannt wurde. Der neue Präsident wird den Titel eines Erzbischofs erhalten. Der 58-jährige Bischof ist seit Jahrzehnten ein Freund und Mitarbeiter des Papstes. Stanislaw Rylko wurde in Andrychow in Polen geboren. Er hat seine theologischen Studien auf die Rolle der Laien in der Kirche ausgerichtet und hat mitgeholfen, das Zweite Vatikanische Konzil in seinem Heimatland zur Ausführung zu bringen. Er ist ebenfalls Konsultor der vatikanischen Glaubenskongregation und ein Mitglied der Päpstlichen Räte für Fami-

lie, Migranten- und Itinerantenpastoral (*Nichtsesshaften*) sowie der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika. Der Laienrat, 1967 von Papst Paul VI. zunächst versuchsweise, dann 1976 definitiv ins Leben gerufen, ist „für das Laienapostolat zuständig, das heißt, für die Teilnahme der Laien am Leben und an der Mission der Kirche, entweder als Mitglieder von Vereinigungen für das Apostolat oder als Privatleute“, wie das Päpstliche Jahrbuch erklärt. Unter anderem unterstützt der Rat den Papst in Fragen von Laienbewegungen und -gemeinschaften. Seit 1984 unter der Präsidentschaft von Kardinal Eduardo Pironio wurde dem Laienrat auch die Verantwortung übertragen, dem Papst in der Organisation der Weltjugendtage beizustehen.

(ZENIT)

Militärdekan Prälat Walter Theis – 40 Jahre Priester und 35 Jahre im Dienst der Katholischen Militärseelsorge

Nach 35 Jahren Dienst in der Katholischen Militärseelsorge wurde am 24. Juni Militärdekan Prälat Walter Theis (65), seit 1963 Priester des Bistums Mainz, in den Ruhestand verabschiedet. In der Standortkirche St. Louis, Julius-Leber-Kaserne, Berlin, fand ein Gottesdienst mit anschließendem Empfang im Offizierheim statt. Theis hat als Geistlicher Beirat der GKS in den Jahren 1981 bis 2002 wesentlich das geistlich-geistige Profil und das Selbstverständnis dieses Verbandes in der „Kirche unter Soldaten“ mitgeprägt. Die GKS würdigte bereits 1987 ihn „als geistlichen Berater und loyalen und diplomatischen Mittler zwischen der Laieorganisation und dem Katholischen Militärbischofsamt“: Sie zeichnete Prälat Theis mit dem ersten, als Ehrenzeichen geschaffenen „GROßEN GKS-KREUZ“ aus.

Militärbischof Dr. Walter Mixa dankte dem scheidenden Militärdekan für seinen langjährigen Dienst in der Militärseelsorge. Theis habe sich als Mann des Dialogs und als kompetenter Ratgeber erwiesen, sagte Mixa. Als verantwortlicher Dekan für die Auslandsstandorte habe er internationale Kontakte, besonders im Bereich der NATO gepflegt und gefördert.

In seiner Abschiedsrede bezeichnete Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut seinen Mitarbeiter und Mitbruder als einen Mann der ersten Stunde. Er habe die ganze Entwicklung der Militärseelsorge mitgemacht und 22 Jahre als Referatsleiter im Katholischen Militärbischofsamt mitgestaltet. Wakenhut wies auf die große Aufgabe der Seelsorge an den Auslandsstandorten hin, die Theis als verantwortlicher Dekan mit großer Umsicht und Kompetenz angegangen sei. Theis habe die Erfahrungen, die er von 1975 – 1981 als Deutscher Katholischer Militärggeistlicher Fort Bliss gesammelt habe, für seine Mitbrüder umgesetzt.

Gerade die entstehenden Militärseelsorgen in Mittel-, Ost- und Südeuropa seien ihm ein großes Anliegen gewe-

sen, betonte Wakenhut. Auch die Grundlagen für die Seelsorge im Einsatz – immer im gut ökumenischen Einklang – seien durch Theis geschaffen worden, so Wakenhut. Für die Mithilfe beim Aufbau der Militärseelsorge in Ungarn dankte der ungarische Militärbischof Tamas Szabo. Theis habe Brücken gebaut und Priester aus Ungarn zum Erfahrungsaustausch und zur Fortbildung eingeladen. Der Moderator des Priesterrats des Katholischen Militärbischofs, Militärpfarrer Thomas Stolz, würdigte Theis langjährige Ausübung der Geschäftsführung des Priesterrats.

Für die Zentrale Versammlung, das Beratungsgremium des organisierten Laienapostolates für den Militärbischof, für die Theis lange Jahre als Beauftragter des Militärbischofs verantwortlicher Ansprechpartner war sowie für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf Bundesebene, dankte ihm Oberst Franz-Josef Pütz, Vorsitzender der Zentralen Versammlung, für seine seelsorgliche Arbeit.

Militärdekan Helmut Aßmann vom Evangelischen Kirchenamt, hob Theis priesterliche Glaubwürdigkeit hervor. Theis sei ein zuverlässiger und erfahrener Ansprechpartner gewesen. Militärdekan Prälat Peter Rafoth, Vertreter der Zentralen Dienstbesprechung, verabschiedete Theis im Namen der Leitenden Katholischen Militärdekane. Der Mainzer Generalvikar Prälat Dietmar Giebelmann richtete Walter Theis Grüße aus dem Heimatbistum aus, insbesondere von Kardinal Lehmann. Für den Bereich Ausland sprach Militärpfarrer Georg Klar ein Grußwort und für die Personalvertretung Anton Herber.

In seinen Abschiedsworten bezeichnete Theis seinen Werde- und Verwendungsgang in der Militärseelsorge als eine Mischung aus „Talent, Glück und Missverständnissen“. Doch hätten seine kirchlichen Vorgesetzten seine Eignung und Neigung stets richtig erkannt; die Aufgaben, die an ihn herangetragen wurden, seien stimmig gewesen. Theis äußerte sich dankbar für die Möglichkeit, dass er in der Militärseelsorge und durch den Wechsel von Aufga-

ben sowohl in der Truppe als auch Amt Menschen nicht in Freizeit- und Feiertagssituationen, sondern im Alltag und an der Grenze zwischen Zivilseelsorge und Militär begegnen konnte. Gerade die bei der Verabschiedung anwesenden Laien konnten bestätigen, dass Walter Theis immer ein offenes Ohr und Zeit für die Anliegen der Soldaten und ihre Familien hatte. (PS/KMBA)

Eine Situation, in der sich Walter Theis immer wohlgefühlt hat: internationaler kirchlicher Kontakt. Hier präsentiert er bei seiner Verabschiedung litauische Gäste für ein Erinnerungsfoto; v.l. Militärattaché Oberst i.G. Jonas Vytautas Zukas, Militärdekan Prälat Walter Theis, Militärgeneralvikar Jouzas Grazulis, Militärpfarrer Langas (Foto: KMBA)



Militärdekan Peter Rafoth in Kiel verabschiedet

Die Fragen um Krieg und Frieden seien in unserer Zeit von besondere Aktualität, sagte der Hamburger Erzbischof Werner Thissen bei der Verabschiedung des Katholischen Leitenden Militärdekans Prälat Peter Rafoth nach mehr als 32 Jahren Dienst in der Katholischen Militärseelsorge am Donnerstag, 28. August, im Kieler Offizierheim. Die Begleitung von Soldaten in Krisengebiete spiele für die Militärseelsorge eine immer größerer Rolle. Die Konfrontation mit Zerstörung und Grausamkeiten seien Erfahrungen, die geradezu nach seelsorgerlicher Begleitung schrien. Der Dienst in der Bundeswehr fordere ein hohes Maß an ethischer Reflexionsfähigkeit. Gewissensbildung sei zu einer Aufgabe geworden, die nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Die katholische Kirche wisse sich mit ihren Militärseelsorgern der Aufgabe der Gewissensbildung besonders verpflichtet, betonte Thissen. Es gebe weder eine uneingeschränkte Befehlsgewalt noch eine uneingeschränkte Gehorsamspflicht. Der Hamburger Erzbischof dankte dem scheidenden Militärdekan für seine hervorragende seelsorgerliche Arbeit im Norden der Republik.

Konteradmiral Gottfried Hoch bestätigte die ausgesprochen wichtige Aufgabe der Seelsorge an Soldaten. Die neuesten statistischen Ergebnisse zeigten, dass die Militärseelsorger bei persönlichen familiä-

ren Problemen der Soldaten, sicherlich verstärkt bedingt durch die Auslandseinsätze, sehr gefragt seien.

Konteradmiral Uwe Kahre, Befehlshaber Wehrbereich I Küste wies auf die Notwendigkeit der seelsorgerlichen Unterstützung der Soldaten bei Sinnfragen des Lebens hin.

Mit großem persönlichen Engagement und gegen alle Widerstände habe Rafoth die Sache des Nordens vertreten und um Seelsorger gekämpft, sagte Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut. Rafoth habe die Neuordnung der Militärseelsorge mit getragen und mit gestaltet. Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Teile aus Niedersachsen gehörten zu seinem militärseelsorgerlichen Verantwortungsbereich.

Prälat Rafoth sagte in seiner Predigt während des Gottesdienstes an Bord des Zerstörers Lütjens, dass den Menschen heutzutage ein humanes Navigationssystem fehle. Das Navigationssystem bei Soldaten sei die Militärseelsorge. „In einer Zeit der Gottvergessenheit sind wir Gottes Wecker oder besser Wecker Gottes“.

Bei Turbulenzen an Bord unseres Lebens, bei Tot und Getötetwerden sollen die Seelsorger ganz schnell reagieren und den scheinbar schlafenden Gott wecken. „Als Gotteswecker möchten die Seelsorger aber nicht nur in Notzeiten, sondern auch im Alltag und am Arbeitsplatz den Soldaten ins Bewußtsein rufen, dass der



Der langjährige Vorsitzende der GKS im Bereich Nord/Küste, Hptm Walter Schrader (Foto l.), verabschiedet sich vom KLMD Prälat Rafoth (r.) und dankt ihm für die ausgezeichnete Zusammenarbeit von kirchlichem Amt und der GKS als verbandlich organisiertem Laienapostolat in der Diaspora Norddeutschlands. Da Peter Rafoth bereits als Wehrbereichsdekan VI (Bayern) ein ausgezeichnetes und die Laienarbeit förderndes Verhältnis zur GKS hatte, ehrte der Bundesvorstand der GKS den Geistlichen Beirat auf Bereichsebene mit dem GROSSEN GKS-KREUZ. Es wurde Prälat Rafoth am 2. Oktober bei der Arbeitskonferenz des Bereichs Nord/Küste in Bederkesa vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Paul Schulz, überreicht. Auf dem Foto zwischen beiden der Nachfolger als KLMD, Monsignore Rainer Schadt. (Foto: KMBA)

Mensch sich nicht selbst trägt, sondern getragen wird von Gott“ resümierte der scheidende Militärdekan.

Neuer Evangelischer Militärbischof

Peter Krug (60), Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg, ist am 23. September in Berlin in sein Amt als neuer evangelischer Militärbischof eingeführt worden. Der gebürtige Dresdner, aufgewachsen in Niedersachsen und Vater von drei Kindern, ist als Militärbischof Nachfolger von **Bischof Hartmut Löwe** (67), der dieses Amt seit 1994 ausgeübt hat und zugleich von 1993 bis 1999 Bevollmächtigter des EKD-Rates

bei Regierung und Parlament in Bonn sowie bei der EU war.

Im Dialog zwischen Kirche und Staat sieht Krug laut EKD auch einen wichtigen Aspekt seines künftigen Nebenamtes. Die Kirche habe sich stets für einen klaren Vorrang der Politik vor dem Militärischen ausgesprochen, so Krug, der den Irak-Krieg als ungerecht verurteilt hatte. Bei seiner neuen Aufgabe als Militärbischof spielten auch die politischen Wandlungen nach dem

Ende des Kalten Krieges eine Rolle, sagte Krug im Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Krug selbst war als Theologe vom Militärdienst befreit. Das deutsche Modell der Militärseelsorge ist nach Angaben der EKD weltweit einzigartig. Der Militärseelsorgevertrag sehe vor, dass der Dienst unter alleiniger kirchlicher Verantwortung stattfindet und vom Staat organisatorisch und finanziell getragen wird. (edp)

Allgemeine Personalia

Christian Werner (59), katholischer Militärbischof in Österreich, und seine Amtsbrüder in Kroatien, Spanien, Bolivien und Chile sind Anfang Mai 2003 vom Papst zu Mitgliedern der 1985 errichteten zentralen Koordinationsstelle der Militärbischöfsämter innerhalb der vatikanischen Bischofskongregation ernannt worden.

Ursula Nothelle-Wildfeuer (43), in Bonn lehrende katholische Sozialethikerin, ist als Professorin für Christliche Gesellschaftslehre an die Theologische Fakultät der Freiburger Universität berufen worden. Zum Wintersemester wird sie Nachfolgerin von **Prof. Dr. Norbert Glatzel** (66), der in den Ruhestand tritt. – Bei der diesjährigen Bundeskonferenz der GKS auf Schloss Hirschberg bei Beilngries hielt die Professorin am 11. April einen beachtenswerten Vortrag zum Jahresthema der GKS „PACEM IN TERRIS – Utopie oder Wirklichkeit?“ (s.a.S. 44 ff. sowie Heft-CD in diesem AUFTRAG).

Prälat Alfons Mappes, langjähriger Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und u.a. von 1992 bis 1994 zuständig für die deutschsprachigen Katholiken im Erzbistum Washington/USA, vollendete am 18. September sein 85. Lebensjahr. Mappes war als Referatsleiter im KMBA beauftragter Militärgeistlicher für die Laienarbeit in der kath. Militärseelsorge. Von Januar 1966 bis September 1974 war er Geistlicher Beirat der GKS.

Veronika Hünig (50), Bistum Münster, und **Johannes Schnettler** (50), Bistum Aachen, sind in ihren Ämtern als Vizepräsidenten der deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ wiedergewählt worden. Der Fuldaer **Bischof Heinz Josef Algermissen** (60) stand nicht zur Wahl, er amtiert erst seit einem Jahr als „Pax Christi“-Präsident. Als Geistlicher Beirat wurde der Freiburger Diözesanpriester **Herbert Froehlich** (59) bestätigt. (KNA)

Christoph Wölflé (35), Kaplan in Ingolstadt, tritt zum 1. September seine neue Aufgabe als Sekretär des Eichstätter **Bischofs Walter Mixa**

(62) an. In dieser Position ist er Nachfolger von **Diakon Peter Notthaft** (39), der zum selben Datum stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Schulen und Hochschulen im Ordinariat wird.

Dr. Stefan Scheld (53), katholischer Theologe, Privatdozent und Leiter des Niels-Stensen-Hauses für Erwachsenenbildung im Bistum Hildesheim, ist zum außerplanmäßigen Professor für Systematische Theologie an der Universität Bremen ernannt worden. Er bleibt Leiter der diözesanen Bildungsstätte. Das Niels-Stensen-Haus in Worphausen bei Worpsswede war traditionelles Tagungshaus – noch aus den Anfängen der Laienarbeit im KOK – in der zweimal jährlich die Arbeits- und Wehrbereichskonferenzen im ehemaligen Wehrbereich II (heute: Bereich des Leitenden Katholischen Militärdekan Hannover sowie GKS-Bereich Niedersachsen) stattfanden.

Die Delegierten der Jugendverbände wählten **Detlef Raabe** von der DGB-Jugend zum neuen Vorsitzenden des Dt. Bundesjugendrings (DBJR). Er folgt **Gaby Hagmans**, die seit 1999 an der Spitze des DBJR stand. Sie hat seit September das Amt der Generalsekretärin des Sozialdienstes Kath. Frauen (SKF) übernommen.

Deutsche Bischofskonferenz: Personalentscheidungen

Bischof Gerhard Ludwig Müller (55), seit November 2002 Oberhirte von Regensburg, ist bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) in Fulda zum neuen Vorsitzenden ihrer Ökumene-Kommission gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Bischof Paul Werner Scheele** (75), der im Juli die Leitung der Diözese Würzburg aus Altersgründen niedergelegt hat und damit aus der DBK ausgeschieden ist. Ferner ist Müller jetzt einer der drei Stellvertreter in der Glaubenskommission sowie Mitglied der Kommission Weltkirche.

Freiburgs neuer **Erzbischof Robert Zollitsch** (65) gehört der Glaubenskommission sowie der Kommission für Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste an.

Die neuen Mainzer Weihbischöfe **Werner Guballa** (58) und **Ulrich Neymeyr** (46) wurden in die Kommission für Wissenschaft und Kultur und die Kommission Weltkirche bzw. in die Publizistische Kommission und die Jugendkommission gewählt.

Verlängert um jeweils sechs Jahre wurden die Amtszeiten von **P. Prälat Prof. Dr. Josef Sayer** (62) als Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor in Aachen und von **Prälat Clemens A. Kathke** (65) als Generalsekretär des Bonifatiuswerkes der deutschen Katholiken.

Hans-Jochen Jaschke (62), Weihbischof im Erzbistum Hamburg, ist von der DBK als Nachfolger des Münsteraner **Weihbischofs Heinrich Janssen** (70) zum Beauftragten der DBK für die Seelsorge im Bundesgrenzschutz gewählt worden.

Der neue Kölner **Weihbischof Rainer Woelki** (47) ist Mitglied der Kommission für Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste; ferner wurde er in die Migrantenkommission gewählt.

Der Augsburger **Weihbischof Josef Grünwald** (67) gehört als neues Mitglied der Publizistischen Kommission an, als deren Sekretär **Dr. Matthias Meyer** (37) bestätigt wurde.

Der Freiburger **Weihbischof Paul Wehrle** (63) wurde in die Kommission für Wissenschaft und Kultur gewählt.

Dr. Rainer Ilgner (59), stellvertretender Sekretär der DBK, wurde zusätzlich zum Sekretär der Liturgiekommission gewählt sowie mit der strukturellen und inhaltlichen Koordination des Projekts „Bücher der Kirche“ (Deutsche Übersetzung der 3. Auflage des Missale Romanum, neues Gebet- und Gesangbuch, Revision der Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift) beauftragt.

Prof. Dr. Manfred Belok (53), zuletzt an der Katholischen Theologischen Fakultät Paderborn tätig, ist von Bischof Amedee Grab (73) als Ordinarius für Pastoraltheologie und Homiletik an die Theologische Hochschule Chur (THC) in der Schweiz berufen worden. Der Familienvater ist Nachfolger des ebenfalls

aus Deutschland stammenden und Ende 2002 verstorbenen **P. Prof. Dr. Hermann Kochanek SVD**. Prof. Belok führte bei der diesjährigen Zentralen Versammlung im September auf Schloss Hirschberg die Delegierten in das Thema „Kooperative Pastoral“ ein (s.a.S.36. ff. sowie Heft-CD in diesem AUFTRAG).

Prof. Dr. Thomas Hoppe (47), katholischer Sozialethiker an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, ist neuer Geschäftsführer der Internationalen Vereinigung für Moralthologie und Sozialethik, die rund 120 Mitglieder in Deutschland und im benachbarten Ausland hat. Vorgänger war **Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl** (40), Rektor der Katholischen Fachhochschule Berlin.

Personalia in der Katholischen Militärseelsorge

Der **Katholischer Leitender Militärdekan Sigmaringen, Pater Johann Müller SAC**, wurde am 28.04.2003 im Rahmen eines Fest-



gottesdienstes nach 19 Jahren Dienst in der Militärseelsorge verabschiedet. Seine Stationen als Militär-

geistlicher waren von 1984-1990 Militärpfarrer in Calw und von 1990-1993 in Ulm. Zum 1. Mai 1993 wurde ihm das Amt des Katholischen Wehrbereichsdekan V übertragen, damals noch in Stuttgart. Beim anschließenden Empfang in der Graf-Stauffenberg-Kaserne hob Militärgeneralvikar Walter Wakenhut hervor, Müller habe sich besonders hervorgetan durch behutsames Führen und Leiten, durch Motivieren und Begeistern. „Es ging ihm immer um Menschen und weniger um die Organisation“, hob Generalvikar Wakenhut hervor.

Anlässlich der Versetzung des Katholischen **Leitenden Militärdekan Köln-Wahn Monsignore Rainer Schadt** (47, Foto l.) nach Glücksburg und der Einführung von **Militärdekan Rainer Schnettker** (46, Foto r.), bisher Katholischer Standortpfarrer Bonn, als Nachfolger von Militärdekan Schadt, feierte Militärbischof Dr. Walter Mixa am 2. Oktober 2003 ein Pontifikalamt mit anschließendem Empfang im Gemeindezentrum St. Christopherus in Ratingen-Breitscheid. – Schadt, 1956 in Münster bei Dieburg südl. Frankfurt geboren und 1982 zum Priester geweiht, wechselte nach vier Kaplansjahren zur Militärseelsorge. Nach mehreren Verwendungen wurde er 1996 nach Düsseldorf versetzt und wohnte seitdem in Ratingen-Breitscheid. Da er in den 21 Jahren seit seiner Priesterweihe zwölfmal umgezogen war, fühlte er sich jetzt in dieser Gemeinde zu Hause. Sie war für ihn als Priester die Familie. Trotz seiner dienstlichen Belastungen gelang es ihm immer wieder, auch als Subsidiar-Geistlicher dem Ortspfarrer, Msgr. Christian Kreuzberg und den Gemeindemitgliedern seelsorgerisch mit Rat und Tat zu helfen. Auf seinen Witz und Humor müssen die Breitscheider Karnevalisten von nun an allerdings verzichten.

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut bezeichnete Schadt als erfahrenen und auch belastbaren Priester, der sich nun neuen Herausforderung stelle und die seelsorgliche Verantwortung für den Wehrbereich I/Küste und für die Flotte übernehme. Sein Dienstaufsichtsbezirk gehe somit von Wilhelmshaven bis Torgelow, also die ganze deutsche Nord- und Ostseeküste entlang. Rainer Schadt und Rainer Schnettker seien zwei typische Vertreter des „neuen“ Militärggeistlichen, sagte Wakenhut. Beide seien einsatzerfahren. Als neuer KLMD übernehme Schnettker den Dienstaufsichtsbezirk Köln/Wahn, der Nordrhein-Westfalen und die Zuordnung zu hohen Kommandobehörden der Bundeswehr umfasse.

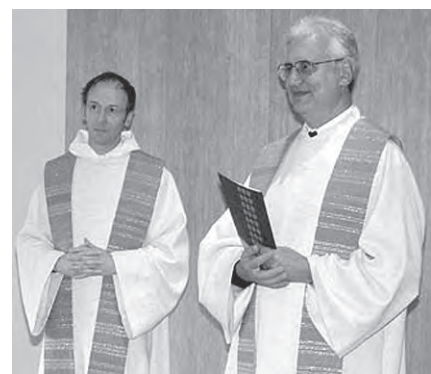
Militärbischof Mixa lobte Schadts Stehvermögen, seine Freundlichkeit bei den Menschen sowie sein Engagement in der Sache der Katholischen Militärseelsorge; diese seien Zeichen des Vertrauens, das nicht



nur erzeugt, sondern auch gepflegt werde. Das gleiche gelte auch für Dekan Schnettker, betonte Mixa. Seine Erfahrungen verschiedenen Inlandsverwendungen sowie seine Einsatzerfahrung seien dafür ein Zeugnis.

Walter Dreesbach (47), Priester des Bistums Aachen, wurde zum 1. Oktober 2003 zum Katholischen **Standortpfarrer Bonn** (Foto l.) ernannt.

Dreesbach ist aufgewachsen in Würselen bei Aachen und besuchte in Herzogenrath das Städtische Gymnasium, an



Walter Dreesbach, neuer StOPfr Bonn (l.), und Helmut-Martin Ladewig(r.), verabschiedeter StOPfr Burg

dem er 1975 das Abitur machte. Anschließend studierte er bis 1981 katholische Theologie und Philosophie in Trier, Bonn und Wien. Am 9. Oktober 1982 wurde er in Aachen zum Priester geweiht. Nach 4-jähriger Kaplanszeit in der Pfarrei St. Cornelius in Tönisvorst ging Dreesbach als Kaplan nach Schweden. 1991 kehrte er wieder nach Deutschland zurück und wurde Diözesanseelsorger des Malteser Hilfsdienstes sowie Religionslehrer in Aachen. 1992 ging er für ein Jahr als Geistlicher an die Kath. Gemeinde Deutscher Sprache nach Brüssel. Seit Oktober 1993 ist Pfarrer Dreesbach Psychiatriseelsorger in den Rheinischen Kliniken in Viersen und seit 1995 zusätzlich Pfarradministrator in St. Albertus in Mönchengladbach.

Der Katholische Standortpfarrer für den Seelsorgebezirk Burg, Helmut-Martin Ladewig (62, Foto S. 117), schied am 30.10.2003 nach 6-jähriger hauptamtlicher Tätigkeit aus der Militärseelsorge aus. Ladewig stammt aus dem Bistum Magdeburg und studierte nach dem Abitur am Pädagogischen Institut in Halle Musik und Mathematik. Er schloss mit dem Staatsexamen zur Lehrbefähigung ab und arbeitete als Lehrer ein Jahr in Absdorf. Danach nahm er das Studium der Katholischen Theologie und Philosophie in Erfurt auf, mit dem Ziel Priester zu werden. Nach dem Diplom 1967 und dem Vorbereitungsdienst im Priesterseminar wurde Ladewig 1969 in Magdeburg zum Priester geweiht. Danach übernahm er von 1971 bis 1981 Vikarstellen in Krossen, in Staßfurt, in Halle und in Tangerhütte. 1981 wurde er Pfarrer in Tröglitz. 1987 wechselte Helmut Ladewig nach Weißenfels. Dort kam er in Kontakt mit der Katholischen Militärseelsorge. 1991 übertrug man ihm die seelsorgerliche Betreuung der Soldaten im Nebenamt für Weißenfels. 1997 wurde er haupt-

amtlicher Katholischer Militärgeistlicher in Burg.

Pfarrer Ladewig schied am 31.10.2003 aus der Katholischen Militärseelsorge aus und übernimmt die Pfarrei St. Liborius in Gröningen und St. Nikolaus in Adersleben in Bistum Magdeburg.

Pater Simeon (Frank) Wimmershoff (40), Priester und Mitglied der Kölnischen Franziskanerordensprovinz von den Heiligen Drei Königen, wurde am 01.11.2003 zum Katholischen Standortpfarrer für den **Seelsorgebezirk Coesfeld** ernannt. Pater Simeon wurde 1963 in Wuppertal geboren. Nach der Fachoberschulreife 1979 und Tätigkeit bis 1985 im mittleren Verwaltungsdienst bei der Bezirksregierung Köln trat er 1985 in den Franziskanerorden ein. Nach Postulat in Düsseldorf, Noviziat im Kloster Velbert-Neviges, Abendgymnasium in Saarbrücken erlangte er 1990 am Erzbischöflichen Abendgymnasium in Neuss die Allgemeine Hochschulreife. Im gleichen Jahr legte Pater Simeon im Kloster Remagen seine Feierliche Ordensprofess ab. Während des an-

schließenden Studiums der Philosophie und Katholischen Theologie in Bonn kam Pater Simon 1991 mit der Katholischen Militärseelsorge in Berührung. Er absolvierte bei seinem inzwischen verstorbenen Mitbruder Pater Arno (Kath. Standortpfarrer i.N.) in Euskirchen ein 4-wöchiges Praktikum.

Weitere Stationen waren:

- Studium der Theologie in Silver Spring, in Maryland/USA (1993-93), Mitarbeit in der deutschsprachigen Katholischen Mission in der Erzdiözese Washington, D.C. unter ihrem damaligen Pfarrer Prälat Alfons Mappes;
- 1994 Praktikum in der katholischen amerikanischen Militärgemeinde in Heidelberg;
- 1996 Abschluss seines Studium der Kath. Theologie in Bonn;
- 3. Mai 1997 Priesterweihe in Neviges;
- Krankenhausseelsorge-Praktikum in Würzburg;
- Assistent für die Berufepastoral im Kloster Hermeskeil

Fortsetzung auf Seite 119, Sp 1

Militärdekan Simon neuer Referatsleiter im Katholischen Militärbischofsamt

Zum neuen Referatsleiter im Katholischen Militärbischofsamt in Berlin wurde Militärdekan Joachim Simon (43), Priester der Diözese Fulda, am 1. Oktober 2003 er-



nannt. Die kirchlichen Aufgaben des Referates „Kirche und Gemeinde“ wurden ihm durch den Militärbischof übertragen. Dies geschah im Rahmen eines Gottesdienstes am 1. Oktober in der Kurie des Katholischen Mili-

tärbischofs in Berlin. Das Bestellungsschreiben verlass MGv Prälat Walter Wakenhut. Damit tritt Simon die Nachfolge von Militärdekan Prälat Walter Theis an, der im Sommer in den Ruhestand ging.

Simon, gebürtig aus dem Kreis Gelnhausen in Hessen, leistete nach dem Abitur 1979 seinen Grundwehrdienst in Northeim und Osterode ab. Schon 1980 kam er mit der Militärseelsorge in Berührung, nämlich durch seine Teilnahme an der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes. In dieser Zeit fasste er den Entschluss, Priester zu werden. Von 1980 – 1986 studierte Simon dann in Fulda Katholische Theologie und Philosophie, davon zwei Semester an der Universität Fribourg in der Schweiz. Er schloss sein Studium 1985 mit dem Diplom in Theologie ab. 1986 wurde Simon im Dom zu Fulda von Erzbischof Dr. Johannes Dyba geweiht. In seiner Kaplanszeit von 1987 – 1992 war er Schulseelsorger in Hanau-Großauheim,

Schul- und Krankenhausseelsorger in Fritzlar, Stellvertretender Gefängnisseelsorger in Hanau und Pfarradministrator in Hünfeld, Kreis Fulda. Am 1. August 1992 wurde er für den Dienst in der Katholischen Militärseelsorge freigestellt. Am 12. Oktober 1992 ernannte ihn der damalige Militärbischof Johannes Dyba zum Militärpfarrer für den Seelsorgebezirk Stadtallendorf.

Joachim Simon hat in seiner bisherigen Zeit als Militärpfarrer mehrere Einsätze der Bundeswehr seelsorgerlich begleitet: 1997 das Erste Deutsche SFOR-Kontingent nach Sarajevo und Mostar, 1999 das Zweite Deutsche KFOR-Kontingent nach Prizren (Kosovo) und 2002 das Deutsche ISAF-Kontingent nach Kabul (Afghanistan).

2000 wurde Simon als Katholischer Standortpfarrer nach München mit besonderer Zuordnung zum Sanitätsamt der Bundeswehr versetzt und zum Militärdekan ernannt. Joachim Simon war von 1997 bis 2000 auch geistlicher Pilgerleiter der Bundeswehrdelegation bei den Weltjugendtagen in Paris und in Rom.

(KMBA, Foto: PS)

Fortsetzung von Seite 118

- Kaplan an St. Francis Parish in Brant Beach, New Jersey/USA;
- Kaplan in der Pfarrei St. Barbara in Mönchengladbach.

Andreas Ginzl (36, Foto),
Priester der Diözese Magdeburg,



wurde am 1. November zum Kath. Standortpfarrer Burg ernannt. Ginzl, 1967 in Wolmirstedt (Sachsen-

Anhalt) geboren, begann 1986 nach seinem Abitur mit dem Studium der Theologie und Philosophie in Erfurt. 1993 wurde Ginzl in Magdeburg zum Priester geweiht. Danach ging er für drei Jahre als Vikar nach Torgau. 1986 wechselte Ginzl nach Magdeburg in die Propstei St. Sebastian und nahm gleichzeitig die Aufgaben des Dekanatjugendseelsorgers für das Bistums Magdeburg wahr. 2001 wurde Vikar Ginzl nach Halle zur Propstei St. Franziskus & Elisabeth und in die Pfarrei St. Mauritius & Paulus versetzt. Dort blieb er bis zu seinem jetzigen Eintritt in die Katholische Militärseelsorge. (KMBA)

Werner Balzer,
Oberstleutnant a.D.,
Diakon (mit Zivilberuf),
***6. November 1937,**
† 12. April 2003

Im Alter von 65 Jahren starb am 12. April in Köln nach langer und schwerer Krankheit Werner Balzer. Über seine aktive Dienstzeit im Heeresamt hinaus war er engagiertes Mitglied in der katholischen Militärgemeinde in Köln-Longerich. Er empfing bereits als aktiver Offizier die Diakonweihe und gehörte zu den ersten Diakonen im Erzbistum Köln, nachdem dieser alte kirchliche Dienst nach dem II. Vatikanum und der Würzburger Synode nach 1976 in Deutschland wieder eingerichtet wurde. (PS)

IN DIE EWIGKEIT ABERUFEN WURDEN

Wilhelm Lehmekämper,
Oberstleutnant a.D.,
*** 3. September 1918,**
† 20. Oktober 2003

Unser Kamerad und langjähriger Mitarbeiter in der Redaktion AUFTRAG und seiner Vorgänger (Königsteiner Offizierbriefe und auftrag) ist am 20. Oktober 2003, wenige Wochen nach einer glücklich verlaufenen Feier seines 85. Geburtstages, plötzlich verstorben.

Wilhelm Lehmekämper hat sich um die GKS und den Vorläufer Königsteiner Offizierkreis (KOK) in der Militärseelsorge als Laie und im militärischen Bereich als Offizier der Inneren Führung verdient gemacht. So war er der erste Sprecher des KOK im Wehrbereich III (heute GKS in NRW). Aus der Fülle der Aktivitäten seien nur die Gestaltung des Frankreich-Seminars 1982 und der Seminare „Dritter Lebensabschnitt“ genannt. Seine reichen Beiträge in unserem Heft waren geprägt von einem tiefen westfälisch-katholischen Glauben, von profundem Sachkenntnis und von seiner Dienbereitschaft in der Bundeswehr. Im persönlichen Bereich zeigte er vielen Kameraden und Ratsuchenden immer wieder Hilfen auf zur Bewältigung von Problemen und sozialen Engpässen. Bis vor wenigen Jahren war er Mitglied unserer Redaktion.

Wir wollen den lieben Verstorbenen der Gnade Gottes empfehlen und auch, dass seiner zurückbleibenden Frau Gottes Trost und die Hilfe vieler Freunde zuteil wird. (H.F.)



Pater Arno Schmidt OFM
Militärpfarrer i.N.

*** 4. Juni 1935, † 22. November 2003**

Pater Arno Schmidt OFM, Militärpfarrer im Nebenamt für Euskirchen und Mechernich, ist nach schwerer Krankheit gestorben. Militärbischof Dr. Walter Mixa würdigte den Verstorbenen in einem Nachruf als einen Menschen, der sich von seiner innersten Berufung her als Priester und Seelsorger verstand: „Seine Sorge um die Menschen und sein klarer Blick bestimmten seinen Dienst.“ Trotz seiner langen und schweren Krankheit galt seine Sorge bis zuletzt den ihm anvertrauten Soldaten und Soldatinnen sowie ihren Familien, so der Militärbischof.

Pater Arno, der mit bürgerlichem Namen Josef Heinrich Schmidt hieß, wurde in Kall geboren und wurde am 7. August 1965 zum Priester geweiht – er gehörte dem Franziskanerkonvent in Euskirchen an. Seit 1981 war er als Militärpfarrer im Nebenamt für Euskirchen und Mechernich tätig und prägte das Gesicht der Militärseelsorge, nicht zuletzt durch die Begleitung der Soldatinnen und Soldaten bei den internationalen Soldatenwallfahrten nach Lourdes. 1987 ehrte ihn die Bundeswehr mit dem Ehrenkreuz in Gold. Bei der im Oktober in Bensberg abgehaltenen Gesamtkonferenz der Militärseelsorge nutzte Pater Arno – von der schweren Krankheit gezeichnet – seinen Besuch, sich von seinen Mitbrüdern und den Angehörigen der Militärseelsorge aus dem „aktiven Dienst“ zu verabschieden. Mit einem eindrucksvollen Zeugnis aus seinem Leben ermutigte er die Seelsorgerinnen und Seelsorger zu einem frohen und zuversichtlichen Einsatz für die Soldatinnen und Soldaten. (KMBA)





Jahrgedächtnis für Militärgeneralvikar a.D. Martin Gritz

Zu einem Gottesdienst im Kreszentiaistift in München hatte Militärgeneralvikar Walter Wakenhut anlässlich des Jahrgedächtnisses von Militärgeneralvikar a.D. Dr. Martin Gritz am 21. Juni 2003 eingeladen.

Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann würdigte seinen Vorgänger in der Predigt. Bei einem Jahrgedächtnis sollte man sich nicht auf Erinnerungen beschränken, sondern diese zum Anlass nehmen, sein Leben zu gestalten, sagte Niermann. Mit dem Bibelvers 1 Kor 13,12-13 auf dem Gebetszettel zum Totengedenken an Gritz, habe er etwas den „Zurückgelassenen“ sagen wollen: Menschen sind auf dem Weg, Menschen sind eingespannt zwischen dem Jetzt und dem Dann, unvollkommen, Stückwerke, die ein anderer zusammenfügt, nicht der Mensch. Erst nach dem Tod wird Gott sich dem Menschen voll offenbaren. „Für jetzt bleiben Glaube, Hoffnung und Liebe, diese drei; doch am größten unter ihnen ist die Liebe“, so heißt es im 1. Korintherbrief.

Im Anschluss an den Gottesdienst besuchten die Teilnehmer das Grab des vor einem Jahr verstorbenen Priesters und legten zum Gedenken einen Kranz nieder.

Unter den Gästen waren Vertreter der Katholischen Militärseelsorge; von 1962–1981 war Gritz Leiter des KMBA in Bonn, weiterhin Frauen vom Heliand-Bund, deren Geistlicher Berater er von 1961–1993 war sowie die Bewohner des Kreszentiaistiftes, in dem Gritz seit 1990 bis zu seinem Tod wohnte. (KMBA)

Erzbischof Johannes Dyba,
im Juli 2000
verstorbenen
Bischof von Fulda
und damaliger
katholischer
Militärbischof,
ist von der
Internationalen
Stiftung
Humanum
in Bonn
posthum
für seinen Einsatz
für das
Lebensrecht und
seine Verdienste
um die
Institutionen
von Ehe und
Familie, Kirche
und Staat mit
dem „Augustin-
Bea-Preis“ geehrt
worden. (KNA)

Generalleutnant a.D. Winfried Weick Ritter des Silvesterordens

Hohe päpstliche Auszeichnung für Wirken als Vorsitzender der KAS e.V.

Generalleutnant a.D. Winfried Weick wurde in Anerkennung seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V. Bonn) von Papst Johannes Paul II. in den Stand eines Ritters des Silvesterordens erhoben. Weick erhielt die päpstliche Ernennungsurkunde sowie das Ordenskreuz am 13. August aus der Hand des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, im Rahmen eines Gottesdienstes in der Hauskapelle der bischöflichen Residenz zu Eichstätt verliehen.

Der Militärbischof hob in seiner Laudatio hervor, dass die Arbeitsgemeinschaft unter der Vorstandstätigkeit von Generalleutnant a.D. Weick in den Jahren 1997 bis 2003 ihr Engagement in der Einsatz- und der Familienbetreuung für die Soldaten der Bundeswehr ausgebaut hat. Mixa: „Diese beiden Felder liegen mir besonders am Herzen. Hier ist die Arbeit der KAS eine ganz wichtige Stütze für die Militärseelsorge.“

Weick zeigte sich von der päpstlichen Auszeichnung und der Form der Verleihung im Rahmen eines Gottesdienstes tief beeindruckt. – Der Silvesterorden gilt als seltene Auszeichnung. Die Verleihung ist für den Träger mit der Gewährung päpstlicher Privilegien verbunden.

(KAS)



Lebensbilder

Gerd-Helmut Komossa: Von Masuren an den Rhein – Heimkehr in die Fremde. Leopold Stocker Verlag, Graz – Stuttgart, 2003, geb., 231 S.

Am 31. Januar 1943 unterzeichnete in Stalingrad der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Generalfeldmarschall Paulus, die Kapitulationsurkunde. Für rund 100.000 deutsche Soldaten bedeutete dies sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der später weniger als 10.000 nach zum Teil mehr als 13 Jahren Haft in die Heimat zurückkehrten. Diese verlorene Schlacht um Stalingrad bedeutete die geistige Wende im 2. Weltkrieg – der Glaube an den Endsieg des Nazi-Reichs hatte Schaden genommen.

Genau an diesem Tag der Niederlage von Stalingrad wurde der Autor als Kriegsfreiwilliger Soldat in der Wehrmacht. Das vorliegende Buch will weder eine wissenschaftliche oder militärgeschichtliche Arbeit noch ein Kriegstagebuch sein. Es will das Bild eines einzelnen deutschen Soldaten vor dem Hintergrund der Geschichte im vergangenen Jahrhundert nachzeichnen, wobei jeder sein eigenes Schicksal im Verbund mit Millionen anderen trug. Komossa möchte mit seinem Buch die Wahrnehmungen, Empfindungen, Gefühle, Gedanken aber auch die Zwiespälte des Soldaten im 2. Weltkrieg – immer aus dem Verständnis in der damaligen Situation – den Jüngeren nahe bringen. Er

will aber auch dazu anregen nachzudenken, ob in unserer Zeit Soldaten immer bereit sein müssen, auf irgendeinem Schauplatz der Erde einen gefährdeten Frieden zu sichern, einen gebrochenen wiederherzustellen, oder ob es Grenzen für ihren Einsatz gibt.

Gerd-Helmut Komossa, als Leutnant am Ende des Krieges in vierjährige sowjetische Gefangenschaft gekommen und als Generalmajor a.D. der Bundeswehr im Ruhestand lebend beschreibt nach einem Prolog im ersten Abschnitt seine Jugend in Masuren. Er versteht es überaus lebendig und stilistisch ausgezeichnet seine glückliche Jugend im ostpreußischen Masuren zu vermitteln. Seine Schilderungen über das einsame Land mit seinen dunklen Kiefernwäldern und den kristallklaren Seen, mit Elchen, Störchen und strohgedeckten Bauernhäusern erwecken auch beim Leser den Wunsch diesen Landstrich im heutigen Polen zu entdecken. Er beschreibt aber auch seine politischen Erinnerungen als Jugendlerner an die Zeit zwischen den Weltkriegen. Ebenso geht er ein auf die Auswirkungen der Judenverfolgungen in seiner näheren Umgebung durch die Nationalsozialisten. Nach dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 gelangten auch französische, polnische und später sowjetische Kriegsgefangene in seine Heimat nach Hohenstein. Durch seine Gespräche mit gefangenen Russen – Komossa hat in der Schule Russisch gelernt –, die in

einem Sägewerk arbeiteten, erfuhr er, was es bedeutet gefangen zu sein.

Im zweiten Abschnitt schildert der spätere Befehlshaber des Territorialkommandos Süd der Bundeswehr seinen militärischen Werdegang in der Wehrmacht. Einberufen nach Stettin zur Artillerie führte sein Ausbildungsweg dann weiter über Köslin, Graudenz nach Amberg/Oberpfalz zur Offizierausbildung. Nach der Beförderung zum Oberfähnrich im Dezember 1943 erfolgte die Versetzung an die Front in Russland, dort als „Vorgeschobener Beobachter“ der Artillerie in vorderster Linie eingesetzt. In verschiedenen Kapiteln beschreibt er den von ihm persönlich bis zum Kriegsende erlebten Kriegsaltag mit all seinen schrecklichen, nachdenkswerten, aber auch manchmal aufbauenden Erlebnissen; und er verweist auf den Halt gebenden Glauben an Gott.

Nach langen und schweren Rückzugsgefechten gerät er schließlich 1945 an der Weichsel in sowjetische Gefangenschaft, die er im Lager Tilsit in Ostpreußen verbringt.

Dieser Zeit ist der dritte Abschnitt gewidmet. Hier erläutert er dem Leser anhand vieler Einzelereignisse den Weg in die Gefangenschaft, die mangelhafte Versorgung, über Fluchtversuche und den Vorteil russischer Sprachkenntnisse, aber auch über sowjetische Politoffiziere, deutsch-russische Freundschaften, Kameradschaftserlebnisse sowie das allgemeine Lagerleben. In den letzten beiden Kapiteln beschreibt Komossa seine Empfindungen bei der Rückkehr aus dem sowjetischen Gewahrsam in der Heimat Ostpreußen nach Oberbayern und auf seinem späteren Weg ins Ruhrgebiet und an den Rhein.

Im letzten Abschnitt – Reflexionen – geht der Autor u.a. ein auf sechs lange Jahre einer verlorenen Jugend, auf den Vergleich Soldat gestern und heute sowie die umstrittene Reemtsma-Ausstellung – Verbrechen der Wehrmacht?

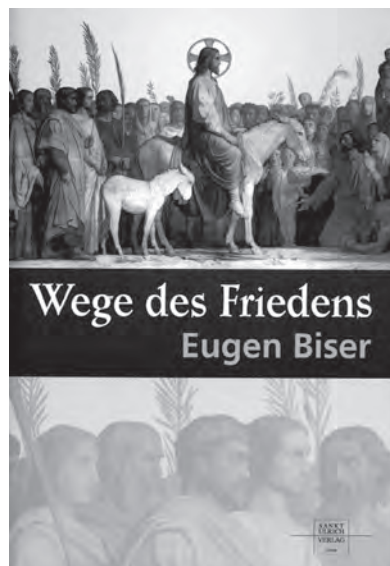
Das Buch ist eine Liebeserklärung an Masuren und zugleich ein Werk, das sich kritisch mit dem Krieg auseinandersetzt – geschrieben von einem Soldaten. (bt)

Friedensethik

Eugen Biser: Wege des Friedens. St. Ulrich Verlag, Augsburg, 2003; geb., 192 S.

Zu Anfang des Jahres 2003 hatte Papst Johannes Paul II. im Zusammenhang mit dem drohenden Irak-Krieg zum Frieden aufgerufen und den Krieg als „Niederlage der Menschheit“ gebrandmarkt. Einen fundierten Beitrag zur aktuellen Diskussion um die moralische Legitimation von Kriegen und eine gerechte Weltordnung liefert dieses neueste Buch des Münchener Religionsphilosophen Eugen Biser.

In seinem wegweisenden Werk entwirft Biser eine radikale Philosophie des Friedens, die den Frieden absolut setzt und ihn nicht als Zustand des Nicht-Krieges verstanden wissen will. „Wer Krieg und Frieden sagt oder denkt, hat die Sache des Friedens schon verraten, denn er stellt Gut und Böse auf eine Stufe“, ist die These des streitbaren katholischen Philosophen. Biser geht in seinem Buch auf die Zerrissenheit und Angst des Menschen als Ursache von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Kriegen ein. Er stellt die Frage, ob wir Christen die Friedensbotschaft Christi überhaupt verstanden haben. Und 40 Jahre nach „Pacem in terris“ erinnert er daran, dass Johannes XXIII. vier Voraussetzungen für den Frieden nannte: Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. Biser kommt zu dem Schluss, dass nur die Versöhnung des Menschen mit Gott, wie sie in den alttestamentlichen Verheißungen und schließlich in Tod und Auferstehung Christi aufscheinen, die Menschen dauerhaft zum



Frieden befreien kann. Der Verfasser begründet in seinem Werk die Forderung nach einem umfassenden Friedensbewusstsein, das den ganzen Menschen fordert und Wege zum Frieden des Einzelnen, in der Gesellschaft und zwischen den Völkern eröffnet.

Eugen Biser ist in der GKS wohl bekannt. Bei der Bundeskonferenz 1998 während der 38. Woche der Begegnung in Untermarktal hatte er den Hauptvortrag „Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend gehalten, der auch nach fast sechs Jahren noch aktuell und lesenswert ist (AUFTRAG 233/Sept. 1998, S. 38 ff.). (PS)

Josef Kurz: „Aber Du warst doch Soldat! War ich nicht auch ein Christ?“ Briefe, Tagebuchaufzeichnungen und Reflexionen des Soldaten Sepp K. Edition Kirchen-Zeit-Geschichte, Linz, 2003; zu beziehen über: Dr. Josef Kurz, Höglwörther Str. 262, 81379 München.

Zu Zeiten der Nachrüstung wurde Josef Kurz regional bekannt, da er als Direktor des Luisen-Gymnasiums München zusammen mit Teilen des Kollegiums und mit seiner Schülerschaft gegen den Rüstungswahn öffentlich protestierte. Nur wenige kannten seinerzeit die lebensgeschichtliche Motivation des couragierten Christenmenschen und Schuldirektors Dr. Josef Kurz für dessen antimilitaristische Haltung.

Nun hat Josef Kurz, Jahrgang 1924, seine Erinnerungen an die Zeit als „Soldat für Hitler“ vorgelegt. Sein Buch ist eine grundlegende, schonungslos offene, persönlich anrührende, aber auch systematisch über-

Fortsetzung auf Seite 123 u.

Termine • Termine • Termine

Sachausschüsse 2004

Innere Führung (IF)	19.01.	Bonn
	08.03.	Bonn
	21.06.	Bonn
	27.09.	Bonn
	22.11.	Bonn
Sicherheit und Frieden (SF)	13.02.	Bonn
	März: evtl. zusätzl. bei Bedarf	
	23.04.	Bonn
	24.09.	Bonn
	29.–31.10.	Berlin (mit Ehefrauen)
Internationaler Sachausschuss (IS)	23.–25.04.	Berlin
	05.–07.11.	Berlin

Vorschau 2005

29.–30.04.	Vollversammlung ZdK (Neuwahlen)
25.–31.05.	47. Internat. Lourdes-Wallfahrt
25.–29.05.	30. Evangelischer Kirchentag, Hannover
16.–21.08.	Weltjugendtreffen, Köln
07.–11.11.	Akademie Oberst Helmut Korn, Fulda
18.–19.11.	Vollversammlung ZdK

Vorschau 2005

23.–24.05.	Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
24.–28.05.	96. Deutscher Katholikentag, Saarbrücken
24.–25.11.	Vollversammlung ZdK

allgemeine Termine 2004 der „Kirche unter Soldaten“ s.S. 39

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK KLMD – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., AMI – Apostolat Militaire International, BK – Konferenz der GKS im Bereich ..., BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGV – Militärgeneralvikar, SA InFu – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung, VV ZdK – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Autoren (soweit keine Angaben beim Beitrag)

Belok, Prof. Dr. Manfred

Dipl.-Theol., Dipl.-Päd.: siehe Personalia, S. 116.

Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung; von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland; Beauftragter der GKS für Renovabis.

Görlisch, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteuropäische Gesellschaften.

Gräber, Winfried

Brigadegeneral, Stabsabteilungsleiter I im Führungsstab der Streitkräfte des BMVg.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

Keiser, Gerhard

Oberstleutnant a.D., Beauftragter der CoV für Betreuung. Beitrag aus: Sternbrief der Cornelius Vereinigung Nr. 2 G 2003, S. 31 ff.

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Kloss, Reinhard

Oberst i.G. im BMVg, Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses (IS) der GKS.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland.

Meyer, Prof. Dr. Hans Joachim

Staatsminister a.D., Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Neugart, Felix

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Centrum für angewandte Politikforschung, München. Diskussionspapier der VIII. Kronberger Gespräche 10. - 12. Juli 2003, organisiert von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Nothelle-Wildfeuer, Prof. Dr. Ursula

Christl. Gesellschaftslehre: siehe Personalia, S. 116.

Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Professor ehrenhalber, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn, Promotion in Politischer Wissenschaft und kath. Moralthologie, Diakonatsprüfungen Erzbistum Köln, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftl. Institut der Bw in Strausberg.

Roth, Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Rother, Michael Rothmann, Heiko

Mitarbeiter der Redaktion Intranet aktuell der Bundeswehr. Beitrag von der Internetsite www.kmba.de mit dem KMBA erteilter freundlichen Genehmigung der Redaktion Intranet aktuell der Bw.

Schmälzle, Friedrich Udo, OFM

Prof. Dr. theol., Seminar für Pastoraltheologie und Religionspädagogik an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Münster. Vortrag gehalten am 29.04.2003 beim 9. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

Schnarrer, Prof. Dr. Johannes Michael

Dr. phil. Dr. theol., Jg. 1965; Leiter des Projekts „Naturrecht und angewandte Ethik“ am Institut für Ethik in den Wissenschaften an der Landesakademie St. Pölten.

Schulz, Benjamin

Jurist; Mitautor des Policy Papers „Zur aktuellen Folterdebatte in Deutschland“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), Berlin.

Sorhage, Dr. Bernhard

Oberfeldarzt, Arzt für Haut-u. Geschlechtskrankheiten, Allergologe im Bundeswehr-zentralkrankenhaus Koblenz. Seneschall der Neuen Ritterschaft Christi

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.

Peter Wendt (Dipl.-Theol.)

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ansprechpartner im Rahmen der Kooperation mit dem KMBA am Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (08421/931143 – wendlp@web.de). P. Wendt führt 2003 als Pastoralpsychologe und Kommunikationstrainer ca. 25 Veranstaltungen zur Thematik der Fern-Beziehungen im Rahmen der Militärseelsorge durch. Er arbeitet an einer Dissertation zur Thematik der Fern-Beziehungen von Soldaten und deren Partnern.

Zulehner, Prof. Dr. Paul Michael

Dr. phil., Dr. theol., Lehrstuhl für Pastoraltheologie in Wien; Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Werteforschung, Wien.

Zum Gebrauch der Heft-CD

Die Heft-CD enthält die Vollversionen der Beiträge, die nur in Kurzform im Heft wiedergegeben sind. Darüber hinaus wurden ergänzende Dokumente aufgenommen, soweit sie interessante zusätzliche Informationen und Hintergrundwissen zu den behandelten Themen bieten.

Im Ordner <Zubehör> sind Programme zu finden, die auf Ihren PC installiert sein müssen, um bestimmte Dateiformate öffnen zu können. Dies sind

- Acrobat-Reader von Adobe <acroReader51_DEU.exe> zum Öffnen von Dateien im pdf-Format,
- ein Hilfsprogramm von Olympus <DSSLITE> zum Abhören von Sprachdateien im DSS-Format im Ordner <Tondoku>.

Den Inhalt der diesem Heft beigefügten CD können Sie sich auf Ihrem Computer mit dem üblichen Explorer anzeigen lassen. Sie werden erkennen, dass die Datenstruktur den Rubriken des

AUFTRAG's folgt. D.h. die im Explorer angezeigten Ordner entsprechen den alphabetisch geordneten Heft-Rubriken (wobei Abkürzungen verwendet werden, wie z.B. <AKK 2003> für „GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 2003“ oder <SiPol-FrieEthik> für „Sicherheitspolitik und Friedensethik“ u.a.m.).

Die Texte sind als Word-Dokument (*.doc) oder im Portabel Document Format (*.pdf) gespeichert.

Falls Sie auf Ihrem PC keinen Acrobat-Reader zum Öffnen der pdf-Dateien installiert haben, so gehen Sie zum Ordner <Zubehör> und klicken doppelt auf

<acroReader51_DEU.exe>.

Es öffnet sich das übliche Installations-Programm. Sie können den aktu-

ellen Reader auch direkt aus dem Internet kostenlos herunterladen:

<www.adobe.de/products/acrobat/acrrdistribute.html>

Das Hilfsprogramm zum Abhören der Tondokumente wird nicht installiert. Öffnen Sie im <Zubehör> den Unterordner <Olympus/DSSLite> und klicken Sie doppelt auf die Datei <dsslite.exe>. Es öffnet sich als ein kleines Feld der DSS Player-Lite. Gehen Sie auf <File – Open>. Im Öffnen-Fenster suchen Sie den Ordner <Tondoku> und öffnen wie üblich durch Anklicken die gewünschte Datei. Bemerkung zu den Tondokumenten: Die Aufnahmen erfolgten

mit Diktiergerät. Sie sind z.T. wegen der Saalnebengeräusche von geringer Qualität. Es empfiehlt sich, die Dateien mit Kopf- oder Ohrhörern abzuhören.

An Ihrer Leser-Meinung zur Heft-ACD ist die Redaktion brennend interessiert. Äußern Sie sich bitte dazu, ob

- die Kurzfassungen Ihr Interesse wecken und Ihnen den Zugang zur Vollversion erleichtern;
- Sie die Heft-CD aktuell und/oder zur vertieften Information/Erlangung von Hintergrundwissen nutzen (können). □

Fortsetzung von Seite 121: Buchbesprechungen

zeugende Auseinandersetzung mit dem 2. Weltkrieg.

In einem Album, das Josef im Mai 1942 angelegt hatte, findet sich dieses Gedicht: „Laß mich stehen, mein Gott, wo die Stürme wehen und schone mich nicht! Das Kind wird vergehen, der Mann wird bestehen. Be hüte mich nicht!“ Und im Juli 1943 war Josef Kurz bei der Panzerschlacht von Kursk mit dabei. Er erinnert sich: „Da ist nur noch Angst, Angst, Angst. Ich habe nicht den Mut,

auf einen Panzer zu springen, ich bin kein Held. Und andere haben gesagt: Du bist ein Hasenfuß. Ich würde sagen: Ich war ein Mensch.“

Josef Kurz reflektiert die Frage: „Haben wir Soldaten, indem wir die Front zu halten versucht haben, ermöglicht, dass das nationalsozialistische System erhalten blieb und damit hinter unserem Rücken die Konzentrationslager bestehen bleiben konnten; dass sechs Millionen Juden vernichtet wurden;

dass Tausenden von Menschen, die als ‚lebensunwertes Leben‘ galten, liquidiert wurden?“

Der Leser spürt, wie Josef Kurz ein Leben lang gequält wurde von der bedrückenden Herausforderung, alles anders zu machen, wenn man nur noch einmal die Chance hätte, dem „stürmischen Bedürfnis zu folgen, zurückzukehren an einen Punkt, der vor der falschen Abzweigung liegt.“ (Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*)

(Jakob Knab